

MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

DEZEMBER 1949

Inhalt:	Seite
Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets November—Dezember 1949	1
Geld und Kredit	1
Öffentliche Finanzen	11
Produktion, Absatz, Beschäftigung	18
Preise und Löhne	24
Außenwirtschaft	27
Bilanz des Jahres 1949	33
Statistischer Teil	41

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets November – Dezember 1949¹⁾

Geld und Kredit

1. Kreditschöpfung, Geldbewegungen und Bankenliquidität

Die Kreditexpansion der Geschäftsbanken, die im Oktober und November ein geradezu ungewöhnliches Ausmaß angenommen hatte, scheint im Dezember auf den ersten Blick ganz erheblich nachgelassen zu haben. Bei den wöchentlich berichtenden Geldinstituten hat das Volumen der kurzfristigen Kredite vom 30. November bis 31. Dezember per Saldo nur um 89 Mill. DM zugenommen, während es im November um 258 und im Oktober um 344 Mill. DM gewachsen war. Die Zuwachsrate ist damit, rein statistisch gesehen, auf etwa die gleiche Höhe gesunken, die sie im ersten Vierteljahr 1949 hatte, als unter dem Einfluß der damaligen kreditpolitischen Maßnahmen und der Preisbaisse die Kreditexpansion relativ schwach war. Noch überraschender erscheint die Entwicklung, wenn man allein die Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private betrachtet. Diese haben sich nämlich bei den

112 wöchentlich berichtenden Banken im Dezember per Saldo nur um 10 Mill. DM erhöht, während sie im November um 162 Mill. DM und im Oktober um nicht weniger als 316 Mill. DM gestiegen waren. Daß das Gesamtergebnis wesentlich höher war, erklärt sich lediglich daraus, daß Ende Dezember in einem Lande von der Regierung ein außergewöhnlich hoher Kredit aufgenommen wurde.

Der Eindruck, der sich vom Maß der Kreditexpansion ergibt, wenn man ausschließlich den Saldo aus Krediteinräumung und Kreditrückzahlungen betrachtet, täuscht indes über einige, für die Beurteilung der tatsächlichen Entwicklung wichtige Geldbewegungen hinweg. Wie schon im letzten Bericht dargelegt, ist nämlich die Kreditentwicklung in den letzten Monaten einer Reihe von Sondereinflüssen unterworfen gewesen, unter denen vor allem der Zwang, die Gegenwerte für Einfuhrbewilligungsanträge in voller Höhe bei den Landeszentralbanken zu hinterlegen (sog. Bardepots), eine große Rolle gespielt hatte. Die Bardepots, die am 23. November 1949 mit mehr als 1 Mrd. DM ihren Höchststand erreichten, waren größtenteils erst

¹⁾ Abgeschlossen am 15. Januar 1950.

durch die Kredithilfe der Banken ermöglicht worden und hatten infolgedessen eine gewaltige Aufblähung des Kreditvolumens bewirkt. Nachdem seit Anfang Dezember auf die weitere Einforderung von Bardepots bei Devisenausschreibungen verzichtet wurde, weil sich diese Einrichtung als ungeeignet für die Eindämmung der Überzeichnungen erwiesen hat, ist der größte Teil der Anfang Dezember noch vorhanden gewesenen Bardepots (213 Mill. DM) nach erwartungsgemäß scharfer Repartierung der beantragten Devisenzuteilungen wieder freigeworden. Am Jahresschluß waren insgesamt noch 22 Mill. DM derartiger Bardepots vorhanden. Daß ein sehr erheblicher Teil der freigewordenen Bardepots zur Wiederabdeckung der Kredite, denen sie ihre Entstehung verdanken, verwendet worden ist, dürfte nicht zweifelhaft sein. Jedenfalls weisen die wöchentlich berichtenden Banken in Hamburg (die etwa drei Viertel der Kreditsumme aller Hamburger Banken umfassen) im Laufe des Dezember einen beträchtlichen Rückgang ihrer Kredite auf, nachdem im Monat zuvor die Kredite bei ihnen am stärksten zugenommen hatten, während etwa im Lande Nordrhein-Westfalen, in dem die Bardepots im Vergleich zu Hamburg oder auch Bayern stets nur eine verhältnismäßig geringe Rolle gespielt haben, im Dezember eine weitere Zunahme der Kredite um fast 10 v. H. zu verzeichnen ist. Die tatsächliche Kreditgewährung dürfte also auch im Monat Dezember noch beträchtlich gewesen sein, wenngleich eine gewisse Abnahme der Zuwachsrates wahrscheinlich ist. Um auf das wirkliche Maß der der Wirtschaft durch Krediterschöpfung zur Verfügung gestellten Mittel zu kommen, kann man vielleicht den Rückgang der Bardepots (um rund 190 Mill. DM) der Netto-Krediterweiterung bei den Geschäftsbanken (schätzungsweise 150—200 Mill. DM im gesamten Banksystem) zuschlagen, ebenso wie er in den beiden Monaten zuvor abgezogen werden mußte, um die „eigentliche“ Kreditzunahme zu ermitteln. Es bleibt dann für Dezember zwar noch immer das Faktum einer gegenüber den Vormonaten verminderten Zuwachsrates der Kredite, aber der Rückgang ist längst nicht mehr so kraß, wie er statistisch auf den ersten Blick erscheint.

Volumenmäßig haben die kurzfristigen Bankkredite an Wirtschaftsunternehmen und Private

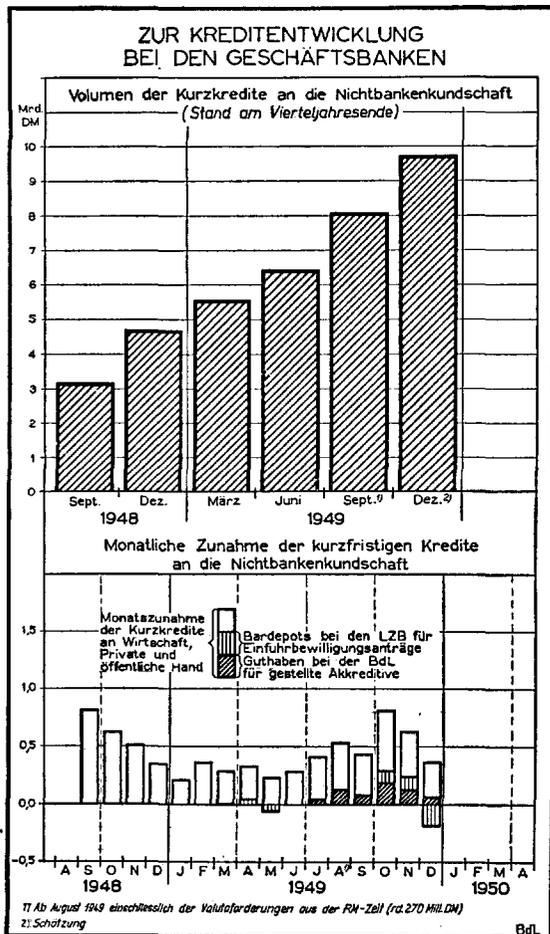
Die Entwicklung der kurzfristigen Kredite
an die Nichtbankenkundschaft
bei den Geschäftsbanken
Monatliche bzw. wöchentliche Zunahme (+)
oder Abnahme (—)
in Mill. DM

Zeitraum	Gesamt	davon	
		Kredite an Wirtschafts- unternehmen und Private	Kredite an die öffentl. Hand
I. bei allen monatlich berichtenden Banken			
Monatliche Zunahme bzw. Abn.			
Durchschn. 1. Vj. 1949	+289,0	+282,1	+ 6,9
„ 2. Vj. 1949	+251,8 ¹⁾	+227,4	+ 24,4
„ 3. Vj. 1949	+442,4 ²⁾	+444,1	— 1,7
Oktober 1949	+810,3	+792,8	+ 17,5
November 1949	+627,9	+461,3	+166,6
II. bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten			
Wöchentliche Zunahme bzw. Abn.			
Durchschn. 1. Vj. 1949	+ 22,5	+ 21,0	+ 1,5
„ 2. Vj. 1949	+ 24,4	+ 22,6	+ 1,8
„ 3. Vj. 1949	+ 41,2	+ 37,0	+ 4,2
„ 4. Vj. 1949	+ 57,5	+ 40,6	+ 16,9
Durchschn. Okt. 1949	+ 85,9	+ 79,0	+ 6,9
„ Nov. 1949	+ 64,5	+ 40,4	+ 24,1
„ Dez. 1949	+ 22,2	+ 2,4	+ 19,8
1. Dez.-Woche 1949	—116,4	— 84,5	— 31,9
2. Dez.-Woche 1949	+ 76,9	+ 66,2	+ 10,7
3. Dez.-Woche 1949	— 22,6	— 7,3	— 15,3
4. Dez.-Woche 1949	+151,0	+ 35,1	+115,9
1. Jan.-Woche 1950	— 19,5	— 8,9	— 10,6

¹⁾ Hierbei ist die Zunahme im Juni mit 183 Mill. DM angenommen worden, da etwa 100 Mill. DM der statistisch ausgewiesenen Zunahme von insgesamt 283 Mill. DM auf die erweiterte statistische Erhebung zurückzuführen ist.

²⁾ Hierbei ist die statistisch ausgewiesene Zunahme im August von 534,9 Mill. DM um 59 Mill. DM verringert worden, die auf die erstmalige Erfassung einiger Institute zurückzuführen sind.

bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten Ende Dezember 1949 die stattliche Summe von rd. 3,4 Mrd. DM erreicht. Bei der Gesamtheit der Geschäftsbanken dürften sie zum Jahreschluß 9 Mrd. DM überschritten haben. Von dieser Summe sind reichlich 3 Mrd. DM im zweiten Halbjahr 1949 entstanden, im ersten Halbjahr 1949 dagegen nur etwa 1,6 Mrd. DM. Die Ausdehnung der kurzfristigen Kredite war danach in der zweiten Hälfte des Jahres 1949 nahezu doppelt so groß wie in der ersten Jahreshälfte, und die konjunkturelle Belebung, die nach der Jahresmitte eintrat, hat zweifellos mit dieser Verstärkung der Kreditexpansion in Wechselwirkung



gestanden. Die Banken haben sich dabei nicht gescheut, ihren kurzfristigen Kredit auch für Zwecke der Vorfinanzierung von Investitionen in erheblichem Umfang zur Verfügung zu stellen, so daß selbst die monatelange Unterbrechung, die im Spätherbst in der Freigabe von counterpart funds eintrat, der Belebung der Investitionstätigkeit nur wenig Abbruch getan haben dürfte. Allerdings hat diese Entwicklung wesentlich dazu beigetragen, daß der Akzeptumlauf der Banken teilweise völlig ungesunde Proportionen erreicht hat und bei einer Reihe von Instituten nunmehr ein dringendes Bedürfnis besteht, gewisse Kredite zu konsolidieren. Auch in dieser Hinsicht ist jedoch im Dezember insofern eine Wendung zum Normalen zu verzeichnen, als — gefördert durch eine entsprechende Einwirkung von seitens des Zentralbanksystems — zum ersten Mal seit längerer Zeit die Kreditzunahme mehr in der Form des Wechselkredits als der des Kontokorrent- und Akzeptkredits vor sich ging.

Ein neues Moment ist in die Kreditentwicklung in den letzten Wochen ferner dadurch gekommen, daß, während der Kreditbedarf der Wirtschaft offenbar etwas nachließ, von seitens der öffentlichen Hand eine verstärkte Kreditnachfrage auftrat. Bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten belief sich die Zunahme der an die öffentliche Hand gegebenen Kredite (einschließlich angekaufter Schatzwechsel) im Dezember auf rd. 80 Mill. DM bei einer Zunahme des gesamten Kreditvolumens in Höhe von nur etwa 90 Mill. DM. Wie oben angedeutet, entfällt diese Erhöhung allerdings ganz auf einen größeren Kredit für ein einziges Land, dem im übrigen sogar gewisse Kreditrückzahlungen von seitens anderer öffentlicher Kreditnehmer an die 112 wöchentlich berichtenden Geldinstitute gegenüberstanden. Bei der Gesamtheit aller Geschäftsbanken dürfte die Zunahme der öffentlichen Kredite (einschließlich angekaufter Schatzwechsel) im Dezember nicht wesentlich über den für die wöchentlich berichtenden Banken bereits genannten Betrag von 80 Mill. DM hinausgegangen sein.

Etwas stärker ist die öffentliche Hand als Kreditnehmer aber beim Zentralbanksystem in Erscheinung getreten. Bei den Landeszentralbanken erhöhten sich im Laufe des Dezember die namentlich an verschiedene Landesregierungen gegebenen öffentlichen Kredite um 134 Mill. DM auf 321 Mill. DM. Davon waren 234 Mill. DM gegen Schatzwechsel (darunter 94 Mill. DM Schatzwechsel des Bundes) und 87 Mill. DM in Form von Kassenkrediten in Anspruch genommen. Bei der Bank deutscher Länder blieb die effektive Kreditnachfrage von seitens der öffentlichen Hand zunächst noch gering. Die Kassenvorschüsse sind zwar im Dezember von 1,6 auf 61,0 Mill. DM und in der ersten Januar-Woche dann nochmals um 2 Mill. DM gewachsen. Davon entfielen jedoch 58 Mill. DM auf einen (inzwischen aus den freigegebenen counterpart funds wieder abgedeckten) Vorfinanzierungskredit an die Kreditanstalt für Wiederaufbau, so daß die sonstige Kreditbeanspruchung von seitens der öffentlichen Verwaltung gering blieb. Im Hinblick auf den erweiterten Bundeshaushalt und die Verpflichtungen, die sich für den Bund insbesondere aus der Übernahme der counterpart-Konten ergeben — vgl. hierzu S. 14 —,

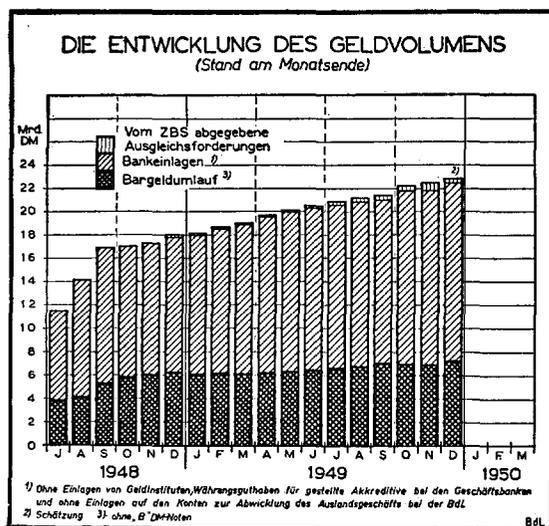
haben die Alliierten Hohen Kommissare jedoch mit Wirkung vom 15. Dezember 1949 den noch vom Vereinigten Wirtschaftsgebiet und den Ländern der französischen Zone übernommenen Kreditplafond des Bundes von bisher 560 Mill. DM auf 1 000 Mill. DM erhöht, mit der Maßgabe, daß auf Beschluß einer Dreiviertelmehrheit des Zentralbankrats dieses Kontingent überdies noch um weitere 500 Mill. DM auf 1 500 Mill. DM heraufgesetzt werden kann. In den Plafond sind die Schatzwechsel der Bundesregierung eingeschlossen, die die Bank deutscher Länder für eigene Rechnung angekauft oder für welche sie eine Rediskontzusage gegeben hat. Die Inanspruchnahme des Plafond bleibt auch im übrigen weiter von der Zustimmung des Zentralbankrats abhängig, der dabei streng den Gesichtspunkt der währungspolitischen Vertretbarkeit zu wahren hat. Ausgenutzt hatte der Bund die Kreditfazilität bei der Bank deutscher Länder zum Jahreschluß erst zu etwa einem Viertel, indem die Bank deutscher Länder Rediskontzusagen für Schatzwechsel im Betrage von 220 Mill. DM gegeben hatte. Schatzwechsel der Bundesverwaltungen hatte die Bank deutscher Länder am Jahreschluß nicht mehr im Bestand, nachdem vorübergehend hereingenommene 47 Mill. DM am Markt plaziert werden konnten. Die Gesamtsumme der ausgewiesenen Kreditbeanspruchung des Zentralbanksystems seitens der öffentlichen Hand belief sich danach am Jahresresultimo auf 382 Mill. DM, wobei die noch nicht ausgenutzten Rediskontzusagen und ein Lombardkredit einer Landeszentralbank an die zuständige Landesregierung in Höhe von 20 Mill. DM nicht berücksichtigt sind.

Der Einlagenzuwachs bei den Geschäftsbanken, der — insgesamt betrachtet — schon seit Mitte des Jahres 1949 zumeist erheblich hinter der Kreditausweitung zurückgeblieben ist und im November schließlich nahezu aufhörte¹⁾, dürfte auch im Dezember noch immer geringer als die Zunahme der Kredite gewesen sein. Bei der Gesamtheit der monatlich berichtenden Geschäftsbanken, deren Wirtschaftskredite — wie erwähnt — allein im zweiten Halb-

¹⁾ Wenigstens, wenn man die Guthaben der Kundschaft für im Ausland eröffnete Akkreditive abzieht, die praktisch nichts anderes als verkaufte Devisen darstellen, obwohl sie buchmäßig bis zur Inanspruchnahme durch den ausländischen Begünstigten weiter unter den Einlagen geführt werden.

jahr 1949 um 3 Mrd. DM zugenommen haben, sind, von den Spareinlagen abgesehen, im gleichen Zeitraum nur gut $\frac{1}{4}$ Mrd. DM Einlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten gebildet worden. Die öffentlichen Kredite und Einlagen, die den genannten Zahlen noch zuzurechnen sind, glichen sich von Ende Juni bis Ende November mit 181 bzw. 244 Mill. DM nahezu aus. In dem Maße, wie die Schere zwischen Kreditgewährung und Einlagenbildung sich im Laufe des zweiten Halbjahres 1949 immer weiter öffnete, waren die Banken genötigt, sich immer stärker an das Zentralbanksystem zu verschulden. Im ersten Halbjahr 1949 waren demgegenüber die Verhältnisse umgekehrt gewesen, indem damals die Einlagen (mit insgesamt 2,4 Mrd. DM) wesentlich stärker als die Kredite (mit insgesamt 1,7 Mrd. DM) zugenommen hatten. Dementsprechend hatte das erste Halbjahr im Zeichen ständig zunehmender Verflüssigung der Geschäftsbanken gestanden. Daß dabei sowohl im ersten wie im zweiten Halbjahr länder- und bankweise beträchtliche Entwicklungsunterschiede hervortraten, die in der Globalbetrachtung untergehen, ist selbstverständlich.

Die Ursachen der ungünstigen Einlagenentwicklung bei den Geschäftsbanken sind in den vorangegangenen Monatsberichten bereits eingehend analysiert worden. Im wesentlichen liegen sie in der zunehmenden Geldkonzentration beim Zentralbanksystem durch die mit dem Außenhandel zusammenhängenden Zahlungsvorgänge und in der Zunahme des Bargeldumlaufs, wozu zeitweilig auch noch eine zu Lasten der Geschäftsbanken gehende Erhöhung der öffentlichen Einlagen im Zentralbanksystem kam. Die mit dem Außenhandel zusammenhängenden Zahlungsvorgänge haben aber auch im Zentralbanksystem nur teilweise zu einer Erhöhung des ausgewiesenen Einlagenbestandes geführt, da sie z. T. nur dem Erwerb von Devisen dienten oder in Positionen ihren Niederschlag fanden, die — wie z. B. die counterpart funds — noch nicht als Einlagen ausgewiesen wurden. Die Folge war, daß nicht nur die Depositen bei den Geschäftsbanken, sondern auch das gesamte als Barumlauf und Einlagenbestand bei Geschäftsbanken und Zentralbanken ermittelte Geldvolumen in keinem Monat der zweiten Jahreshälfte 1949 im



gleichen Maße wie die Kreditschöpfung zunahm. Auch im Dezember war dies nicht der Fall, da der Kreditschöpfung weiter ein erheblicher Einzahlungsüberschuß auf den bei der Bank deutscher Länder geführten Auslandskonten gegenüberstand, so daß aus den eben angeführten Gründen die statistisch ausgewiesene Zunahme des Geldvolumens geringer erscheint.

Wie sich Einzahlungen und Auszahlungen auf den Auslandskonten der Bank deutscher Länder im Dezember verhielten, geht aus der folgenden Übersicht hervor:

Importeinzahlungen und Auszahlungen auf den Auslandskonten der Bank deutscher Länder
in Mill. DM

Monatsdurchschnitt bzw. Monat	Einzahlungen der Importeure			Auszahlungen	Einzahlungs- (-) bzw. Auszahlungs- überschuß (+)
	gesamt	für B-Importe	für gestundete Einfuhren		
1. Vierteljahr 1949	397,0	167,9	229,1	412,9	+ 15,9
2. „ 1949	474,6	229,8	244,8	597,9	+ 123,3
3. „ 1949	724,1	460,6	263,5	504,1	- 220,0
4. „ 1949 ¹⁾	890,0	660,0	230,0	470,0	- 420,0
Oktober 1949	729,5	546,5	183,0	414,2	- 315,3
November 1949	904,9	704,0	200,9	425,2	- 479,7
Dezember 1949 ¹⁾	1 040,0	730,0	310,0	560,0	- 480,0

¹⁾ Vorläufige Zahlen.

Man sieht, daß der Einzahlungsüberschuß im Dezember etwa wie im November 480 Mill. DM betrug. Allein rd. 310 Mill. DM wurden dabei für devisenmäßig gestundete Einfuhren eingezahlt gegenüber reichlich 200 Mill. DM im Monat zuvor. Da Freigaben aus counterpart funds im Dezember nicht erfolgten und die anderen Abgänge (z. B. für gewährte Ziehungsrechte) insgesamt nur etwa 100 Mill. DM aus-

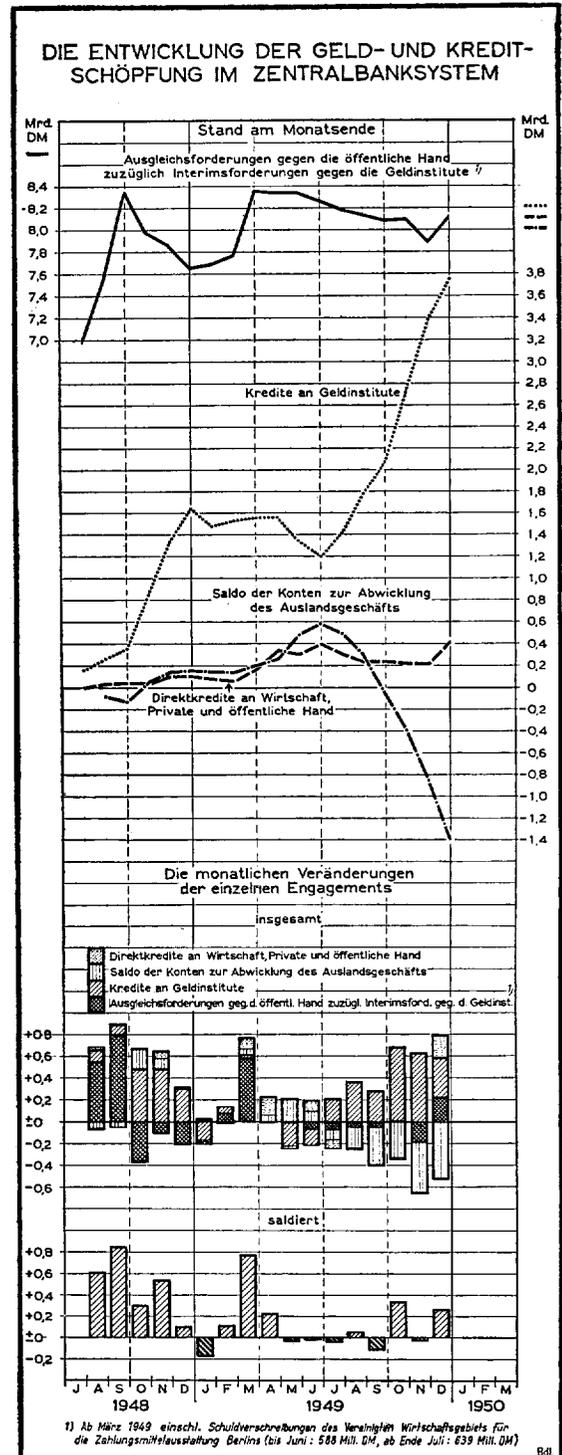
machten, wuchsen die counterpart funds im Monat Dezember um rd. 220 Mill. DM. Die Einzahlungen für kommerzielle Importe blieben mit rd. 730 Mill. DM gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert; ihnen standen Auszahlungen an die Exporteure in Höhe von etwa 560 Mill. DM gegenüber. Die Differenz von 170 Mill. DM spiegelt sich im Rückgang der Guthaben bei ausländischen Banken sowie in dem Anwachsen der DM-Guthaben ausländischer Notenbanken bei der Bank deutscher Länder wider. Vom 30. November bis zum 31. Dezember sind die Guthaben bei ausländischen Banken um rd. 150 Mill. DM (auf 834 Mill. DM) gesunken und die DM-Guthaben ausländischer Notenbanken bei der Bank deutscher Länder um rd. 100 Mill. DM (auf 179 Mill. DM) gestiegen. Der Unterschied gegenüber der errechneten Differenz von 170 Mill. DM ist darauf zurückzuführen, daß die Berechnung der Ein- und Auszahlungen im Außenhandel von anderen als den oben genannten Stichtagen ausgeht. Die Guthaben, welche von inländischen Außenhandelsbanken bei der Bank deutscher Länder für eröffnete Auslandsakkreditive zu unterhalten sind (Währungs- und DM-Loro-Konten der Außenhandelsbanken), nahmen im Dezember nur noch wenig, nämlich um 70 Mill. DM auf 668 Mill. DM zu. Insgesamt

samt war der Passivsaldo sämtlicher Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts bei der Bank deutscher Länder, in denen bekanntlich auch die counterpart funds enthalten sind, bis zum Jahreschluß auf 1 375 Mill. DM angewachsen, wovon 535 Mill. DM allein auf den Monat Dezember entfallen.

Der hiermit verbundenen Geldkonzentration im Zentralbanksystem, die, währungspolitisch

betrachtet, einer Geldstilllegung gleichkommt und überdies auf die Geschäftsbanken liquiditätsmindernd wirkt, standen im Dezember jedoch zum ersten Mal seit Monaten auch starke Gegenbewegungen gegenüber. So sind einmal – wie bereits in anderem Zusammenhang erwähnt – mit dem Freiwerden von Bardepots rd. 190 Mill. DM an Zentralbankgeld wieder an die Wirtschaft zurückgeflossen. Vor allem aber wurde der mit der Erhöhung des Passivsaldos der Auslandskonten zusammenhängende Geldsog ins Zentralbanksystem durch einen recht kräftigen Abfluß von öffentlichen Geldern aus dem Zentralbanksystem kompensiert, da sowohl der Bund als auch die Länder im Dezember erhebliche Kassendefizite aufwiesen und außerdem die Post zum Jahresultimo in stärkerem Umfang auf ihre Zentralbankguthaben zurückgriff. Allein bei der Bank deutscher Länder nahmen die Giroguthaben von Dienststellen des Bundes im Dezember um 134 Mill. DM ab, und außerdem nahm die Bank deutscher Länder 129 Mill. DM Ausgleichsforderungen, die sie zu zeitweiliger Geldanlage an öffentliche Stellen abgegeben hatte, vereinbarungsgemäß wieder zurück. Bei den Landeszentralbanken sanken in der gleichen Zeit die öffentlichen Einlagen um 92 Mill. DM, und 80 Mill. DM Ausgleichsforderungen wurden seitens der Landeszentralbanken entsprechend der gesetzlichen Rücknahmeverpflichtung zurückerworben. Diese Gesamtabnahme von rd. 435 Mill. DM ist umso bemerkenswerter, als im gleichen Zeitraum die Kredite des Zentralbanksystems an öffentliche Stellen um rd. 200 Mill. DM gestiegen sind, so daß den öffentlichen Einlagen noch ein entsprechender Betrag zufließt. Der tatsächliche Abfluß an öffentlichen Mitteln betrug also nicht nur 435, sondern rd. 635 Mill. DM, so daß dem mit der Erhöhung des Passivsaldos der Auslandskonten (535 Mill. DM) verbundenen Geldzustrom ins Zentralbanksystem ein Abstrom von insgesamt nahezu 830 Mill. DM an öffentlichen Mitteln und Bardepots gegenüberstand.

Betrachtet man die Wirkungen dieser Geldströme auf die Bankenliquidität, so ist allerdings zu beachten, daß die Bankenliquidität im Dezember außer durch die Mehreinzahlungen im Rahmen des Auslandsgeschäfts der Bank deutscher Länder auch durch eine beträchtliche



Zunahme des Bargeldumlaufs ziemlich stark beansprucht wurde. Von Ende November bis Ende Dezember ist der Zahlungsmittelumlauf, der üblichen Jahresendbewegung entsprechend, wieder um 352 Mill. DM gestiegen, nachdem er von Ende November um ungefähr 91 Mill. DM unter dem bisherigen Jahres-Höchststand von 7477

Mill. DM gelegen hatte. In diesem Umfang mußten also die Banken Zentralbankgeld anschaffen oder einen Teil der ihnen vom Zentralbanksystem zufließenden Mittel für diese Zwecke einsetzen. Trotz der Rückerstattung von Bardedots und des starken Abflusses von öffentlichen Geldern aus dem Zentralbanksystem hat sich also die Liquiditätslage der Banken im Dezember nicht entspannt. Die Kredite, die die Geldinstitute bei den Landeszentralbanken in Anspruch nehmen mußten, waren am Jahreschluß sogar beträchtlich höher als Ende November, nämlich um 361 Mill. DM, und auch die Nettoverschuldung der Banken, d. h. der Gesamtbetrag der von ihnen aufgenommenen Kredite abzüglich ihrer Einlagen beim Zentralbanksystem, ging mit 134 Mill. DM etwas über den Stand von Ende November hinaus. Allerdings war die Entwicklung bei den einzelnen Banken dabei weiter unterschiedlich, wie insbesondere die Tatsache zeigt, daß die Überschußreserven, trotz steigender Gesamtverschuldung, im Dezember gleichfalls leicht, nämlich auf rd. 155 Mill. DM gegenüber 87 Mill.

Die Liquiditätsentwicklung der Geschäftsbanken im Dezember 1949

(Nach dem zusammengefaßten Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken)
in Mill. DM

Die einzelnen Faktoren	Zunahme (+) oder Abgabe (-)	Die nebenstehende Veränderung wirkt	
		belastend	entlastend
Bargeldumlauf	+ 352	352	
Saldo der Konten zur Abwicklung d. Auslandsgesch.	- 535	535	
Kredite an Nichtbanken	+ 215		215
Einlagen von Nichtbanken im Zentralbanksystem (einschließlich abgegebener Ausgleichsforderungen)	- 644		644
Schwebende Verrechnungen	- 12		12
Sonstige Aktiva/Sonstige Passiva (Saldo)	- 112	112	
Summe der belastenden und entlastenden Faktoren		999	871
Übergewicht der belastenden über die entlastenden Faktoren		128	
Der Liquiditätsentzug wurde gedeckt durch Zunahme des Refinanzierungskredites b. Zentralbanksystem abzüglich Zunahme der Giro Guthaben beim Zentralbanksystem		227	361
Passivierung der Position der Geschäftsbanken gegenüber dem Zentralbanksystem			134

DM im November, gewachsen sind. Immerhin ist auch dieser Stand relativ niedrig im Verhältnis zu den vor Jahresfrist und noch um die Mitte des Jahres 1949 üblichen Proportionen. Denn während im Dezember 1948 bzw. Juni 1949 die Überschußreserven insgesamt 33 bzw. 26 v. H. der Mindestreserven ausmachten, stellte sich im Dezember 1949 dieses Verhältnis nur auf etwas über 16 v. H.

Auch für die ersten Wochen des neuen Jahres sind die Aussichten auf eine Liquiditätsentspannung zunächst noch gering. Auf eine Erleichterung wird zwar hinwirken, daß ab Anfang des Jahres der Zahlungsmittelumlauf saisonmäßig zurückzugehen pflegt und vor allem, daß mit der Freigabe von counterpart funds der Wirtschaft (und damit den Geschäftsbanken) nunmehr laufend in erheblichem Umfang Zentralbankgeld zufließen wird. Auf der anderen Seite wird jedoch einmal der laufende Einzahlungsüberschuß auf den Auslandskonten der Bank deutscher Länder fürs erste relativ hoch bleiben, da der Außenhandel noch stark unter der durch die Liberalisierung verstärkten Passivierungstendenz steht, und vor allem ist für den Januar mit einem erneuten starken Anstieg der öffentlichen Einlagen im Zentralbanksystem zu rechnen, da der Januar nicht nur gewöhnlich einer der ergiebigsten Steuermonate des Jahres ist, sondern in diesem Jahr infolge des vorläufigen Wegfalls gewisser bisher auf den Lohnsteuerkarten vermerkter Freibeträge ein besonders hohes Steueraufkommen erwartet werden kann.

Im weiteren Verlauf des Jahres werden sich jedoch aller Voraussicht nach die Liquidisierungstendenzen in weit stärkerem Maße durchsetzen. Einmal ist nämlich anzunehmen, daß der laufende Einzahlungsüberschuß auf den Auslandskonten mehr und mehr durch Freigaben von counterpart funds kompensiert, ja vielleicht sogar überkompensiert werden wird, zumal es nicht möglich sein wird, die jetzige Passivität des kommerziellen Außenhandels noch lange fortbestehen zu lassen. Außerdem aber ist im Februar wahrscheinlich wieder mit einem stärkeren Abfluß von öffentlichen Geldern aus dem Zentralbanksystem zu rechnen, da, ganz abgesehen von der vorläufig defizitären Entwicklung einzelner

öffentlicher Haushalte, die Kasseneinnahmen der öffentlichen Hand im zweiten und dritten Monat eines Kalendervierteljahres infolge der gegenwärtigen Zahlungstermine gewöhnlich hinter den Kassenausgaben zurückbleiben¹⁾). Aller Voraussicht nach würde sich also bei gleichen Mindestreservesätzen die Liquiditätslage der Banken in absehbarer Zeit wesentlich bessern und damit ihre Abhängigkeit vom Zentralbanksystem wieder abnehmen.

2. Langfristiger Kredit und Kapitalmarkt

Die Kapitalversorgung der Wirtschaft hat gleich nach Jahresbeginn eine ganz entscheidende Verbesserung erfahren. Nachdem das Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland am 29. Dezember 1949 in Kraft getreten ist, sind am 11. Januar 1950 von den bereits im Dezember deblockierten 600 Mill. DM aus counter part funds 543 Mill. DM der Kreditanstalt für Wiederaufbau zwecks Weiterleitung an die vorgesehenen Kreditnehmer zur Verfügung gestellt worden. 57 Mill. DM wird in Kürze die Berliner Industriebank A.G. erhalten, über die die für Berlin freigegebenen Mittel aus counter part funds verteilt werden. Die Auszahlung der 543 Mill. DM hat inzwischen begonnen. Es wird damit gerechnet, daß davon noch im Verlauf des Januar etwa 300 Mill. DM in Anspruch genommen werden dürften (davon 71,5 Mill. DM zur Abdeckung von Vorfinanzierungskrediten, die die Kreditanstalt für Wiederaufbau in den letzten Wochen bei der Bank deutscher Länder aufgenommen hatte), und daß der Rest bis spätestens März zum Einsatz gelangt sein wird. Sobald diese Mittel verbraucht sind, soll ferner der Rest des im Dezember grundsätzlich freigegebenen Betrages von 1 036 Mill. DM deblockiert werden, so daß die Wirtschaft nunmehr mit einer kontinuierlichen Bereitstellung von counterpart-Mitteln für Investitionszwecke rechnen kann. Überdies wird erstrebt, auch die laufend anfallenden Gegenwertmittel künftig möglichst unverzüglich für Investitionszwecke einzusetzen.

¹⁾ Vgl. hierzu den Abschnitt über die öffentlichen Finanzen.

Daß dabei die notwendige Rücksicht auf die Stabilhaltung des Preisgefüges genommen werden muß, ist selbstverständlich, da die Aufrechterhaltung der finanziellen Stabilität eine unerläßliche Vorbedingung für die Freigabe von counterpart funds darstellt. Mit welchem Anfall an counterpart funds im Verlauf des gegenwärtigen ERP-Jahres (1. Juli 1949 bis 30. Juni 1950) noch zu rechnen ist, läßt sich allerdings schwer übersehen, da weder die Eingangstermine der Hilfslieferungen im Rahmen des Marshallplans noch die Höhe etwa noch anstehender Sonderbelastungen der Gegenwertbildung genau vorausgesagt werden können. Immerhin ist es nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge denkbar, daß im weiteren Verlauf des ERP-Jahres ungefähr 200 Mill. DM monatlich an Gegenwertmitteln gebildet werden.

In gewissem Umfang hat zu einer besseren Kapitalversorgung in der letzten Zeit auch die im August 1949 beschlossene Vorfinanzierungsaktion des Zentralbanksystems¹⁾ beigetragen. Nachdem bereits im November auf Grund der vom Zentralbanksystem gebotenen Refinanzierungsmöglichkeiten von den Banken etwa 34 Mill. DM an langfristigen Darlehen gewährt worden waren, sind im Dezember für allgemeine Investitionszwecke im Rahmen dieser Aktion nochmals 32 Mill. DM ausgelegt worden. Außerdem wurde im Dezember zum ersten Mal von der Möglichkeit der Vorfinanzierung langfristiger Exportaufträge Gebrauch gemacht, und zwar in Höhe von 5 Mill. DM. Allerdings ist der in Anspruch genommene Gesamtbetrag damit noch immer relativ bescheiden. Dies hängt damit zusammen, daß sich viele Banken infolge der starken Liquiditätsanspannung, die sie im Verlauf des letzten Halbjahres erfahren haben, scheuen, jederzeit lombardierbare Ausgleichsforderungen gegen nicht zentralbankfähige langfristige Forderungen an Kunden einzutauschen und damit eine weitere Minderung ihrer Liquidität in Kauf zu nehmen.

Vor allem aber hat die Sparkapitalbildung, trotz mancher Enttäuschungen auf einigen Gebieten, im ganzen in letzter Zeit doch recht erfreuliche Fortschritte gemacht. Das

¹⁾ Vgl. „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, August 1949, S. 35/36.

Die Entwicklung der mittel- und langfristigen Kredite der Banken
an die Nichtbankenkundschaft im 2. Halbjahr 1949¹⁾
in Mill. DM

Monat	Zunahme insgesamt	davon				Zunahme ohne durchlaufende Kredite
		mittel- und langfristige Forderungen	Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	Kommunal-darlehen	Durchlaufende Kredite	
Juli 1949	137,6 ²⁾	69,1 ³⁾	34,9	13,6	20,0 ²⁾	117,6 ³⁾
August "	179,3 ²⁾	104,1 ²⁾	44,4	7,8	23,0 ²⁾	156,3 ³⁾
September "	155,8	65,4	55,0	6,5	28,9	126,9
Oktober "	271,7	152,0	69,5	7,1	43,1	228,6
November "	193,1	79,4	67,3	13,8	32,6	160,5
Dezember "	240,0 ³⁾	125,0 ³⁾	75,0 ³⁾	10,0 ³⁾	30,0 ³⁾	210,0 ³⁾
2. Halbjahr 1949	1 177,5 ²⁾	595,0 ²⁾	346,1	58,8	177,6 ²⁾	999,9 ²⁾

¹⁾ Einschließlich Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

²⁾ Unter Ausschaltung statistisch bedingter Veränderungen teilweise geschätzt.

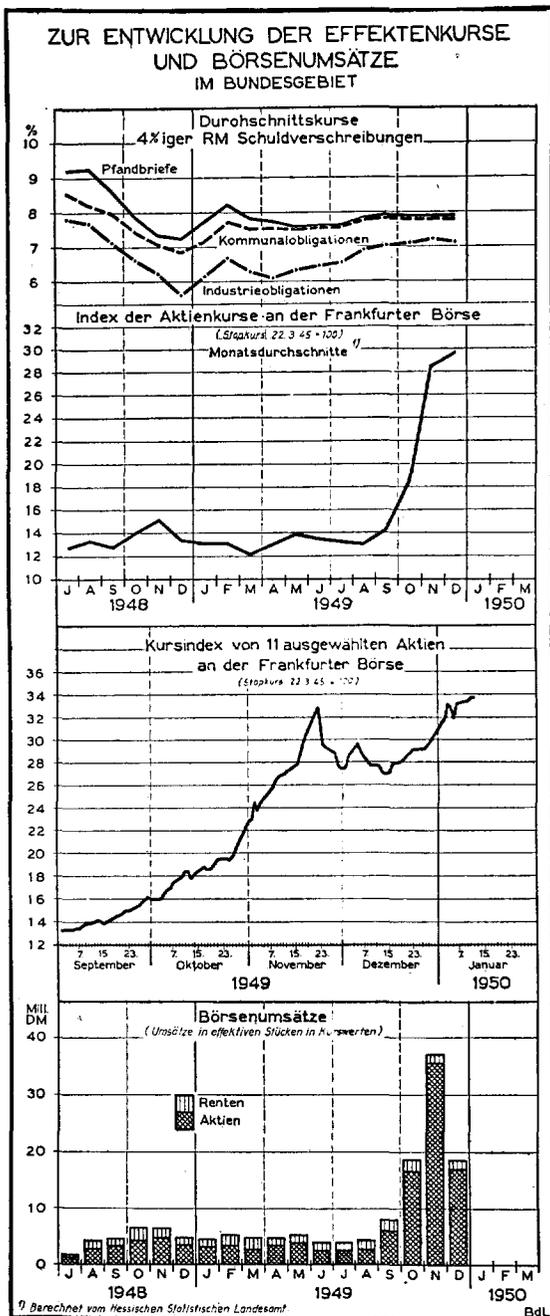
³⁾ Geschätzt.

gilt insbesondere für den Spareinlagenzuwachs bei den Sparkassen und Banken. Der Einzahlungsüberschuß auf Sparkonten, der einen wesentlichen Teil der mittel- und langfristigen Kreditgewährung der Banken speist, hat im November bei allen Geldinstituten zusammen 71,3 Mill. DM betragen. Demgegenüber sind im Monat Oktober nur 59,7 Mill. DM und im Monat September, der im Zusammenhang mit der Abwertung einen gewissen Rückschlag in der Spareinlagenentwicklung gebracht hatte, nur 52,9 Mill. DM erzielt worden. Im Dezember dürfte der Einzahlungsüberschuß sich auf etwa 100 Mill. DM belaufen und damit einen neuen Höchststand gegenüber dem bisherigen Maximum von 87 Mill. DM im Juli 1949 erreicht haben. Der im Herbst eingetretene Rückgang kann also als überwunden gelten. Bei den Bausparkassen sind die Einzahlungen ebenfalls laufend gestiegen, und auch die Versicherungsunternehmen berichten von einer fortgesetzten Zunahme ihrer Geschäftstätigkeit. Über die Kapitalbildung der Sozialversicherungen wird im Abschnitt über die öffentlichen Finanzen das neueste Material gegeben.

Enttäuschend ist dagegen weiterhin der Umfang des Wertpapiersparens. Im Dezember wurden 35,1 Mill. DM festverzinsliche Schuldverschreibungen untergebracht und im November nur 16,0 Mill. DM gegenüber 28,4 Mill. DM im Oktober und 32,9 Mill. DM im

September. Hierin sind allerdings die beiden Anleihen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Anleihe der Industriekreditbank A.G. nicht enthalten, da sie teilweise noch bis Ende Januar zur Zeichnung aufliegen. Das Zeichnungsergebnis war jedoch bei allen drei Anleihen bisher unbefriedigend, so daß auch bei Einbeziehung dieser Anleiheerlöse in den letzten beiden Monaten des Jahres der Wertpapierabsatz, wenn überhaupt, so nur wenig über dem bisherigen Monatsdurchschnitt gelegen haben dürfte. Insgesamt belief sich der Emissionserlös des Jahres 1949 bei festverzinslichen Wertpapieren auf etwa 470 Mill. DM und bei Aktien auf etwas über 50 Mill. DM. Das waren zusammen nur etwa 6 v. H. des Betrages, auf den die Nettoinvestitionen zu schätzen sind. Den gleichen Anteil hatte die Wertpapierunterbringung an der Finanzierung der Nettoinvestition im Jahre 1924, während im Jahre 1925 bereits rd. 22 v. H. der Nettoinvestitionen mit Hilfe der Wertpapierunterbringung finanziert werden konnten.

Die Auflegung neuer Emissionen hat in den letzten Monaten den geringen Unterbringungsergebnissen mehr Rechnung getragen als bisher. Während nämlich in den ersten 9 Monaten des Jahres 1949 im Durchschnitt 109 Mill. DM festverzinsliche Wertpapiere und knapp 6 Mill. DM Aktien monatlich zur Zeichnung aufgelegt wurden, sind im November jedenfalls nur 5 Mill.



DM festverzinsliche Papiere und 1,6 Mill. DM Aktien emittiert worden; im Oktober waren sogar nur 1,5 Mill. DM festverzinsliche und 1,0 Mill. DM Aktien neu aufgelegt worden. Im Dezember entsprach der Betrag der neu aufgelegten Wertpapiere mit 35, 0 Mill. DM fast genau dem im gleichen Monat untergebrachten Betrag.

Das Interesse des Publikums an Aktien, das in den Monaten September, Oktober und November auf Grund der starken Kurssteigerungen dieser Papiere laufend zugenommen hatte und

dadurch seinerseits den Kursbewegungen neuen Auftrieb gab, ist im Laufe des Dezember merklich zurückgegangen, so daß die Aktienhausse vom Herbst inzwischen wieder durch eine ruhigere Entwicklung mit unter leichten Schwankungen stagnierenden Kursen abgelöst worden ist. Die Börsenumsätze an Aktien erreichten im Dezember noch nicht einmal die Hälfte des im Vormonat erzielten Betrages, während der Rentenmarkt, der auch in den Zeiten der Aktienhausse keine Belebung erfahren hatte, keine wesentliche Veränderung der Umsätze zeigte. Die Aktienkurse, die in den meisten Fällen zwischen dem 20. und 23. November einen vorläufigen Höchststand erreicht hatten und danach bis Ende November wieder gesunken waren, zogen in den ersten Dezembertagen an und holten nach einer vorübergehenden Abschwächung Mitte Dezember im allgemeinen einen beträchtlichen Teil der vorangegangenen Kursverluste wieder auf. Allerdings ging nur ein Teil der Papiere über den Kulminationspunkt vom November hinaus. Einige unter diesen überschritten dabei immerhin bis zum 31. Dezember den Pari-Stand. Die Kurse der festverzinslichen Papiere blieben im Dezember fast unverändert. Nur wenige Werte zogen geringfügig an, während einige andere, insbesondere verschiedene Industrieobligationen, etwas nachgaben.

Die Kapitalaufbringung im vierten Vierteljahr 1949 war, verglichen mit der des vorangegangenen Vierteljahres, verhältnismäßig günstig. Die öffentliche Hand konnte erwartungsgemäß nicht einen so hohen Beitrag zur Investitionsfinanzierung leisten wie im dritten Vierteljahr, jedoch ist der aufgebrauchte Betrag von rd. 600 Mill. DM immerhin beträchtlich höher, als die Vorausschätzungen erwarten ließen. Unter den Kapitalmarktausleihungen waren die mittel- und langfristigen Ausleihungen der Geldinstitute mit rd. 360 Mill. DM merklich höher als im vorigen Vierteljahr (221 Mill. DM) und auch die Ausleihungen der Bausparkassen haben zugenommen, während sich der Wertpapierabsatz annähernd auf der Höhe des dritten Vierteljahres gehalten hat. Die Finanzierung aus counterpart funds war im vierten Vierteljahr mit 159 Mill. DM ebenfalls günstiger als im dritten Vierteljahr. Insgesamt sind im zweiten Halbjahr 1949 neben der Selbstfinanzierung und der Verwen-

derung kurzfristig gegebener Bankkredite etwa folgende Beträge zur Investitionsfinanzierung aufgebracht worden:

Die Kapitalaufbringung im 2. Halbjahr 1949
im Bundesgebiet¹⁾
in Mill. DM

1. Mittel der öffentlichen Haushalte	1 500
2. Kapitalmarktausleihungen	"
Geldinstitute (ohne Ausleihungen von aus Wertpapierunterbringung und counterpart funds stammenden Mitteln)	580
Wertpapierunterbringung	240
Private und öffentliche Versicherungen	210
Bausparkassen	45
counterpart funds	260
	<u>2 835</u>

¹⁾ Ohne Selbstfinanzierung und Finanzierung aus kurzfristig gegebenen Bankkrediten; teilweise geschätzt.

Öffentliche Finanzen

Die Steuereinnahmen der Länder sind im November und Dezember dem üblichen vierteljährlichen Zahlungsturnus folgend wieder etwas zurückgegangen. Im November waren sie mit 1275 Mill. DM um rd. 140 Mill. DM niedriger als im Oktober, und im Dezember — für den noch keine vollständigen Angaben vorliegen — sind die Besitz- und Verkehrssteuern weiter leicht gesunken. Trotzdem dürfte das steuerliche Ergebnis des letzten Vierteljahrs relativ günstig gewesen sein, da die zahlungs-

technisch bedingte Verminderung des Steueraufkommens durch die schon im Oktober zu verzeichnende konjunkturelle Zunahme in verhältnismäßig engen Grenzen gehalten wurde. Im November war das Steueraufkommen jedenfalls um 6 v. H. höher als im August, dem letzten Monat mit gleichen Zahlungsterminen, und die Besitz- und Verkehrssteuern erbrachten im Dezember 15,5 v. H. bzw. (bei Ausschaltung der im September vorgenommenen Erstattung der Umsatzausgleichssteuer) 8,5 v. H. mehr als im September.

Am stärksten war der konjunkturelle Anstieg weiterhin bei der Umsatzsteuer sowie bei den Verbrauchssteuern und Zöllen. Das Aufkommen aus den beiden Quellen lag im November höher als in jedem der Monate seit der Währungsreform. Überhaupt ist seit Mitte vorigen Jahres eine immer stärkere Verlagerung von den Einkommenssteuern zu den Verbrauchssteuern festzustellen. Wie die umseitige Tabelle zeigt, stammten im Durchschnitt der Monate Oktober — November 1949 nahezu 55 v. H. des gesamten Steueraufkommens aus der Verbrauchsbesteuerung im weiteren Sinne, d. h. den Verbrauchssteuern und Zöllen sowie der Umsatzsteuer, und nur rd. 40 v. H. aus der direkten Einkommensbesteuerung — der Rest von 5 v. H. entfiel auf kleinere Steuern, wie die Vermögenssteuer, die

Steueraufkommen im Bundesgebiet

August und November } = Monate mit vergleichbaren Steuerterminen
September und Dezember

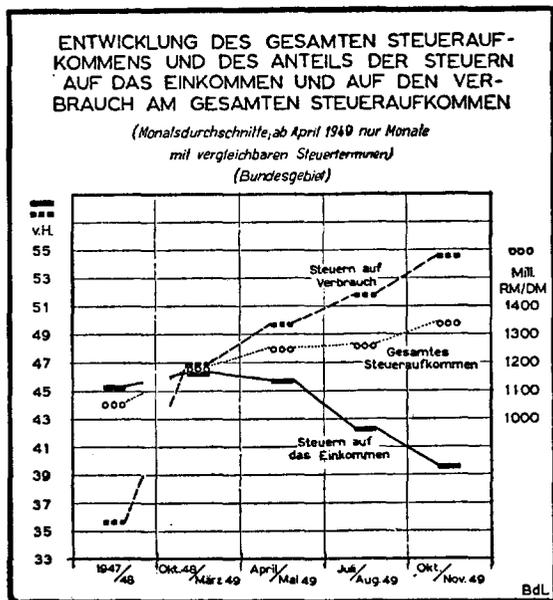
Steuerart	August	September	Oktober	November		Dezember	
	in Mill. DM				August = 100	Mill. DM	Sept. = 100
1. Besitz- und Verkehrssteuern insgesamt	835,4	726,5	1 054,4	882,3	105,6	839,2	115,5
darunter:							
Lohnsteuer	175,6	177,4	181,0	176,0	100,2	169,0	95,3
Veranl. Eink.-Steuer	163,5	135,7	274,1	166,5	101,8	130,6	96,3
Körperschaftssteuer	97,1	85,3	179,8	100,3	103,3	88,9	104,2
Umsatzsteuer	323,3	271,7 ³⁾	356,1	360,7	111,6	360,4	132,6
2. Verbrauchssteuern und Zölle	367,4	343,0	361,4	392,8	106,9	.	.
3. Steueraufkommen insges.	1 202,7 ²⁾	1 069,5	1 415,8	1 275,1	106,0	.	.
4. Davon: an den Bund abzuführende Steuerbeträge ¹⁾	72,5	89,0	57,5	66,6	91,9	.	.
5. Den Ländern verbleibendes Steueraufkommen	1 130,2	980,5	1 358,3	1 208,5	106,9	.	.

¹⁾ Kassenmäßige Überweisungen des Aufkommens aus der Kaffeesteuer, der Teesteuer und den Zöllen, die in den einzelnen Monaten nicht mit dem Aufkommen an diesen Steuern identisch sind.

²⁾ Differenz durch Abrunden.

³⁾ Rückgang um 47,6 Mill. DM durch Ausfuhrhändler- und Ausfuhrvergütung.

Quelle: Bundesfinanzministerium.



Zahlen über die Ausgaben der Länder liegen für die Zeit nach Juni vorigen Jahres nicht vor. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Ausgaben, besonders im Dezember, relativ hoch waren. Im November mußte zunächst noch ein Teil der Soforthilfe vorfinanziert werden, und im Dezember ergab sich eine besondere Belastung durch die Zinszahlungen auf die von den Ländern zu bedienenden Ausgleichsforderungen und die Zahlung der für die erste Hälfte des Haushaltsjahres, also die Zeit von April bis September, übernommenen, aber zum Teil rückständig gebliebenen Subventionen für die Lebensmitteleinfuhr. Außerdem sind im Dezember auch die allgemeinen Haushaltsausgaben in der Regel verhältnismäßig hoch. Wie Teilangaben über die Entwicklung der Kassenbestände und die Neuverschuldung erkennen lassen, dürften

Entwicklung der Einkommens- und Verbrauchsbesteuerung im Bundesgebiet seit Oktober 1948

1	Gesamtes Steueraufkommen in Mill. RM/DM	darunter						
		Steuern vom Einkommen ²⁾		Steuern vom Verbrauch ³⁾		davon		
		in Mill. RM/DM	in v. H. von 2	in Mill. RM/DM	in v. H. von 2	Umsatzsteuer	Zölle	übrige Verbr. St.
						in Mill. RM/DM		
2	3	4	5	6	7	8	9	
Monatsdurchschnitt 1947/48 ¹⁾	1 063,1	482,7	45,4	380,6	35,8	174,5	13,3	192,8
Okt. 1948—März 1949	1 190,9	554,3	46,5	559,5	47,0	292,0	12,5	255,0
April—Mai	1 255,3	574,0	45,8	625,5	49,8	307,9	19,5	298,1
Juli—August	1 268,8	537,0	42,4	658,1	51,9	320,5	24,8	312,8
Oktober—November	1 345,5	539,1	39,7	735,5 ⁴⁾	54,7	358,4	31,9	345,3

¹⁾ Vereinigtes Wirtschaftsgebiet.

²⁾ Lohnsteuer, Veranl. Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragsteuer.

³⁾ Verbrauchssteuern, Zölle, Umsatzsteuer.

⁴⁾ Differenz durch Abrunden.

Kraftfahrzeugsteuer usw. —, während im Durchschnitt der Monate Oktober 1948 — März 1949 noch etwa der gleiche Prozentsatz (47 v. H.) auf die beiden Steuergruppen entfallen war.

Dagegen ist die Ergiebigkeit der Einkommensteuern in den letzten Monaten nicht mehr gewachsen. Die Körperschaftssteuer erbrachte zwar im Vierteljahr Oktober—Dezember 1949 2,4 v. H. mehr als im vorangegangenen Vierteljahr, aber das Aufkommen aus der Veranlagten Einkommensteuer nahm im gleichen Zeitraum weiter, wenn auch nur um 2,2 v. H., ab, und auch die Lohnsteuereingänge bewegten sich seit November rückläufig.

die Länderhaushalte im November und Dezember infolgedessen wieder mit Defiziten abgeschlossen haben, nachdem im Oktober auf Grund der relativ hohen Haushaltseinnahmen ein Überschuß von schätzungsweise 300 Mill. DM erzielt worden war. Die im Zentralbanksystem unterhaltenen Mittel der Länder, die allerdings nur einen Teil der gesamten Länderreserven bilden, nahmen im November und Dezember um zusammen 267 Mill. DM ab, womit die im Oktober stattgehabte Zunahme um 189 Mill. DM überkompensiert wurde.

Auch die Verschuldung der Länder hat im November und Dezember stärker zugenommen

Die Entwicklung der Mittel der Länder
bei den Landeszentralbanken
seit Ende September 1949
in Mill. DM

	Einlagen lt. Statistik	Aus- gleichsfor- derungen	Insgesamt	Ver- änderung gegenüber Vormonat
30. September	164,8	255,8	420,6	
31. Oktober	307,7	304,1	611,8	+ 191,2
30. November	216,6	270,8	487,4	— 124,4
31. Dezember	161,4	191,3	352,7	— 134,7
Veränderung Dezember gegen- über September	— 3,4	— 64,5	— 67,9	

als in den Sommermonaten. Im November wuchs sie um rd. 56 Mill. DM auf 363 Mill. DM an. Ende Dezember dürfte sie gut 600 Mill. DM betragen haben. Dabei ist bemerkenswert, daß neuerdings auch in zwei Ländern des ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiets, nämlich in Bayern und Hessen, größere Beträge an Schatzwechseln begeben worden sind, während bis Oktober 1949 nur die Länder der französischen Zone Schatzwechsel aufgelegt hatten. Ende November belief sich die Neuverschuldung der Länder aus Schatzwechseln auf rd. 56 Mill. DM, bis Ende Dezember stieg sie auf 162 Mill. DM. Wie die nachstehende Tabelle über die Entwick-

Die Bundesfinanzen unterlagen ebenfalls in den letzten Wochen einer stärkeren Anspannung. Einmal wurden sie gleichfalls durch die Ende 1949 fälligen Zinsen auf Ausgleichsforderungen und die Zahlung rückständiger Subventionen für die Lebensmitteleinfuhr belastet; ferner wurde zum ersten Mal im Rahmen der Berlin-Hilfe ein erhöhter Betrag — 60 Mill. DM für den Monat Dezember — überwiesen. Zu einem großen Teil konnten diese Ausgaben aus den relativ hohen Kassenmitteln, über die der Bund Ende November verfügt hatte, bestritten werden. Darüber hinaus mußte er jedoch auch auf Kreditmittel zurückgreifen, zu welchem Zweck 23 Mill. DM aus der Schatzwechselemission von Oktober 1949 untergebracht wurden. Die Gesamtverpflichtungen des Bundes aus Schatzwechseln beliefen sich damit Ende Dezember 1949 auf 213 Mill. DM, während Kassenvorschüsse bei der Bank deutscher Länder auch weiterhin nicht in Anspruch genommen worden sind. Ende Dezember übertraf damit die Verschuldung des Bundes seine Kassenmittel um 155,3 Mill. DM, nachdem noch Ende November die Kassenmittel um rd. 9 Mill. DM höher gewesen waren als die bis dahin aufgenommenen Schulden.

Der Bundeshaushalt für die Zeit von der Er-

Die Neuverschuldung der Länder seit September 1949
in Mill. DM

Arten	Stand am				Veränderung	
	30. Sept.	31. Okt.	30. Nov.	31. Dez.	Dezember gegenüber November	Dezember gegenüber September
1. Kredite des Banksystems	121,3	97,5	99,9	rd. 235,2 ²⁾	+ 135,3 ²⁾	+ 113,9 ²⁾
Zentralbanksystem	(57,4)	(45,5)	(47,6)	(85,2)	(+ 37,6)	(+ 27,8)
Geschäftsbanken	(63,9)	(52,0)	(52,3)	(rd. 150,0)	(+ 97,7)	(+ 86,1)
2. Postkredite	36,5	46,5	46,5	46,5	± 0	+ 10,0
3. Schatzwechselkredite	20,1	17,6	56,3	162,3	+ 106,0	+ 142,2
4. Schuld. an d. Arbeitsstock ¹⁾	131,9	143,6	159,8	rd. 170,0 ²⁾	+ 10,2 ²⁾	+ 38,1 ²⁾
5. Insgesamt	309,8	305,2	362,5	rd. 614,0 ²⁾	+ 251,5 ²⁾	+ 304,2

¹⁾ Rückständige Erstattungen für die vom Arbeitsstock verauslagte Arbeitslosenfürsorge. Nur Länder im ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiet.

²⁾ Teilweise auf Schätzungen beruhend.

lung und die Quellen der Neuverschuldung der Länder zeigt, war darüber hinaus im Dezember auch eine stärkere Beanspruchung des Banksystems durch Kassenkredite festzustellen.

richtung des Bundes (21. September 1949) bis zum 31. März 1950 ist im Dezember dem Bundesrat und Anfang Januar dem Bundestag zugeleitet, bisher aber noch nicht verabschiedet

worden. Nach den Voranschlägen soll die gesamte Ausgabensumme 1536 Mill. DM betragen, wovon rd. 970 Mill. DM auf den eigentlichen Haushalt und 566 Mill. DM auf einen Nachtragshaushalt entfallen, der im wesentlichen Beiträge für den Preisausgleich (389 Mill. DM brutto) und für die erweiterte Berlin-Hilfe enthält. Was die letztere angeht, so ist neuerdings beabsichtigt, den ursprünglich für die Zeit von November 1949 bis März 1950 vorgesehenen Betrag von 60 Mill. DM monatlich im Januar um 5 Mill. DM und in jedem folgenden Monat um weitere 5 Mill. DM zu kürzen, so daß sich die Aufwendungen im März d. J. auf 45 Mill. DM verringert haben sollen.

Die vorgesehene Ausgabensumme von 1 536 Mill. DM ist um rd. 230 Mill. DM höher als der im Haushalt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets (einschließlich der im Juni und August 1949 verabschiedeten Nachtragshaushalte) für das gesamte Rechnungsjahr 1949/50 veranschlagte Ausgabenbetrag. Berücksichtigt man jedoch, daß die Erhöhung der Ausgaben weitgehend mit dem Anstieg der besonderen Ausgaben (Preisausgleich, Berlin-Hilfe) zusammenhängt und daß auch im Haushalt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets der größere Teil der Ausgaben in die zweite Hälfte des Finanzjahres gefallen wäre — tatsächlich wurden bis 21. September auch nur rd. 435 Mill. DM verausgabt —, so ist die Steigerung des eigentlichen Verwaltungsaufwands weit geringer, als es zunächst den Anschein haben könnte.

An regulären Einnahmen des Bundes sind für die Zeit bis zum 31. März 1950 lediglich die Erträge aus dem Notopfer Berlin, den Zöllen, der Umsatzausgleichssteuer, der Kaffeesteuer, der Teesteuer, die Ablieferungen der Bundesbahn und der Post sowie verschiedene Verwaltungseinnahmen (einschließlich der Ablieferungen der Mineralöl GmbH.) vorgesehen. Sie werden wahrscheinlich erheblich hinter den Ausgaben zurückbleiben. Die dem Bund zustehenden Steuerquellen haben sich in den letzten Monaten zwar als ertragreicher erwiesen als im Haushaltsplan des Vereinigten Wirtschaftsgebiets veranschlagt. Außerdem ist aus der Wiedererhebung der Mineralölzölle (ab 1. Januar d. J.) und der Verlängerung des ursprünglich bis zum 31. Dezember 1949 befristeten Notopfers Berlin mit einer

Einnahmesteigerung zu rechnen. Der Ansatz für die dem Bund zustehenden, im Bereich des ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiets aufkommenden Steuereinnahmen ist daher um rd. 288 Mill. DM erhöht worden. Hinzu kommen noch rd. 16,3 Mill. DM, die von den Ländern der französischen Zone zu überweisen sind. Auf der anderen Seite ist aber die Bahn seit Juni 1949 ihren Ablieferungsverpflichtungen, die für das gesamte Rechnungsjahr auf 174 Mill. DM festgesetzt waren, nicht nachgekommen. Der sich hieraus ergebende voraussichtliche Einnahmeausfall ist im Voranschlag — relativ niedrig — mit rd. 100 Mill. DM angesetzt worden.

Insgesamt werden nunmehr an ordentlichen Deckungsmitteln des Bundeshaushalts für die Zeit bis 31. März 1950 1 135,1 Mill. DM erwartet, und zwar aus:

	Mill. DM
1. Steuern	558,5
2. Einnahmen aus dem Preisausgleich (Abschöpfungsbeträge)	38,5
3. Sonstige Einnahmen (Ablieferungen von Bahn, Post, Mineralöl G.m.b.H., allgemeine Verwaltungseinnahmen)	539,7
insgesamt	<u>1 136,7</u>

Bei Ausgaben in Höhe von 1 536 Mill. DM würde sich demnach ein Fehlbetrag von rd. 400 Mill. DM ergeben. Es ist vorgesehen, daß die Länder an den Bundeshaushalt Zuschüsse in Höhe von 362,6 Mill. DM leisten, und zwar einen Beitrag an den allgemeinen Haushalt in Höhe von 21,6 Mill. DM und einen Beitrag an den Nachtragshaushalt in Höhe von 341 Mill. DM. Sofern die Länder sich zur Übernahme dieser Verpflichtungen entschließen, was jedoch noch fraglich ist, würde sich der Fehlbetrag des Bundeshaushalts in sehr engen Grenzen halten (rd. 40 Mill. DM).

Nicht in den Haushalt eingestellt sind die Verpflichtungen, die sich für den Bund eventuell aus der Übernahme der counterpart-Konten auf Grund des ECA-Vertrages ergeben werden. Ein genaues Urteil hierüber ist zur Zeit noch nicht möglich. Der Bund hat es jedoch bereits übernommen, bei der laufenden Gegenwert-Bildung etwaige temporäre Fehlbeträge zwischen den Gutschriftenanweisungen der ECA-Verwaltung und den tatsächlichen Import-Einzahlungen von seiten der Importeure durch entsprechende

Vorschüsse zu decken und für diesen Zweck eine Kreditlinie von 200 Mill. DM zu reservieren. Mit Rücksicht hierauf und auf die bevorstehende Erweiterung des Bundeshaushalts ist der Kreditplafond, den der Bund bei der Bank deutscher Länder besitzt, durch Gesetz der Hohen Kommissare mit Wirkung vom 15. Dezember ab in der auf S. 4 geschilderten Weise geändert worden. Um das Haushaltsgesetz an diese Änderung anzupassen, ist die bisherige Kreditermächtigung des Bundesfinanzministers durch Bundesgesetz von bisher 500 Mill. DM (der vom Vereinigten Wirtschaftsgebiet übernommenen Kreditermächtigung) auf 800 Mill. DM erweitert worden.

**Kriegsfolgelasten und Soziallasten
der Länder bzw. des Bundes**
in Mill. DM

Ausgabearten	Tatsächliche Ausgaben der Länder im 1. Jahr nach der Währungsreform (21. 6. 48-30. 6. 49)	Voraussichtliche Ausgaben der Länder im Rechnungsjahr 1949/50 (nach Angaben des Bundesrats)	Schätzung der Ausgaben des Bundes im Rechnungsjahr 1950/51 (nach Angaben des Bundesfinanzministers)
1. Kriegsfolgelasten insgesamt	6 677	7 560	8 483
davon			
a) Besatzungszwangslasten	4 112 ¹⁾	4 500 ¹⁾	4 500
b) Zahlungen an Körperbeschädigte und Kriegshinterbliebene	1 489	2 100	3 178
c) Zuweisungen an Gemeinden zur Deckung kriegsverursachter Soziallasten	668	600	} 805
d) Sonstige kriegsverursachte Soziallasten ²⁾	408	360	
2. Andere Soziallasten insgesamt	676	1 225	1 835
davon			
a) Zuschüsse an die Träger der Sozialversicherung	500	600	826
b) Arbeitslosenfürsorge	176	625 ³⁾	1 009 ⁴⁾
Kriegsfolge- und Soziallasten insges. (1+2)	7 353	8 785	10 318

¹⁾ Ohne Besatzungskosten des Vereinigten Wirtschaftsgebiets bzw. des Bundes. Ansatz im laufenden Rechnungsjahr: 35 Mill. DM

²⁾ u. a. Versorgung verdrängter Beamter, Heimkehrerhilfe.

³⁾ Unter der Annahme einer vollen Rückerstattung der Vorleistungen der Arbeitslosenversicherung durch die Länder.

⁴⁾ Enthält auch die Heimkehrerhilfe.

Über die Höhe der Ausgabeverpflichtungen, die im Rechnungsjahr 1950/51 dem Bund obliegen werden, hat der Bundesfinanzminister in seiner Bundestags-Rede vom 11. Januar d. J. erstmalig vorläufige Angaben gemacht. Dabei hat er allein die Kriegsfolgelasten und die Sozialleistungen des Bundes mit 10,3 Mrd. DM veranschlagt. Einschließlich der Berlin-Hilfe, der Beträge für die bis Ende Juni 1950 weiterzuführenden Lebensmittelsubventionen sowie der persönlichen und sächlichen Ausgaben würde demnach die gesamte Ausgabensumme des Bundes etwa 12 Mrd. DM betragen. Wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht, ist dabei allerdings eine ganz beträchtliche Steigerung bestimmter Ausgaben und keinerlei Verminderung der Besatzungszwangslasten in Rechnung gestellt — Annahmen, über deren Berechtigung im Augenblick noch nicht geurteilt werden kann.

Auf jeden Fall aber werden die dem Bund ab 1. April 1950 zustehenden regulären Einnahmen nicht unbeträchtlich geringer sein als die voraussichtlichen Ausgabeverpflichtungen. Die nach dem Grundgesetz dem Bund neu zufließenden Steuereinnahmen (Umsatzsteuer, Verbrauchssteuern — ohne Biersteuer —, Beförderungssteuer) sind zusammen mit den ihm schon jetzt zur Verfügung stehenden Einnahmen für das laufende Rechnungsjahr nach den bisherigen Ergebnissen auf rd. 8,7 Mrd. DM (ohne Ablieferungen der Bundesbahn) zu veranschlagen. Würden sie im nächsten Rechnungsjahr nicht mehr erbringen (was bei weiterer wirtschaftlicher Erholung allerdings selbst im Falle gewisser Verbrauchssteuersenkungen sehr unwahrscheinlich wäre) und würden die Ausgaben wirklich die Größenordnung der oben erwähnten Schätzung erreichen, so würde sich also ein Fehlbetrag von etwa 3,3 Mrd. DM ergeben. Bei günstigerer Entwicklung der Einnahmen und geringeren Ausgabeerhöhungen könnte das Defizit jedoch erheblich geringer sein.

Den Ländern werden ab nächstem Rechnungsjahr an Ausgaben noch verbleiben: die Zuweisungen an die Gemeinden, der Schuldendienst für ihre Verbindlichkeiten, die persönlichen und sächlichen Ausgaben für ihre Verwaltung, Investitionsausgaben und Ausgaben für kulturelle und wirtschaftliche Zwecke. Im laufenden Finanzjahr dürften die Länder für diese Zwecke

nach Angaben des Bundesfinanzministers und des Bundesrats insgesamt etwa 7,8 Mrd. DM aufwenden, wobei sich ungefähr folgende Einzelpositionen ergeben dürften:

	Mill. DM
1. Allgemeine Zuweisungen an die Gemeinden	1 450
2. Schuldendienst	335
3. Persönliche Ausgaben (ohne Versorgungsbezüge)	2 290
4. Versorgungsbezüge	700
5. Investitionsausgaben ¹⁾	1 050
6. Alle übrigen Ausgaben (Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für soziale, kulturelle und wirtschaftl. Zwecke)	1 950
Summe 1—6	7 775

¹⁾ Ohne die aus dem Aufkommen unter dem Hypothekensicherungsgesetz und aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung finanzierten Investitionen der Länder.

Mit einer Erhöhung dieser Ausgaben wird für das nächste Rechnungsjahr nicht gerechnet.

An Einnahmen werden den Ländern im kommenden Haushaltsjahr noch zustehen die Einkommensteuern (und zwar, sofern der Bund nicht bestimmte Anteile beanspruchen sollte, in voller Höhe), die Vermögensteuer, die Biersteuer und eine Reihe kleinerer Steuern. Für das laufende Jahr ist der Ertrag dieser Steuern, selbst wenn die vorgeschlagene Reform der Einkommensteuer ab 1. Januar 1950 in Kraft tritt, nach den Ergebnissen für die ersten 8 Monate des Rechnungsjahres 1949/50 und unter Berücksichtigung der saisonüblichen Entwicklung auf rd. 6,9 Mrd. DM zu beziffern. Im nächsten Haushaltsjahr wird sich allerdings die beabsichtigte Einkommensteuersenkung stärker auswirken. Wenn es bei der in der Steuervorlage der Bundesregierung vorgesehenen Regelung bleibt, ist ceteris paribus mit einem Ausfall von ungefähr 800 Mill. DM zu rechnen. Wachsen jedoch die den Ländern verbleibenden Steuereinnahmen konjunkturell nur um etwa 5 v. H. über ihren diesjährigen Stand hinaus — tatsächlich ist, wie erwähnt, das Steueraufkommen allein von August bis November 1949 um 6 v. H. gestiegen — und bleiben die sonstigen, den Ländern im nächsten Jahr noch zustehenden Einnahmen konstant, so würden die Länder über Gesamteinnahmen in Höhe von etwa 8,8 Mrd. DM verfügen. Wenn sich die Ausgaben in der Größenordnung von etwa 7,8 Mrd. DM halten (vgl. oben), würden also die Länderhaushalte zusammen im nächsten Rechnungsjahr einen Überschuß in Höhe von rd. 1 Mrd. DM erzielen können.

Die Ausgaben im Rahmen der Soforthilfeaktion sind im Dezember offenbar etwas stärker angestiegen, was mit der Ausschüttung eines größeren Teils der Hausratshilfe noch vor Weihnachten zu erklären ist. Bis Ende November hatten die tatsächlichen Auszahlungen für Zwecke der Unterhaltshilfe und der Hausratshilfe 265 Mill. DM betragen. Über den weiteren Trend gibt einigermaßen die Entwicklung der vom Hauptamt für Soforthilfe bereitgestellten Beträge (einschließlich der aus Landesmitteln stammenden Gelder) Aufschluß, wenngleich die tatsächlichen Auszahlungen damit nicht ganz Schritt gehalten haben dürften. Am 7. Januar 1950 waren nahezu 500 Mill. DM bereitgestellt, und zwar

289 Mill. DM für die Unterhaltshilfe,
153 „ „ „ „ Hausratshilfe,
52 „ „ „ „ Gemeinschaftshilfe.

Die bis Ende Dezember vorigen Jahres erzielten Einnäge aus den Soforthilfeabgaben betragen demgegenüber rd. 570 Mill. DM, wovon

493 Mill. DM aus der allgemeinen Abgabe und
77 „ „ „ „ Sonderabgabe auf das Vorratsvermögen

stammten. Die Ende Dezember fällig gewesene zweite Rate der Abgabe auf das Grundvermögen und das Betriebsvermögen war dabei noch kaum in voller Höhe eingegangen. Insgesamt hatten also die Einnäge des Hauptausgleichsamtes am Jahresende die für Zwecke der Soforthilfe zur Auszahlung bereitgestellten Mittel um mindestens 70 Mill. DM überstiegen, so daß die Abdeckung der Mittel, mit denen die Länder bis November die Soforthilfezahlungen bevorschußt hatten, auf keine Schwierigkeiten stoßen dürfte.

Über die Finanzlage der Gemeinden liegen neuere Ergebnisse nicht vor. Aus Teilangaben über die Entwicklung der gemeindeeigenen Steuereinnahmen und der Verschuldung ist jedoch zu entnehmen, daß im allgemeinen bisher kaum ernsthafte Schwierigkeiten aufgetreten sein dürften, wenn auch einzelne Gemeinden und Gemeindeverbände schon im laufenden Rechnungsjahr mit Defiziten rechnen müssen. Die Verschuldung der Gemeinden an das Banksystem nahm im November jedenfalls nur um 18,3 Mill. DM zu, und davon entfielen rd. 15

Mill. DM auf mittel- und langfristige Kredite (hauptsächlich Kommunalanleihen), die vor allem der Finanzierung von Investitionsausgaben gedient haben dürften.

Im Gegensatz zu den Haushaltsentwicklungen der Gebietskörperschaften, die in den Monaten November und Dezember 1949 per Saldo mit Defiziten abschlossen, dürfte von der Gesamtheit der Sozialversicherungen im gleichen Zeitraum bei sehr unterschiedlicher Entwicklung der einzelnen Versicherungszweige ein leichter Überschuß erzielt worden sein. Am ungünstigsten war dabei die Position der Arbeitslosenversicherung, die in den Ländern des ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiets im November ein leichtes Defizit von 1,2 Mill. DM aufwies und im Dezember infolge der erhöhten Arbeitslosigkeit wahrscheinlich noch schlechter abgeschnitten haben wird, wenn die Länder ihrer Erstattungspflicht für die Vorleistungen der Arbeitslosenversicherung im Rahmen der Arbeitslosenfürsorge nicht besser als bisher nachgekommen sind. Diese Verschlechterung, die auffallend mit der Tatsache kontrastiert, daß die Arbeitslosenversicherung vor einem Jahr noch Überschüsse von monatlich etwa 40—50 Mill. DM erzielte, ist vornehmlich auf drei Gründe zurückzuführen: Erstens sind die Einnahmen auf Grund des am 1. Juni 1949 in Kraft getretenen Sozialversicherungsanpassungsgesetzes seit Juli

stiegen. Mit rd. 117 Mill. DM lagen die Ausgaben im November um fast 70 v. H. über den Ausgaben im Durchschnitt der Monate Juli 1948 bis März 1949 (rd. 70 Mill. DM). Schließlich sind einzelne Länder mit der Erstattung der vom Arbeitsstock verauslagten Zahlungen für die Arbeitslosenfürsorge in Höhe von insgesamt 160 Mill. DM im Rückstand. Wie die nachstehende Tabelle zeigt, sind die Zahlungen im Rahmen der Arbeitslosenfürsorge in den letzten Monaten bei gleichzeitig rückläufigen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung ständig gestiegen. Dieser Anstieg erklärt sich daraus, daß die regulären Versicherungsleistungen zeitlich begrenzt sind und daß daher die Arbeitslosenfürsorge in zunehmendem Maße einspringen muß. Bei hundertprozentiger Erstattung der Arbeitslosenfürsorge durch die Länder würde die Arbeitslosenversicherung allerdings auch heute noch Überschüsse erzielen, die im Vierteljahr September—November 1949 38,3 Mill. DM betragen hätten. Da aber die Länder mit ihren Erstattungen gewöhnlich stark im Rückstand sind, ergab sich in Wirklichkeit ein Fehlbetrag von 7,1 Mill. DM, zu dessen Deckung auf die im ersten Jahr nach der Währungsreform gebildeten Reserven zurückgegriffen werden mußte.

Bei den Rentenversicherungen sind dagegen in letzter Zeit ziemlich hohe Überschüsse entstanden. Sie erklären sich daraus, daß das Sozialversicherungsanpassungsgesetz, das am 1. Juni 1949

Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung im ehemaligen Vereinigten Wirtschaftsgebiet seit Mai 1949
in Mill. DM

Zeit	Einnahmen insgesamt	Ausgaben		Arbeitslosenfürsorge in v. H. der gesamten Ausgaben	Überschuß (+) bzw. Defizit (-)				
		Insgesamt	darunter		tatsächlich	unter der Annahme vollst. Erstattung der Altu			
	1	2	Arbeitslosenunterstützung (Alu)	Arbeitslosenfürsorge (Alfu)	3	4	5	6	7
Mai	135,5	108,9	50,4	33,3	30,6	+ 26,7	+ 40,4		
Juni	138,3	116,6	54,7	37,9	32,5	+ 21,7	+ 33,8		
Juli	120,9	111,6	52,5	42,1	37,7	+ 9,3	+ 21,9		
August	113,4	112,4	52,4	43,9	39,0	+ 1,0	+ 14,8		
September	108,4	115,0	47,6	47,9	41,7	- 6,6	+ 7,6		
Oktober	114,8	114,2	44,7	51,9	45,5	+ 0,6	+ 14,2		
November	115,8	116,9	43,2	56,4	48,2	- 1,1	+ 16,5		

vorigen Jahres rückläufig (vgl. Spalte 1 der vorstehenden Tabelle). Zweitens ist der Ausgabebedarf durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit seit dem Beginn des vorigen Jahres stark ange-

in Kraft getreten ist, die Lage der Rentenversicherungen zu Lasten der Arbeitslosenversicherung erheblich verbessert hat. Die Auswirkungen dieses Gesetzes waren zum erstenmal in den nun-

mehr vorliegenden Angaben für das dritte Vierteljahr 1949 zu erkennen, das mit einem doppelt so hohen Überschuß wie im ersten Vierteljahr abschloß, nachdem im zweiten Vierteljahr ein beträchtliches Defizit aufgetreten war, weil die erhöhten Renten bereits ab Juni 1949 gezahlt werden mußten, die Einnahmen aber erst seit Juli anstiegen.

Einnahmen und Ausgaben der Renten-
versicherungen
im Vereinigten Wirtschaftsgebiet
in Mill. DM

Zeit	Ein- nahmen	Ausgaben	Überschuß (+) Fehlbetrag (-)
Januar—März 1949	567,0	524,0	+ 43,0
April—Juni	562,3	582,4	- 20,1
Juli—September	792,9	695,9	+ 97,0
Juli—September in v. H. Januar—März	140	133	226

Da die Einnahmen und die Ausgabeverpflichtungen der Altersversicherungen verhältnismäßig konstant sind, dürfte auch im letzten Vierteljahr des vergangenen Jahres ein Überschuß in der Größenordnung des vorangegangenen Vierteljahres erzielt worden sein.

Produktion, Absatz, Beschäftigung

Die Güterwirtschaft stand in den letzten Wochen des Jahres weiter im Zeichen der kräftigen Belebung, die sich in den Herbstmonaten angebahnt hatte. Der Index der Industrieproduktion stieg — nach einem vorübergehenden Stillstand im Oktober — im November arbeitstäglich berechnet nochmals um über 5 v. H. an und erreichte damit einen Stand, der nur um zwei Punkte unter dem Jahresdurchschnitt von 1936 lag und den Stand von Dezember 1948 um rd. 25 v. H. und den vom Juni 1949 um 10 v. H. übertraf. Im Dezember ist dieses Niveau anfangs zumindest behauptet worden. In der letzten Dekade sank die Produktion infolge der üblichen Betriebsschließungen oder -einschränkungen dann allerdings teilweise erheblich ab, so daß das Monatsergebnis, auch bei arbeitstäglich Berechnung, um etwa 3 v. H. hinter dem des Vormonats zurückblieb. Rein konjunkturell dürfte jedoch das Vormonats-

niveau der Produktion zumindest behauptet, wenn nicht sogar noch etwas übertroffen worden sein.

Die industrielle Erzeugung in Westdeutschland
Veränderungen gegenüber dem Vormonat
in v. H.

	1949		
	Sept.	Okt.	Nov.
Industrie insgesamt			
einschl. Strom und Gas	+ 5,7	± 0	+ 5,4
ohne " " "	+ 5,9	± 0	+ 5,6
Investitionsgüter insgesamt	+ 4,9	± 0	+ 5,8
davon: Rohstoffe	± 0	- 2,6	+ 1,3
Fertigwaren	+ 9,5	+ 1,1	+ 8,6
Allgemeine Produktionsgüter	+ 2,9	+ 0,9	+ 3,7
darunter: Kohle	+ 1,1	+ 2,2	+ 5,3
Verbrauchsgüter	+ 11,5	+ 2,3	+ 5,6
darunter: Textilien	+ 13,6	+ 2,2	+ 5,3

Auch die im Industrieindex nicht enthaltene Bauwirtschaft hat sich, begünstigt durch die verhältnismäßig milde Witterung, bis zum Jahresende relativ gut entwickelt. Im November überstieg ihre Produktionsleistung infolge der noch vielfach vorzunehmenden Innenausbauten bei der großen Zahl der relativ spät in Angriff genommenen Bauprojekte mit fast 100 Prozent des Standes von 1936 nochmals die Produktion des Vormonats, und erst im Dezember scheinen die rückläufigen Saisontendenzen die Oberhand gewonnen zu haben.

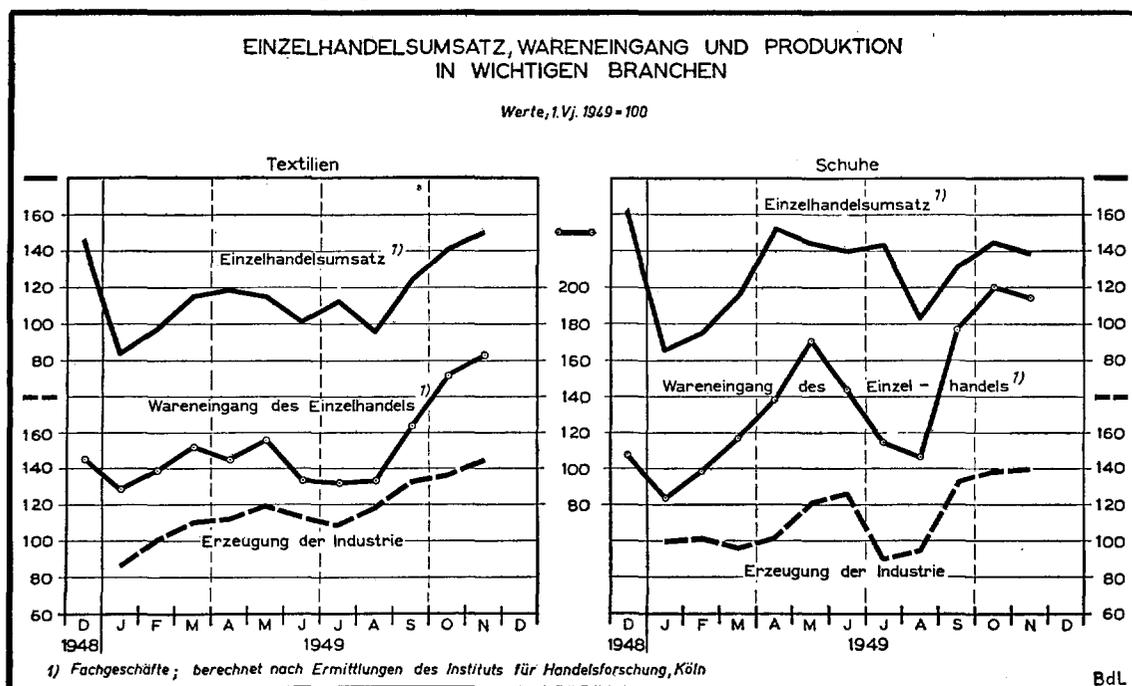
Die anhaltend gute Baukonjunktur hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß sich in den beiden letzten Monaten des vergangenen Jahres der Produktionsanstieg in der Industrie nicht mehr hauptsächlich auf die Verbrauchsgüterindustrien konzentrierte, sondern daß die Produktionsgüter- und Investitionsgüterindustrien an ihm etwa in gleichem Maße teilhatten. So verzeichnete insbesondere die Schwerindustrie nach dem durch scharfe Auftragseinschränkungen bedingten Rückgang vom September und Oktober wieder eine kräftige Erholung, in deren Verlauf das Produktionsniveau von August im allgemeinen wieder erreicht und sogar überschritten wurde. Die Stahlerzeugung hat infolgedessen im Jahre 1949 etwas über 9 Mill. t (gegen 5,5 Mill. t im Jahre 1948 und 14,5 Mill. t im Jahre 1936 — jetziges Bundesgebiet —) betragen. Auch die Kohlenförderung hat weitere Fortschritte ge-

macht. Mit einer arbeitstäglichen Leistung von 351 000 t war die Steinkohलगewinnung im Dezember zwar um etwa 17 000 t niedriger als im November; aber im Hinblick auf die hohen bereits im November für die Weihnachtszeit vorgeforderten Mengen und die üblichen Ausfälle zwischen Weihnachten und Neujahr entsprach dieses Ergebnis durchaus den Erwartungen. Im ganzen Jahr 1949 hat die Steinkohलगeförderung mit 103,2 Mill. t den Vorjahrsstand um rd. 19 v. H. überschritten und damit etwa 88 v. H. des Standes von 1936 erreicht. Die Stromerzeugung hat, unterstützt durch die reichlichere Wasserdarbietung für die Wasserkraftwerke, in den letzten Monaten ebenfalls weiter zugenommen; doch war in einzelnen Gebieten die Versorgung noch immer unzureichend, so daß einzelne stark stromabhängige Industrien, wie die NE-Metallindustrie und die chemische Industrie, teilweise nach wie vor unter Strommangel litten.

In den Investitionsgüterindustrien war der Produktionsanstieg im November stärker als je in einem andern Monat des vergangenen Jahres. Die Sparten, die teilweise auch Konsumgüter — wie z. B. Rundfunkgeräte — herstellen, waren weiter besonders begünstigt, aber auch in den Bereichen, die ausschließlich oder überwiegend Investitionsgüter im engeren Sinne des Worts herstellen, konnte die Erzeugung wesentlich aus-

gedehnt werden. Neben der teilweisen Belebung des Exportgeschäfts hat dazu insbesondere beigetragen, daß die Wirtschaft seit einiger Zeit etwas großzügiger disponiert und im Hinblick auf die insbesondere durch die bevorstehende Freigabe von counterpart funds verbesserten Aussichten der Kapitalversorgung von den Vorfinanzierungsmöglichkeiten, die ihr teilweise die Banken boten, Gebrauch machte. Der Maschinenbau hat im November das Produktionsniveau von 1936 erreicht, der Fahrzeugbau hat es im gleichen Monat mit einem Indexstand von 108 (1936 = 100; Oktober 106) weiter überschritten. Auch die elektrotechnische Industrie vermochte trotz der anhaltend scharfen Konkurrenz aus der Ostzone und der allmählich wieder zunehmenden Lieferungen aus Berlin, ihre Produktion, die nunmehr über das Doppelte der Vorkriegszeit ausmacht, nochmals zu erweitern. Rückläufig, und zwar aus Saisongründen, war unter den größeren Produktionsgüterindustrien die Erzeugung lediglich in der Industrie der Steine und Erden und in der Sägerei und Holzbearbeitung. Aber auch hier blieb die Abnahme allem Anschein nach hinter dem sonst üblichen Ausmaß zurück.

Die Verbrauchsgütererzeugung hat in fast allen Sparten zumindest bis in die ersten Dezemberwochen hinein noch kräftig zugenommen, wenn sie auch später stärker unter



den Einfluß der rückläufigen Saisontendenz geraten sein mag. Insgesamt dürfte sie am Höhepunkt der Belegung um 25—30 v. H. über dem vorübergehenden Tief vom Juli 1949 gelegen haben, für das offenbar nicht nur Saisoneinflüsse, sondern auch gewisse, besonders durch den damaligen Preistrend bedingte Lagerkorrekturen verantwortlich gewesen waren. Trotzdem dürften für den Produktionsanstieg der letzten Monate Lageraufstockungen nur eine geringe Rolle gespielt haben. Wie aus dem vorstehenden Schaubild hervorgeht, ist jedenfalls zumindest in zwei wichtigen Branchen — nämlich der Textil- und der Schuhwirtschaft — die Produktion bei weitem nicht so stark gestiegen wie der Einzelhandelsumsatz. Die Haupttriebkraft der Belegung lag also zweifellos in der Zunahme des Verbrauchs. Diese war z. T. saisonbedingt, wobei das Weihnachtsgeschäft, das dieses Mal bereits recht früh eingesetzt hatte, im allgemeinen aber auch noch dicht vor dem Fest durchaus befriedigend war, eine besondere Rolle spielte. Daneben fiel aber auch die konjunkturelle Zunahme der Kaufkraft infolge der bis in den November hinein verhältnismäßig günstigen Beschäftigungslage, höheren Einkommen, verbesserten Sozialleistungen, der Aufnahme der Soforthilfezahlungen und nicht zuletzt der gestiegenen Verkaufserlöse der Landwirtschaft ins Gewicht. Auf den Absatz industrieller Verbrauchsgüter hat zweifellos auch fördernd gewirkt, daß die Ernährungskosten mit dem Rückgang der offiziellen Preise und vor allem der Schwarzmarktpreise fühlbar sanken, wenn auch ein Teil der dadurch freiwerdenden Kaufkraft durch das erhöhte Angebot an Einfuhrgütern absorbiert wurde. Die Ausgabeneigung der Konsumenten war zweifellos stärker als in der ersten Hälfte des Jahres. Das erklärt sich zum Teil aus dem — nur allmählich flacher werdenden — Sparrhythmus, der durch die Währungsreform entstanden zu sein scheint oder die bereits vorhandenen saisonalen Schwankungen der Sparrate intensiviert hat: In den ersten Monaten nach der Währungsreform haben die Konsumenten bekanntlich einen großen Teil der ihnen verbliebenen liquiden Reserven verbraucht. In Reaktion hierauf ergab sich dann im ersten Halbjahr 1949 eine auffällige Zurückhaltung der Verbraucher, während in der zwei-

ten Jahreshälfte die inzwischen angesammelten Reserven zu erneut steigenden Verbrauchsausgaben verwandt wurden. Hinzu kam endlich, daß die Kreditfinanzierung bestimmter Konsum-

Zur Entwicklung des Verbrauchseinkommens

Monatsdurchschnitt bzw. Monat	Lohn- und Gehalts- summe in der Industrie ¹⁾		Sozial- leistungen ²⁾
	in Mill. DM		
	Vereinigtes Wirtschafts- gebiet	Bundes- gebiet	Bundes- gebiet
1. Viertelj. 1949	900	.	386
2. " "	945	.	444
Juli " "	977	.	511
August	1 012	1 111	524
September	1 019	1 122	572
Oktober	.	1 117	605
November	.	1 147	626

¹⁾ Auf Grund der Industrieberichterstattung.

²⁾ An Rentner, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Fürsorgeempfänger und Soforthilfeempfänger.

ausgaben seit der Mitte des Jahres 1949 wesentliche Fortschritte gemacht hat und die Einzelhandelsumsätze infolgedessen teilweise auch durch den Vorgriff auf künftiges Einkommen erweitert wurden.

Wegen der Einmaligkeit oder doch jedenfalls vorübergehenden Natur einiger dieser Impulse sind die Grundlagen der bisherigen Verbrauchsbelegung zweifellos labil, zumindest solange die in Aussicht gestellte Ermäßigung der Einkommen- und Lohnsteuersätze nicht in Kraft getreten ist. Tatsächlich rechnen gewisse Branchen für die ersten Monate des Jahres auch mit einem vielfach übersaisonnmäßigen Abklingen der Verbrauchskonjunktur, und, wie aus den anscheinend recht knappen Lagerdispositionen und z. B. der Tatsache, daß die Schuhindustrie in den letzten Wochen des Jahres bereits verkürzt arbeitete, hervorgeht, hat sich die Wirtschaft hierauf teilweise auch schon eingestellt.

Ein etwas geringerer Verbrauch, vor allem an Luxusgütern, würde aber durchaus den begrenzten Produktionsmöglichkeiten entsprechen, mit denen — im Gegensatz zu den hier und da verbreiteten Ansichten — gerade für eine Reihe wichtiger Verbrauchsgüterindustrien auf längere Sicht zu rechnen ist, da ihnen

ein gewisses Limit durch die Rohstoffversorgung gesetzt ist. Sehr aufschlußreiches Material hierüber hat das kürzlich von der Bundesregierung der OEEC überreichte Memorandum zum „Programm für die ERP-Jahre 1950/51 und 1951/52“ unterbreitet. Ganz allgemein wird hier zunächst dargelegt, daß die gesamten Verbrauchsausgaben im ERP-Jahr 1950/51 infolge des beschränkten Einfuhrspielraums und der voraussichtlich geringeren Ernte nur auf 61,7 Mrd. DM gegenüber 59,1 Mrd. DM im laufenden ERP-Jahr werden steigen können, wenn das Gleichgewicht der Wirtschaft nicht gestört werden soll. In einzelnen Verbrauchsgüterindustrien wird es nach Ansicht der Bundesregierung sogar schwierig sein, auch nur das Produktionsniveau der letzten Monate zu behaupten. So heißt es z. B. in bezug auf die Textilindustrie, daß der in den ersten vier Monaten des ERP-Jahres 1949/50 (1. Juli bis 30. Juni) erreichte Produktionsstand von 85,5 v. H. des Standes von 1936 bei der voraussichtlichen Devisenlage trotz der angestrebten Steigerung in der Produktion von Kunstfasern kaum zu halten sein werde. Das deckt sich voll und ganz mit der bereits im letzten Monatsbericht an dieser Stelle gegebenen Bilanz, nach der die für das nächste ERP-Jahr geplante Baumwollimport um etwa 15 v. H. unter dem tatsächlichen Baumwollverbrauch der Monate September und Oktober 1949 liegt. Gewiß werden sich vielleicht auch hier Mittel und Wege finden, um etwaige Engpässe, mit denen vorsichtigerweise zunächst gerechnet werden muß, doch etwas zu erweitern. Die Einfuhrentwicklung, die der Liberalisierung des deutschen Außenhandels im Verkehr mit gewissen europäischen Ländern gefolgt ist, hat z. B. gezeigt, daß es möglich sein könnte, einen größeren als bisher vorgesehenen Teil des deutschen Lebensmittelbedarfs, insbesondere an Fetten, in Europa zu decken, so daß unter Umständen zunächst für die Lebensmitteleinfuhr reservierte Dollars noch für die Einfuhr gewerblicher Rohstoffe zur Verfügung stehen werden. Aber zweifellos werden in wichtigen Bereichen der Konsumgüterproduktion die Möglichkeiten einer Produktionserweiterung im Verlauf des nächsten Jahres wesentlich geringer sein als bisher, und die Bundesregierung betont mit Recht, daß, wenn die Sparrate nicht erheblich stärker als

im letzten Jahr wächst, damit auch der Investitionsplanung zwangsläufig verhältnismäßig enge Grenzen gezogen sein dürften.

Die Nahrungsmittelversorgung hat sich in den letzten Monaten auf Grund der ausgezeichneten Ernte von 1949 und der vorläufig noch hohen Einfuhr, in der die Bezüge aus den Liberalisierungsländern seit Oktober eine wachsende Rolle spielten, weiter gebessert. Auch auf Gebieten, die bisher noch als kritisch galten, wie vor allem in der Fettversorgung, hat sich im Laufe der Zeit ein so weitgehendes Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage ergeben, daß sich die Bundesregierung entschloß, mit Wirkung vom 1. März ab die in den letzten Monaten schon weitgehend gelockerte oder in der Praxis überflüssig gewordene Rationierung aufzugeben. Lediglich Zucker, bei dem der Bedarf gegenwärtig noch zu etwa 60 v. H. durch Einfuhr gedeckt werden muß, soll weiter der Zuteilung unterliegen.

Jahres-Verbrauch wichtiger Lebensmittel je Kopf der Bevölkerung

(Bundesgebiet)

Nach Angaben der Verwaltung für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Lebensmittel	Einheit	1936	1949/50 (1. Juli - 30. Juni)
Brot	kg	144	158
Nährmittel	"	190	194
Kartoffeln	"	55	23
Fleisch	"	18	15
Fett	Stück	114	67
Eier	l	113	81

Die Tatsache, daß die Aufhebung der Rationierung zu keiner Preiserhöhung, sondern im Gegenteil zu einem Zusammenbruch des teilweise noch bestehenden Schwarzen Marktes für einzelne der rationierten Produkte führte, zeigt, daß sie unter den gegebenen Umständen keine unbillige Maßnahme gegenüber den minderbemittelten Schichten des Volkes darstellte. Mit dem Preisrückgang hat sich vielmehr auch die Versorgungslage dieser Schichten verbessert. Allerdings muß, um namentlich im Ausland Mißverständnissen vorzubeugen, immer wieder betont werden, daß das marktmäßige Gleichgewicht zwischen Nahrungsmittelangebot und -nachfrage — abgesehen von der Tatsache, daß

mit Hilfe der devisenmäßig gestundeten Auslandslieferungen eine gewisse Minimalversorgung gesichert ist — lediglich darauf beruht, daß es in Westdeutschland keine inflatorische Aufblähung der Einkommen gibt und weite Schichten der Bevölkerung ein nur sehr geringes Realeinkommen haben. Trotz des scheinbaren Überflusses gerade an hochwertigen Lebensmitteln reicht jedenfalls der Ernährungsstandard im allgemeinen noch keineswegs an die Vorkriegsverhältnisse oder an die Verhältnisse in den andern westeuropäischen Industrieländern heran, ja teilweise ist er sogar noch ausgesprochen dürftig. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Brot, Nahrungsmitteln und Kartoffeln ist nämlich nach wie vor höher als vor dem Kriege, während der Verbrauch von Fleisch und Eiern noch ganz beträchtlich und der von Fett und Milch noch merklich unter dem Vorkriegsstand liegt. Auch in dieser Hinsicht wird wahrscheinlich nur allmählich eine Änderung zu erzielen sein, besonders wenn die nächste Ernte, wie es nach den Rekordernten der letzten beiden Jahre leider wahrscheinlich ist, schlechter ausfallen sollte. Die Außenhandelslage wird jedenfalls im nächsten Jahr kaum mehr eine wesentliche Steigerung der Lebensmitteleinfuhren gestatten, während auf der anderen Seite der Bedarf schon deshalb zunimmt, weil die Bevölkerung Westdeutschlands nicht zuletzt auf Grund des anhaltenden Zustroms von außen noch immer stark im Wachsen begriffen ist.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich im Dezember weiter stark verschlechtert. Die Zahl der Arbeitslosen, die bereits im November um etwa 71 000 gestiegen war, nahm um rund 175 000 zu und erreichte damit am Jahresende einen Stand, der mit 1,58 Millionen ungefähr doppelt so hoch war wie im Jahr zuvor und reichlich 10 v. H. der Gesamtzahl an Arbeitslosen und unselbständig Beschäftigten entsprach.

Wieder muß indes betont werden, daß diese Zunahme auch nicht entfernt das Spiegelbild einer entsprechenden Abnahme der Beschäftigung bildet, sondern daß in ihr hauptsächlich nur die Tatsache zum Ausdruck kommt, daß die Wirtschaft infolge der saisonmäßigen Einschränkungen den anhaltend starken Neuzugang an Arbeitskräften nicht mehr in gleicher Weise

absorbieren konnte wie in den Sommermonaten. Während nämlich die Arbeitslosigkeit von Ende September bis Ende Dezember insgesamt um fast 245 000 gewachsen ist, ist die Zahl der unselbständig Beschäftigten, wie die kürzlich veröffentlichte Vierteljahresstatistik zeigt, im gleichen Zeitraum nur um knapp 49 000 gesunken. Wenn die Arbeitslosigkeit nicht wesentlich aus dem Kreis der bisher selbständig Erwerbstätigen vergrößert worden ist, entfallen also beinahe vier Fünftel ihrer Zunahme im letzten Vierteljahr auf den Zustrom von Flüchtlingen aus dem Osten, auf Heimkehrer, den Eintritt von Jugendlichen in das Erwerbsleben und die Ausbreitung der Erwerbstätigkeit überhaupt.

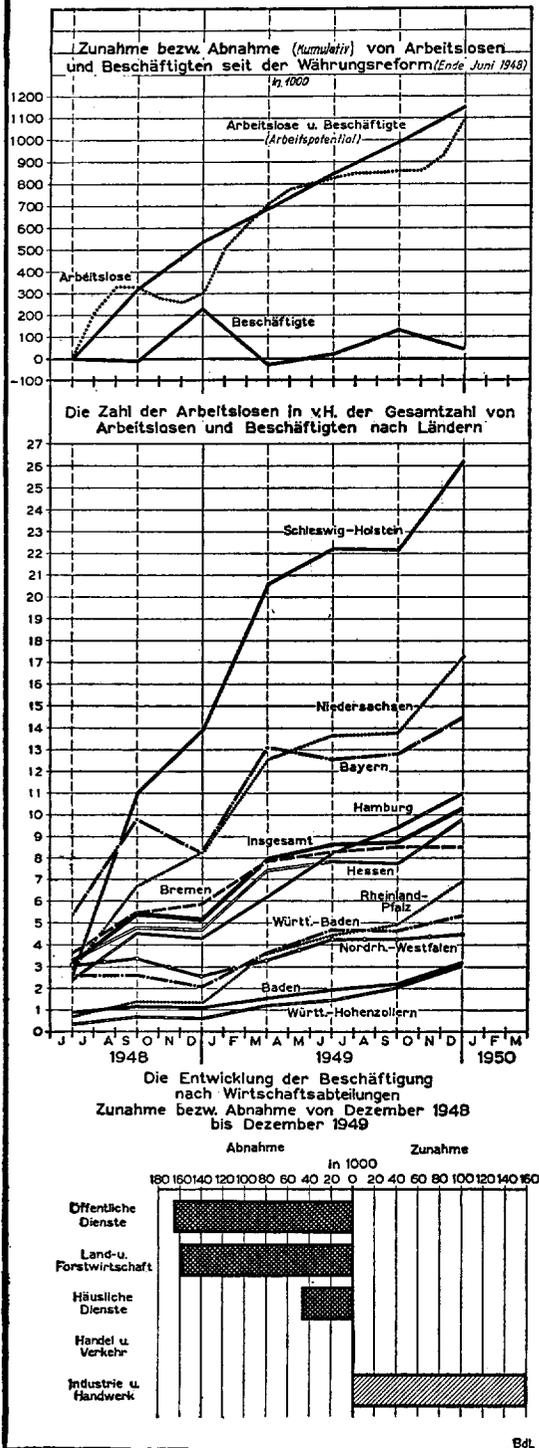
Arbeitslosigkeit und Beschäftigung im Bundesgebiet

in 1000

	Zugang an neuen Arbeitskräften	Zunahme (+) oder Abnahme (–) der Zahl der	
		Beschäftigten	Arbeitslosen
1948			
3. Vierteljahr	+ 328,0	— 5,0	+ 333,0
4. Vierteljahr	+ 215,2	+ 239,7	— 24,5
1948, 2. Halbjahr	+ 543,2	+ 234,7	+ 308,5
1949			
1. Vierteljahr	+ 153,0	— 255,5	+ 408,5
2. Vierteljahr	+ 156,6	+ 41,4	+ 115,2
3. Vierteljahr	+ 146,1	+ 115,7	+ 30,4
4. Vierteljahr	+ 195,9	— 48,9	+ 244,8
1949, insgesamt	+ 651,6	— 147,3	+ 798,9
Juni 1948 bis Dezember 1949	+ 1 194,8	+ 87,4	+ 1 107,4

Soweit die Beschäftigung im letzten Vierteljahr zurückgegangen ist, handelt es sich dabei im wesentlichen aber nur um eine saisonmäßige Erscheinung. Eine genaue Aufgliederung nach Wirtschaftszweigen liegt zwar noch nicht vor, aber schon aus der regionalen Entwicklung ist zu entnehmen, daß sie sich in der Hauptsache auf die Außenberufe beschränkt. Gesunken ist die Beschäftigung nämlich nur in den überwiegend agrarischen Gebieten Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern (hier war auch die Zunahme der Arbeitslosigkeit bei weitem am stärksten), während in den überwiegend industriellen Gebieten Nordrhein-Westfalen, Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden die Zahl der Beschäftigten noch zugenom-

ZUR ENTWICKLUNG DES ARBEITSMARKTES



men hat und in Hamburg, Bremen und Rheinland-Pfalz kaum eine Veränderung zu verzeichnen ist. Außerhalb der Industrie geht allerdings auch eine strukturelle Kontraktion der Beschäftigung vor sich. Wie das obenstehende

Schaubild zeigt, ist jedenfalls in der Land- und Forstwirtschaft, im öffentlichen Dienst und bei den häuslichen Diensten die Beschäftigtenziffer Ende 1949 wahrscheinlich nicht nur niedriger als im Herbst des Jahres, sondern auch geringer als Ende 1948, während demgegenüber die Industrie und das Handwerk und in schwächerem Grade auch Verkehr und Handel eine Zunahme der Beschäftigten aufweisen. Die Land- und Forstwirtschaft und der öffentliche Dienst waren aber zweifellos im Zeitpunkt der Währungsreform stark mit Arbeitskräften übersetzt, so daß eine gewisse Abwanderung hier nur einen volkswirtschaftlich durchaus notwendigen Rationalisierungsvorgang darstellt.

Daß die auf diese Weise Freigesetzten, ebenso wie ein großer Teil des Neuzugangs an Arbeitskräften, nicht wieder in das Wirtschaftsleben eingliedert werden konnten, offenbart zweifellos eine ernstliche Strukturschwäche der westdeutschen Wirtschaft. Das Problem wird wesentlich dadurch kompliziert, daß sich auch die Industrie, die wohl den einzigen Wirtschaftszweig bildet, in dem zusätzliche Arbeitskräfte Aufnahme finden könnten, in einem an sich durchaus erfreulichen Rationalisierungsprozeß befindet, der die Erweiterung ihrer Beschäftigungskapazität naturgemäß beschränkt. Im Jahre 1949 ist die Industrieproduktion (ohne die Bauwirtschaft) um fast 25 v. H. gestiegen; die Zahl der Beschäftigten hat aber nur um schätzungsweise 7–8 v. H. zugenommen, d. h. die Arbeitseffizienz ist um etwa 19 v. H. gewachsen. Um angesichts dieser starken Erhöhung der Arbeitsproduktivität wesentlich mehr Kräfte beschäftigen zu können, müßte also die Industrie in der Lage sein, ihre Produktion noch bedeutend stärker als bisher zu erweitern. Hier aber stößt sie vielfach an die Grenzen, die ihr namentlich durch die oben erwähnte außenwirtschaftliche Beengtheit Westdeutschlands gesetzt sind. Es besteht, mit andern Worten, ein durch die plötzliche Menschenzusammenballung auf dem engen Raum der Bundesrepublik bedingtes strukturelles Ungleichgewicht zwischen persönlichen und sachlichen Produktionsfaktoren, das wie jedes strukturelle Ungleichgewicht nur in zäher, langwieriger Arbeit beseitigt oder doch wenigstens gemildert werden kann.

Preise und Löhne

Das Preisniveau hat sich in den letzten Wochen im ganzen wenig geändert, wenn auch im einzelnen nicht unbeträchtliche Bewegungen sowohl nach unten als auch nach oben weiter zu verzeichnen waren. Die im November zu beobachtende Tendenz zur allmählichen Herausbildung eines gewissen Übergewichts der Preiserhöhungen scheint sich indes nicht fortgesetzt zu haben, obwohl im Einzelhandelssektor die starke Nachfrage im Rahmen des Weihnachtsgeschäfts teilweise preisfestigend wirkte. Die Gefahr, daß sich aus der Verteuerung gewisser Rohstoffeinfuhren Preiserhöhungen ergeben könnten, scheint also abgewendet, zumal die Einfuhrpreise in letzter Zeit nicht mehr wesentlich gestiegen sind. Die vordem eingetretenen Erhöhungen der Rohstoffkosten sind offenbar von Industrie und Handel aufgefangen worden.

Auf den Nahrungsmittelmärkten hat sich unter dem Einfluß der günstigen Ernte, des wachsenden Viehauftriebs und der hohen Einfuhren, die die Liberalisierung des Außenhandels zur Folge hatte, teilweise sogar ein ausgesprochener

Preisdruck ergeben. Insbesondere die Fleisch-, Eier- und Obstpreise sind stark gesunken, und für Fette konnte die Rationierung kürzlich aufgehoben werden, ohne daß sich der reguläre Preis erhöhte. Für diejenigen Konsumenten, die ihre Versorgung bisher durch Schwarzmarktkäufe ergänzten, sind also die Ernährungskosten noch über das Maß der offiziellen Preisabschläge hinaus zurückgegangen. Teilweise hat diese Entwicklung schon im Oktober und November eingesetzt. Wenn trotzdem im Index der Grundstoffpreise die Gruppe Nahrungsmittel im November noch eine Steigerung aufweist, so liegt das vor allem daran, daß der Index — gegebenenfalls — auf den amtlichen Höchstpreisen basiert und nach der Freigabe der Schweinepreise ab 10. November die neuen „Marktpreise“ zunächst über den bisherigen offiziellen — für die tatsächliche Versorgung nur in bescheidenem Umfang maßgebenden — Preisen lagen. Im Dezember und vor allem im Januar sind aber, wie erwähnt, auch die Marktpreise stark zurückgegangen.

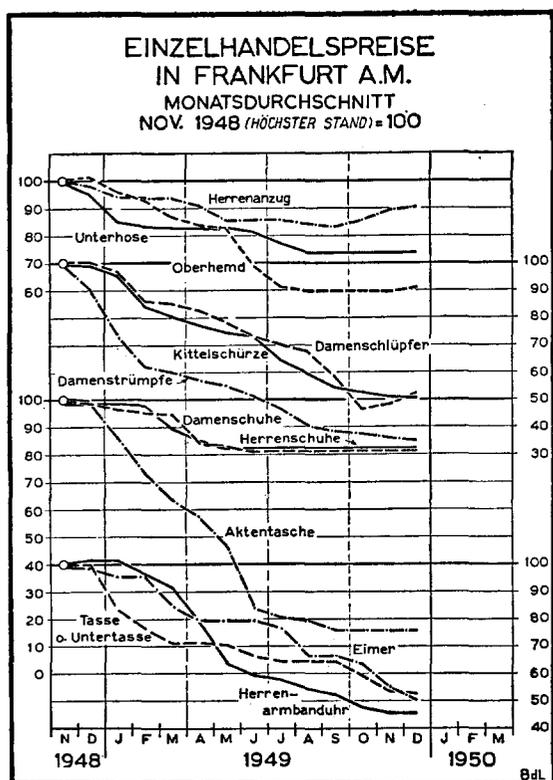
Eine gewisse Preisunruhe herrscht seit einiger Zeit auf den Getreidemärkten. Obwohl von zutüchtiger Seite erklärt worden ist, daß mit einer

Preise einiger eingeführter Genußmittel und Rohstoffe

in DM

Ware	Menge	7. 9. 1949	21. 10. 1949	21. 11. 1949	21. 12. 1949	Erhöhung (+) oder Ermäßigung(-) vom 7. Sept. bis 21. Dez. in v. H.
Rohkaffee, IVPr. unverzollt loco Bremen	100 kg	187,00	280,00	440,00	480,00	+ 156,7
Tee, Orange-Pecco Ceylon OVP, unverzollt Hamburg- Bremen Freihafenlager	1 kg	7,40	7,40	7,40	7,50	+ 1,4
Rohwolle Manino Austral A loco Hamburg	1 kg	11,70	11,45	12,60	12,80	+ 9,4
Kreuzzucht Buenos Aires D 1, loco Hamburg	1 kg	5,40	5,30	5,60	6,30	+ 16,7
Baumwolle amerik. Stapel 29/32 inches, strict middling cif Bremen	100 kg	256,66	309,46	301,51	309,91	+ 20,8
ägyptische Ashmouni	100 kg	383,52	385,52	471,43	471,32	+ 22,9
Karnak	100 kg	613,43	471,41	526,72	511,10	- 16,7
Rohjute 1. Sorte sortiert. IVPr., loco Bremen	100 kg	150,90	146,50	144,35	141,50 ¹⁾	- 6,2 ¹⁾
Rohkautschuk, ribbed smoked sheets, IEP., zollfrei, ab Kailager Hamburg	100 kg	140,00	136,00	136,00	136,00	- 2,9
Rindshäute, Ochsen, Buenos Aires, Frigorifico, GEPr., f. ausgel. Gewicht, br. f. n.	1 kg	2,61	2,85	2,73	2,77	+ 6,1

¹⁾ Preis vom 7. 12. 1949.



Erhöhung der Getreidepreise im laufenden Wirtschaftsjahr nicht zu rechnen sei, hielt die Landwirtschaft mit den Weizenablieferungen, die unmittelbar nach der Ernte außergewöhnlich hoch gewesen waren, ab November aus Gründen der Preisspekulation stark zurück oder sie verlangte (und erhielt teilweise auch im illegalen Handel) höhere Preise für Weizen. Roggen ist dagegen zur Zeit nur schwer absetzbar, weil der Konsum überwiegend Weizengebäck bevorzugt und die Bäcker wegen der höheren Gewinnspanne, die ihnen die Verarbeitung von Weizenmehl bietet, diese Tendenz fördern. Um dem entgegenzuwirken, bedarf es einer weitgehenden Korrektur der bisherigen Getreidepreispolitik, die zugleich auch den hohen, sich immer mehr als eine auf die Dauer untragbare Bürde herausstellenden Subventionsbedarf für die Getreideeinfuhr mindert und dem heimischen Getreidebau den erforderlichen Intensivierungsanreiz bietet. Daß eine solche Revision heute viel leichter möglich wäre als noch vor Wochen, da der Rückgang der Fleisch-, Eier- und z. T. auch der Fettpreise eine Kompensation für die eventuelle Erhöhung des Brotpreises bieten würde, sei in diesem Zusammenhang nur am Rande erwähnt, ebenso, daß soziale

Gesichtspunkte für künstlich niedriggehaltene Weizenpreise nur wenig ins Gewicht fallen.

Die Entwicklung der industriellen Grundstoffpreise steht zur Zeit weitgehend im Zeichen der Revision der bisherigen behördlich festgesetzten Preise. Nachdem bereits im Dezember die Stahlpreise erhöht wurden, sind mit Wirkung vom 1. Januar ab auch die inländischen Kohlenpreise, die Treibstoffpreise und die Preise für Stahlhalbzeug heraufgesetzt worden. Die Erhöhung der inländischen Kohlenpreise entsprach der bei der Änderung des Umrechnungssatzes der DM mit der Alliierten Hohen Kommission getroffenen Abmachung, die zwischen den Inlands- und den Exportpreisen für Kohle bestehende Differenz, in der das Ausland teilweise eine Diskriminierung erblickte, allmählich zu beseitigen. Ende Dezember hatte die Spanne zwischen den durchschnittlichen Inlands- und den durchschnittlichen Ausfuhrpreisen noch etwa 8 DM je t betragen. Für das erste Vierteljahr 1950 wurde nunmehr festgelegt, daß die deutschen Exportpreise für Kohle im Durchschnitt um 2,18 DM je t gesenkt und die Inlandspreise im Durchschnitt um 0,30 DM je t erhöht werden. Eine weitere Verminderung der Spanne um etwa 1 DM soll durch eine die ausländischen Abnehmer nicht treffende Erhöhung der Inlands-Frachtsätze bewirkt werden. Aus Gründen der allgemeinen Preispolitik wird jedoch bei der Erhöhung der Inlandspreise stark differenzierend vorgegangen werden, um bestimmte Verarbeitungszweige, bei denen die Kohle einen verhältnismäßig hohen Anteil an den Produktionskosten hat, wie z. B. die Gas- und Elektrizitätswerke, zu schonen. Einzelne Preise werden sogar gesenkt werden. Insgesamt wird es infolgedessen in Zukunft nicht weniger als 97 verschiedene Kohlenpreise geben. Was die Wirkung der vorgenommenen Änderungen auf die seit langem sehr angespannte Rentabilitätslage des deutschen Kohlenbergbaus anbelangt, so wird die Erhöhung der Inlandspreise die Senkung der Exportpreise bei der gegenwärtigen, auch in Zukunft kaum höheren Ausfuhrate nicht ausgleichen. Hierfür wäre eine Erhöhung um etwa 0,66 DM je t erforderlich gewesen, die mit Rücksicht auf das allgemeine Preisniveau abgelehnt wurde. Die aus der unkompensierten Ermäßigung der Exportpreise sich ergebenden

Mindereinnahmen des Kohlenbergbaus werden auf etwa 20 Mill. DM jährlich geschätzt.

Die Erhöhung der Treibstoffpreise — die durch Wiedereinführung der Zölle auf Kraftstoffe bei gleichzeitiger Heraufsetzung der für die Inlandserzeugung geltenden Stop-Preise vorgenommen wurde — hebt den Benzinpreis grundsätzlich von 41 auf 60 Pfg. je l und den Dieseltreibstoffpreis von 32 auf 45 Pfg. je kg. Für die Landwirtschaft und die Binnenschifffahrt bleiben jedoch die alten Preise bestehen. Für die übrigen Abnehmer wurde die Erhöhung vorgenommen, um teils den erhöhten Kosten der Erzeugung Rechnung zu tragen und teils Mittel für gewisse außerordentliche Ausgaben des Bundes, nämlich für die Berlin-Hilfe und die Subventionierung der Lebensmittelimporte, zu beschaffen. Für die Wettbewerbslage zwischen Straße und Schiene ist diese Maßnahme naturgemäß von einer gewissen Bedeutung, zumal die Bahn von der Kohlenpreiserhöhung kaum betroffen wird, da die Lokomotiven fast ausschließlich Stückkohle verbrauchen, deren Preis nicht erhöht wurde. Das Straßenverkehrsgewerbe lehnt infolgedessen die neue Regelung scharf ab, während die Bundesbahn, die in den letzten Jahren sehr stark unter der wachsenden Konkurrenz des Kraftwagens zu leiden hatte, von den getroffenen Maßnahmen wenigstens eine teilweise Erleichterung erhofft.

Wie sich die verschiedenen Grundstoffpreiserhöhungen auf das allgemeine Preisniveau auswirken werden, bleibt abzuwarten. Im allgemeinen dürften sie jedoch die Endpreise kaum berühren, da die Marge zwischen Kosten und Erlösen im Vergleich zu den vorgenommenen Preiserhöhungen bei den Verarbeitern bzw. Verbrauchern teilweise recht beträchtlich ist und viele Industrien bei entsprechender Kapitalversorgung die Kostensteigerung durch eine weitere Rationalisierung wieder ausgleichen können. Als Resultat derartiger Rationalisierungsbemühungen ist in der Berichtsperiode namentlich die Senkung der Preise für verschiedene Kraftfahrzeugtypen zu verzeichnen. Es ist möglich, daß bei ihr die Rücksicht auf die Erhöhung der Treibstoffpreise bereits eine Rolle gespielt hat.

Über die Entwicklung der L ö h n e liegen nunmehr Ziffern bis zum Herbst vorigen Jahres vor. Danach sind die Brutto-Stunden- und -Wo-

chenverdienste der Industriearbeiter im dritten Vierteljahr 1949 weiter gewachsen. Die Stundenverdienste lagen damit um rd. 11 v. H., die Wochenverdienste um rd. 20 v. H. über ihrem Stand von September 1948. Die Erhöhung der Reallöhne war sicher noch größer, da die Lebenshaltungskosten in dem betreffenden Zeitraum zurückgegangen sind. Legt man die amt-

Zur Entwicklung der Industriearbeiterlöhne¹⁾
im Vereinigten Wirtschaftsgebiet

	Durchschnittliche Wochenarbeitsstunden	Durchschnittlicher Brutto-Wochenverdienst in DM	Durchschnittlicher Brutto-Stundenverdienst in Pfg.
1948			
September	43,8	47,40	108,3
Dezember	44,2	50,70	113,2
1949			
März	45,3	52,55	116,1
Juni	46,3	55,31	119,6
September ²⁾	47,5	57,05	120,1

¹⁾ Männliche und weibliche Kräfte.

²⁾ Vorläufig, ohne Hessen und Württemberg-Baden.

liche Indexziffer der Lebenshaltungskosten zugrunde, so ergibt sich jedenfalls eine Steigerung der realen Wochenverdienste der Industriearbeiter um durchschnittlich rd. 24 v. H. Bei den übrigen Arbeitnehmergruppen dürfte die Entwicklung im Durchschnitt ähnlich verlaufen sein, da auch hier teilweise anlässlich des Abschlusses neuer Tarifverträge die Lohnsätze erhöht wurden und die Arbeitszeit aller Wahrscheinlichkeit nach ebenfalls ausgedehnt worden ist. Im einzelnen können sich dabei freilich erhebliche Unterschiede ergeben haben, wenngleich diese nur in Ausnahmefällen zu einer stärkeren Differenzierung zwischen den hoch- und niedrigbezahlten Arbeitnehmerkategorien geführt haben dürften. In der Regel war man nämlich bei der Revision von Tarifen bestrebt, vornehmlich die Sätze der unteren Gruppen aufzubessern, so daß sich die Lohnspanne zwischen den männlichen Vollarbeitskräften einerseits und Frauen und Jugendlichen andererseits sowie zwischen Fach- und Hilfsarbeitern und zwischen den verschiedenen Ortsklassen eher vermindert als vergrößert haben dürfte. Vom Standpunkt der Produktivitätsförderung aus ist diese Ni-

vellierung allerdings nicht durchweg unbedenklich, da sie das Interesse an einer möglichst guten Ausbildung auf Seiten der Arbeitnehmer schwächt.

Vergleicht man übrigens die Entwicklung der realen Wochenverdienste der Industriearbeiter mit der der Produktivität, so ergibt sich, daß die Wochenverdienste von September 1948 bis September 1949 real um etwa 24 v. H. gestiegen sind, die Produktivität dagegen nur um 21 v. H. Bei der Unsicherheit beider Berechnungen sollte allerdings auf diese geringe Differenz kein Gewicht gelegt werden. Immerhin ergibt sich, daß zumindest die Industriearbeiter in ihren realen Bezügen mit der Produktivitätserhöhung im ganzen Schritt halten konnten, ohne daß dabei die Nominallöhne im gleichen Maße wie die Produktivität stiegen, weil sich die Arbeitszeit erhöhte und die Produktivitätszunahme wenigstens teilweise in einem Preisabbau auswirkte. Diese Linie muß unbedingt weiter verfolgt werden, da das deutsche Preisniveau, international gesehen, in weiten Bereichen noch immer überhöht ist und eine Verbesserung der deutschen Zahlungsbilanz nur erzielt werden kann, wenn diese Überhöhung nach und nach weiter korrigiert wird. Jedenfalls ist das eindeutig die preispolitische Lehre der Außenhandelsentwicklung der letzten Monate, die nunmehr betrachtet werden soll.

Außenwirtschaft

Die Ausfuhr hat im November — dem letzten Monat, für den bei Abschluß des Berichts Angaben vorlagen—wieder zugenommen. Mit 87,9 Mill. Dollar war sie aber noch immer niedriger als vor der Änderung des Umrechnungssatzes der DM. Vergleichbare Zahlen für das gesamte Bundesgebiet stehen allerdings nicht zur Verfügung. Legt man jedoch die Außenhandelsstatistik für das ehemalige Vereinigte Wirtschaftsgebiet, auf das der bei weitem größte Teil der Ausfuhr entfällt, zugrunde, so ergibt sich, daß die Ausfuhr — in Dollar gerechnet — im November 1949 um 10 v. H. (9,5 Mill. Dollar) geringer war als im Durchschnitt des dritten Vierteljahrs. Von der wertmäßigen Zunahme der Ausfuhr des Bundesgebiets im November (+ 7 Mill. Dollar) entfielen überdies 1,4 Mill. Dollar auf die jahreszeitlich bedingte Ausfuhr von Hopfen und mehr als 4 Mill. Dollar auf die Ausfuhrerhöhung von Kohle, Koks und Schrott, von der es noch nicht sicher ist, ob sie auf die Dauer zu behaupten sein wird. Denn einmal wird die Anfang Januar 1950 verfügte Preissenkung für Exportkohle den Deviseneingang je Tonne um etwa einen halben Dollar schmälern, und außerdem dürfte mengenmäßig ungefähr das vorläufige Maximum der Kohlenausfuhr erreicht sein. Die Schrottausfuhr wird wegen der

Der Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebiets¹⁾

in Mill. DM

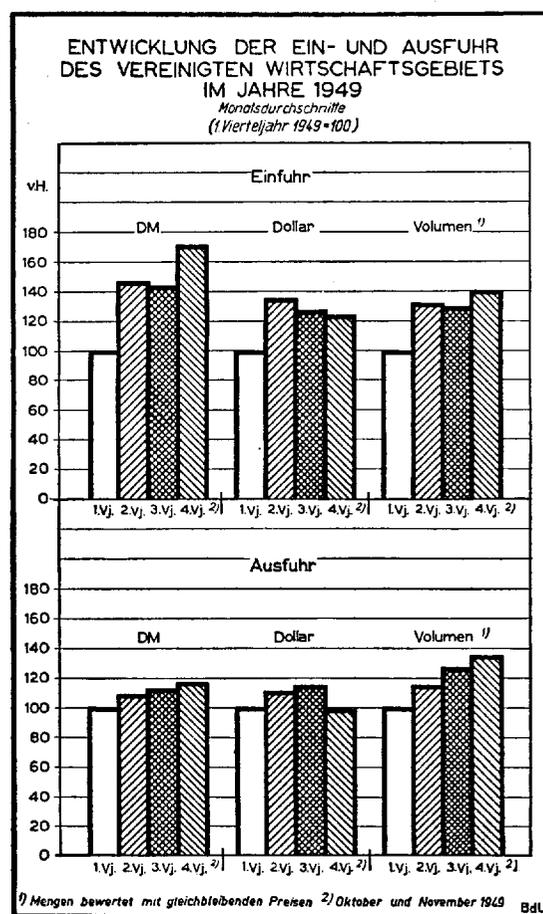
	Einfuhr						Ausfuhr					
	Vereinigtes Wirtschaftsgebiet				Bundesgebiet		Vereinigtes Wirtschaftsgebiet				Bundesgebiet	
	Monatsdurchschnitt				Okt. 1949	Nov. 1949	Monatsdurchschnitt				Okt. 1949	Nov. 1949
	2. Halbjahr 1948	Jan. bis März 1949	April bis Juni 1949	Juli bis Sept. 1949			2. Halbjahr 1948	Jan. bis März 1949	April bis Juni 1949	Juli bis Sept. 1949		
Ernährungswirtschaft	179,6	180,3	270,7	270,7	477,7	388,3	3,5	9,8	3,7	2,2	9,0	15,9
Gewerbliche Wirtschaft	152,6	231,9	333,9	324,4	318,4	305,8	218,5	270,1	301,9	313,7	333,3	354,3
davon:												
Rohstoffe	82,7	125,6	174,7	155,3	171,5	153,9	54,4	56,6	60,6	68,2	73,4	78,9
Halbwaren	51,2	66,6	86,9	86,0	86,2	85,8	66,8	94,6	96,9	84,5	77,0	90,2
Fertigwaren	18,7	39,7	72,3	83,1	60,7	66,1	97,3	118,9	144,4	161,0	182,9	185,2
davon:												
Vorerzeugnisse	10,9	21,8	28,2	30,7	26,1	33,2	51,1	60,5	64,4	71,8	63,6	60,1
Enderzeugnisse	7,8	17,9	44,1	52,4	34,6	32,9	46,2	58,4	80,0	89,2	119,3	125,1
Insgesamt	332,2	412,2	604,6	595,1	796,1	694,1	222,0	279,9	305,6	315,9	342,3	370,2

¹⁾ Ab Oktober Bundesgebiet.

allmählichen Erschöpfung der Bestände auf längere Sicht sogar zurückgehen. Die Fertigwarenausfuhr aber hat im November von ihrem wertmäßigen Rückgang im Oktober um rd. 9 Mill. Dollar nur 0,5 Mill. Dollar aufgeholt.

Mit etwa 84,4 Mill. Dollar bewegte sich die Ausfuhr des Bundesgebiets im Oktober und November auf einer Jahresrate von etwa 1 Mrd. Dollar. Demgegenüber wird im Wirtschaftsplan der Bundesregierung, der kürzlich in einem eingehenden Memorandum zu den Jahresprogrammen für 1950/51 und 1951/52 der OEEC unterbreitet wurde, bereits für das laufende ERP-Jahr (1. Juli 1949 — 30. Juni 1950) mit einer Ausfuhr von 1,273 Mrd. Dollar gerechnet, einem Betrag, der im nächsten ERP-Jahr auf 1,580 Mrd. und im übernächsten und letzten Jahr des Marshallplans auf 1,813 Mrd. Dollar steigen soll. Schon um das Ziel des laufenden Jahres zu erreichen, müßte die Ausfuhr in den Monaten Dezember 1949 — Juni 1950 also durchschnittlich etwa 120 Mill. Dollar ausmachen, d. h. gegenüber dem Stand von Oktober-November um rd. 40 v. H. steigen.

Bei der Beurteilung der Ausfuhrergebnisse der letzten Monate ist nun freilich zu berücksichtigen, daß sie noch in sehr starkem Maße unter dem Einfluß der Änderung des Umrechnungssatzes für die DM standen, die den Wert der Ausfuhr zunächst unvermeidlich herabdrückte, weil die Exporteure nur allmählich durch eine mengenmäßige Steigerung der Ausfuhr wettmachen können, was sie durch Konzessionen in den bisherigen Valutapreisen eingebüßt haben. In dieser Hinsicht sind aber durchaus erfreuliche Ansätze zu verzeichnen. Während nämlich der Dollarwert der Ausfuhr in den Monaten Oktober und November um durchschnittlich 3 v. H. unter der entsprechenden Ziffer für das zweite Vierteljahr 1949 lag, war das Ausfuhr v o l u m e n (effektive Mengen, bewertet mit gleichen Preisen) um 18 v. H. größer. Selbst gegenüber dem letzten Vierteljahr vor der Änderung des Umrechnungssatzes hat sich das Volumen der Ausfuhr im Oktober und November um etwa 7 v. H. erhöht, wobei die Fertigwarenausfuhr allein eine Zunahme um 5 v. H. aufweist und damit, mengenmäßig betrachtet, um rd. 60 v. H. über dem Stande des ersten Vierteljahrs von 1949 liegt. Hält diese Mengensteige-



rung an, so ist anzunehmen, daß sie in Kürze auch zu einer wesentlichen Verstärkung des Deviseneingangs führen wird, da die Preisangleichung an das Niveau der Weltmarktpreise in den letzten Monaten bereits ziemlich weit gegangen ist, wenn auch auf einigen Gebieten noch immer erhebliche Preiskorrekturen erforderlich sein dürften, um das preismäßige Handicap der deutschen Ausfuhrbemühungen zu beseitigen.

Auch das Volumen der Einfuhr ist nach den letzten Monatsausweisen weiter gewachsen, so daß es im Oktober — November monatsdurchschnittlich um etwa 9 v. H. über dem Stande von Juli—September 1949 lag. Der Wert der Einfuhr hat sich dabei, in DM gerechnet, um 18 v. H. erhöht. In Dollar gerechnet ist dagegen ein Teil der Einfuhr, nämlich derjenige, der aus Ländern stammt, die mehr als Deutschland abgewertet haben, billiger geworden, so daß — trotz der gestiegenen Einfuhrmengen und DM-Beträge — der Dollaraufwand für die Ein-

fuhr geringer geworden ist als vor der Währungsangleichung. Allerdings beträgt diese Abnahme nur 2 v. H., während die Devisenerlöse aus der Ausfuhr im Oktober und November monatsdurchschnittlich um 14 v. H. niedriger waren als im dritten Vierteljahr.

Die Zunahme des Einfuhrvolumens seit der Pfundabwertung geht ausschließlich auf die Erhöhung der Einfuhren für den Ernährungssektor zurück. Im Oktober waren die Getreideimporte aus Übersee ungewöhnlich groß und im November stieg infolge der Liberalisierung des Außenhandels auch die Einfuhr an Nahrungs- und Genußmitteln aus Europa beträchtlich an. Das Volumen der gewerblichen Importe, die nach einer starken Erhöhung im Frühjahr schon seit Monaten rückläufig sind, ist dagegen weiter gesunken, so daß es im Durchschnitt von Oktober bis November um etwa 21 v. H. kleiner war als im Monatsdurchschnitt des zweiten Vierteljahrs. Maßgebend hierfür dürfte sein, daß sich im Frühjahr 1949 bei einzelnen Rohstoffen, wie z. B. NE-Metallen und technischen Fetten und Ölen, eine zeitweilige Überbevorratung ergeben hatte und die Marshallplan-Einfuhren weiter verhältnismäßig langsam abgewickelt werden. Im November betragen die gewerblichen Marshallplan-Einfuhren in das Bundesgebiet nur 8,2 Mill. Dollar. Sie waren also noch geringer als im Durchschnitt der ersten vier Monate des laufenden Marshallplan-Jahres, in denen sie sich auf 21,0 Mill. Dollar gestellt hatten.

Immerhin sind in der Rohstoffversorgung bisher, von wenigen Ausnahmefällen abgesehen, keine Schwierigkeiten aufgetreten, so daß in den zur Zeit vorhandenen Lieferrückständen aus den Marshallplan-Programmen eine willkommene Reserve für die Zeit der stärker abnehmenden ECA-Zuteilungen zu erblicken ist.

Die Liberalisierung des Außenhandels hat der westdeutschen Wirtschaft in Europa bisher nur in verhältnismäßig geringem Maße neue Möglichkeiten des Rohstoffbezugs erschlossen. Von den Importbewilligungen in Höhe von insgesamt 458 Mill. Dollar, die bis Ende Dezember im Rahmen der liberalisierten Handelsverträge und auf Grund der unilateralen Freiliste erteilt wurden, entfallen nur etwa 35 v. H. auf gewerbliche Güter (darunter übrigens auch Fertigwaren) und nicht weniger als 65 v. H. auf Nahrungs- und

Die Abwicklung der Lieferungsprogramme für die Marshallplan-Einfuhren der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stande vom 30. November 1949

in Mill. Dollar

Abwicklungsgrad	Lieferungsprogramme für das 1. und 2. Marshallplan-Jahr ¹⁾				
	Ernährungssektor	Gewerbl. Sektor	Zusammen	Fracht	Insgesamt
Lieferungsprogramme	322,2	442,3	764,5	73,9	838,4
davon: geliefert	261,1	229,4	490,5	43,2	533,7
noch nicht geliefert	61,1	212,9	274,0	30,7	304,7
davon: kontrahiert, aber noch nicht geliefert	10,2	72,2	82,4	2,8	85,2
genehmigt, aber noch nicht kontrahiert	—	63,6	63,6	23,7	87,3
noch nicht genehmigt	50,9	77,1	128,0	4,2	132,2

¹⁾ Die ECA-Zuteilung für das 2. Marshallplan-Jahr ist erst zum Teil programmiert.

Genußmittel. Die vorgesehene Nahrungs- und Genußmitteleinfuhr wieder setzt sich vom deutschen Standpunkt aus zu einem großen Teil aus sogenannten „non-essentials“ zusammen. Immerhin ist es durchaus nicht so, daß mit dieser Intensivierung der deutschen Europa-Einfuhr keinerlei Dollarersparnisse verbunden sein könnten. Die warenmäßige Zusammensetzung der in den letzten Monaten aus Europa hereingenommenen Einfuhren zeigt vielmehr, daß neben zahlreichen Waren, die nicht gerade zu den lebenswichtigen Gütern zu rechnen sind, doch auch zum Teil solche importiert worden sind, die in gewissem Umfang Dollar-Importe ersetzen können. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die bisher getätigten Importe an Fetten und Ölen, die, wenn es gelingt, sie aufrechtzuerhalten, dazu beitragen könnten, die für das nächste Jahr vorgesehenen entsprechenden Importe aus dem Dollarraum zu vermindern und damit Dollars für gewerbliche Einfuhren freizumachen. Aber auch die nicht unbedingt zu den Ernährungsgrundstoffen zu zählenden Einfuhren, wie z. B. die Einfuhr an Eiern, Milchprodukten und ähnlichen Waren, bewirken immerhin eine so fühlbare qualitative Verbesserung der Ernährung, daß der Bedarf an bestimmten Ernährungsgrundstoffen.

die, wie etwa Getreide und pflanzliche Öle und Fette, bisher im wesentlichen aus dem Dollarraum bezogen werden mußten, wenigstens in gewissem Umfang sinkt und so gleichfalls eine — wenn auch im ganzen wohl nur geringe — Verbesserung der Dollarbilanz möglich wird.

Freilich ist die Voraussetzung hierfür, daß die Intensivierung des deutschen Europa-Handels nicht ihrerseits zu einem Verlust an Dollars führt, sei es, indem sie das deutsche Exportinteresse in unerwünschtem Maße auf den europäischen Markt konzentriert und damit den „dollar-drive“ lähmt, sei es, indem zur Abdeckung etwa entstehender Debetsalden im Verkehr mit den europäischen Ländern unter Umständen ebenfalls Dollars benötigt werden. Die letztere Gefahr erscheint auf Grund der in den vergangenen Monaten zu verzeichnenden Entwicklung vorläufig als besonders groß. Wie schon im vorigen Monatsbericht dargelegt, haben nämlich die weitgehenden Liberalisierungsmaßnahmen, zu denen sich Westdeutschland im Interesse einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit der europäischen Marshallplan-Länder bereit gefunden hat, zunächst zu einer starken

Passivierung der deutschen Außenhandels- und Zahlungsbilanzsituation in Europa geführt, da die Abnehmerländer Deutschlands den Liberalisierungswünschen der ECA zum Teil bei weitem nicht in gleichem Maße entsprochen haben und in Westdeutschland aus naheliegenden Gründen der Einfuhrsog weit stärker ist als in der Mehrzahl der übrigen europäischen Teilnehmerstaaten. Auch daß die deutschen Bezüge im wesentlichen per Kassa abgewickelt werden, während für die Waren, die Deutschland liefert, nach dem internationalen Gebrauch vielfach längere Zahlungsziele üblich sind, mußte die deutsche Anfangsposition naturgemäß erschweren.

Auch im November haben sich die Außenhandelssalden noch zu Ungunsten der Bundesrepublik entwickelt. Im Vergleich zum Oktober ist nämlich die westdeutsche Einfuhr aus den ERP-Ländern einschließlich des Sterlingbereichs — im Gegensatz zur rückläufigen Gesamteinfuhr — um 19 Mill. Dollar gewachsen, wohingegen die Ausfuhr nach diesen Ländern nur um 4,7 Mill. Dollar zugenommen hat. Der Einfuhrüberschuß, der bereits im Oktober 2,1 Mill. Dollar betragen hatte, ist infolgedessen im November auf

Entwicklung der westdeutschen Zahlungsbilanz gegenüber den Teilnehmer-Ländern am intereuropäischen Zahlungsplan*)

Monatliche Zahlungs-Salden beim Abrechnungsverkehr über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
Mill. Dollar

Monatsdurchschnitte	Gegenüber 6 Ländern, denen Deutschland Ziehungsrechte eingeräumt hat ¹⁾	Gegenüber 3 Ländern, in denen Deutschland für die Abdeckung laufender Salden Guthaben (oder übertragbare Ziehungsrechte) zur Verfügung stehen ²⁾	Gegenüber 4 Ländern, mit angenommenem Ausgleich der Bilanz ³⁾	Gegenüber allen Teilnehmerländern am intereuropäischen Zahlungsplan ⁴⁾
Tatsächliche Zahlungssalden				
4. Vierteljahr 1948	+ 5,6	+ 3,4	— 4,2	+ 4,8
1. „ 1949	+ 19,6	— 1,4	— 2,8	+ 15,3
2. „ „	+ 19,2	+ 0,2	— 13,5	+ 5,9
3. „ „	+ 10,9	+ 9,2	— 7,6	+ 12,5
Oktober „	+ 0,1	— 8,9	— 2,5	— 11,3
November „	— 28,5	— 13,9	— 9,0	— 51,4
Dezember „	— 20,2	— 24,7	— 7,0	— 51,9
Vorgesehener Zahlungssaldo 1949/50				
insgesamt	+ 163,9	— 90,1	± 0	+ 73,8
im Monatsdurchschnitt	+ 13,7	— 7,5	± 0	+ 6,1

*) Einschließlich nicht-teilnehmender Sterlinggebiete.

¹⁾ Österreich, Frankreich, Griechenland, Niederlande, Norwegen, Türkei.

²⁾ Sterling-Gebiet, Schweden, Dänemark.

³⁾ Belgien-Luxemburg, Italien, Portugal, Schweiz.

⁴⁾ OEEC-Länder plus nicht-teilnehmende Sterlingländer.

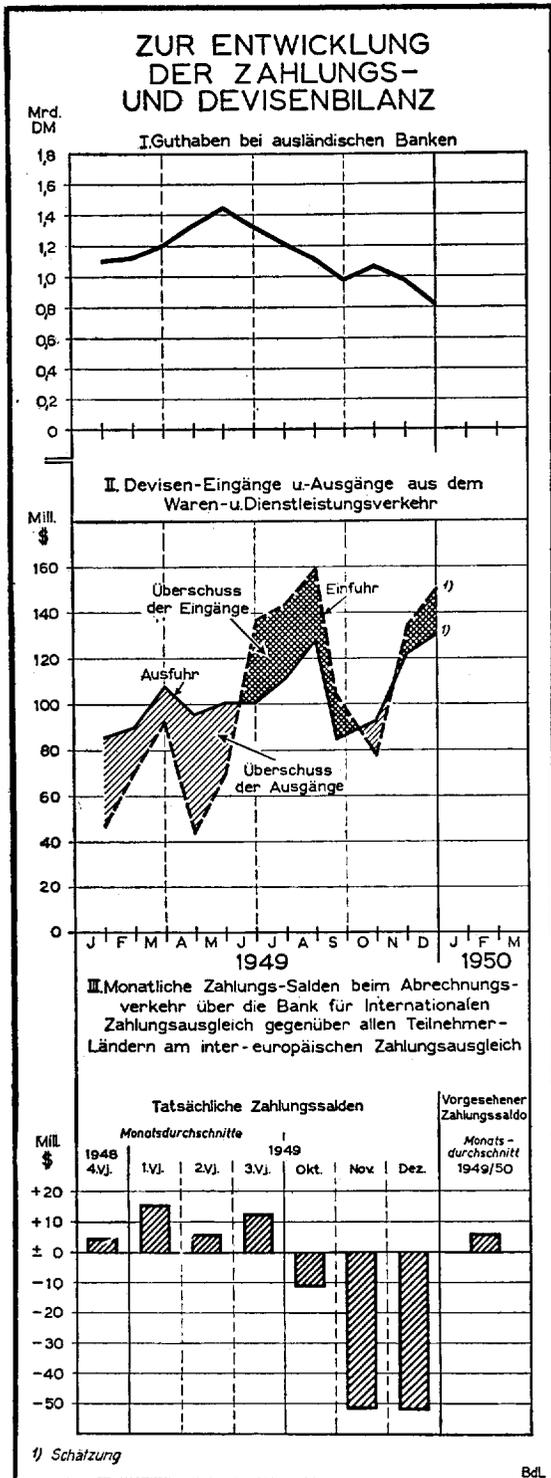
16,4 Mill. Dollar gestiegen. Wie aus der vorstehenden Tabelle zu ersehen ist, schließt Westdeutschland im intereuropäischen Zahlungsverkehr auf Grund der Pariser Abkommen deshalb seit geraumer Zeit mit einem erheblichen Passivsaldo ab, obwohl noch der Zahlungsplan vom 9. September für das laufende ERP-Jahr einen Aktivsaldo von 6,1 Mill. Dollar im Monatsdurchschnitt vorgesehen hatte.

Im Zuge dieser Entwicklung hat sich die Zahlungsposition der Bundesrepublik gegenüber der Gesamtheit der übrigen Marshallplan-Staaten vorläufig erheblich geändert. Die relativ hohen Guthaben, die Westdeutschland noch Ende September in diesen Ländern (einschließlich des Pfundblocks) besaß, sind im letzten Vierteljahr 1949 um fast 90 v. H. gesunken. Gegenüber einzelnen Ländern, denen nach dem Intereuropäischen Zahlungs- und Kompensationsabkommen in Deutschland Ziehungsrechte zustehen, hat sich die Zahlungsbilanz gerade entgegengesetzt der Vorschätzung entwickelt, d. h. an Stelle der erwarteten Schuldsalden dieser Länder gegenüber Westdeutschland sind zum Teil beträchtliche Guthabensalden getreten. Andere Länder wieder konnten infolge zu geringer Einfuhrüberschüsse im Verkehr mit der Bundesrepublik die ihnen eingeräumten Ziehungsrechte nur in abnehmendem Maße ausnutzen, und nur ein Land, nämlich Österreich, hat seine Ziehungsrechte in Deutschland bisher in dem erwarteten Umfang, ja — im Monatsdurchschnitt gesehen — sogar darüber hinaus in Anspruch genommen. Immerhin hat die Bundesrepublik, obwohl sie nach dem augenblicklichen Stand der Dinge innerhalb der OEEC-Länder praktisch als Schuldnerland zu betrachten ist, weil die mit Sicherheit zu erwartenden Verpflichtungen vorläufig größer sind als die entsprechenden Forderungen, im ersten Halbjahr des laufenden Marshallplan-Jahres insgesamt, d. h. mit Einschluß der Mitte Januar 1950 für den Stand vom 31. Dezember 1949 durchgeführten Kompensation, noch immer Ziehungsrechte in Höhe von 67,9 Mill. Dollar zur Verfügung gestellt, ein Vorgang, der nicht unwesentlich zur Abnahme der Guthaben bei ausländischen Banken beigetragen hat bzw., soweit die Verbuchung noch nicht erfolgt ist, beiträgt. Bei einzelnen Ländern sind die deutschen Forderungen aber auch dadurch vermindert worden, daß vorhandene Guthaben im Rah-

men des Europa-Clearing automatisch, d. h. im Wege von Kompensationen 1. Grades, gegen Verpflichtungen, und zwar überwiegend gegen solche, die im Zuge der Liberalisierung entstanden waren, verrechnet worden sind. Insgesamt handelt es sich dabei — mit Einschluß einer relativ geringfügigen Kompensation 2. Grades — um einen Betrag von bisher 7,8 Mill. Dollar.

Allerdings ist diese Entwicklung keineswegs ganz so bedrohlich, wie es auf den ersten Blick scheinen könnte. Bis zu einem gewissen Grade ist z. B. der Abbau der fast bis zur Jahresmitte 1949 vorhandenen hohen Forderungssalden Westdeutschlands gegenüber den Teilnehmerländern des Marshallplans insofern kein Nachteil, als ein Ausgleich dieser Forderungssalden in harter Währung doch nicht hätte erfolgen können und andere Realisierungsmöglichkeiten ebenfalls fehlten. So bietet etwa die Abnahme der vergleichsweise hohen deutschen Pfundguthaben und die daran anschließende Passivierung des westdeutschen Außenhandels mit Großbritannien die Möglichkeit, die im ersten Marshallplan-Jahr unausgenutzt gebliebenen deutschen Ziehungsrechte in Pfund Sterling nunmehr in Anspruch zu nehmen. Außerdem ist durch die Bestimmungen der OEEC und durch Absprachen mit verschiedenen Partnerländern dafür Vorsorge getroffen worden, daß etwaige Passivsaldoen, auch wenn sie die vereinbarten „swings“ überschreiten, nicht sofort in Dollar abgedeckt werden müssen. Es sind also zweifellos gewisse „Puffer“ vorhanden, die die Wirkung der verschlechterten Zahlungsbilanzsituation auf die westdeutsche Devisenlage bis auf weiteres wesentlich mildern und auffangen. Damit ist für den Ausgleich der Zahlungsbilanzen zunächst eine längere Frist gesetzt, die Notwendigkeit eines schließlichen Ausgleichs, und zwar äußerstenfalls auch durch Zahlungen in „harter“ Währung, ist aber bestehen geblieben.

Offensichtlich beginnt sich jedoch die Lage teilweise bereits zu entspannen. Zunächst einmal läßt der starke Einfuhrsog, den der deutsche Markt in den letzten Monaten entfaltetete, neuerdings hier und da bereits nach. Der Stand der laufenden Verpflichtungen aus Einfuhrakkreditiven war Ende Dezember nicht höher als Ende November, obschon dem eine weitere Steigerung in der Zahl der Zahlungsanweisungen gegenübersteht. Außerdem läßt die Ausnutzungsquote der



gewährten Importlizenzen sichtlich nach. Auf vielen Gebieten, besonders bei gewissen Verbrauchsgütern, ist nämlich fürs erste der Markt gesättigt, zumal die Ausgabeneigung der Konsumenten nach Weihnachten gewöhnlich abnimmt und der „Novität hunger“, mit dem

sich die Bevölkerung nach der über ein Jahrzehnt währenden weitgehenden Absperrung vom Weltmarkt auf viele Waren stürzte, ebenfalls nachläßt.

Um eine wirksame Entlastung herbeizuführen und den erstrebten Ausgleich auf einem höheren Niveau des Warenaustausches herbeizuführen, muß freilich vor allem die westdeutsche Ausfuhr allmählich der Einfuhr stärker folgen. Westdeutschland selbst kann hierzu nur in bescheidenem Maße beitragen. Seine Ausfuhr nach den übrigen europäischen Marshallplan-Ländern wird nämlich, wie immer wieder betont werden muß, vor allem dadurch gehemmt, daß diese Länder ihre Einfuhr zum Teil in weit geringerem Maße als Westdeutschland liberalisiert haben und damit dem deutschen Partner ähnliche Erleichterungen vorenthalten, wie er sie ihnen gewährt hat. Zwar ist zuzugeben, daß sich in dieser Hinsicht in letzter Zeit bereits manches gebessert hat, aber im großen und ganzen hat Westdeutschland in Bezug auf die Liberalisierung noch immer einen erheblichen Vorsprung. Ändert sich das nicht, so könnte es also im Interesse seiner Zahlungsbilanz leicht vor die Notwendigkeit gestellt werden, von den in den verschiedenen Abmachungen enthaltenen Sicherheitsklauseln Gebrauch zu machen sowie im Einvernehmen mit den zuständigen internationalen Instanzen auch seinerseits das Maß der von ihm zu gewährenden handelspolitischen Konzessionen zu beschränken und auf das der andern Länder zurückzuführen.

Auf weitere Sicht wird Westdeutschland aber auch bemüht sein müssen, im Handel mit den übrigen europäischen Ländern allmählich wieder gewisse Überschüsse zu erzielen. Deutschland war bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges im Europa-Handel aus strukturellen Gründen immer ein Gläubigerland, das mit seinen hier erzielten Überschüssen seine hohe Einfuhr aus Übersee finanzierte, und Westdeutschland ist nach der Abtrennung von den überwiegend agrarischen Ostgebieten und der starken Menschenzusammenballung in seinen engen Grenzen in noch stärkerem Maße auf einen derartigen weltwirtschaftlichen „Dreiecksverkehr“ angewiesen. An diesen strukturell bedingten Verhältnissen sollte auch die in Bildung begriffene Europäische Zahlungs-Union nichts zu ändern

suchen, sondern es sollte den strukturellen Aktivländern die Möglichkeit erhalten bleiben, auch in Europa einen Teil der Dollars zu verdienen, die sie zur Beschaffung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen aus dem Dollarraum benötigen.

Von gleicher Wichtigkeit ist naturgemäß die Förderung der (direkten) Exporte in den Dollarraum, da mit der Dollarhilfe nur noch für einen begrenzten Zeitraum zu rechnen ist, Westdeutschland aber auch weiterhin bei einem erheblichen Teil seiner Bezüge an Rohstoffen und Grundnahrungsmitteln auf den Dollarbereich angewiesen bleiben wird. Wie schon oben angedeutet, wird die Notwendigkeit einer systematischen Pflege der Ausfuhr gegen Dollars sogar in dem Maße wachsen, in dem sich die Ausfuhr nach Europa der deutschen Einfuhr von dort anpaßt und sie hoffentlich bald wieder übertrifft. In beträchtlichem Umfang kommen nämlich für beide Ausfuhrrichtungen die gleichen Waren in Betracht, und die Gefahr ist nicht gering, daß, wenn nicht besondere Anreize für die Dollar-Ausfuhr geschaffen werden, die Exporteure dem wahrscheinlich weniger schwierigen Export nach Europa den Vorzug geben. Die Weckung eines besonderen Interesses an der Ausfuhr in den Dollarraum wird also neben der Normalisierung der Handelsbilanz mit Europa zweifellos die dringlichste Aufgabe der westdeutschen Handelspolitik bilden. Es versteht sich von selbst, daß auch die innere Konjunkturpolitik auf diese Aufgaben in wachsendem Maße wird Rücksicht nehmen müssen, da mit der starken Abnahme der Auslandshilfe in den nächsten beiden Jahren die Rohstoffversorgung mehr und mehr von der eigenen Ausfuhr abhängig werden wird.

Bilanz des Jahres 1949

Ziehen wir aus den vorstehenden Betrachtungen, mit denen versucht wurde, nicht nur die gegenwärtige Lage zu schildern, sondern teilweise auch einen Rückblick auf das vergangene und einen Ausblick auf das kommende Jahr zu geben, das Fazit, so ergibt sich, daß die Erholung der westdeutschen Wirtschaft im Jahre 1949 zwar weiter große Fortschritte gemacht hat, daß aber auch mancherlei Schwierigkeiten geblieben oder neu entstanden sind, deren Meisterung ein

hohes Maß wirtschaftspolitischer Kunst, Einsicht und vielleicht auch Mäßigung erfordern wird.

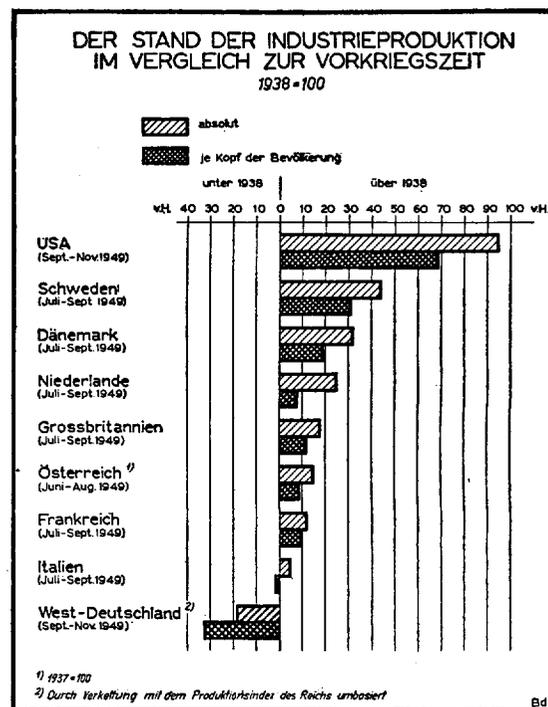
Zur Illustration der wirtschaftlichen Fortschritte seien nur wenige Daten genannt. Die Industrieproduktion ist von Dezember 1948 bis Dezember 1949 um rd. 20 v. H. gestiegen; an ihrem saisonalen Höhepunkt im November übertraf sie den Stand von Dezember 1948 sogar um über 25 v. H. und erreichte damit ein Niveau, das nur um 2 v. H. unter dem des Jahres 1936 lag. Von den saisonbedingten Rückschlägen im Juli und Dezember und einem vorübergehenden Stillstand im März abgesehen, ist dabei die industrielle Leistung Monat um Monat mehr oder weniger gestiegen. Selbst in der ersten Hälfte des Jahres, die stark unter dem Einfluß einer an sich durchaus heilsamen Reaktion auf die Preishausse der zweiten Hälfte von 1948 gestanden hatte, war nach dem neu berechneten Index für das gesamte Bundesgebiet durchaus keine Stagnation zu verzeichnen, wie zeitweilig angenommen werden mußte. Die noch vor Jahresfrist in der Versorgung mit einzelnen Grundstoffen, wie Kohle, Strom und Stahl, bestehenden Engpässe sind damit wesentlich erweitert worden. Auch die Bautätigkeit hat nach anfänglicher Stockung schließlich doch noch recht kräftig eingesetzt und den Aufschwung der Industrie bis spät in den Herbst hinein gefördert. Bauvorhaben, die vielleicht nicht unbedingt vordringlich gewesen waren, spielten dabei zwar weiter eine vergleichsweise große Rolle, aber auch an Wohnungen sind 1949 etwa 180—200 000 neu gebaut oder wieder bezugsfähig gemacht worden. Das ist eine Zahl, die sich mit dem Wohnungszugang in den besten Vorkriegsjahren durchaus messen kann. Ebenso hat die Landwirtschaft bei der Überwindung der in den Kriegs- und Nachkriegsjahren erlittenen Substanzverluste erhebliche weitere Fortschritte machen können. Die Getreideernte war — in erster Linie zwar auf Grund der außergewöhnlich günstigen klimatischen Wachstumsbedingungen, aber doch auch infolge der reichlicheren Düngemittelversorgung und sorgfältigeren Bodenbearbeitung — bedeutend höher als 1948 und, was Brotgetreide anbelangt, sogar größer als 1935—38. Auch die Kartoffelernte war, obschon nicht ganz so hoch wie im

Vorjahr, doch reicher als in der Vorkriegszeit. Gestützt auf diese Entwicklung und die Futtermiteinfuhren im Rahmen der Auslandshilfe, war es 1949 überdies möglich, die Viehstapel wieder stärker aufzubauen, wenngleich Zahl und Leistung je Stück teilweise noch weit hinter der Vorkriegszeit zurückblieben.

Einer der entscheidendsten Fortschritte in der Wirtschaftsentwicklung des vergangenen Jahres liegt jedoch darin, daß auf den größten Teil der noch vor einem Jahr bestehenden Bewirtschaftung und Rationierung verzichtet werden konnte, nachdem infolge der reichlicheren Inlandsproduktion und mit Hilfe einer wesentlich höheren Einfuhr — von der rund zwei Fünftel auf die großzügigen Hilfslieferungen entfielen — eine gewisse Minimalversorgung sicher gestellt war. Sehr wesentlich hierfür ist allerdings auch, daß die starke, mit der Währungsneuregelung verbundene hoheitliche Geldschöpfung, die in der zweiten Hälfte von 1948 einen wesentlichen Mehrkonsum über das laufende Einkommen hinaus ermöglicht und die Kreditkontrolle des Zentralbanksystems weitgehend paralyisiert hatte, allmählich versiegte. Die Geldversorgung kam also 1949 mehr und mehr unter die Kontrolle des Zentralbanksystems, und durch eine vorsichtige Dosierung gelang es, die Ende 1948 noch vorhandenen inflatorischen Tendenzen restlos zu überwinden. Die Folge war, daß die bis dahin bestehenden „Verkäufermärkte“ in kürzester Frist durch „Käufermärkte“ abgelöst und neue Preissteigerungen auch vermieden wurden, als die Rationierung bis auf verhältnismäßig geringfügige Reste fiel und die Wirtschaft im Zuge der internationalen Abwertungswelle vom September 1949 der nicht leichten psychologischen Belastungsprobe einer Wechselkursänderung unterworfen wurde. Das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Währung, das zu fördern sich im Interesse von Kreditmöglichkeiten immer mehr als eine der wichtigsten Aufgaben der westdeutschen Wirtschaftspolitik erweisen wird, ist damit in erfreulichem Maße gestiegen. Ein — in seiner materiellen Bedeutung gewiß nicht zu überschätzendes — Symptom hierfür ist der starke Kursanstieg der DM an den freien Märkten in Zürich und New York, dank dem die DM heute an diesen Märkten ein Disagio von nur

noch rund 20 gegen 84 v. H. im Dezember 1948 aufweist.

Auf der anderen Seite ist freilich zu berücksichtigen, daß das Niveau der Wirtschaftstätigkeit an sich noch immer niedrig ist, besonders wenn man bedenkt, daß Westdeutschland seit Kriegsende etwa 8 Millionen Flüchtlinge (rund ein Fünftel seiner damaligen Bevölkerung) aufnehmen mußte und die Bevölkerung unter dem Einfluß der Zuwanderung auch im Jahre 1949 noch um beinahe drei Viertel Millionen gewachsen ist. Berechnet man z. B. die Industrieproduktion je Kopf der Bevölkerung, so betrug sie selbst auf ihrem saisonalen Höhepunkt im November nur 79 v. H. ihres Umfangs von 1936, während sie absolut nur um etwa 2 v. H. unter dem damaligen Stande lag. Wie das folgende Schaubild zeigt, bleibt Westdeutschland damit weit hinter der Produktionserholung in den übrigen Marshallplan-Ländern zurück. Dabei muß in Westdeutschland sicher ein größerer Teil der laufenden Produktion für den bloßen Ersatz des kriegszerstörten Produktionsapparates verwendet werden, anstatt für den Verbrauch oder Neuinvestitionen zur Verfügung zu stehen.



Ein weiteres Symptom dafür, daß die Versorgung der westdeutschen Bevölkerung trotz der im letzten Jahr erzielten Fortschritte noch

immer wesentlich unter dem Vorkriegsstand liegt, bildet der Nahrungsmittelverbrauch. An einer früheren Stelle dieses Berichts ist zahlenmäßig belegt worden, daß der Verbrauch an Fleisch, Fett, Eiern und Vollmilch — um nur diese Produkte herauszugreifen — noch immer geringer ist als vor dem Kriege und ein Ausgleich nur durch einen reichlicheren Verzehr von Brot, Nahrungsmitteln und Kartoffeln herbeigeführt wird. Das gilt insbesondere für den Ernährungsstandard der minderbemittelten Bevölkerung, wie überhaupt die Unterschiede in der sozialen Lage teilweise noch sehr scharf sind. In einem früheren Monatsbericht ist einmal das Wort von den „Stiefkindern der Erholung“ geprägt worden, womit die etwa 9 Millionen Sozialrentner, Fürsorgeempfänger, Kriegsversehrten, Kriegshinterbliebenen und Arbeitslosen gemeint waren, die bis dahin an dem Aufschwung nur wenig oder gar nicht teilgehabt hatten. Mit der Erhöhung gewisser Unterstützungssätze, den Ausweichmöglichkeiten, die die reichlichere Versorgung bietet, und vor allem dem Rückgang der Lebenshaltungskosten hat sich im weiteren Verlauf des Jahres 1949 zwar auch die Lage dieser Schichten etwas gebessert, aber noch immer ist ihr Lebensstandard außerordentlich dürftig.

Die Zahl der Arbeitslosen ist gegen Ende des Jahres sogar wieder beträchtlich gestiegen und bildet zweifellos einen dunklen Schatten im Bild der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Mit 1,56 Millionen oder gut 10 v. H. der unselbständigen Erwerbspersonen war die Arbeitslosigkeit Ende Dezember 1949 um ungefähr 800 000 höher als vor Jahresfrist. Mit einer weiteren saisonbedingten Zunahme im Januar ist zu rechnen. Gewiß erklärt sich dieser Anstieg, soweit er nicht dem üblichen jahreszeitlichen Rhythmus entspricht, in der Hauptsache aus dem anhaltend starken Neuzugang an Arbeitskräften vor allem aus dem ständigen Flüchtlingszustrom, da die Zahl der Beschäftigten im gleichen Zeitraum nur um 147 000 zurückgegangen ist, eine Abnahme, die überdies im wesentlichen mit Rationalisierungsvorgängen und Entlassungen im öffentlichen Dienst und bei den Besatzungsmächten zusammenhängt. Aber immerhin zeigt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, daß der Wirtschaftsaufschwung noch bei weitem nicht stark genug

war, um den zusätzlich verfügbar werdenden Kräften einen Arbeitsplatz zu bieten und damit eine wesentliche Funktion normal wachsender Volkswirtschaften zu erfüllen.

Soll diese Strukturschwäche der westdeutschen Wirtschaft kurzfristig gemildert werden, so müßte das Investitionsvolumen weit größer sein als bisher, obwohl die Bruttoinvestitionen 1949 nicht weniger als schätzungsweise 19 v. H. des Bruttosozialprodukts betragen haben. Das wäre nicht nur deshalb nötig, weil höhere Investitionen den stärksten Einfluß auf das Niveau der laufenden Beschäftigung ausüben würden, sondern auch, weil vielfach erst durch Investitionen, vor allem Wohnungsbauten, die Voraussetzungen für eine größere Beweglichkeit der unbeschäftigten Arbeitskräfte geschaffen werden müssen, da sich diese insbesondere in den typischen Flüchtlingsgebieten massieren.

Im letzten Jahr ist häufig behauptet worden, daß diese an sich wünschenswerte Vergrößerung des Investitionsvolumens durch die angeblich zu restriktive Kreditpolitik des Zentralbanksystems verhindert worden sei. Anfang des Jahres wurde unter dem Eindruck der beträchtlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit und gewisser Reaktionserscheinungen auf die gefährliche Preishausse der ersten Monate nach der Währungsreform sogar prophezeit, daß die Wirtschaft vor der Gefahr eines plötzlichen scharfen Absturzes stünde, wenn die Bank deutscher Länder nicht unverzüglich mehrere Hundert Millionen DM pro Monat an langfristigem Geld in den Verkehr pumpe. Wie irrig diese Prognose war, liegt heute auf der Hand. Statt zu sinken, ist die Produktion um 20—25 Prozent gewachsen, und zwar nicht nur im Bereich der Verbrauchsgüterindustrien, sondern auch in dem der Investitionswirtschaft. Allerdings wird von manchen Seiten behauptet, daß diese Zunahme noch weit stärker hätte sein können, wenn die Kreditpolitik des Zentralbanksystems großzügiger gewesen wäre. Nun, die Kreditpolitik des Zentralbanksystems hat immerhin zugelassen, daß das Kreditvolumen der Geschäftsbanken im Jahre 1949 um etwa 5 Milliarden DM wuchs, wovon zweifellos ein erheblicher Teil der Vorfinanzierung von Investitionen gedient hat. Es hat diese Kreditausweitung seinerseits durch eine zweimalige Diskontsenkung, die wieder-

holte Herabsetzung der Mindestreserven bis auf den gesetzlichen Mindeststand (wenn man von der notwendigen Differenzierung zwischen der Reservepflicht der Geldinstitute an Bankplätzen und Nichtbankplätzen absieht), eine wesentliche Lockerung der Kreditrichtlinien und die Ausdehnung seines eigenen Kredits unterstützt. Allein die Refinanzierungskredite des Zentralbanksystems, d. h. seine Kredite an die Geldinstitute, sind 1949 um 2,1 Mrd. DM gewachsen. Darüber hinaus hat das Zentralbanksystem im August besondere Maßnahmen getroffen, um die Vorfinanzierung von Investitionen und der Exportproduktion zu erleichtern, soweit hierbei der Charakter einer Überbrückung gewahrt bleibt.

Immer wieder hat sich jedoch gezeigt, daß die Investitionstätigkeit keineswegs allein durch mangelnde Kreditfazilitäten beeinträchtigt wurde. Für den Wohnungsbau und die Investitionen in anderen noch zwangsbewirtschafteten Sektoren wirkte z. B. sehr nachteilig, daß sie durch die künstliche Niedrighaltung der Erlöse (Mieten usw.) für privates Kapital weitgehend „uninteressant“ geworden sind. Ein wichtiges Hemmnis bildete ferner die ungeheure Steuerlast, die die westdeutsche Wirtschaft zu tragen hat. Sie wirkte umso bedenklicher, als die hohen Steuern in den ersten Monaten des Jahres, wie schon teilweise im letzten Viertel von 1948, zu nicht unbeträchtlichen Einnahmeüberschüssen der öffentlichen Hand führten, die nicht durchweg wieder verausgabte, sondern in den verschiedensten Formen thesauriert wurden. Hierin, und nicht in der Politik des Zentralbanksystems, haben also zeitweilig wirkliche Deflationselemente gelegen. Um die Mitte des Jahres hat die öffentliche Hand diese Politik allerdings aufgegeben und durch Bereitstellung umfangreicherer Mittel den damals eingeleiteten „Investitionsstoß“ gefördert. Dabei stellte sich aber ebenfalls heraus, daß die Finanzierungsfrage nicht die einzige crux der Investitionsentwicklung bildet. Die von den Ländern bereitgestellten Mittel kamen nämlich überraschend langsam zum Einsatz, weil teils keine ausführungsfähigen Projekte vorhanden waren, teils sich aber auch organisatorische Hemmungen ergaben, wie sie bei öffentlichen Investitionen häufig unvermeidlich sind. Sinnföällig wurde so demonstriert, wie unzweckmäßig es ist, einen erheblichen Teil

der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung mittels exorbitanter Steuersätze bei der öffentlichen Hand zu konzentrieren.

Aber auch die private Wirtschaft hat zeitweilig eine sehr starke Liquiditätsneigung an den Tag gelegt und damit unbewußt partielle Deflationstendenzen hervorgerufen. Nachdem das Vertrauen in die Stabilität der Währung zurückgekehrt war, bestand teilweise ein — privatwirtschaftlich durchaus begreifliches — Bestreben, die infolge der Währungsreform stark zusammengeschrumpften liquiden Reserven wieder aufzufüllen. Man hielt also mit Ausgaben zurück, stellte die ersparten Mittel aber nicht langfristig den Banken oder dem Kapitalmarkt zur Verfügung, sondern hielt sie in möglichst liquider Form. Es wurde also „gespart“, ohne daß dadurch der Kapitalmarkt befruchtet und die Ausgabemöglichkeiten anderer Wirtschaftspersonen erweitert wurden. Auch die Geldinstitute mußten infolgedessen auf eine hohe Liquidität achten, und so erklärt es sich teilweise, daß sie im Verlauf der Zeit nicht nur bei der eigenen Bevorschussung von Investitionskrediten zurückhaltender wurden, sondern auch von dem Angebot des Zentralbanksystems, ihr Vorfinanzierungsgeschäft zu unterstützen, zunächst nur geringen Gebrauch machten, weil sie nicht bereit waren, lombardfähige Ausgleichsforderungen gegen illiquide Kundenkredite einzutauschen. Erst in den letzten Monaten des Jahres hat das Liquiditätsstreben der Wirtschaft wieder einer stärkeren Ausgaben- und Investitionsbereitschaft Platz gemacht, wobei aber das Schwergewicht vorläufig leider bei der Konsumbereitschaft liegt, während eine hohe Sparneigung auf Seiten der Verbraucher und eine hohe Investitionsbereitschaft auf Seiten der Unternehmer das Ideale wäre.

Immerhin sind nun in stärkerem Maße die psychologischen Voraussetzungen für eine Investitionskonjunktur gegeben, ebenso wie die Wirtschaft in Bezug auf die konkrete Durchführung von Investitionsprojekten heute wesentlich weiter ist als noch im vorigen Sommer. Erfreulicherweise ist auch die Finanzierungsfrage heute günstiger zu beurteilen als noch vor einigen Monaten. Die Spareinlagen sind infolge der höheren Einkommen trotz gleichfalls gestiegener Verbrauchsausgaben im Wachsen.

Ähnliches gilt von den Prämieinnahmen der Privatversicherungen. Die Selbstfinanzierung ist, da die Preisrückgänge in der Industrie zum großen Teil auf Rationalisierungserfolgen und besserer Kapazitätsausnutzung beruhen, nach wie vor hoch. Im öffentlichen Bereich stehen zweckgebunden teilweise noch erhebliche Mittel bereit, die in der vergangenen Bausaison nicht mehr zum Zuge kamen. Vielleicht werden auch aus den Einnahmen des neuen Jahres im ganzen doch höhere Beträge zur Verfügung stehen, als zur Zeit vielfach angenommen wird. So beabsichtigt z. B. der Bund, das Münzregal an sich zu ziehen und den damit verbundenen Gewinn zur Finanzierung seines Wohnungsbauprogramms zu verwenden. Vor allem aber beginnt nunmehr in stärkerem Maße eine Kapitalquelle zu fließen, auf die im vergangenen Jahr allen Erwartungen zuwider weitgehend verzichtet werden mußte, nämlich die Freigabe von counterpart funds. Nachdem 1949 insgesamt nur etwa 470 Mill. DM an counterpart funds effektiv freigegeben worden waren, sind im Dezember von der ECA Finanzierungsanträge im Werte von insgesamt 1036 Mill. DM grundsätzlich genehmigt und hierauf in der ersten Januarhälfte zunächst 543 Mill. DM an Gegenwertmitteln deblockiert worden. Weitere 57 Mill. DM werden in Kürze an West-Berlin überwiesen werden, und die Freigabe des Restes soll erfolgen, sobald die erste Tranche verbraucht ist. Überdies ist beabsichtigt, in Zukunft auch die laufend anfallenden Gegenwerte möglichst Zug um Zug für Investitionen einzusetzen, sofern das mit der Wahrung der finanziellen Stabilität vereinbar ist. Diese Freigaben werden über ihre unmittelbare Wirkung auf die Investition hinaus zweifellos auch die Liquidität des Banksystems heben, und zwar nicht nur durch die Zuführung von neuem Zentralbankgeld, sondern vor allem auch durch die Ermöglichung von Konsolidierungen, so daß voraussichtlich auch auf Seiten der Geschäftsbanken die Kreditbereitschaft wachsen wird.

Ein Teil dieser Kapitalströme wird in der Wirkung sicher einer Geldschöpfung gleichkommen. Das gilt nicht nur z. B. von dem Münzgewinn, den der Bund zu verausgaben beabsichtigt, sondern auch von einem großen Teil der counterpart funds, die in den nächsten Wochen

und Monaten zum Einsatz gelangen sollen. Diese Mittel sind zum größten Teil bereits im Verlauf des letzten Jahres entstanden. Mit ihrem Niederschlag auf den counterpart-Konten ist seinerzeit ein entsprechender Teil des Geld- und Kreditvolumens zunächst stillgelegt, d. h. das aktive Geldvolumen zumindest tendenziell vermindert worden. In der Statistik des Geldvolumens wurden die betreffenden Beträge sogar überhaupt nicht mehr ausgewiesen, was in erster Linie zwar mit ausweistechnischen Gründen zusammenhing, aber doch auch einen tieferen ökonomischen Sinn hatte, weil sie eben bis auf weiteres nur sterilisiertes Geld waren, d. h. als Kaufmittel gar nicht zur Verfügung standen. Mit der Freigabe und der Weiterleitung an die Kreditnehmer werden diese ruhenden Gelder aber mit einem Schlag wieder aktiviert, denn nun bilden sie wieder Kaufpotential und, sobald sie verausgabt werden, vergrößern sie auch die wirksame Nachfrage. Sie wirken also wie eine Kreditgewährung, mit der neue Kaufkraft entsteht.

In gewissem Umfang kann eine solche Geldschöpfung auch heute noch verantwortet werden. Die Engpässe, die vor Jahresfrist und später besonders auf dem Gebiet der Grundstoffproduktion bestanden, haben sich erweitert. Das Publikum ist disziplinierter. Seine Ausgabeneigung war in den letzten Monaten zwar wieder stark, aber nicht exzessiv wie im Herbst 1948. In den unmittelbar vor uns liegenden Monaten wird sie überdies schon aus Saisonsgründen, aber vielleicht auch in Reaktion auf die größeren Ausgaben in der Vorweihnachtszeit sinken. Arbeitskräfte sind infolge der hohen Arbeitslosigkeit — abgesehen höchstens von einzelnen Spezialberufen — reichlich vorhanden. Gleichzeitig hat das Zentralbanksystem die Geldversorgung gegenwärtig stärker in der Hand als noch um die Mitte des vergangenen Jahres. Die hoheitliche Geldschöpfung auf Grund der Währungsgesetze ist ausgelaufen, und die Geldinstitute mußten sich im Verlauf des letzten halben Jahres so sehr beim Zentralbanksystem verschulden, daß dieses auf die Kreditpolitik der Geschäftsbanken verhältnismäßig leicht Einfluß nehmen kann.

Allerdings ist der Möglichkeit einer währungspolitisch vertretbaren Geld- und Kredit-

expansion gerade heute eine sehr wesentliche Grenze gezogen durch die außenwirtschaftliche Lage. In einem der vorangegangenen Abschnitte ist dargelegt worden, wie sehr sich Westdeutschland im Interesse einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den übrigen europäischen Marshallplan-Ländern durch seine Liberalisierungsmaßnahmen exponiert hat, und daß es seine Einfuhr aus diesen Ländern ohne ernste Gefahren für seine Devisenlage nicht beliebig weiter wachsen lassen kann. Nicht minder wichtig ist die Rücksichtnahme auf die Ausfuhr, besonders die Ausfuhr nach dem Dollarraum. Die westdeutsche Ausfuhr hat im vergangenen Jahr zwar Fortschritte gemacht, aber diese Fortschritte waren wesentlich unbefriedigender als die der Produktion. Während nämlich das industrielle Produktionsziel für das laufende ERP-Jahr (1. Juli 1949 bis 30. Juni 1950) — im Monatsdurchschnitt 92 v. H. des Indexstandes von 1936 — bereits in den ersten 5 Monaten des Jahres erreicht, ja im November sogar um 6 Punkte überschritten wurde, lag die Ausfuhr im Oktober und November noch um ein Viertel unter dem Stande, der der vorgesehenen Jahresrate entsprechen würde. Die Besorgnis über diese Entwicklung hat schon im vergangenen Jahr das Zentralbanksystem veranlaßt, bei allen geldpolitischen Entscheidungen der Notwendigkeit einer Niedrighaltung, womöglich gar Senkung des deutschen Preisniveaus und der Schaffung von Exportanreizen sorgfältig Rechnung zu tragen, und es besteht heute Grund, die Rücksicht auf die Bedürfnisse des Außenhandels noch stärker in den Vordergrund zu stellen. Wird nämlich der Binnenabsatz infolge einer übertrieben expansiven Geld- und Kreditpolitik zu leicht, dann schwindet das Interesse am Export, wenn nicht gar die Konkurrenzfähigkeit, dann wird die Einfuhrnachfrage aufgebläht, die Devisenlage verschlechtert sich, und am Ende dieses circulus vitiosus könnte eine Verknappung des Einfuhrpotentials stehen, die der übertriebenen Konjunkturerweiterung schließlich doch eine wichtige Grundlage entziehen oder die Rückkehr zu devisenzwangswirtschaftlichen und autarkischen Methoden als den einzigen Ausweg erscheinen lassen würde. Dieser angebliche Ausweg aber würde heute zugleich aus dem Kreis der Marshallplan-Länder hinausführen, da diese ihren

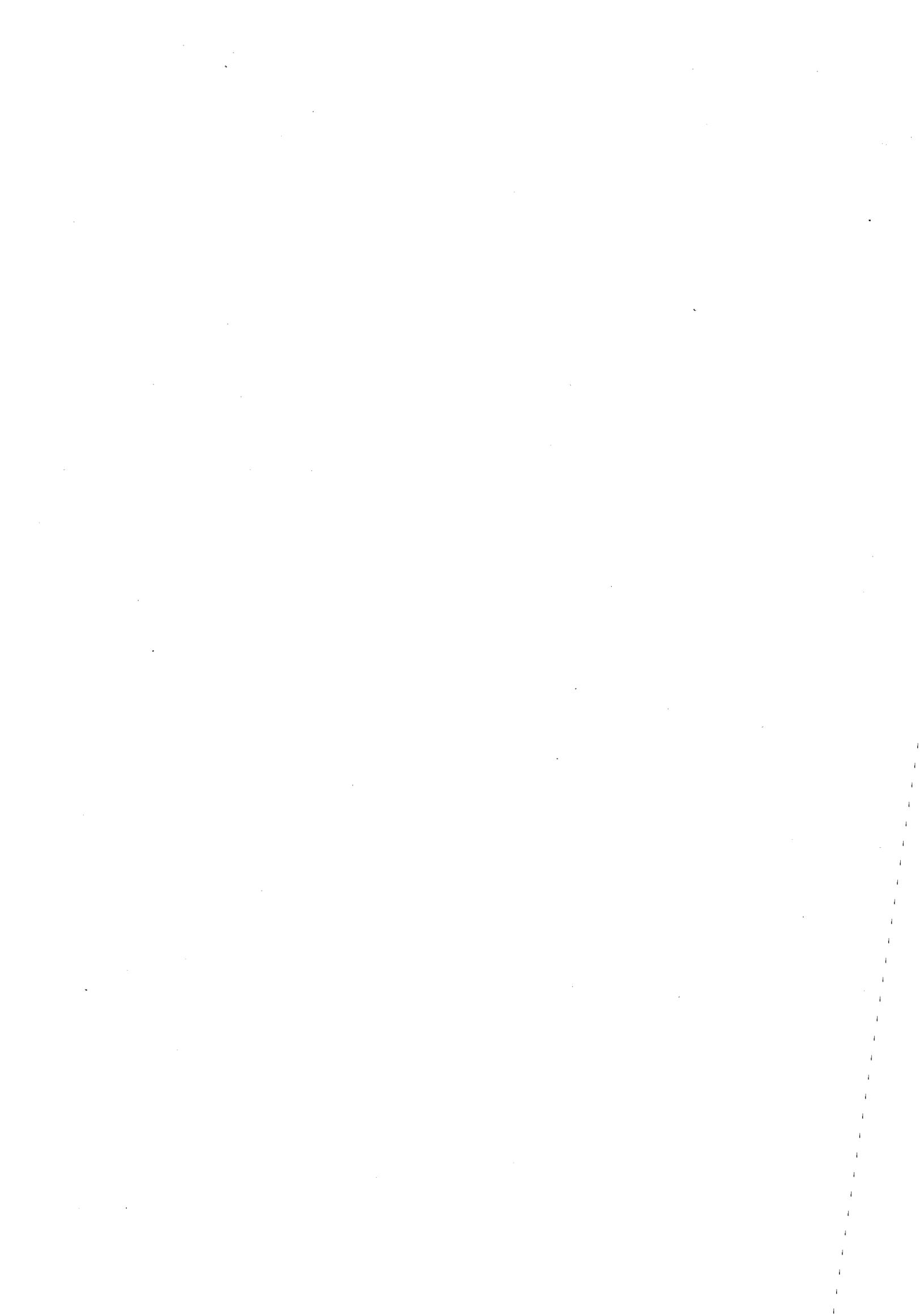
gesamten laufenden Zahlungsverkehr in kürzester Zeit liberalisieren sollen. Für ein Land wie Westdeutschland kommt eine derartige Isolierung selbstverständlich unter keinen Umständen in Frage, und die Bundesregierung hat deshalb in ihrem Memorandum an die OEEC zum Programm für 1950/51 und 1951/52 mit Recht nachdrücklichst auf die Grenzen hingewiesen, die dem westdeutschen Produktionsanstieg in nächster Zeit durch die beengte außenwirtschaftliche Lage gezogen sind. Besonders zu unterstreichen ist dabei — im Gegensatz zu manchen populären Vorstellungen — die These, daß besonders die Konsumgüterversorgung keineswegs mehr sehr elastisch sei, sondern im Gegenteil wegen der relativ beschränkten Möglichkeiten des Rohstoffbezugs und der wahrscheinlich geringeren Ernte des nächsten Wirtschaftsjahres auf nicht zu weit gesteckte Grenzen stoßen werde.

Die Geld- und Kreditexpansion muß also sehr vorsichtig bemessen werden und, da man einen begrenzten Spielraum immer nur für die jeweils dringlichsten Aufgaben verwenden soll, sich vor allem streng auf die Investitionsförderung konzentrieren. Eine Verbrauchskonjunktur auf Kreditbasis darf demgemäß nicht entstehen oder, sofern sie bereits besteht, nicht fortgeführt werden, wenn nicht die Förderungsmöglichkeiten für die Investitionstätigkeit beschnitten werden sollen. Das verpflichtet besonders die öffentliche Hand. Es ist in letzter Zeit viel die Rede gewesen von hohen Defiziten, denen die öffentlichen Finanzen angeblich zwangsläufig entgegengehen. In Wirklichkeit besteht eine solche Zwangsläufigkeit nicht. Die Steuereinnahmen werden, selbst wenn die geplante Reform der Einkommensteuer durchgeführt wird, aller Voraussicht nach weiter so hoch sein, daß die Haushalte bei einer den deutschen Verhältnissen angepaßten Ausgabenpolitik zumindest in ihrer Gesamtheit im Gleichgewicht bleiben könnten. Das müßte, wie aus den im Abschnitt „Öffentliche Finanzen“ enthaltenen Ziffern über die bisherigen Ausgaben hervorgeht, besonders dann möglich sein, wenn die auch aus agrarpolitischen und devisenpolitischen Gründen wenig zweckmäßigen Subventionen für die Lebensmitteleinfuhr auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt und die Besatzungskosten gesenkt

werden. Wenn dann noch der Finanzausgleich zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften im Bedarfsfall in exakterer Weise der tatsächlichen Steuerkraft und der vereinbarten Ausgabenverteilung angepaßt würde, bestünde kein Anlaß, Investitionsausgaben, die bisher im Rahmen der ordentlichen Haushalte finanziert worden sind, in größerem Umfang auf einen außerordentlichen Haushalt zu verweisen, wenn dieser nicht aus normalen Kapitalmarktmitteln gespeist werden kann. Denn eine solche Verschiebung würde in Wirklichkeit nur eine getarnte Kreditfinanzierung konsumtiver Ausgaben bedeuten und den Spielraum für die Kreditfinanzierung von Investitionen schmälern. Die öffentliche Finanzgebarung wird demgemäß weitgehend darüber entscheiden, ob die zulässige Erweiterung des Geld- und Kreditvolumens sich in erster Linie da auswirken wird, wo sie den wirtschaftsdynamisch gesündesten Effekt ausüben kann.

Auch die Kreditgewährung der Geschäftsbanken wird sich in der nächsten Zeit sorg-

fältig in die gesamte Geldpolitik einfügen müssen. Mit der Freigabe der bisher stillliegenden counterpart funds und einer etwaigen stärkeren direkten Inanspruchnahme des Zentralbanksystems wird die Möglichkeit der Banken zu einer autonomen Kreditschöpfung an sich wachsen. Um eine Überdosierung des Geld- und Kreditstroms zu verhindern, könnte es deshalb unter Umständen nötig werden, die Kreditkontrollen wieder zu verschärfen. Jedenfalls dürfen der Wirtschaft auch nicht durch den Geschäftsbankencredit der Binnenabsatz und die Einfuhr so leicht gemacht werden, daß die dringlichste wirtschaftspolitische Aufgabe dieses Jahres darunter leidet: nämlich mit aller Energie ein besseres Gleichgewicht der bisher noch zum großen Teil auf Auslandshilfe beruhenden Zahlungsbilanz anzustreben und zu diesem Zweck die gesamte Wirtschaftsentwicklung strikt den devisenpolitischen Möglichkeiten der Einfuhr und dem unabdingbaren Zwang zur Exportsteigerung anzupassen.



Statistischer Teil

Verzeichnis der Übersichten

	Seite
I. Zentralbankausweise	42
Ausweis der Bank deutscher Länder	42
Zahlungsmittelumlauf	43
Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	44
Monatsausweise der Landeszentralbanken, nach dem Stand vom 31. Dezember 1949	46
II. Bankstatistische Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	48
Bilanzzahlen: Gesamtübersicht	48
(monatliche Bankenstatistik)	
Bilanzzahlen: nach Ländern	50
(monatliche Bankenstatistik)	
Bilanzzahlen: nach Bankengruppen	58
(monatliche Bankenstatistik)	
Bilanzzahlen: 112 Geldinstitute	62
(wöchentliche Bankenstatistik)	
Volkswirtschaftliches Kreditvolumen: Gesamtübersicht	64
(monatliche und wöchentliche Bankenstatistik)	
Volkswirtschaftliches Kreditvolumen: nach Ländern	66
(monatliche Bankenstatistik)	
Volkswirtschaftliches Kreditvolumen: nach Bankengruppen	70
(monatliche Bankenstatistik)	
Umsätze im Sparverkehr	72
(monatliche und wöchentliche Bankenstatistik)	
Mindestreserven der Geldinstitute im Währungsgebiet, aufgegliedert nach Bankengruppen	73
Mindestreservesätze	73
III. Das Geldvolumen im Währungsgebiet	74
Entwicklung und Struktur des Geldvolumens	74
Erstaussstattungen	74
Bankeinlagen	75
Die kurzfristigen Kredite der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems	75
IV. Sonstige Geld- und Kreditstatistik	76
Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden Zinskonditionen	76
Festverzinsliche Wertpapiere, Durchschnittskurse und Indices	80
Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien	80
V. Öffentliche Finanzen	81
Steueraufkommen der Länder im Bundesgebiet nach Steuerarten	81
VI. Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebiets bzw. Bundesgebiets	82
VII. Produktion, Beschäftigung, Verkehr und Preise	84
Index der industriellen Produktion	84
Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß	85
Eisen- und Stahlerzeugung	85
Arbeitsmarkt	85
Verkehrsentwicklung	86
Index der Grundstoffpreise	87
Indexziffer der Lebenshaltungskosten	87
VIII. Internationale Übersichten	88
Wechselkurse in US-Cents	88
Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder	90
Moody's Index für USA-Rohstoffpreise	90
Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren	91

I. Zentralbank-Ausweise
Ausweis der Bank deutscher Länder ^{1) +)}
in Mill. DM

Datum	A k t i v a										
	Guthaben bei ausl. Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handels- abkommen ²⁾	Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslands- geschäfts	Aus- länd. Zah- lungsmittel ³⁾	Wechsel und Schecks	Schatz- wechsel der Bundes- ver- waltung.	Lombard- forderungen (gegen Aus- gleichsfor- derungen und Schatzwechsel)	Kassen- vor- schüsse an die öffentliche Hand	Forderungen gegen die öffentl. Hand		Interims- forde- rungen gegen die Landes- zentral- banken	Sonstige Aktiva
								Ausgleichs- forde- rungen	Schuld- verschrei- bungen		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1948											
7. 9. ²⁾	580,9	706,6	—	2,7	—	16,9	20,0	3 658,6	—	3 619,3	192,7
30. 9.	622,2	848,2	—	209,0	—	879,7	—	4 322,5	—	1 222,1	257,5
31. 10.	763,5	1 014,3	—	567,4	—	1 019,6	—	4 593,3	—	842,1	193,5
30. 11.	843,1	1 214,6	0,0	881,6	—	822,2	50,0	4 743,6	—	686,8	163,9
31. 12.	983,1	1 538,6	0,0	1 106,7	—	862,1	42,0	4 568,1	—	661,5	360,1
1949											
31. 1.	1 113,2	1 770,2	0,2	824,3	—	904,9	28,0	4 623,9	—	657,4	294,0
28. 2.	1 131,3	1 942,9	0,2	801,2	—	940,7	—	4 812,9	—	570,1	243,8
31. 3.	1 204,6	2 226,6	0,6	1 055,6	—	711,9	52,8	4 828,8	588,2	554,3	97,7
30. 4.	1 345,1	2 446,2	0,7	913,4	—	773,1	218,6	4 825,7	588,2	544,1	132,0
31. 5.	1 448,4	1 774,1	0,9	768,6	—	788,7	177,8	4 843,2	588,2	525,1	76,6
30. 6.	1 335,8	1 521,4	1,8	664,7	—	887,9	194,1	5 050,4	588,2	349,4	61,2
31. 7.	1 221,7	1 380,3	2,5	798,7	—	1 000,7	134,0	5 052,2	639,2	347,6	68,1
31. 8.	1 123,1	1 440,7	3,6	1 309,2	—	983,4	—	5 056,3	639,2	269,7	75,0
30. 9.	990,1	1 057,6	4,4	1 621,0	—	1 130,9	—	5 024,6	639,2	267,1	84,4
31. 10.	1 070,3	1 120,3	6,7	2 103,5	—	1 035,6	1,9	5 209,3	639,2	138,9	112,9
30. 11.	986,6	1 045,9	8,7	2 505,3	—	1 144,9	1,6	4 974,7	639,2	138,4	123,2
7. 12.	996,5	1 036,5	9,1	2 690,8	30,0	1 088,4	1,5	5 073,7	639,2	137,8	130,6
15. 12.	1 025,9	874,7	9,6	2 716,2	34,0	1 059,5	1,3	5 095,5	639,2	137,7	126,8
21. 12.	933,0	1 085,6	10,0	2 776,5	46,7	1 108,7	24,5	5 071,6	639,2	136,7	122,0
31. 12.	833,9	755,2	11,7	2 820,5	—	1 463,9	61,0	5 236,5	639,2	—	144,2
1950											
7. 1.	840,2	720,4	12,0	2 913,0	3,0	1 157,3	62,9	5 212,6	639,2	—	97,1

Datum	P a s s i v a										
	Zahlungsmittel- umlauf ⁴⁾	Einlagen insgesamt (Spalte 14-17)	davon				Verpflich- tungen in Devisen gegen JELA	Sonstige Konten zur Abwick- lung des Auslands- geschäfts	Son- stige Pas- siva	Grund- kapital	Bilanz- summe
			Guthaben der an- geschlos- senen Landes- zentral- banken	Einlagen von Dienst- stellen des Bundes ⁵⁾	Einlagen der Be- satzungs- mächte	Andere Ein- lagen					
	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1948											
7. 9. ²⁾	4 897,5	2 414,6	1 421,7	482,1	496,3	14,5	580,9	804,5	0,2	100,0	8 797,7
30. 9.	5 358,1	1 311,0	356,2	474,4	472,7	7,7	621,8	969,7	0,6	100,0	8 361,2
31. 10.	5 885,3	1 289,2	459,0	419,8	370,9	39,5	759,7	958,2	1,3	100,0	8 993,7
30. 11.	6 017,5	1 385,4	543,9	415,3	369,2	57,0	839,6	1 061,1	2,2	100,0	9 405,8
31. 12.	6 319,4	1 247,7	675,5	168,6	362,3	41,3	977,8	1 375,9	101,4	100,0	10 122,2
1949											
31. 1.	6 166,6	1 111,5	649,5	56,0	364,5	41,5	1 106,7	1 620,5	110,8	100,0	10 216,1
28. 2.	6 215,6	1 073,1	563,8	107,4	366,4	35,5	1 110,9	1 810,7	132,8	100,0	10 443,1
31. 3.	6 649,6	1 221,2	650,2	136,9	343,8	90,3	1 177,4	2 043,2	129,7	100,0	11 321,1
30. 4.	6 791,8	1 246,3	592,4	116,9	345,4	191,6	1 305,5	2 209,4	134,1	100,0	11 787,1
31. 5.	6 802,7	1 258,5	606,9	96,9	347,6	207,1	1 402,6	1 326,7	101,1	100,0	10 991,6
30. 6.	6 974,0	1 165,2	523,4	93,6	345,4	202,8	1 283,4	982,5	149,8	100,0	10 654,9
31. 7.	7 107,4	1 178,8	478,7	170,6	352,5	177,0	1 148,6	953,2	157,0	100,0	10 645,0
31. 8.	7 222,3	1 147,4	464,5	210,5	353,3	119,1	1 031,0	1 229,7	169,8	100,0	10 900,2
30. 9.	7 453,2	997,5	248,8	224,3	347,6	176,8	854,5	1 243,2	170,9	100,0	10 819,3
31. 10.	7 476,9	1 082,1	431,0	202,0	348,5	100,6	922,6	1 654,2	202,8	100,0	11 438,6
30. 11.	7 386,0	993,6	404,6	209,5	322,9	56,6	884,4	1 996,8	207,7	100,0	11 568,5
7. 12.	7 423,2	1 008,0	455,4	116,4	322,9	113,3	899,6	2 194,9	208,4	100,0	11 834,1
15. 12.	7 363,1	980,8	421,2	162,1	322,9	74,6	932,8	2 143,0	200,7	100,0	11 720,4
21. 12.	7 266,4	1 109,8	580,0	164,6	322,9	42,3	402,9	2 874,5	200,9	100,0	11 954,5
31. 12.	7 737,5	860,0	426,3	75,3	323,3	35,1	—	2 975,9	292,7	100,0	11 966,1
1950											
7. 1.	7 570,5	703,1	279,7	100,9	289,3	33,2	—	3 038,4	245,7	100,0	11 657,7

¹⁾ Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. ²⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Januar 1949. ³⁾ Erster Stichtag, für den ein Ausweis veröffentlicht wurde. ⁴⁾ Für die Militärregierungen verwaltet. ⁵⁾ Ab 31. 3. 1949 einschließlich der in Berlin ausgegebenen Banknoten und Scheidemünzen. ⁶⁾ Bis einschl. 30. 9. 1949 Einlagen von Dienststellen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

Zahlungsmittelumlauf
in Mill. DM

Stand am	Im Währungsgebiet ausgegebene Zahlungsmittel	Im Währungsgebiet und in Berlin ausgegebene Zahlungsmittel
1948		
7. 9.	4 897	5 256
15. 9.	5 053	5 400
23. 9.	5 004	5 342
30. 9.	5 358	5 656
7. 10.	5 524	5 832
15. 10.	5 560	5 854
23. 10.	5 444	5 759
31. 10.	5 885	6 192
6. 11.	5 931	6 230
15. 11.	5 829	6 145
23. 11.	5 648	5 957
30. 11.	6 018	6 339
7. 12.	6 090	6 406
15. 12.	5 984	6 314
23. 12.	6 029	6 362
31. 12.	6 319	6 641
1949		
7. 1.	6 240	6 556
15. 1.	6 029	6 357
23. 1.	5 829	6 148
31. 1.	6 167	6 508
7. 2.	6 176	6 510
15. 2.	5 959	6 284
23. 2.	5 777	6 119
28. 2.	6 216	6 583
7. 3.	6 251	6 612
15. 3.	6 005	6 378
23. 3.	5 770	6 133
31. 3.	6 187	6 649
7. 4.	6 203	6 683
15. 4.	6 098	6 570
23. 4.	5 792	6 256
30. 4.	6 333	6 791
7. 5.	6 256	6 712
15. 5.	6 110	6 577
23. 5.	5 877	6 332
31. 5.	6 362	6 803
7. 6.	6 463	6 893
15. 6.	6 200	6 632
23. 6.	6 004	6 418
30. 6.	6 553	6 974
7. 7.	6 576	6 999
15. 7.	6 409	6 828
23. 7.	6 179	6 586
31. 7.	6 688	7 107
7. 8.	6 674	7 113
15. 8.	6 520	6 947
23. 8.	6 278	6 693
31. 8.	6 815	7 222
7. 9.	6 844	7 279
15. 9.	6 740	7 177
23. 9.	6 541	6 967
30. 9.	7 029	7 453
7. 10.	7 002	7 417
15. 10.	6 794	7 198
23. 10.	6 524	6 947
31. 10.	7 060	7 477
7. 11.	6 966	7 405
15. 11.	6 731	7 159
23. 11.	6 386	6 801
30. 11.	6 978	7 386
7. 12.	7 018	7 423
15. 12.	6 943	7 363
21. 12.	6 852	7 266
31. 12.	7 330	7 738

Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher
in

Datum	Aktiva							
	Guthaben bei ausländischen Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handelsabkommen ²⁾	Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslands-geschäfts	Ausländische Zahlungsmittel ³⁾	Post-scheck-konto-Gut-haben	Wechsel und Schecks	Schatz-wechsel u. kurz-fristige Schatz-anwei-sungen	Lombardforderungen	
							insgesamt	darunter gegen Ausgleichsforde-rungen gegen die öffentliche Hand
	1	2	3	4	5	6	7	8
1948								
30. September	622,1	848,2	—	60,2	350,2	0,1	10,3	10,2
31. Oktober	763,6	1 014,3	—	66,7	778,0	0,6	59,7	59,5
30. November	843,0	1 214,6	0,0	29,5	1 231,6	0,1	95,2	83,6
31. Dezember	983,1	1 538,6	0,0	129,2	1 461,0	0,5	167,2	132,1
1949								
31. Januar	1 113,2	1 770,2	0,2	69,9	1 297,0	1,1	162,3	122,0
28. Februar	1 131,3	1 942,9	0,2	39,3	1 314,4	0,6	201,2	149,8
31. März	1 204,6	2 226,5	0,6	76,1	1 376,9	35,3	163,8	116,8
30. April	1 345,1	2 446,2	0,7	101,8	1 350,9	50,0	190,2	143,3
31. Mai	1 448,4	1 774,1	0,9	47,7	1 137,4	50,6	183,9	159,8
30. Juni	1 335,8	1 521,4	1,7	28,3	1 026,0	101,6	145,2	129,2
31. Juli	1 221,7	1 380,3	2,5	29,5	1 197,2	106,9	182,7	158,9
31. August	1 123,1	1 440,7	3,6	29,7	1 553,9	149,2	175,0	152,2
30. September	990,1	1 057,6	4,4	33,9	1 831,8	160,9	173,0	131,9
31. Oktober	1 070,3	1 120,3	6,7	29,2	2 440,4	164,8	232,7	194,5
30. November	986,6	1 045,9	8,7	33,9	2 929,7	139,7	369,4	286,6
31. Dezember	833,9	755,2	11,7	33,4	3 225,7	233,7	357,6	302,3

Datum	Passiva									
	Zahlungsmittel-umlauf ⁴⁾	Einlagen								
		insgesamt (Spalte 21, 22, 27 u. 28)	Kredit-institute (einschl. Postscheck-u. Postspar-kassen-ämter)	von Spalte 20 entfallen auf Einlagen der sonstigen Körperschaften						sonstigen in-ländischen Einleger ⁷⁾
				insgesamt	davon					
					Besatzungs-mächte	Bund und Länder ⁵⁾	Gemeinden und Gemeinde-verbände	sonstige öffent-liche Körper-schaften		
19	20	21	22	23	24	25	26	27		
1948										
30. September	5 358,1	3 261,3	1 325,4	1 676,4	579,2	465,7	28,8	602,7	256,2	
31. Oktober	5 885,3	2 846,3	1 037,0	1 585,4	479,9	438,9	60,3	606,3	221,5	
30. November	6 017,5	3 313,3	1 492,7	1 572,4	492,5	374,1	86,3	619,5	245,8	
31. Dezember	6 319,4	3 132,3	1 572,5	1 335,1	455,3	452,7	86,0	341,1	222,1	
1949										
31. Januar	6 166,6	3 118,2	1 474,5	1 413,3	489,7	623,0	62,5	238,1	227,6	
28. Februar	6 215,6	3 063,1	1 348,4	1 484,2	527,1	593,9	55,0	308,2	227,9	
31. März	6 649,6	3 193,7	1 471,2	1 498,9	566,3	647,5	53,6	231,5	220,3	
30. April	6 791,8	3 372,9	1 485,6	1 500,4	563,7	697,6	48,3	190,8	383,6	
31. Mai	6 802,7	3 286,9	1 486,1	1 432,0	575,9	630,2	52,2	173,7	364,1	
30. Juni	6 974,0	2 955,3	1 300,9	1 293,8	592,2	503,9	50,1	147,6	356,5	
31. Juli	7 107,4	2 846,9	1 141,4	1 368,6	626,0	449,5	53,9	239,2	331,4	
31. August	7 222,3	2 749,6	1 198,5	1 312,6	650,4	357,1	46,4	258,7	234,9	
30. September	7 453,2	2 409,7	1 016,5	1 090,7	485,5	135,4 ⁶⁾	49,3	420,5 ⁶⁾	298,5	
31. Oktober	7 476,9	2 745,4	1 175,2	1 247,2	503,4	278,9	45,4	419,5	317,7	
30. November	7 386,0	2 688,5	1 041,2	1 246,7	482,4	227,7	10,8 ⁶⁾	525,8	395,4	
31. Dezember	7 737,5	2 480,2	1 268,5	1 000,5	462,2	173,0	11,4	353,9	204,3	

4) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen. der Bank deutscher Länder", Januar 1949. ²⁾ Für die Militärregierung verwaltet. ³⁾ Bis 28. 2. 1949 nur Ausgleichsforderungen; und Scheidemünzen. ⁵⁾ Bis 31. 8. 1949 Einlagen von „Staatskassen“, von denen ein Teil ab 30. 9. 1949 in Spalte 26 einbezogen Einlagen außerhalb des Währungsgebietes. ⁶⁾ Die Verminderung gegenüber den Vormonaten ist hauptsächlich auf die Umbuchung

Länder und der Landeszentralbanken ¹⁾⁺⁾

Mill. DM

Aktiva									
Kassenvorschüsse				Wertpapiere		Be- teiligungen an der BdL	Forde- rungen gegen die öffentliche Hand	Interims- forderung. gegen die Geld- institute aus der Erstaus- stattung mit neuem Geld	Sonstige Aktiva
insgesamt	davon an			insgesamt	darunter angekaufte Ausgleichs- forderungen gegen die öffentliche Hand				
	Militär- regie- rung	Länder	sonstige öffentl. Körper- schaften						
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
35,3	1,0	27,5	6,8	11,4	11,4	100,0	7 833,7	526,5	372,6
27,8	1,0	16,7	10,1	32,8	32,5	100,0	7 778,4	211,1	219,0
93,6	0,8	37,0	55,8	36,5	36,5	100,0	7 687,1	190,5	207,6
98,5	0,7	34,6	63,2	38,3	38,2	100,0	7 520,7	143,0	306,0
67,8	0,5	6,9	60,4	39,6	39,5	100,0	7 592,0	105,5	295,7
48,3	0,4	22,3	25,6	43,5	43,4	100,0	7 672,1	106,5	273,7
117,4	0,4	38,4	78,6	44,3	44,2	100,0	8 295,2 ³⁾	74,0	78,1
270,3	0,4	42,5	227,4	47,6	47,6	100,0	8 301,7	57,1	90,2
242,4	0,5	54,2	187,7	49,9	49,8	100,0	8 310,2	39,9	104,2
286,6	0,5	78,2	207,9	60,3	60,2	100,0	8 240,5	33,6	109,3
192,3	0,4	52,4	139,5	69,3	69,2	100,0	8 174,9	20,8	279,8
74,7	0,4	68,0	6,3	89,0	88,9	100,0	8 134,3	12,5	336,7
61,1	0,4	57,4	3,3	100,1	100,0	100,0	8 085,3	9,5	345,9
46,3	0,4	45,6	0,3	104,9	104,8	100,0	8 096,6	8,1	204,0
49,3	0,4	47,6	1,3	129,6	129,5	100,0	7 898,9	6,7	219,1
148,3	0,3	86,5	61,5	228,4	228,1	100,0	8 129,7	—	230,8

Passiva							Bilanzsumme
Einlagen	Verpflich- tungen in Devisen gegen JEIA	Sonstige Konten zur Ab- wicklung des Auslands- geschäfts	Grund- kapital der BdL und der LZB	Rück- stellun- gen	Schwebende Ver- rechnungen innerhalb des Zentral- bank- systems	Sonstige Passiva	
aus- ländischen Einleger ⁸⁾							
28	29	30	31	32	33	34	35
3,3	621,7	969,7	370,0	0,6	99,5	89,7	10 770,6
2,4	759,6	958,2	370,0	9,5	186,4	36,7	11 052,0
2,4	839,6	1 061,1	370,0	6,5	77,4	43,9	11 729,3
2,6	977,8	1 375,9	370,0	6,5	135,3	168,9	12 486,1
2,8	1 106,7	1 620,5	370,0	6,5	37,0	189,0	12 614,5
2,6	1 110,8	1 810,7	370,0	6,5	81,6	215,7	12 874,0
3,3	1 177,4	2 043,2	370,0	6,5	137,0	215,4	13 792,8
3,3	1 305,5	2 209,4	370,0	6,5	78,4	217,3	14 351,8
4,7	1 402,6	1 326,6	370,0	6,5	90,1	204,2	13 489,6
4,1	1 283,4	982,5	370,0	6,5	140,2	278,4	12 990,3
5,5	1 148,6	953,2	370,0	11,5	84,2	436,1	12 957,9
3,6	1 031,0	1 229,7	385,0	12,4	108,9	483,5	13 222,4
4,0	854,5	1 243,2	385,0	14,0	104,7	489,3	12 953,6
5,3	922,6	1 654,2	385,0	14,1	101,6	324,5	13 624,3
5,2	884,4	1 996,8	385,0	14,5	220,3	342,0	13 917,5
6,9	—	2 975,9	385,0	35,0	208,7	466,1	14 288,4

¹⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in „Monatsberichte ab 31. 3. 1949 einschließlich Schuldverschreibungen. ⁴⁾ Ab 31. 3. 1949 einschließlich der in Berlin ausgegebenen Banknoten ist. ⁵⁾ Vgl. Anm. 5. ⁷⁾ Bis einschließlich 30. 6. 1949 Einlagen innerhalb des Währungsgebietes. ⁸⁾ Bis einschließlich 30. 6. 1949 von Einlagen der Gemeinden in solche der Länder bei den Landeszentralbanken Bremen und Hamburg zurückzuführen.

Monatsausweise der Landeszentralbanken

in

	Bayern	Hessen	Württemberg-Baden	Bremen	Nordrhein-Westfalen
Aktiva:					
Guthaben bei der BdL	29,5	23,7	23,8	23,0	77,8
Postscheckguthaben	0,9	0,0	0,0	—	0,3
Wechsel und Schecks	0,9	0,4	12,3	49,4	269,5
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen	101,1	27,8	—	2,0	60,3
Wertpapiere	—	—	—	—	—
Ausgleichsforderungen	518,9	237,9	275,3	44,5	482,4
davon: aus der eigenen Umstellung	(408,1)	(227,0)	(254,9)	(40,8)	(454,9)
angekaufte	(110,8)	(10,9)	(20,4)	(3,7)	(27,5)
Lombardforderungen	87,1	74,4	25,1	3,3	34,7
darunter gegen Ausgleichsforderungen	(82,4)	(53,9)	(21,9)	(0,3)	(32,5)
Kassenkredite	—	32,0	4,9	—	—
davon an Landesregierung	(—)	(32,0)	(4,9)	(—)	(—)
sonstige öffentliche Stellen	(—)	(0,0)	(—)	(—)	(—)
Beteiligung an der BdL	17,5	8,5	9,0	3,0	28,0
Sonstige Vermögenswerte	9,3	18,9	5,0	3,8	45,8
Interimsforderungen aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—
Summe der Aktiva	765,2	423,6	355,4	129,0	998,8
Passiva:					
Grundkapital	50,0	30,0	30,0	10,0	65,0
Rücklagen und Rückstellungen	17,6	—	2,1	0,1	7,0
Einlagen	245,7	188,6	198,2	110,8	648,5
davon: Kreditinstitute innerhalb des Landes (einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter)	(187,6)	(104,6)	(131,1)	(38,1)	(374,9)
Kreditinstitute in anderen deutschen Ländern	(1,3)	(5,1)	(1,9)	(0,8)	(0,5)
öffentliche Verwaltungen	(25,8)	(15,6)	(43,4)	(49,1)	(157,4)
Dienststellen der Besatzungsmächte	(7,8)	(48,3)	(2,2)	(0,4)	(25,9)
sonstige inländische Einleger	(11,5)	(12,0)	(15,9)	(21,5)	(81,3)
ausländische Einleger	(0,0)	(1,9)	(0,0)	(—)	(0,0)
zwischen den Niederlassungen der LZB unterwegs befindliche Giroübertragungen	(11,7)	(1,1)	(3,7)	(0,9)	(8,5)
Lombardverpflichtungen gegenüber der BdL	429,8	195,0	108,1	—	226,3
Sonstige Verbindlichkeiten	22,1	10,0	17,0	8,1	52,0
Interimsverbindlichkeiten aus der Neuordnung des Geldwesens	—	—	—	—	—
Summe der Passiva	765,2	423,6	355,4	129,0	998,8
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	583,1	289,2	313,1	26,1	458,9
darunter Auslandswechsel	(0,5)	(0,4)	(2,0)	(—)	(1,8)

*Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen

nach dem Stand vom 31. Dezember 1949^{*)}

Mill. DM

Nieder- sachsen	Schleswig- Holstein	Hamburg	Rheinland- Pfalz	Baden	Württemberg- Hohenzollern	Insgesamt		
						31. Dezember 1949	30. November 1949	31. Oktober 1949
18,9	6,2	26,3	17,2	10,3	5,6	262,3	245,4	359,7
0,2	0,0	0,1	0,2	0,0	0,0	1,7	1,8	1,6
29,3	0,0	26,5	5,5	4,8	6,5	405,1	424,6	336,9
1,0	—	27,0	6,2	5,3	3,0	233,7	139,7	164,8
—	—	—	0,3	—	—	0,3	0,1	0,1
296,7	126,7	216,5	145,1	78,7	59,4	2 482,1	2 269,0	2 207,5
(289,6)	(115,7)	(193,2)	(133,8)	(77,3)	(58,8)	(2 254,1)	(2 139,6)	(2 102,8)
(7,1)	(11,0)	(23,3)	(11,3)	(1,4)	(0,6)	(228,0)	(129,4)	(104,7)
28,9	18,9	33,2	39,0	4,7	8,3	357,6	369,3	232,8
(26,5)	(18,2)	(14,7)	(39,0)	(4,7)	(8,3)	(302,4)	(286,7)	(194,5)
—	7,6	—	25,9	16,0	1,0	87,4	47,6	44,3
(—)	(7,6)	(—)	(25,7)	(12,7)	(1,0)	(83,9)	(45,9)	(43,6)
(—)	(—)	(—)	(0,2)	(3,3)	(—)	(3,5)	(1,7)	(0,7)
11,5	4,5	8,0	5,5	2,5	2,0	100,0	100,0	100,0
3,9	12,8	3,9	8,0	4,6	2,3	118,3	127,9	118,5
—	—	—	—	—	—	—	19,7	21,1
390,4	176,7	341,5	252,9	126,9	88,1	4 048,5	3 745,1	3 587,3
40,0	10,0	10,0	20,0	10,0	10,0	285,0	285,0	285,0
—	—	6,8	1,0	0,5	—	35,1	14,4	14,1
157,1	51,8	219,3	142,9	80,6	47,4	2 090,9	2 160,6	2 124,6
(106,1)	(30,2)	(111,4)	(70,3)	(32,5)	(31,2)	(1 218,0)	(962,6)	(1 043,6)
(1,3)	(3,3)	(4,2)	(0,4)	(0,3)	(0,4)	(19,5)	(29,9)	(25,3)
(27,5)	(14,1)	(61,0)	(42,6)	(20,0)	(6,5)	(463,0)	(554,6)	(558,3)
(0,4)	(0,1)	(21,4)	(11,4)	(14,8)	(6,0)	(138,7)	(159,8)	(154,8)
(14,1)	(3,1)	(19,1)	(9,9)	(9,5)	(2,2)	(200,1)	(387,5)	(306,9)
(1,1)	(0,0)	(2,2)	(1,5)	(0,2)	0,0	(6,9)	(5,1)	(5,3)
(6,6)	(1,0)	(—)	(6,8)	(3,3)	(1,1)	(44,7)	(61,1)	(30,4)
179,5	99,4	89,6	79,1	31,4	25,7	1 463,9	1 145,0	1 035,5
13,8	15,5	15,8	9,9	4,4	5,0	173,6	134,5	121,7
—	—	—	—	—	—	—	5,6	6,4
390,4	176,7	341,5	252,9	126,9	88,1	4 048,5	3 745,1	3 587,3
246,6	143,0	516,6	168,5	45,7	25,9	2 816,7	2 508,4	2 103,6
(0,3)	(—)	(0,3)	(0,2)	(—)	(0,1)	(5,6)	(3,4)	(0,5)

II. Bankstatistische Erhebungen der Bank deutscher

Bilanzzahlen:

Monatliche Bankenstatistik für
Gesamterhebung der Bank deutscher
in

Aktiva

Stand am Monatsende	Zahl der berichtenden Institute ²⁾	Barreserve ⁸⁾		Nostroguthaben ⁴⁾ <small>19)</small>		sonstige Bankguthaben ⁶⁾	Währungsguthaben bei der BdL f. gestellte Akkreditive	Wechsel (ohne die im Eigenbesitz befindl. eigenen Akzepte)					Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen ⁷⁾	eigene Ausgleichsforderungen gegen die öffentlichen Hand ⁶⁾
		insgesamt	darunter LZB-Guthaben	insgesamt	darunter Postscheck-Guthaben			insgesamt	davon					
									Handelswechsel ¹⁰⁾	fremde Bankakzepte	sonstige Wechsel			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1948														
Juli	4208	1 751,2	1 517,0	1 073,9	52,2
August	3738	1 705,1	1 412,5	1 190,6	64,9
Sept.	3592	1 558,1	1 266,9	1 219,0	61,9
Okt.	3581	1 241,0	963,7	1 010,1	61,7	.	.	1 371,7
Nov.	3581	1 621,5	1 334,8	1 193,9	60,7	.	.	1 120,8	875,7	138,0	.	107,1	.	4 102,0
Dez.	3579	1 837,5	1 572,2	1 060,8	93,6	.	.	1 223,6	1 015,9	113,2	.	94,5	.	4 344,9
1949														
Januar	3583	1 586,6	1 322,8	1 256,4	56,2	.	.	1 257,7	1 139,8	63,0	.	54,9	13,4	4 478,2
Februar	3583	1 488,2	1 235,0	1 361,8	57,4	.	.	1 369,8	1 243,0	75,2	.	51,6	13,7	4 571,8
März	3581	1 610,5	1 354,8	1 394,4	52,2	.	.	1 415,0	1 277,8	86,2	.	51,0	20,4	4 662,7
April	3580	1 653,9	1 397,0	1 413,8	50,7	.	.	1 475,5	1 348,7	75,8	.	51,0	17,5	4 736,2
Mai	3576	1 611,0	1 343,0	1 691,4	49,0	.	.	1 686,1	1 522,6	112,6	.	50,9	15,1	4 812,9
Juni	3576	1 415,2	1 149,6	1 631,1	53,4	51,6	.	1 868,3	1 609,3	162,2	96,8	60,4	62,9	5 121,0
Juli	3574	1 255,1	983,5	1 566,1	48,9	60,1	.	1 918,0	1 593,3	224,1	100,6	60,8	73,2	5 121,2
August	3580 ¹⁵⁾	1 310,2	1 031,0	1 609,1 ¹⁸⁾	47,3	66,4	155,1	1 911,0	1 589,6	215,0	106,4	67,0	134,9	5 106,3
Sept.	3583	1 137,7	871,8	1 678,9	44,7	75,8	259,7	1 909,8	1 614,7	188,8	106,3	63,0	117,7	5 203,7
Okt.	3584	1 267,1	976,2	1 474,6	47,2	77,8	410,7	1 674,3	1 395,4	179,2	99,7	60,7	128,6	5 377,4
Nov.	3584	1 228,8	920,8	1 401,5	46,5	192,5	505,5	1 538,8	1 297,9	147,7	93,2	60,5	186,6	5 425,5

Passiva

Stand am Monatsende	Einlagen												seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	
	auf Anlagekonto	auf Festkonto	auf Freikonto		von Spalte 33 entfallen auf									Spar-einlagen
			mit Einlagen von Geldinstituten	ohne Einlagen von Geldinstituten	Einlagen v. Geldinst.		Einlagen d. öff. Hand		sonstige Gläubiger		Spar-einlagen			
					insgesamt	Währsguthaben für gestellte Akkreditive	insgesamt	darunter Termineinlagen	insgesamt	Währsguthaben für gestellte Akkreditive		insgesamt		
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
1948														
Juli	---	1 533,2	5 199,6	4 001,2	1 198,4	.	73,4	1 106,6	21,8	2 582,0	.	62,7	312,6	.
August	---	2 363,5	6 892,9	5 509,7	1 383,2	.	112,2	1 215,9	101,5	3 607,1	.	91,0	686,7	.
Sept.	.	2 849,4	7 972,9	6 662,2	1 310,7	.	136,0	1 362,1	231,1	4 342,2	.	134,4	957,9	.
Okt.	.	1 747,1	8 656,4	7 475,8	1 180,6	.	144,6	1 560,5	350,0	4 763,2	.	179,9	1 152,1	.
Nov.	208,1	725,5	9 748,9	8 453,1	1 295,8	.	152,4	1 929,2	465,9	5 170,1	.	225,8	1 353,8	.
Dez.	309,7	440,6	10 387,5	9 094,2	1 293,3	.	169,6	2 035,9	584,9	5 459,4	.	260,8	1 598,9	.
1949														
Januar	341,2	325,7	10 706,8	9 416,5	1 290,3	.	209,4	2 234,6	762,8	5 414,5	.	287,6	1 767,4	.
Februar	368,1	238,4	11 217,5	9 895,1	1 322,4	.	251,9	2 377,8	880,7	5 591,6	.	357,4	1 925,7	.
März	391,4	158,3	11 767,2	10 328,6	1 438,6	.	296,0	2 380,0	927,5	5 851,6	.	429,3	2 097,0	.
April	404,6	114,7	12 236,7	10 768,8	1 467,9	.	352,1	2 584,2	1 004,1	5 969,0	.	473,7	2 215,6	.
Mai	415,7	73,3	12 909,9	11 235,1	1 674,8	.	423,6	2 631,8	1 048,8	6 240,8	.	583,6	2 362,5	.
Juni	399,7	50,5	13 212,7	11 501,8	1 710,9	.	426,3	2 542,1	1 105,6	6 490,5	.	669,2	2 469,2	27,9
Juli	366,7	40,3	13 246,8	11 646,3	1 600,5	.	455,8	2 587,7	1 214,7	6 474,2	.	687,4	2 584,4	15,7
August	361,3	34,0	13 730,7	12 064,4	1 666,3	9,5	401,0	2 684,7	1 227,3	6 695,1	145,6	712,3	2 684,6	15,5
Sept.	356,6	27,4	13 985,1	12 331,1	1 654,0	10,0	369,8	2 636,5	1 211,9	6 943,3	249,7	724,6	2 751,3	17,9
Okt.	347,7	22,9	14 236,5	12 796,9	1 439,6	13,5	379,6	2 675,8	1 244,8	7 300,0	407,5	764,9	2 821,1	19,0
Nov.	339,1	19,8	14 294,3	12 921,8	1 372,5	16,6	353,0	2 786,3	1 343,3	7 234,0	487,9	697,2	2 901,5	22,0

¹⁾ Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ²⁾ Ohne Bank deutscher ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ³⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anberichtenden Geldinstitute. ⁴⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. ⁵⁾ Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität Wechsels enthalten. ⁶⁾ Bis einschließlich Mai 1949 sind nur Schatzwechsel erfaßt. ⁷⁾ Bis einschließlich Mai 1949 Betrag der im „Monatlichen Bericht abzüglich der verkauften eigenen Ausgleichsforderungen. ⁸⁾ Die in der wöchentlichen Bankenstatistik ab Juli 1949 einbezogenen Valutaforderungen Rentenschulden, Kommunalanleihen, die ab Juni 1949 in den Spalten 25—28 erscheinen. ⁹⁾ Sonstige im In- und Ausland aufgenommene Gelder und teten Umstellungsgrundschulden bedingt. ¹⁰⁾ Ab August 1949 sind die Zahlen der Spalte 7 ausgegliedert. ¹¹⁾ Aus der Differenz der Spalten 56 und 57 Änderung z. T. beeinflusst durch Neuaufnahme mehrerer Spezialinstitute (z. B. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Landwirtschaftliche Rentenbank usw.)

Länder und der Landeszentralbanken

Gesamtübersicht

das westdeutsche Währungsgebiet*) 1)

Länder und der Landeszentralbanken

Mill. DM

Aktiva

Forderungen aus Report- u. Lombardgeschäften		Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelag. Waren		Schuldner ⁹⁾						Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden		Kommunal-darlehen		durchlaufende Kredite - nur Treuhandgesch.		Stand am Monatsende
				Nichtbankenkundsch.			Geldinstitute									
				kurzfr. Ford. ⁹⁾		mittel- und langfristige Forderungen	kurzfr. Ford. ⁹⁾		mittel- und langfristige Forderungen							
insgesamt	darunter Valuta-forderungen aus der RM-Zeit	insgesamt	darunter Valuta-forderungen aus der RM-Zeit													
insgesamt	darunter Lomb.-ford. gegen börsen-gängige Wert-papiere	insgesamt	darunter Rem-bours-kredite	insgesamt	darunter Valuta-forderungen aus der RM-Zeit	mittel- und langfristige Forderungen	insgesamt	darunter Valuta-forderungen aus der RM-Zeit	mittel- und langfristige Forderungen	insgesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 gewährte)	insgesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 gewährte)	insgesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 gewährte)	
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
				165,0			15,8									1948
				826,5			78,8									Juli
				1 449,2			133,2									August
				1 979,3			212,0									Sept.
				2 345,2		239,1 ¹⁰⁾	284,2		36,6							Okt.
				2 466,7		473,3 ¹⁰⁾	340,7		42,9							Nov.
																Dez.
				2 743,4		614,6 ¹⁰⁾	367,7		55,7							1949
				3 062,8		646,0 ¹⁰⁾	366,5		59,9							Januar
				3 206,4		705,3 ¹⁰⁾	379,6		69,5							Februar
				3 464,2		744,4 ¹⁰⁾	446,1		71,9							März
				3 636,4		790,4 ¹⁰⁾	431,9		88,6							April
40,9	0,9	125,0	5,0	3 928,4		217,7	472,9		70,2	685,8	147,5	114,6	22,9			Mai
20,3	1,0	114,3	0,6	4 290,1 ⁹⁾		268,7	503,4 ⁹⁾		70,4	720,7	187,0	128,2	35,0	381,0		Juni
5,6	0,8	147,9	1,0	4 918,6	266,5	569,9 ¹²⁾	525,4	14,4	96,0 ¹⁵⁾	765,1	230,9	136,0	40,8	341,2 ¹²⁾		Juli
4,7	0,8	144,7	0,6	5 289,9	267,3	635,3	492,9	15,1	141,0	820,1	289,4	142,5	48,0	284,6		August
6,1	0,7	199,1	—	5 913,0	268,8	787,3	619,9	15,3	148,8	889,6	361,7	149,6	58,3	243,6	268,8	Sept.
5,7	0,6	230,2	—	6 385,7	271,3	866,7	670,8	14,5	180,2	956,9	407,3	163,4	72,8	382,0	303,7	Okt.
																Nov.

Passiva

Nostroverpflichtungen ¹¹⁾				eigene Akzepte im Umlauf	Anleihen		Herkunft der Darlehen und längerfristig aufgenommenen Gelder (Spalten 51 u. 48)			durchlaufende Kredite - nur Treuhand-geschäfte	Eigenkapital		Verbindl. aus Bürgschaft-, Wechsel- u. Scheck-bürgschaft-, Gewähr-leistungs-verträgen	Indossam. Verb.		Betrag der verkauften eigenen Ausgleichs-forderungen	Stand am Monatsende	
darunter					gegen Schuld-verschreibungen	sonstige Darlehen	Geld-institute	öffentliche Stellen	sonstige		insgesamt ¹⁴⁾	darunt. gemäß Wäh-rungs-gesetz (36. DVO z. UG: 14)		eig. Zieh-un-gen im Umlauf	insgesamt			darunter weiter-begebene fremde Bank-akzepte
insgesamt	Valuta-verpfl. aus der RM-Zeit	Nostro-verpflicht. aus Lombardierung von Aus-gleichs-forderungen	für länger als 6 Mon. herein-genommene Gelder und Kredite															
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	
83,5																		1948
148,5																		Juli
199,3																		August
264,4				411,7														Sept.
432,6		86,4		459,7														Okt.
529,9		150,2		532,9									74,1		1 422,3	84,1		Nov.
													69,3		1 530,8	98,3		Dez.
643,0		141,2		517,3									33,5		1 350,9	96,1	25,2	1949
699,0		173,9		594,2									29,7		1 333,4	117,9	30,6	Januar
674,2		144,0		641,3									35,8		1 368,4	103,0	30,8	Februar
790,6		188,2		651,2									39,4		1 365,8	97,6	33,7	März
811,2		191,1		634,2									44,8		1 288,0	85,4	35,0	April
768,7		179,8	46,2	661,8	726,4	200,9					313,2	54,9	403,4	1 138,7	75,9	43,6	Mai	
891,0		224,8	44,2	810,2	753,2	250,0				406,3	339,6	62,2	437,2	1 291,9	68,9	67,3	Juni	
1 407,7 ¹¹⁾	269,0	219,9	296,5 ¹⁵⁾	1 000,1 ¹⁵⁾	775,0	331,2 ¹⁵⁾				270,6 ¹²⁾	492,8 ¹⁵⁾	347,7	69,3	662,3 ¹⁵⁾	1 426,4 ¹⁵⁾	99,1	75,3	August
1 489,3	282,2	183,3	406,4	1 191,9	807,0	389,1				302,3	681,4	534,4	71,1	878,1	1 518,3	133,8	82,4	Sept.
1 335,6 ¹⁶⁾	288,1	261,2	70,1 ¹⁶⁾	1 498,4	1 085,1 ¹⁷⁾	521,9	128,4	333,7	129,9	356,4	836,8	509,6	85,2	1 140,1	1 832,1	173,5	88,9	Okt.
1 601,0	295,7	358,9	157,2	1 781,1	1 108,6	587,6	230,4	383,5	130,9	418,5	857,5	540,7	101,2	1 128,6	1 952,9	226,9	108,7	Nov.

Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug, deren Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu gegen Geldinstitute. ⁵⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. ⁶⁾ Bis einschließlich Mai 1949 sind noch geringfügige Beträge an sonstigen über die Umstellungsrechnung ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen; ab Juni 1949 geschätzter Gesamtbetrag der Ausgleichsforderungen aus der RM-Zeit sind in der monatlichen Bankenstatistik erst ab August 1949 aufgenommen. ¹⁰⁾ Bis Mai 1949 einschließlich Hypotheken-, Grund- und Kredite; ab August 1949 sind Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit einbezogen. ¹²⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder verwaltet ergibt sich die Höhe des DM-Eigenkapitals der neu gegründeten Institute und des von einzelnen Instituten bereits neu gebildeten Eigenkapitals. ¹⁵⁾ Ver-
¹⁶⁾ Rückgang z. T. bedingt durch Umwandlung in Schuldverschreibungen. ¹⁷⁾ Siehe Anmerkung ¹⁸⁾.

Bilanzzahlen:

Monatliche Bankenstatistik für
Gesamterhebung der Bank deutscher
in

Aktiva

Stand am Mo- nats- ende 1949	Zahl der ber- ich- tenden Insti- tute ²⁾	Barreserve ³⁾		Nostroguthaben ⁴⁾ ₈₎		sonstige Bank- guthaben ⁶⁾	Währungs- guthaben bei der BdL für gestellte Akkre- ditive	Wechsel (ohne die im Eigenbesitz befindl. eigenen Akzepte)					Schatz- wechsel und unver- zinsliche Scharzan- weisungen	eigene Aus- gleichs- forde- rungen gegen die öffentliche Hand ⁶⁾
		ins- gesamt	darunter LZB-Gut- haben	ins- gesamt	darunter Post- scheck- guthaben			ins- gesamt	davon			darunter Debi- toren- ziehun- gen		
									Handels- wechsel	fremde Bank- akzepte	sonstige Wechsel			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	

Währungsgebiet

Juli	3574	1 255,1	983,5	1 566,1	48,9	60,1	.	1 918,0	1 593,3	224,1	100,6	60,8	73,2	5 121,2
Aug.	3580 ⁹⁾	1 310,2	1 031,0	1 609,1 ⁹⁾	47,3	66,4	155,1	1 911,0	1 589,6	215,0	106,4	67,0	134,9	5 106,3
Sept.	3583	1 137,7	871,8	1 678,9	44,7	75,8	259,7	1 909,8	1 614,7	188,8	106,3	63,0	117,7	5 203,7
Okt.	3584	1 267,1	976,2	1 474,6	47,2	77,8	410,7	1 674,3	1 395,4	179,2	99,7	60,7	128,6	5 377,4
Nov.	3584	1 228,8	920,8	1 401,5	46,5	102,5	505,5	1 538,8	1 297,9	147,7	93,2	60,5	186,6	5 425,5

Bayern¹¹⁾

Juli	577	165,3	117,9	145,3	8,4	2,8	.	167,3	129,1	16,7	21,5	10,5	—	955,2
Aug.	577	189,2	137,3	157,4 ⁸⁾	7,1	3,1	6,3	155,9	119,2	13,4	23,3	15,8	0,1	945,5
Sept.	577	154,4	105,2	175,3	6,7	2,3	11,8	152,7	119,7	11,3	21,7	14,9	—	953,7
Okt.	577	153,7	101,4	118,3	7,0	1,2	21,1	141,5	111,3	8,5	21,7	18,0	—	1 011,6
Nov.	577	154,6	93,7	123,7	8,2	4,3	28,6	141,1	102,1	17,1	21,9	17,0	0,8	1 003,4

Hessen¹¹⁾

Juli	305	92,8	72,1	177,3	4,0	2,4	.	159,6	113,7	31,7	14,2	12,2	1,4	430,2
Aug.	306	97,6	75,1	170,3 ⁸⁾	4,8	1,1	10,0	151,7	113,6	24,6	13,5	11,3	6,0	431,4
Sept.	308	76,0	55,1	191,2	4,0	1,0	18,3	144,2	116,4	18,0	9,8	7,6	4,9	444,6
Okt.	308	78,6	54,1	165,2	5,8	1,7	33,2	148,7	118,2	21,2	9,3	7,2	6,0	451,2
Nov.	308	83,4	60,5	160,2	5,3	12,3	39,2	131,8	104,5	18,1	9,2	7,2	6,1	467,3

Württemberg-Baden¹¹⁾

Juli	363	134,8	109,9	282,7	4,0	6,5	.	234,9	184,4	41,7	8,8	6,5	0,2	577,1
Aug.	363	135,2	109,3	285,4 ⁸⁾	5,2	4,1	13,8	226,3	181,0	37,1	8,2	6,4	0,9	576,7
Sept.	363	97,1	71,2	310,3	5,3	14,1	15,9	212,2	177,7	25,7	8,8	6,9	0,9	579,4
Okt.	363	116,3	89,0	240,4	4,0	4,7	26,0	176,8	144,3	25,8	6,7	5,4	2,8	589,9
Nov.	363	116,3	88,1	261,6	5,3	10,6	29,9	162,1	140,2	14,0	7,9	6,7	5,1	587,6

Bremen

Juli	28	55,3	49,1	48,4	1,5	0,0	.	37,3	31,6	3,8	1,9	0,0	2,0	66,1
Aug.	28	56,0	50,1	55,1 ⁸⁾	1,1	0,0	21,0	42,7	37,3	3,6	1,8	0,0	2,0	68,3
Sept.	28	49,0	42,9	36,5	1,4	0,0	30,1	45,8	38,4	6,3	1,1	0,1	2,0	71,2
Okt.	28	39,7	33,5	40,8	1,2	0,0	48,6	29,7	26,0	3,5	0,2	0,0	2,0	76,8
Nov.	28	35,2	27,9	28,4	1,2	10,6	59,0	33,2	30,3	2,7	0,2	0,0	3,0	80,1

Nordrhein-Westfalen¹¹⁾

Juli	835	364,2	292,5	440,0	14,9	35,0	.	888,5	762,9	102,0	23,6	8,0	50,0	1 126,9
Aug.	836	391,7	320,7	471,9 ⁸⁾	14,3	44,2	26,6	887,1	759,2	100,8	27,1	8,0	105,5	1 129,5
Sept.	837	349,3	281,8	514,6	12,6	40,7	43,2	937,5	799,0	105,7	32,8	8,3	96,1	1 143,3
Okt.	837	363,6	287,4	487,0	13,5	45,7	62,9	813,2	676,3	102,4	34,5	9,2	101,9	1 210,2
Nov.	837	351,8	272,4	414,9	12,8	73,8	66,2	707,6	603,4	76,4	27,8	9,6	152,7	1 241,4

Niedersachsen¹¹⁾

Juli	613	108,5	76,6	100,7	4,0	2,6	.	116,0	101,3	4,8	9,9	8,0	0,1	653,2
Aug.	613	113,0	80,0	105,0 ⁸⁾	5,4	1,1	2,4	116,7	101,5	4,2	11,0	9,2	1,1	644,3
Sept.	613	90,5	58,7	129,6	4,4	0,9	5,0	124,0	105,6	7,3	11,1	9,2	1,1	684,6
Okt.	613	112,1	77,1	115,3	6,0	0,4	9,0	101,4	86,8	5,1	9,5	7,9	2,0	683,8
Nov.	613	113,9	78,3	151,3	5,2	1,6	9,4	115,6	100,8	6,3	8,5	6,7	2,5	682,9

¹⁾ Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ²⁾ Ohne Bank betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ³⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Bereich neu berichtender Geldinstitute. ⁴⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. ⁵⁾ Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität kaufen eigenen Ausgleichsforderungen. ⁶⁾ Die in der wöchentlichen Bankenstatistik ab Juli 1949 einbezogenen Valutaforderungen aus der RM-Zeit rung z. T. beeinflusst durch Neuaufnahme mehrerer Spezialinstitute (z. B. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Landwirtschaftliche Rentenbank usw.). ¹⁰⁾ Ab- der Postscheckämter — im Gegensatz zu den früheren Zahlenreihen — nicht mehr in den Länderergebnissen enthalten, sondern bei den ländermäßig nicht

nach Ländern

das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾

Länder und der Landeszentralbanken

Mill. DM

Aktiva

Forderungen aus Report- u. Lomb.-geschäften		Vorschüsse a. verfrachtete o. eingelagerte Waren		Schuldner ⁷⁾						Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden		Kommunal-darlehen		durchlauf. Kredite - nur Treuhand-geschäfte -		Stand am Monatsende 1949
insgesamt	darunter Lomb.-ford. gegen börsengängige Wertpapiere	insgesamt	darunter Rem-bours-kredite	Nichtbankenkundschaft			Geldinstitute			insgesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 gewährte)	insgesamt	darunter neue (nach dem 20. 6. 48 gewährte)	insgesamt	darunt. neue (nach dem 20. 6. 1948 gewährte)	
				kurzfrist. Forder. ⁷⁾		mittel- und langfrist. Forderung.	kurzfrist. Forder. ⁷⁾		mittel- und langfristige Forderungen							
				insgesamt	darunt. Valuta-ford. aus der RM-Zeit		insgesamt	darunt. Valuta-ford. aus der RM-Zeit								
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	

Währungsgebiet

20,3	1,0	114,3	0,6	4 290,1 ⁷⁾	.	268,7	503,4	.	70,4	720,7	187,0	128,2	35,0	381,0	.	Juli
5,6	0,8	147,9	1,0	4 918,6	266,5	569,9 ⁸⁾	525,4	14,4	96,0 ⁹⁾	765,1	230,9	136,0	40,8	241,2 ¹⁰⁾	.	Aug.
4,7	0,8	144,7	0,6	5 289,9	267,3	635,3	492,9	15,1	141,0	820,1	289,4	142,5	48,0	284,6	.	Sept.
6,1	0,7	199,1	—	5 913,0	268,8	787,3	619,9	15,3	148,8	889,6	361,7	149,6	58,3	343,6	268,8	Okt.
5,7	0,6	230,2	—	6 385,7	271,3	866,7	670,8	14,5	180,2	956,9	407,3	163,4	72,8	382,0	303,7	Nov.

Bayern¹¹⁾

14,5	0,5	2,2	0,1	843,7 ⁷⁾	.	41,6	120,8	.	22,0	181,8	49,5	29,1	9,7	48,8	.	Juli
1,0	0,4	2,4	0,1	930,2	7,3	47,5	119,6	—	23,0	189,3	55,5	29,9	9,9	34,5 ¹⁰⁾	.	Aug.
0,7	0,4	3,0	0,1	1 046,0	7,4	50,7	104,1	0,0	39,9	206,0	73,0	30,6	10,5	38,6	.	Sept.
0,5	0,3	5,8	—	1 107,1	7,4	55,6	145,9	0,0	28,7	212,8	81,5	30,9	11,8	44,4	34,6	Okt.
0,6	0,1	5,7	—	1 190,0	7,3	47,6	137,1	0,1	42,9	228,3	76,9	33,3	14,2	56,8	47,2	Nov.

Hessen¹¹⁾

0,4	0,1	6,7	—	377,8 ⁷⁾	.	19,7	51,8	.	0,8	73,1	6,8	18,9	2,0	113,3	.	Juli
0,4	0,1	6,8	—	431,8	17,0	28,9	57,9	0,7	0,9	74,7	8,5	19,0	2,1	29,7 ¹⁰⁾	.	Aug.
0,1	0,1	7,2	—	456,9	14,0	34,5	55,6	1,0	1,1	76,4	10,6	18,9	2,1	35,7	.	Sept.
0,1	0,1	8,4	—	513,0	14,0	37,5	68,1	1,1	1,9	81,9	14,5	17,0	2,2	40,0	30,6	Okt.
0,1	0,1	9,9	—	565,4	16,7	39,2	76,8	1,1	3,2	84,6	17,4	17,8	3,2	47,8	36,4	Nov.

Württemberg-Baden¹¹⁾

3,2	0,2	7,3	0,1	527,5 ⁷⁾	.	32,4	33,1	.	8,1	112,5	48,7	15,3	2,5	28,3	.	Juli
2,3	0,2	8,7	0,1	580,8	9,2	42,9	31,6	—	0,7	124,5	61,0	16,0	3,2	33,6	.	Aug.
2,0	0,0	8,4	0,1	632,1	17,0	47,8	35,4	2,0	0,8	137,2	74,1	17,0	4,3	41,5	.	Sept.
4,0	0,0	11,2	—	704,7	16,9	56,7	46,3	2,3	1,5	153,5	90,9	17,1	4,4	48,4	42,5	Okt.
4,0	0,0	8,5	—	743,2	16,9	62,4	49,2	2,3	1,7	168,4	106,2	18,1	5,4	58,3	48,4	Nov.

Bremen

—	—	4,8	0,3	153,4 ⁷⁾	.	1,8	43,0	.	0,2	13,8	2,7	3,0	0,7	2,2	.	Juli
—	—	5,9	0,3	182,0	5,1	1,8	42,2	0,1	0,1	13,2	3,2	3,1	0,8	2,7	.	Aug.
—	—	6,7	0,2	190,7	4,7	2,0	41,4	0,1	0,1	14,0	4,1	3,2	0,9	3,3	.	Sept.
—	—	25,9	—	199,2	4,8	2,1	50,4	—	0,1	19,8	10,0	3,2	0,9	4,2	4,2	Okt.
—	—	31,8	—	228,2	4,7	2,0	52,7	0,1	0,1	22,5	12,2	3,2	0,9	4,7	4,7	Nov.

Nordrhein-Westfalen¹¹⁾

1,2	0,0	6,2	0,0	911,9 ⁷⁾	.	114,5	66,6	.	10,5	169,1	36,3	26,1	8,0	97,1	.	Juli
1,0	0,0	8,6	0,4	1 145,7	170,1	142,5	74,4	9,1	10,6	180,3	47,7	29,7	10,1	80,5 ¹⁰⁾	.	Aug.
1,0	0,0	2,4	0,1	1 200,2	167,8	160,4	70,1	8,6	10,8	189,3	57,3	31,2	12,1	92,8	.	Sept.
0,6	0,0	1,4	—	1 311,3	168,6	176,8	87,4	8,5	11,0	198,8	67,2	33,7	14,5	109,4	99,5	Okt.
0,2	0,0	4,8	—	1 418,2	168,6	202,8	113,6	8,5	11,3	207,5	76,3	38,3	19,3	121,8	112,0	Nov.

Niedersachsen¹¹⁾

0,0	0,0	2,8	0,0	409,9 ⁷⁾	.	10,3	52,1	.	26,4	80,0	25,5	23,7	8,3	22,3	.	Juli
0,1	0,0	3,8	0,1	441,9	5,0	12,0	51,9	0,5	27,6	86,4	31,7	25,8	10,4	23,0	.	Aug.
0,0	0,0	3,7	0,3	461,0	3,9	13,6	51,9	0,5	27,8	94,7	40,2	28,1	13,0	23,7	.	Sept.
0,0	0,0	3,9	—	499,6	4,0	15,0	61,7	0,5	29,3	107,9	53,9	32,1	17,1	30,4	6,7	Okt.
0,0	0,0	4,1	—	525,4	4,5	16,0	66,3	0,0	28,7	121,9	68,3	34,3	19,7	30,9	7,1	Nov.

deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang gegen Geldinstitute. ⁵⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. ⁶⁾ Geschätzter Gesamtbetrag der Ausgleichsforderungen abzüglich der ver-sind in der monatlichen Bankenstatistik erst ab August 1949 aufgenommen. ⁸⁾ Ab August 1949 sind die Zahlen der Spalte 7 ausgegliedert. ⁹⁾ Veränderung durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder verwalteten Umstellungsgrundschulden bedingt. ¹¹⁾ In den vorliegenden Tabellen sind die Zahlen erfaßten Instituten ausgewiesen

Bilanzzahlen

Monatliche Bankenstatistik für
Gesamterhebung der Bank deutscher
in

Aktiva

Stand am Monats- ende 1949	Zahl der berich- tenden Insti- tute ²⁾	Barreserve ³⁾		Nostroguthaben ⁴⁾			Währungs- guthaben bei der BdL f. gestellte Ak- kreditive	Wechsel (ohne die im Eigenbesitz befindl. eigenen Akzepte)					Schatz- wechsel und unverzinsliche Schatz- anwei- sungen	eigene Aus- gleichs- forde- rungen gegen die öffent- liche Hand ⁴⁾
		ins- gesamt	darunter LZB-Gut- haben	ins- gesamt	darunter Post- scheck- guthaben	sonstige Bank- guthaben ⁵⁾		insgesamt	davon					
									Handels- wechsel	fremde Bank- akzepte	sonstige Wechsel			
											insgesamt	darunter Debitoren- ziehungen		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	

Schleswig-Holstein

Juli	185	33,8	22,0	21,2	1,5	—	.	23,9	21,7	0,1	2,1	1,2	0,0	205,7
Aug.	187 ⁹⁾	39,5	27,1	18,5 ⁸⁾	1,6	—	1,1	25,3	21,2	2,1 ¹⁾	2,0	1,2	0,0	208,0
Sept.	187	35,9	23,5	21,5	1,4	—	1,7	23,6	19,2	1,8	2,6	1,7	0,0	214,8
Okt.	188	40,2	27,6	23,0	1,3	0,0	3,2	22,2	18,4	1,9	1,9	1,0	0,0	216,6
Nov.	188	37,3	23,4	24,5	1,5	1,2	3,7	24,2	20,1	0,1	4,0	2,9	—	215,6

Hamburg¹¹⁾

Juli	53	81,1	63,0	138,2	2,5	3,6	.	179,8	153,1	18,5	8,2	7,9	5,3	255,7
Aug.	53	72,3	56,6	101,2 ⁸⁾	1,6	0,8	51,5	138,1	108,8	21,0	8,3	8,1	5,3	252,2
Sept.	53	58,0	44,4	86,0	2,2	2,9	104,2	111,1	97,3	6,7	7,1	6,9	2,6	252,9
Okt.	53	82,9	66,3	95,7	1,9	12,9	167,7	104,0	91,2	7,3	5,5	5,2	2,6	264,3
Nov.	53	87,5	69,1	70,2	1,9	48,5	228,3	85,6	78,2	4,6	2,8	2,6	2,7	288,0

Rheinland-Pfalz¹¹⁾

Juli	277	57,5	45,4	55,8	2,7	2,1	.	48,3	43,4	0,7	4,2	3,1	6,2	296,4
Aug.	276	61,8	48,5	56,1 ⁸⁾	2,6	3,5	9,2	45,6	39,9	1,0	4,7	3,5	7,2	293,3
Sept.	276	50,4	38,2	52,6	2,7	2,2	12,3	52,1	46,7	0,8	4,6	3,7	4,7	297,9
Okt.	276	49,9	36,4	48,8	2,3	0,7	17,8	48,7	44,0	0,8	3,9	2,8	6,1	306,6
Nov.	276	50,7	36,9	41,9	2,2	2,2	17,8	45,4	40,2	0,9	4,3	3,6	6,8	292,3

Baden¹¹⁾

Juli	169	42,8	35,6	66,6	2,1	4,2	.	26,0	19,1	2,7	4,2	2,3	2,9	171,1
Aug.	169	48,7	41,0	92,5 ⁸⁾	1,9	8,2	9,4	30,0	22,1	3,6	4,3	2,5	1,9	170,9
Sept.	169	36,3	29,3	68,7	1,7	11,1	12,0	30,2	22,9	2,7	4,6	2,8	3,6	174,6
Okt.	169	37,2	30,3	53,1	1,9	10,1	14,9	22,8	17,5	0,7	4,6	3,0	5,3	177,4
Nov.	169	34,0	26,6	42,9	1,6	13,4	15,2	22,4	16,4	1,2	4,8	3,2	4,4	176,0

Württemberg-Hohenzollern¹¹⁾

Juli	147	34,6	26,5	80,0	1,1	0,3	.	18,1	14,8	1,3	2,0	1,0	3,9	140,8
Aug.	147	36,2	27,4	73,0 ⁸⁾	1,0	0,4	4,0	19,6	14,4	3,0	2,2	1,0	3,6	140,8
Sept.	147	27,7	19,5	78,3	1,0	0,5	5,0	20,5	17,0	1,5	2,0	1,0	1,6	142,0
Okt.	147	30,4	21,5	72,7	0,9	0,3	6,0	15,6	12,8	0,8	2,0	1,0	—	142,8
Nov.	147	32,9	24,1	74,1	0,9	1,1	7,8	13,8	10,9	1,2	1,7	0,9	2,6	144,5

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

Juli	22	84,6	72,9	9,9	0,4	0,5	.	18,3	18,3	—	—	—	1,2	242,9
Aug.	25 ⁹⁾	69,0	57,9	22,4 ⁸⁾	0,6	—	—	71,9	71,4	0,5	—	—	1,2	245,4
Sept.	25	113,0	102,0	14,6	0,8	—	—	55,8	55,0	0,8	—	—	—	244,8
Okt.	25	162,5	151,7	14,4	0,8	—	0,2	49,8	48,7	1,1	—	—	—	246,3
Nov.	25	131,2	119,8	8,0	0,5	12,9	0,4	55,9	50,8	5,1	—	—	—	246,5

¹⁾ Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ²⁾ Ohne Bank RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ³⁾ Einschließlich selbständig berichtender Filialen, die im Be-
Zugang neu berichtender Geldinstitute. ⁴⁾ Kasse und Landeszentralbankguthaben. ⁵⁾ Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und
der verkauften eigenen Ausgleichsforderungen. ⁶⁾ Die in der wöchentlichen Bankenstatistik ab Juli 1949 einbezogenen Valutaforderungen aus der RM-
änderung z. T. beeinflusst durch Neuaufnahme mehrerer Spezialinstitute (z. B. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Landwirtschaftliche Rentenbank usw.).
Zahlen der Postscheckämter — im Gegensatz zu den früheren Zahlenreihen — nicht mehr in den Länderergebnissen enthalten, sondern bei den ländermäßig

nach Ländern

das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾)

Länder und der Landeszentralbanken

Mill. DM

Aktiva

Forderungen aus Report- u. Lomb-geschäften		Vorschüsse a. verfrachtete od. eingelagerte Waren		Schuldner ⁷⁾						Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden		Kommunal-darlehen		durchl. Kredite - nur Treuhand-geschäfte -		Stand am Monats-ende 1949
ins-gesamt	darunter Lomb-ford. gegen börsen-gängige Wert-papiere	ins-gesamt	darunter Rem-bours-kredite	Nichtbankenkundschaft			Geldinstitute			ins-gesamt	darunter neue (nach dem 20.6.48 ge-währte)	ins-gesamt	darunter neue (nach dem 20.6.48 ge-währte)	ins-gesamt	darunt. neue (nach dem 20.6.48 gew.)	
				kurzfrist. Forder. ⁷⁾		mittel- und langfrist. Forde-rungen	kurzfrist. Forder. ⁷⁾		mittel- und langfrist. Forde-rungen							
15	16	17	18	19	20		21	22		23	24	25	26	27	28	29

Schleswig-Holstein

0,1	—	0,8	—	167,3 ⁷⁾	.	5,1	26,1	.	—	29,9	3,4	6,5	0,7	11,6	.	Juli
0,2	—	2,1	—	179,4	0,1	4,7	30,3	—	—	30,0	3,5	6,5	0,7	13,9	.	Aug.
0,2	—	2,6	—	195,9	0,2	6,5	25,2	—	—	30,3	3,8	6,8	1,1	14,2	.	Sept.
0,2	—	3,0	—	213,9	0,2	9,1	29,8	—	0,2	30,3	4,3	7,1	1,4	19,9	15,9	Okt.
0,0	—	2,8	—	245,6	0,1	11,3	31,2	—	0,2	30,6	4,6	8,2	2,5	17,7	13,7	Nov.

Hamburg¹¹⁾

0,7	0,2	82,1	0,0	453,9 ⁷⁾	.	22,0	26,9	.	0,1	27,1	4,8	0,3	—	35,5	.	Juli
0,4	0,1	108,6	0,0	530,2	42,2	27,0	35,4	3,7	0,2	31,0	8,0	0,3	—	11,1 ¹⁰⁾	.	Aug.
0,5	0,2	110,0	—	549,1	42,4	29,1	35,4	2,7	0,2	32,9	10,7	0,3	—	18,7	.	Sept.
0,4	0,3	139,1	—	717,6	44,4	32,5	35,4	2,7	0,3	41,1	19,6	0,3	—	24,8	20,8	Okt.
0,4	0,3	162,3	—	779,3	44,3	35,7	38,0	1,9	0,3	44,6	20,5	0,3	—	22,7	18,7	Nov.

Rheinland-Pfalz¹¹⁾

0,1	0,0	—	—	230,3 ⁷⁾	.	9,6	48,8	.	0,9	22,4	4,7	4,2	2,2	19,9	.	Juli
0,1	0,0	0,0	—	247,1	8,2	10,5	49,6	0,3	0,8	23,2	5,5	4,6	2,7	9,8 ¹⁰⁾	.	Aug.
0,1	0,0	0,0	—	261,5	8,4	11,8	49,4	0,3	1,1	25,0	7,5	5,0	3,0	12,7	.	Sept.
0,1	0,0	0,0	—	289,5	6,9	13,2	61,0	0,3	1,1	27,3	9,7	6,1	4,1	14,1	8,4	Okt.
0,1	0,0	0,0	—	314,3	6,8	14,9	67,0	0,5	1,1	29,8	12,3	7,0	4,9	14,8	8,8	Nov.

Baden¹¹⁾

0,1	—	1,3	—	97,1 ⁷⁾	.	1,8	20,6	.	—	5,7	1,9	0,5	0,4	1,1	.	Juli
0,1	0,0	0,8	—	107,3	1,3	2,7	19,5	—	—	6,1	2,4	0,5	0,4	0,9 ¹⁰⁾	.	Aug.
0,1	0,0	0,6	—	116,4	1,1	2,9	12,0	—	—	6,7	3,0	0,8	0,7	1,9	.	Sept.
0,2	0,0	0,4	—	146,1	1,0	3,6	16,0	—	—	7,3	3,6	1,4	1,3	6,1	3,6	Okt.
0,2	—	0,2	—	169,4	1,0	3,8	19,5	—	—	7,9	4,2	1,7	1,6	8,3	4,4	Nov.

Württemberg-Hohenzollern¹¹⁾

0,1	—	—	—	73,5 ⁷⁾	.	4,7	13,2	.	1,4	5,2	2,8	0,6	0,4	—	.	Juli
—	—	—	—	84,8	1,1	4,7	12,9	—	1,9	6,3	3,8	0,6	0,4	0,0	.	Aug.
0,0	—	—	—	96,7	0,4	5,0	12,2	—	2,3	7,5	5,0	0,7	0,3	0,0	.	Sept.
0,0	—	—	—	108,9	0,4	5,1	17,5	—	3,2	8,9	6,5	0,9	0,7	0,0	—	Okt.
—	—	0,0	—	117,7	0,4	5,6	19,3	—	4,3	10,7	8,4	1,4	1,2	0,3	0,3	Nov.

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

—	—	—	—	44,0 ⁷⁾	.	5,2	0,2	.	—	—	—	—	—	1,0	.	Juli
0,1	—	—	—	57,4	—	244,5 ⁹⁾	0,0	—	30,4 ⁹⁾	0,1	0,1	—	—	1,5	.	Aug.
—	—	—	—	83,3	—	271,0	0,2	—	57,0	0,1	0,1	—	—	1,5	.	Sept.
—	—	—	—	102,5	—	379,9	0,3	—	71,5	0,1	0,1	—	—	2,0	2,0	Okt.
—	—	—	—	89,1	—	425,2	0,2	—	86,4	0,1	0,1	—	—	2,0	2,0	Nov.

deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. reich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderungen entstehen durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Liquidität gegen Geldinstitute. ⁵⁾ Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. ⁶⁾ Geschätzter Gesamtbetrag der Ausgleichsforderungen abzüglich Zeit sind in der monatlichen Bankenstatistik erst ab August 1949 aufgenommen. ⁸⁾ Ab August 1949 sind die Zahlen der Spalte 7 ausgegliedert. ⁹⁾ Ver-¹⁰⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder verwalteten Umstellungsgrundschulden bedingt. ¹¹⁾ In den vorliegenden Tabellen sind die nicht erfaßten Instituten ausgewiesen.

Bilanzzahlen:

Monatliche Bankenstatistik für
Gesamterhebung der Bank deutscher
in

Passiva

Stand am Monats- ende 1949	Einlagen												seitens der Kund- schaft bei Dritten be- nutzte Kredite
	auf Anlage- konto	auf Fest- konto	auf Freikonto		von Spalte 33 entfallen auf								
			mit Einlagen v. Geldinstitut.	ohne Einlagen v. Geldinstitut.	Einlagen v. Geldinst.		Einlagen d. öff. Hand		sonstige Gläubiger			Spar- einlagen	
					insgesamt	darunter Währs.- guthaben für gestellte Akkre- ditive	Termin- einlagen	insgesamt	darunter Termin- einlagen	insgesamt	darunter Währs.- guthaben für gestellte Akkre- ditive		
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44

Währungsgebiet

Juli	366,7	40,3	13 246,8	11 646,3	1 000,5	.	455,8	2 587,7	1 214,7	6 474,2	.	687,4	2 584,4	15,7
Aug.	361,3	34,0	13 730,7	12 064,4	1 006,3	9,5	401,0	2 684,7	1 227,3	6 695,1	145,6	712,3	2 684,6	15,5
Sept.	356,6	27,4	13 985,1	12 331,1	1 054,0	10,0	369,8	2 636,5	1 211,9	6 943,3	249,7	724,6	2 751,3	17,9
Okt.	347,7	22,9	14 236,5	12 796,9	1 439,6	13,5	379,6	2 675,8	1 244,8	7 300,0	407,5	764,9	2 821,1	19,0
Nov.	339,1	19,8	14 294,3	12 921,8	1 372,5	16,6	363,0	2 786,3	1 343,3	7 234,0	487,9	697,2	2 901,5	22,0

Bayern⁵⁾

Juli	70,3	2,3	1 837,8	1 702,6	135,2	.	20,6	315,3	89,3	971,8	.	104,5	415,5	6,5
Aug.	68,6	2,0	1 875,1	1 732,4	142,7	0,0	22,6	313,2	100,6	990,0	6,3	106,7	429,2	8,6
Sept.	66,5	1,9	1 950,6	1 790,2	160,4	0,1	17,2	323,5	114,8	1 024,2	11,7	110,6	442,5	10,9
Okt.	64,4	1,4	1 957,0	1 830,3	126,7	0,1	21,4	330,8	124,4	1 045,8	21,0	124,6	453,7	10,2
Nov.	63,3	1,0	2 002,0	1 865,0	137,0	0,8	24,1	378,7	144,2	1 019,4	27,8	120,1	466,9	11,5

Hessen⁵⁾

Juli	30,6	3,3	1 106,9	928,6	178,3	.	75,1	204,8	71,8	506,7	.	67,4	217,1	2,5
Aug.	29,6	2,7	1 149,6	973,4	176,2	1,4	80,3	208,3	86,2	540,2	8,6	79,9	224,9	1,5
Sept.	29,1	2,5	1 151,1	980,0	171,1	0,4	61,9	188,1	72,3	562,9	17,9	83,4	229,0	0,2
Okt.	28,9	1,6	1 175,0	1 017,3	157,7	0,4	56,9	181,2	60,1	601,3	32,8	97,9	234,8	0,2
Nov.	28,7	1,2	1 195,2	1 050,4	144,8	0,6	53,7	181,3	59,4	627,7	38,6	108,0	241,4	0,2

Württemberg-Baden⁵⁾

Juli	38,3	2,2	1 473,0	1 257,7	215,3	.	93,7	386,6	278,5	589,2	.	56,6	281,9	0,2
Aug.	37,8	1,7	1 531,8	1 298,2	233,6	2,2	84,0	389,5	248,4	617,8	11,5	66,5	290,9	0,2
Sept.	37,4	1,0	1 558,6	1 316,7	241,9	2,1	86,3	366,1	240,0	654,5	13,8	67,3	296,1	2,3
Okt.	37,1	0,8	1 506,1	1 320,1	186,0	3,1	81,8	368,1	225,2	651,0	22,9	67,6	301,0	2,5
Nov.	37,1	0,5	1 517,1	1 326,2	190,9	3,9	85,9	368,6	229,7	649,4	26,0	68,3	308,2	2,5

Bremen

Juli	5,1	0,3	388,0	361,0	27,0	.	7,2	144,1	59,7	182,9	.	10,9	34,0	0,2
Aug.	5,2	0,3	434,2	404,3	29,9	0,0	7,8	145,6	58,0	223,5	21,0	11,6	35,2	—
Sept.	5,0	0,2	434,0	397,1	36,9	—	8,1	142,9	56,1	218,4	30,1	12,5	35,8	—
Okt.	4,9	0,1	449,5	415,9	33,6	—	7,3	153,5	60,1	225,7	50,2	11,4	36,7	0,0
Nov.	4,9	0,1	457,7	421,5	36,2	—	7,1	147,1	62,4	236,7	59,0	11,3	37,7	0,2

Nordrhein-Westfalen⁵⁾

Juli	84,2	17,8	3 643,7	3 173,7	470,0	.	175,2	822,2	442,3	1 694,2	.	165,5	657,3	0,7
Aug.	83,8	15,3	3 806,7	3 295,3	511,4	0,5	117,3	852,9	474,5	1 756,2	26,2	179,7	686,2	0,8
Sept.	83,3	12,1	3 955,2	3 440,3	514,9	0,8	114,3	924,7	536,1	1 809,1	42,4	191,7	706,5	0,9
Okt.	80,5	10,7	3 946,0	3 555,5	390,5	1,6	110,3	933,9	573,0	1 889,6	65,0	193,7	732,0	1,1
Nov.	76,7	9,8	3 863,9	3 533,6	330,3	1,7	95,9	873,1	539,4	1 904,2	64,5	187,7	756,3	1,2

Niedersachsen⁵⁾

Juli	47,2	2,7	1 195,0	1 074,4	120,6	.	28,2	116,6	21,1	618,3	.	74,8	339,5	1,0
Aug.	46,6	2,1	1 217,9	1 111,8	106,1	0,1	29,6	127,1	25,3	634,7	2,3	79,1	350,0	1,8
Sept.	46,4	1,7	1 243,2	1 135,0	108,2	1,1	24,6	136,9	29,0	642,0	4,0	66,7	356,1	1,3
Okt.	45,8	1,4	1 271,0	1 163,2	107,8	1,2	34,7	151,6	37,3	647,2	7,8	64,6	364,4	1,6
Nov.	44,5	1,2	1 352,7	1 232,1	120,6	0,4	37,8	196,9	85,4	660,6	9,0	62,6	374,6	1,7

⁵⁾ Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Ohne Bank RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ²⁾ Sonstige im In- und Ausland aufgenommene Gelder und Kredite; Gegensatz zu den früheren Zahlenreihen — nicht mehr in den Länderergebnissen enthalten, sondern bei den ländermäßig nicht erfaßten Instituten ausge- 56 und 57 ergibt sich die Höhe des DM-Eigenkapitals der neu gegründeten Institute und des von einzelnen Instituten bereits neu gebildeten Eigenkapitals. ⁷⁾ Rückgang z. T. bedingt durch Umwandlung in Schuldverschreibungen. ⁸⁾ Siehe Anmerkung ⁷⁾.

nach Ländern

das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾

Länder und der Landeszentralbanken

Mill. DM

Passiva

Nostroverpflichtungen ²⁾				eigene Akzepte im Umlauf	Anleihen		Herkunft der Darlehen und längerfristig aufgenommenen Gelder (Spalten 51 u. 48)			durchlaufende Kredite - nur Treuhandschäfte	Eigenkapital		eigene Ziehungen im Umlauf	Verbindl. aus Bürgschaften, Wechsel- u. Scheckbürgschaften, Gewährleistungsverträgen	Indossamentsvb.		Betrag der verkauften eigenen Ausgleichsfordernungen	Stand am Monatsende 1949
insgesamt	darunter				gegen Schuldverschreibungen	sonstige Darlehen	Geldinstitute	öffentl. Stellen	sonstige		insgesamt ⁵⁾	darunter gem. Währungsgesetz (36. DVO z. UG) ⁵⁾			insgesamt	darunter weiterbegebene fremde Bankakzepte		
	Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit	Nostroverpflicht. aus Lombardierung von Ausgleichsfordernungen	für länger als 6 Monate hereingekommene Gelder und Kredite															
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	

Währungsgebiet

891,0	.	224,8	44,2	810,2	753,2	250,0	.	.	.	406,3	339,6	.	62,2	437,2	1 291,9	68,9	67,3	Juli
1 407,7 ²⁾	269,0	219,9	296,5 ⁶⁾	1 000,1 ⁶⁾	775,0	331,2 ⁶⁾	.	.	.	270,6 ⁴⁾	492,8 ⁶⁾	347,7	69,3	662,3 ⁶⁾	1 426,4 ⁶⁾	99,1	75,3	Aug.
1 489,3	282,2	183,3	406,4	1 191,9	807,0	389,1	.	.	.	302,3	681,4	534,4	71,1	878,1	1 518,3	133,8	82,4	Sept.
1 335,6 ⁷⁾	288,1	261,2	70,1 ⁷⁾	1 498,4	1 085,1 ⁸⁾	521,9	128,4	333,7	129,9	356,4	836,8	509,6	85,2	1 140,1	1 832,1	173,5	88,9	Okt.
1 601,0	295,7	358,9	157,2	1 781,1	1 108,6	587,6	230,4	383,5	130,9	418,5	857,5	540,7	101,2	1 128,6	1 952,9	226,9	108,7	Nov.

Bayern³⁾

255,7	.	65,8	9,3	228,1	270,9	4,3	.	.	.	49,3	78,0	.	17,6	70,3	156,1	9,2	18,0	Juli
278,9 ⁹⁾	7,8	65,0	8,1	268,3	278,1	4,5	.	.	.	34,8 ⁴⁾	80,5	80,5	22,3	101,8	174,6	13,3	20,8	Aug.
248,9	7,9	58,4	13,5	314,1	289,3	20,8	.	.	.	39,5	106,2	106,2	23,8	111,7	194,0	14,7	23,8	Sept.
266,6	8,1	100,4	22,6	353,3	294,9	15,2	32,7	2,5	2,6	44,7	113,9	73,5	28,4	118,2	224,0	21,7	27,8	Okt.
308,7	8,0	120,1	28,5	390,9	297,6	20,8	43,2	3,4	2,7	57,1	114,3	78,9	30,3	139,1	257,7	28,7	33,1	Nov.

Hessen³⁾

89,5	.	23,5	4,4	69,3	59,3	10,8	.	.	.	117,0	26,8	.	4,5	35,5	113,8	15,3	5,2	Juli
105,4 ²⁾	11,1	16,8	4,9	79,1	62,6	25,1	.	.	.	34,3 ⁴⁾	31,3	27,2	5,7	59,6	134,9	26,4	5,2	Aug.
105,1	11,0	17,3	6,4	109,5	74,1	25,5	.	.	.	35,7	47,8	43,2	6,1	88,7	149,3	36,4	5,4	Sept.
109,2	11,8	26,3	3,3	134,0	75,2	26,8	5,2	18,3	6,6	40,0	54,9	43,4	7,6	76,1	175,1	50,4	5,4	Okt.
140,3	19,2	33,4	2,6	157,7	77,3	27,5	5,4	19,0	5,7	47,8	58,3	50,1	8,2	75,7	215,1	74,7	6,0	Nov.

Württemberg-Baden³⁾

91,6	.	20,4	0,3	111,4	130,8	25,9	.	.	.	42,8	51,7	.	11,2	37,8	79,2	7,3	9,4	Juli
84,8 ²⁾	12,4	13,6	2,0	130,8	132,2	14,5	.	.	.	52,6	53,0	53,0	12,0	52,3	97,2	13,0	11,2	Aug.
94,8	23,1	6,9	2,0	141,3	135,8	17,1	.	.	.	55,6	72,0	72,0	9,4	69,4	113,7	25,0	12,1	Sept.
132,3	24,6	19,9	6,1	173,4	137,5	30,9	8,4	17,7	10,9	59,2	80,4	75,0	11,1	66,5	148,5	27,0	12,9	Okt.
139,5	24,6	29,7	3,8	211,7	138,8	38,3	9,8	20,8	11,5	88,7	81,6	77,7	13,4	79,3	165,3	37,8	16,8	Nov.

Bremen

33,7	.	0,6	0,1	11,1	18,9	11,1	.	.	.	3,5	4,8	.	0,4	28,5	17,3	1,9	0,1	Juli
40,1 ²⁾	5,9	0,4	0,2	14,2	19,1	11,1	.	.	.	3,5	4,8	4,8	0,5	30,5	17,6	1,9	0,1	Aug.
37,0	5,3	0,4	0,2	22,1	20,0	12,2	.	.	.	4,5	9,9	9,9	0,5	52,6	23,8	5,2	0,1	Sept.
43,1	5,2	0,2	0,2	32,9	22,2	12,2	0,2	10,6	1,6	4,7	12,6	12,6	0,5	57,5	38,1	6,1	0,1	Okt.
61,7	5,2	0,3	0,2	54,2	24,4	12,8	0,3	11,1	1,6	5,3	13,2	13,1	0,6	58,1	30,1	1,4	0,1	Nov.

Nordrhein - Westfalen³⁾

88,6	.	32,9	10,3	141,9	99,1	105,2	.	.	.	97,1	68,7	.	7,3	85,3	420,6	1,4	6,0	Juli
260,3 ²⁾	177,6	38,9	9,0	153,1	105,6	150,6	.	.	.	80,5 ⁴⁾	84,7	72,1	8,0	123,6	452,5	4,9	6,0	Aug.
251,7	175,3	22,8	10,4	152,9	108,8	174,3	.	.	.	92,8	130,4	117,5	9,5	207,7	456,2	6,7	6,2	Sept.
272,8	175,9	26,3	11,0	201,7	111,5	195,2	17,8	173,9	14,5	109,4	166,0	148,2	10,8	262,3	535,3	10,6	6,2	Okt.
316,0	176,1	47,1	12,3	244,4	114,1	215,3	26,7	185,2	15,7	121,8	174,5	155,4	13,9	299,3	555,8	19,0	6,4	Nov.

Niedersachsen³⁾

97,1	.	36,0	3,7	52,7	101,6	78,5	.	.	.	22,0	29,3	.	9,9	24,6	127,6	14,2	4,2	Juli
111,9 ²⁾	6,8	38,0	3,7	62,4	104,2	90,9	.	.	.	22,6	31,8	31,8	9,5	29,0	132,0	6,0	5,7	Aug.
113,5	6,7	40,0	2,3	71,3	105,4	100,7	.	.	.	23,3	70,7	70,7	9,6	27,2	139,7	2,5	6,0	Sept.
106,4	6,9	34,1	2,6	82,2	110,1	115,1	27,2	68,2	22,3	30,0	61,5	56,0	13,4	32,1	173,9	6,1	6,0	Okt.
125,5	6,7	35,2	3,2	87,9	111,3	128,1	29,0	79,9	22,4	30,5	62,1	57,3	16,8	32,8	163,8	6,4	6,3	Nov.

deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. ab August 1949 sind Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit einbezogen. ³⁾ In den vorliegenden Tabellen sind die Zahlen der Postscheckämter — im wiesener. ⁴⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder verwalteten Umstellungsgrundschulden bedingt. ⁵⁾ Aus der Differenz der Spalten ⁶⁾ Veränderung z. T. beeinflusst durch Neuaufnahme mehrerer Spezialinstitute (z. B. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Landwirtschaftliche Rentenbank usw.)

Passiva

Einlagen

Stand am Mo- nats- ende 1949	von Spalte 33 entfallen auf												seitens der Kund- schaft bei Dritten be- nutzte Kredite	
	auf Anlage- konto	auf Fest- konto	auf Freikonto		Einlagen v. Geldinstitut									Spar- einlagen
			mit	ohne	Einlag. v. Geldinst.		Einlagen d. öff. Hand		sonstige Gläubiger					
					insgesamt	darunter		insgesamt	darunter Termin- einlagen	insgesamt	darunter			
						Währungs- guthaben für gestellte Akkreditive	Termin- einlagen				Währungs- guthaben für gestellte Akkreditive	Termin- einlagen		
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	

Schleswig-Holstein

Juli	14,8	0,9	344,2	321,9	22,3	—	1,8	45,4	18,0	183,1	—	15,8	93,4	0,8
Aug.	14,9	0,9	365,1	342,7	22,4	—	1,4	48,3	15,5	198,4	1,1	15,2	96,0	0,9
Sept.	14,8	0,5	369,4	343,9	25,5	0,1	1,6	49,5	15,8	196,7	1,6	16,6	97,7	0,7
Okt.	14,7	0,5	378,0	352,4	25,6	—	1,6	54,3	22,9	198,5	3,2	12,9	99,6	0,7
Nov.	14,4	0,3	379,6	354,8	24,8	—	1,7	51,5	9,3	201,3	3,7	10,0	102,0	0,6

Hamburg⁵⁾

Juli	15,9	3,0	1 015,6	879,2	136,4	—	5,2	212,6	167,4	586,0	—	151,7	80,6	3,0
Aug.	15,4	2,5	996,5	867,4	129,1	2,3	7,8	190,9	139,8	591,8	49,2	130,6	84,7	1,0
Sept.	15,4	1,9	960,1	863,4	96,7	2,0	7,9	129,1	69,5	647,2	102,3	131,7	87,1	1,0
Okt.	14,6	1,6	1 151,0	1 032,1	118,9	3,5	11,7	107,3	58,0	834,1	169,4	128,1	90,7	2,3
Nov.	13,8	1,5	1 139,8	1 028,8	111,0	5,8	9,4	174,7	116,9	760,4	221,5	83,5	93,7	2,2

Rheinland-Pfalz⁵⁾

Juli	22,1	2,3	607,8	550,0	57,8	—	12,8	97,9	28,3	273,3	—	16,1	178,8	0,7
Aug.	21,8	1,7	627,5	569,6	57,9	0,2	12,1	105,1	31,1	278,0	9,0	19,6	186,5	0,6
Sept.	21,3	1,6	629,3	578,7	50,6	0,2	12,4	100,6	28,3	288,0	12,1	18,7	190,1	0,7
Okt.	20,8	1,2	630,7	582,1	48,6	0,3	10,1	99,4	28,6	289,7	17,3	24,0	193,0	0,4
Nov.	21,0	1,0	623,5	580,9	42,6	0,1	9,3	111,5	30,7	271,3	17,7	22,0	198,1	0,9

Baden⁵⁾

Juli	12,6	1,6	423,2	372,5	50,7	—	6,5	66,8	16,0	195,2	—	9,7	110,5	—
Aug.	12,5	1,3	480,8	409,7	71,1	0,4	7,5	86,3	21,0	206,7	9,0	9,9	116,7	—
Sept.	12,4	0,9	457,9	401,3	56,6	0,3	7,3	70,9	22,5	209,4	11,8	10,1	121,0	0,0
Okt.	12,3	0,8	454,8	396,4	58,4	0,3	15,0	78,5	25,2	194,2	14,6	9,5	123,7	0,0
Nov.	12,0	0,7	450,3	403,2	47,1	0,2	10,5	77,9	31,3	198,4	15,1	9,8	126,9	0,0

Württemberg-Hohenzollern⁵⁾

Juli	11,5	0,4	343,9	289,2	54,7	—	28,7	56,1	18,1	140,2	—	6,0	92,9	0,0
Aug.	11,3	0,3	355,0	300,7	54,3	2,4	28,6	56,3	18,8	148,3	1,6	7,6	96,1	—
Sept.	11,3	0,2	367,3	306,8	60,5	3,0	27,0	54,0	19,9	154,8	2,0	8,5	98,0	0,0
Okt.	11,2	0,2	366,0	309,7	56,3	2,8	28,0	58,3	22,0	152,0	3,2	8,2	99,4	—
Nov.	10,8	0,1	378,7	322,1	56,6	3,0	26,4	66,0	26,8	154,2	4,8	8,3	101,9	—

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

Juli	14,2	3,6	867,6	735,3	132,3	—	1,1	119,3	4,3	533,2	—	5,5	82,8	—
Aug.	13,8	3,1	890,5	758,9	131,6	—	2,1	161,1	7,9	509,7	—	6,2	88,1	—
Sept.	13,7	2,8	908,1	777,2	130,9	—	1,1	150,2	7,7	535,9	—	6,7	91,1	—
Okt.	12,3	2,5	951,3	821,7	129,6	—	1,0	158,5	7,7	571,1	0,2	22,5	92,1	—
Nov.	11,9	2,3	933,7	803,2	130,5	—	1,1	159,0	7,7	550,5	0,4	5,7	93,7	1,0

⁵⁾ Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Ohne Bank RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ²⁾ Sonstige im In- und Ausland aufgenommene Gelder und Kredite: Gegensatz zu den früheren Zahlenreihen — nicht mehr in den Länderergebnissen enthalten, sondern bei den ländermäßig nicht erfaßten Instituten ausge-
56 und 57 ergibt sich die Höhe des DM-Eigenkapitals der neu gegründeten Institute und des von einzelnen Instituten bereits neu gebildeten Eigenkapitals.
⁷⁾ Rückgang z. T. bedingt durch Umwandlung in Schuldverschreibungen. ⁸⁾ Siehe Anmerkung 7).

nach Ländern

das westdeutsche Währungsgebiet *)

Länder und der Landeszentralbanken

Mill. DM

Passiva

Nostroverpflichtungen ²⁾				eigene Ak- zepte im Umlauf	An'eihen		Herkunft der Darlehen und längfr. aufgenom. Gelder (Spalten 51 u. 48)			durch- lau- fende Kredite - nur Treuhän- de- ge- schäfte-	Eigenkapital		eigene Zie- hungen im Umlauf	Verbindl. aus Bürg- schaften, Wechsel- und Scheck- bürgschaft., Gewähr- leistungsverträgen	Indossamentsverb.		Betrag der ver- kauften eigenen Aus- gleichs- forde- rungen	Stand am Monats- ende 1949
ins- gesamt	darunter				ge- re- nen Schuld- ver- schrei- bungen	sonst. Dar- lehen					ins- gesamt ⁵⁾	dar- unt. gem. Wäh- rungs- gesetz (36. DVO z.UG) ⁵⁾			ins- gesamt	darunter weiter- begebene fremde Bank- akzepte		
	Valuta- ver- pflich- tungen aus der RM- Zeit	Nostro- verpfl. aus Lombar- dierung von Aus- gleichs- forde- r.	für länger als 6 Mon. hereinge- nommene Gelder und Kredite				Geld- insit.	öffentl. Stellen	son- stige									
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	

Schleswig-Holstein

81,5	.	13,2	2,7	41,6	14,7	10,2	.	.	.	11,0	11,0	.	5,5	11,0	42,4	5,2	2,7	Juli
76,6 ²⁾	0,0	18,1	2,7	46,4	14,7	11,2	.	.	.	13,9	14,9	11,4	5,6	22,7	53,0	0,1	2,7	Aug.
69,5	0,0	14,8	2,6	51,4	14,8	12,8	.	.	.	14,2	22,5	19,0	5,8	20,0	72,9	5,2	2,7	Sept.
84,8	0,0	13,1	7,6	56,7	16,4	14,4	13,4	2,1	6,5	19,9	24,5	19,1	6,1	24,5	64,4	0,3	2,7	Okt.
95,7	0,0	23,5	7,9	73,4	16,4	15,1	8,9	7,6	6,5	17,7	25,4	19,8	6,6	24,2	51,7	0,5	6,6	Nov.

Hamburg³⁾

39,9	.	1,5	4,2	114,0	34,1	2,9	.	.	.	35,0	37,7	.	2,4	100,2	121,6	11,6	15,6	Juli
77,9 ²⁾	40,9	2,4	5,1	156,1	34,4	3,2	.	.	.	11,1 ⁴⁾	38,3	38,3	2,3	158,5	159,4	10,2	17,2	Aug.
81,3	45,6	2,2	5,3	220,0	34,4	3,9	.	.	.	18,7	50,5	50,5	2,3	212,1	169,0	16,5	19,7	Sept.
89,9	48,3	3,6	5,6	315,0	34,1	11,0	7,7	2,5	6,4	25,0	52,1	31,3	2,1	403,6	197,2	21,4	21,2	Okt.
164,5	48,6	16,2	6,1	392,2	34,1	11,5	8,2	3,0	6,4	22,7	55,4	35,8	4,0	332,0	225,8	26,8	23,7	Nov.

Rheinland-Pfalz³⁾

77,1	.	26,6	8,0	34,6	23,8	0,8	.	.	.	25,6	17,3	.	2,7	22,1	40,2	1,1	6,0	Juli
82,3 ²⁾	5,5	22,4	8,9	43,5	24,0	0,9	.	.	.	14,7 ⁴⁾	13,4	13,4	2,5	26,2	53,7	1,6	6,2	Aug.
92,3	6,2	17,6	7,3	47,3	24,4	1,2	.	.	.	14,6	21,4	21,4	2,9	34,5	56,6	2,0	6,2	Sept.
116,4	6,2	28,3	8,5	63,6	24,8	1,9	8,0	0,9	1,5	15,5	24,7	23,1	3,9	39,6	72,9	3,4	6,1	Okt.
121,5	6,1	39,7	22,2	75,9	25,0	2,1	21,8	1,5	1,0	16,3	25,4	23,7	5,1	43,1	87,5	5,2	8,9	Nov.

Baden³⁾

11,4	.	1,0	0,1	1,2	0,0	0,0	.	.	.	1,1	8,1	.	0,5	10,0	7,3	0,6	0,0	Juli
10,0 ²⁾	0,6	1,2	0,6	2,2	0,0	0,0	.	.	.	0,9 ⁴⁾	8,4	8,4	0,4	13,8	7,6	0,6	0,0	Aug.
8,0	0,6	0,1	1,0	2,5	0,0	0,0	.	.	.	1,9	15,5	14,5	0,6	16,0	6,0	0,3	0,0	Sept.
13,6	0,6	1,8	0,9	12,7	0,0	0,1	1,0	—	—	6,1	16,1	14,8	0,7	17,9	14,4	0,4	0,0	Okt.
21,9	0,6	5,4	0,2	24,7	0,0	0,1	0,3	—	—	8,3	16,4	15,0	1,2	21,1	19,8	0,7	0,4	Nov.

Württemberg-Hohenzollern³⁾

13,8	.	3,4	1,2	4,4	—	0,3	.	.	.	—	5,5	.	0,3	5,2	7,9	1,1	0,1	Juli
13,6 ²⁾	0,4	3,0	0,8	7,2	—	1,2	.	.	.	0,0	6,1	6,1	0,6	18,7	8,9	1,4	0,1	Aug.
12,5	0,4	2,6	1,2	11,9	—	1,7	.	.	.	0,0	9,2	9,2	0,6	11,1	11,6	2,8	0,2	Sept.
20,0	0,4	7,2	1,7	13,0	—	2,3	3,9	—	0,1	0,0	10,3	8,7	0,7	11,6	13,7	3,0	0,4	Okt.
23,5	0,4	8,2	2,9	14,0	—	3,0	5,9	—	0,0	0,3	11,1	9,8	1,0	9,9	17,1	2,6	0,4	Nov.

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

11,1	.	—	—	—	—	—	.	.	.	1,0	0,5	.	—	6,7	157,7	—	—	Juli	
266,0 ²⁾	—	—	250,5 ⁴⁾	36,9 ⁴⁾	—	18,0 ⁵⁾	.	.	.	1,5	125,5 ⁵⁾	0,5	—	25,5 ⁴⁾	134,9	19,6 ⁶⁾	—	—	Aug.
374,9	—	—	354,1	47,4	—	19,0	.	.	.	1,5	125,4	0,5	—	27,0	125,6	16,4	—	Sept.	
80,6 ²⁾	—	—	— ⁷⁾	59,9	258,4 ⁸⁾	96,9	2,9	37,0	57,0	2,0	219,8	3,8	—	30,1	174,5	22,9	—	Okt.	
82,3	—	—	67,1	54,0	269,6	112,9	70,9	52,1	57,0	2,0	219,8	3,9	—	13,9	163,3	23,3	—	Nov.	

deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. ab August 1949 sind Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit einbezogen. ³⁾ In den vorliegenden Tabellen sind die Zahlen der Postscheckkämter — im wies. ⁴⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder verwalteten Umstellungsgrundschulden bedingt. ⁵⁾ Aus der Differenz der Spalten ⁶⁾ Veränderung z. T. beeinflusst durch Neuaufnahme mehrerer Spezialinstitute (z. B. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Landwirtschaftliche Rentenbank usw.).

Aktiva

Stand am Monatsende 1949	Zahl der berichtenden Institute ^{a)}	Barreserve ^{b)}		Nostroguthaben ^{c)}		sonstige Bankguthaben ^{b)}	Währungsguthaben bei der Bdl. f. gestellte Akkreditive	Wechsel (ohne die im Eigenbesitz befindl. eigenen Akzepte)					Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	eigene Ausgleichsfordernngen gegen die öffentliche Hand ^{d)}
		insgesamt	darunter LZB-Guthaben	insgesamt	darunter Post-scheckguthaben			insgesamt	davon					
									Handelswechsel	fremde Bankakzepte	sonstige Wechsel			
											insgesamt	darunter Debitorenziehungen		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Alle Banken														
Juli	3 574	1 255,1	983,5	1 566,1	48,9	60,1	1 918,0	1 593,3	224,1	100,6	60,8	73,2	5 121,2	
Aug.	3 580 ^{b)}	1 310,2	1 031,0	1 609,1 ^{b)}	47,3	66,4	1 911,0	1 589,6	215,0	106,4	67,0	134,9	5 106,3	
Sept.	3 583	1 137,7	871,8	1 678,9	44,7	75,8	259,7	1 909,8	1 614,7	188,8	106,3	63,0	5 203,7	
Okt.	3 584	1 267,1	976,2	1 474,6	47,2	77,8	410,7	1 674,3	1 395,4	179,2	99,7	60,7	5 377,4	
Nov.	3 584	1 228,8	920,8	1 401,5	46,5	192,5	505,5	1 538,8	1 297,9	147,7	93,2	60,5	5 425,5	
Kreditbanken														
Juli	246	441,3	354,0	403,0	21,7	16,6	864,6	751,1	86,8	26,7	4,7	5,1	1 163,7	
Aug.	246	431,3	341,9	353,2 ^{b)}	20,0	18,8	136,7	819,8	713,8	77,5	28,5	29,8	1 148,7	
Sept.	246	326,5	242,4	378,2	20,5	12,5	240,3	827,3	741,0	58,8	27,5	12,0	1 181,8	
Okt.	246	424,5	331,0	389,9	20,5	18,8	371,4	708,9	629,1	54,0	25,8	11,5	1 247,6	
Nov.	245	418,8	316,8	373,9	21,3	106,1	459,4	723,4	630,6	65,2	27,6	10,8	1 288,7	
Hypothekenbanken und Öff.-rechtl. Grundkreditanstalten														
Juli	35	2,0	1,6	94,5	0,2	0,5	1,6	0,1	1,3	0,2	0,0	—	281,1	
Aug.	35	2,1	1,6	89,5 ^{b)}	0,2	—	1,6	0,1	1,3	0,2	0,0	—	274,9	
Sept.	35	2,5	2,0	90,4	0,3	—	0,4	0,1	—	0,3	0,0	—	265,4	
Okt.	36	1,4	0,9	78,5	0,3	—	0,3	0,1	—	0,2	—	—	278,9	
Nov.	36	1,6	1,1	109,0	0,2	—	0,4	0,1	—	0,3	—	—	274,9	
Girozentralen														
Juli	18	116,2	106,1	403,9	5,8	23,8	717,9	594,8	111,1	12,0	11,2	57,9	258,8	
Aug.	18	172,1	163,8	415,1 ^{b)}	5,0	30,2	691,2	568,1	110,4	12,7	8,5	91,3	259,3	
Sept.	18	186,3	179,1	410,4	2,8	35,7	677,0	554,8	105,0	17,2	7,8	89,5	270,2	
Okt.	18	123,6	115,1	323,5	3,9	41,2	576,0	460,4	99,8	15,8	8,2	107,9	274,0	
Nov.	18	110,6	101,3	305,5	2,9	53,5	23,2	429,9	362,4	58,2	9,3	7,3	283,6	
Sparkassen														
Juli	889	435,9	313,2	455,1	12,1	13,4	183,9	153,5	10,5	19,9	10,0	6,6	2 359,7	
Aug.	889	441,8	315,8	476,1 ^{b)}	12,5	11,7	189,0	154,9	12,3	21,8	10,1	9,7	2 364,5	
Sept.	889	362,1	241,2	528,3	11,1	10,7	195,4	162,7	11,9	20,8	9,9	10,1	2 406,0	
Okt.	889	388,3	258,4	423,5	12,2	13,4	199,7	165,9	13,5	20,3	10,4	13,6	2 478,9	
Nov.	889	403,8	265,8	384,8	11,7	11,6	181,9	156,1	7,0	18,8	11,4	20,3	2 480,3	
Zentralkassen														
Juli	32	65,2	61,1	58,0	1,5	0,2	47,6	25,5	9,3	12,8	11,7	2,1	46,3	
Aug.	32	71,2	67,1	83,3 ^{b)}	2,0	0,2	2,7	44,6	21,8	9,8	13,0	11,7	46,5	
Sept.	32	43,3	39,3	75,0	1,8	2,3	1,7	50,9	27,6	10,2	13,1	1,8	53,4	
Okt.	32	52,7	48,2	59,2	2,1	0,2	3,6	39,9	20,2	8,1	11,6	10,8	61,2	
Nov.	32	54,8	50,2	49,7	2,0	0,9	4,1	43,0	23,6	7,6	11,8	10,8	61,4	
Kreditgenossenschaften														
Juli	2 288	102,2	67,7	115,0	6,6	4,7	62,4	37,7	0,2	24,5	18,7	0,3	692,3	
Aug.	2 288	114,1	75,1	131,8 ^{b)}	6,6	5,4	64,5	39,6	0,3	24,6	19,8	0,4	692,7	
Sept.	2 289	94,3	57,0	128,1	6,8	13,9	69,4	43,0	0,1	26,3	21,2	0,1	694,6	
Okt.	2 289	107,2	64,7	126,7	6,9	3,8	66,9	41,9	0,2	24,8	19,7	0,0	713,0	
Nov.	2 290	101,4	60,1	123,2	7,3	4,9	64,8	40,4	0,2	24,2	19,9	0,1	714,7	
Postsparkassen — Postscheckämter														
Juli	18	62,5	51,0	0,2	0,0	0,5	—	—	—	—	—	—	232,8	
Aug.	18	59,1	48,2	0,6	0,1	—	—	—	—	—	—	—	232,3	
Sept.	18	43,1	32,3	0,8	0,0	—	—	—	—	—	—	—	231,7	
Okt.	18	64,9	54,3	0,5	0,1	—	—	—	—	—	—	—	233,2	
Nov.	18	70,8	59,6	0,0	0,0	—	—	—	—	—	—	—	233,3	
Sonstige Geldinstitute														
Juli	48	29,7	28,8	36,4	0,9	0,3	40,0	30,5	4,8	4,7	4,4	1,2	86,6	
Aug.	54 ^{a)}	18,4	17,3	59,6 ^{b)}	1,0	0,2	4,6	100,3	91,4	3,3	5,6	4,8	87,3	
Sept.	56	79,6	78,5	67,7	1,3	0,6	8,9	89,5	85,5	2,9	1,1	0,0	100,8	
Okt.	56	104,5	103,5	72,8	1,1	0,3	16,4	82,6	77,8	3,7	1,1	0,0	90,7	
Nov.	56	67,1	65,9	55,4	1,1	15,4	15,9	95,6	84,8	9,5	1,3	0,2	88,5	

Fußnoten siehe Seiten 52/53

nach Bankengruppen
das westdeutsche Währungsgebiet*) 1)
Länder und der Landeszentralbanken
Mill. DM

Aktiva

Forderungen aus Report- u. Lomb.-geschäften		Vorschüsse a. verfrachtete o. eingelagerte Waren		Schuldner ⁷⁾						Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden		Kommunal-darlehen		durchl. Kredite - nur Treuhand-geschäfte -		Stand am Monatsende 1949
ins-gesamt	darunter Lomb. ford. gegen börsen-gängige Wert-papiere	ins-gesamt	darunter Rem-bours-kredite	Nichtbankenkundsch.			Geldinstitute			ins-gesamt	darunter neue (nach dem 20.6.48 ge-währte)	ins-gesamt	darunter neue (nach dem 20.6.48 ge-währte)	ins-gesamt	darunt. neue (nach dem 20.6.48 gew.)	
				ins-gesamt	dar- unter Valuta- ford. aus der RM-Zeit	mittel- und langfrist. Forde-rungen	ins-gesamt	dar- unter Valuta- ford. aus der RM-Zeit	mittel- und langfrist. Forde-rungen							
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	

Alle Banken

20,3	1,0	114,3	0,6	4 290,1 ⁷⁾	.	268,7	503,4	.	70,4	720,7	187,0	128,2	35,0	381,0	.	Juli
5,6	0,8	147,9	1,0	4 918,6	266,5	569,9 ⁹⁾	525,4	14,4	96,0 ⁹⁾	765,1	230,9	136,0	40,8	241,2 ¹⁰⁾	.	Aug.
4,7	0,8	144,7	0,6	5 289,9	267,3	635,3	492,9	15,1	141,0	820,1	289,4	142,5	48,0	284,6	.	Sept.
6,1	0,7	199,1	—	5 913,0	268,8	787,3	619,9	15,3	148,8	889,6	361,7	149,6	58,3	343,6	268,8	Okt.
5,7	0,6	230,2	—	6 385,7	271,3	866,7	670,8	14,5	180,2	956,9	407,3	163,4	72,8	382,0	303,7	Nov.

Kreditbanken

16,0	0,6	89,9	0,5	2 553,7 ⁷⁾	.	33,1	45,9	.	11,5	96,0	24,5	5,5	2,0	9,7	.	Juli
2,0	0,4	118,0	0,8	2 985,9	248,9	35,4	58,6	12,0	11,8	100,4	27,4	5,4	2,0	12,7	.	Aug.
1,5	0,4	116,1	0,4	3 207,9	255,6	46,0	52,5	12,5	13,0	103,1	30,4	5,6	2,1	16,4	.	Sept.
0,7	0,5	167,4	—	3 580,8	259,2	56,4	71,4	12,7	0,2	106,7	35,1	5,7	2,3	20,4	17,8	Okt.
0,8	0,4	188,5	—	3 809,8	261,0	74,0	74,5	12,0	0,5	112,7	41,2	6,1	2,6	15,6	13,0	Nov.

Hypothekenbanken und Öff.-rechtl. Grundkreditanstalten

0,1	0,0	—	—	42,9 ⁷⁾	.	23,1	0,0	.	4,6	280,2	84,8	23,2	3,6	41,1	.	Juli
0,0	0,0	—	—	43,0	—	27,5	0,2	—	5,1	299,0	103,8	23,9	4,3	53,7	.	Aug.
0,1	0,1	—	—	50,1	—	24,4	0,2	—	5,1	328,6	134,5	24,9	5,2	67,6	.	Sept.
0,1	0,1	—	—	46,7	—	25,1	0,1	—	6,8	360,7	168,0	24,5	5,5	75,4	68,8	Okt.
0,1	0,1	—	—	58,2	0,4	6,7	0,1	—	7,1	390,9	177,4	25,2	6,2	91,5	84,6	Nov.

Girozentralen

3,0	—	3,8	—	246,9 ⁷⁾	.	78,0	277,3	.	19,3	70,5	29,5	77,7	24,0	158,6	.	Juli
2,1	—	5,4	—	281,7	0,9	100,4	276,7	0,2	12,6	82,7	40,8	83,2	28,1	98,8 ¹⁰⁾	.	Aug.
2,0	—	0,4	0,1	278,2	0,1	108,1	252,7	0,2	28,9	90,2	49,5	87,2	33,0	118,5	.	Sept.
4,3	—	0,4	—	324,5	0,1	118,0	322,4	0,2	31,6	102,3	62,1	92,9	40,3	144,5	136,9	Okt.
3,8	—	5,0	—	365,7	0,5	125,6	349,3	0,2	46,7	107,4	67,1	102,4	49,8	162,6	155,1	Nov.

Sparkassen

0,9	0,3	0,8	0,1	770,9 ⁷⁾	.	67,7	6,0	.	14,0	260,9	40,0	21,8	5,4	67,4	.	Juli
0,9	0,3	1,8	0,2	846,6	2,2	74,0	7,2	0,3	15,2	269,6	50,2	23,4	6,4	20,3 ¹⁰⁾	.	Aug.
0,6	0,2	2,3	0,2	913,9	1,0	83,7	9,0	0,3	15,8	284,0	65,6	24,8	7,6	24,0	.	Sept.
0,5	0,1	2,1	—	1 031,9	0,7	93,0	9,5	0,3	15,9	305,2	86,4	26,4	10,2	34,4	29,5	Okt.
0,6	0,1	3,8	—	1 147,1	0,5	105,5	7,9	0,7	15,9	330,4	110,7	29,8	14,2	42,0	32,9	Nov.

Zentralkassen

0,2	—	—	—	106,8 ⁷⁾	.	3,0	171,7	.	0,5	0,1	0,0	—	—	1,5	.	Juli
0,4	—	—	—	139,1	0,3	4,7	173,3	—	0,4	0,1	0,0	—	—	1,6	.	Aug.
0,4	—	—	—	160,0	0,1	5,8	167,8	0,0	0,4	0,1	0,0	—	—	1,6	.	Sept.
0,3	—	—	—	158,2	0,1	6,8	196,3	0,0	0,6	0,1	0,0	—	—	1,8	0,6	Okt.
0,2	—	—	—	174,4	0,1	7,1	214,7	0,0	1,2	0,1	0,0	—	—	1,9	1,0	Nov.

Kreditgenossenschaften

0,1	0,0	0,0	—	433,4 ⁷⁾	.	45,8	0,7	.	0,5	12,8	8,1	0,1	0,0	1,9	.	Juli
0,1	0,0	0,4	—	466,6	7,0	50,1	4,1	—	0,6	13,1	8,5	0,0	0,0	1,4 ¹⁰⁾	.	Aug.
0,2	0,0	0,6	—	501,8	3,5	53,9	4,1	—	0,5	14,0	9,5	0,1	0,0	1,9	.	Sept.
0,2	0,0	0,7	—	557,5	2,2	60,9	5,3	—	0,5	14,3	9,8	0,0	0,0	3,2	3,2	Okt.
0,2	0,0	0,2	—	611,9	2,2	64,0	6,1	—	0,6	15,1	10,6	0,0	0,0	3,1	3,0	Nov.

Postsparkassen — Postscheckämter

—	—	—	—	—	—	—	—	.	—	—	—	—	—	—	.	Juli
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	.	Aug.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	.	Sept.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	.	Okt.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	.	Nov.

Sonstige Geldinstitute

0,1	0,0	19,7	—	135,5 ⁷⁾	.	18,0	1,8	.	20,0	0,2	0,0	—	—	100,9	.	Juli
0,1	—	22,2	—	155,7	7,4	277,8 ⁹⁾	5,3	1,3	50,4 ⁹⁾	0,2	0,1	—	—	52,7 ¹⁰⁾	.	Aug.
0,0	—	25,2	—	178,1	7,1	313,3	6,5	1,6	77,3	0,2	0,1	—	—	54,6	.	Sept.
—	—	28,5	—	213,3	6,6	427,2	15,1	1,6	93,0	0,3	0,1	—	—	64,0	12,2	Okt.
—	—	32,7	—	218,8	6,6	483,7	18,1	1,6	108,3	0,3	0,2	—	—	65,2	14,0	Nov.

Passiva

Stand am Mo- nats- ende 1949	Einlagen													seitens der Kund- schaft bei Dritten be- nutzte Kredite
	auf Anlage- konto	auf Fest- konto	auf Freikonto		von Spalte 33 entfallen auf									
			mit	ohne	Einl. v. Geldinstituten			Einl. d. öffentl. Hand		sonstige Gläubiger				
			Einlagen von Geldinstituten		ins- gesamt	darunter		ins- gesamt	darunter Termin- ein- lagen	ins- gesamt	darunter		Spar- einlagen	
			insgesamt	Währungs- guthaben fürgestellte Akkrediti- ve		Termin- ein- lagen	insgesamt				Währungs- guthaben fürgestellte Akkrediti- ve	Termin- ein- lagen		
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	

Alle Banken

Juli	366,7	40,3	13 246,8	11 646,3	1 600,5	.	455,8	2 587,7	1 214,7	6 474,2	.	687,4	2 584,4	15,7
Aug.	361,3	34,0	13 730,7	12 064,4	1 666,3	9,5	401,0	2 684,7	1 227,3	6 695,1	145,6	712,3	2 684,6	15,5
Sept.	356,6	27,4	13 985,1	12 331,1	1 654,0	10,0	369,8	2 636,5	1 211,9	6 943,3	249,7	724,6	2 751,3	17,9
Okt.	347,7	22,9	14 236,5	12 796,9	1 439,6	13,5	379,6	2 675,8	1 244,8	7 300,0	407,5	764,9	2 821,1	19,0
Nov.	339,1	19,8	14 294,3	12 921,8	1 372,5	16,6	363,0	2 786,3	1 343,3	7 234,0	487,9	697,2	2 901,5	22,0

Kreditbanken

Juli	71,7	6,7	4 628,5	4 081,3	547,2	.	128,7	568,2	226,9	3 271,0	.	472,9	242,1	4,5
Aug.	69,2	5,7	4 740,1	4 247,5	492,6	3,0	109,2	550,9	228,9	3 443,4	133,7	484,4	253,2	3,0
Sept.	66,9	4,2	4 849,9	4 385,4	464,5	3,9	76,1	541,2	248,5	3 579,5	236,4	495,2	264,7	3,5
Okt.	61,9	3,4	5 125,8	4 717,2	408,6	4,3	90,1	554,0	265,9	3 886,7	375,0	518,3	276,5	5,0
Nov.	57,0	2,9	5 221,8	4 815,6	406,2	6,4	90,2	636,5	290,6	3 891,6	453,0	512,6	287,5	5,7

Hypothekenbanken u. Öff.-rechtl. Grundkreditanstalten

Juli	0,1	0,0	16,0	12,3	3,7	.	2,4	8,8	0,0	3,3	.	1,1	0,2	—
Aug.	0,1	0,0	15,7	12,8	2,9	—	2,1	8,9	0,0	3,7	—	1,2	0,2	—
Sept.	0,1	0,0	19,5	16,9	2,6	—	1,5	13,2	0,2	3,5	—	1,2	0,2	—
Okt.	0,1	0,0	17,0	14,7	2,3	—	1,5	10,8	0,0	3,7	—	1,1	0,2	—
Nov.	0,1	0,0	12,3	10,5	1,8	—	1,3	6,7	0,0	3,6	—	1,2	0,2	—

Girozentralen

Juli	10,5	0,7	1 929,4	1 291,6	637,8	.	270,2	1 027,1	693,6	230,5	.	98,2	34,0	0,0
Aug.	9,9	0,6	2 007,7	1 290,4	717,3	3,1	236,8	1 020,6	688,4	234,2	3,9	106,2	35,6	0,1
Sept.	9,7	0,4	1 987,7	1 251,1	736,6	4,3	238,3	991,0	656,9	223,6	3,5	103,7	36,5	0,3
Okt.	9,2	0,3	1 890,7	1 289,5	601,2	5,3	229,6	1 013,3	685,6	239,4	14,0	95,0	36,8	0,0
Nov.	8,2	0,3	1 800,5	1 269,3	531,2	6,3	204,0	1 029,2	743,4	202,5	15,9	44,7	37,6	0,2

Sparkassen

Juli	206,9	22,4	4 205,7	4 165,6	40,1	.	14,1	827,8	284,2	1 552,9	.	49,2	1 784,9	10,8
Aug.	205,5	18,6	4 347,7	4 312,0	35,7	—	15,6	890,9	295,3	1 571,6	0,1	48,0	1 849,5	12,2
Sept.	203,9	14,7	4 457,9	4 424,8	33,1	—	11,6	893,7	290,3	1 642,5	0,7	53,6	1 888,6	13,8
Okt.	202,4	12,2	4 473,0	4 440,8	32,2	—	11,3	889,8	277,7	1 618,6	1,0	58,3	1 932,4	13,6
Nov.	200,4	10,8	4 543,1	4 504,0	39,1	—	18,2	903,2	291,6	1 616,3	1,4	61,6	1 984,5	14,8

Zentralkassen

Juli	4,2	0,1	311,5	100,6	210,9	.	27,5	5,5	0,6	88,0	.	18,4	7,1	—
Aug.	4,1	0,0	359,1	101,3	257,8	2,7	26,9	7,4	1,5	86,7	0,0	18,3	7,2	—
Sept.	3,5	0,0	360,4	101,8	258,6	1,7	32,0	10,7	2,1	83,7	0,0	15,8	7,4	0,2
Okt.	3,5	0,0	353,3	113,1	240,2	2,8	36,8	10,6	1,6	94,9	0,8	15,6	7,6	0,1
Nov.	3,4	0,0	330,5	94,7	235,8	3,2	38,7	11,9	3,4	75,0	0,9	15,4	7,8	0,1

Kreditgenossenschaften

Juli	56,1	6,1	1 190,3	1 181,4	8,9	.	0,8	29,2	4,9	725,7	.	18,9	426,5	0,3
Aug.	55,7	5,3	1 266,5	1 255,1	11,4	0,0	0,7	42,5	5,3	769,0	4,0	28,0	443,6	0,2
Sept.	55,9	4,4	1 289,0	1 278,7	10,3	—	0,8	33,7	6,1	789,2	0,4	27,1	455,8	0,2
Okt.	55,6	3,8	1 306,5	1 296,0	10,5	—	1,1	36,0	6,2	791,5	1,4	30,6	468,5	0,3
Nov.	55,0	3,1	1 318,4	1 307,0	11,4	—	1,3	36,0	6,4	788,0	1,6	32,1	483,0	0,1

Postsparkassen — Postscheckämter

Juli	14,0	3,6	779,5	670,1	109,4	.	—	96,2	—	491,1	.	—	82,8	—
Aug.	13,7	3,1	768,8	663,0	105,8	—	—	106,0	—	468,9	—	—	88,1	—
Sept.	13,6	2,8	798,7	685,7	113,0	—	—	102,3	—	492,3	—	—	91,1	—
Okt.	12,1	2,5	824,9	709,6	115,3	—	—	117,7	—	499,8	—	—	92,1	—
Nov.	11,8	2,3	824,8	708,3	116,5	—	—	113,8	—	500,8	—	—	93,7	—

Sonstige Geldinstitute

Juli	3,3	0,7	185,8	143,4	42,4	.	12,2	24,9	4,4	111,6	.	25,9	6,9	0,1
Aug.	3,1	0,7	225,1	182,3	42,8	0,8	9,6	57,5	8,0	117,7	3,8	26,3	7,1	—
Sept.	2,9	0,7	221,9	186,6	35,3	0,1	9,5	50,7	7,8	129,0	8,8	28,0	6,9	—
Okt.	2,9	0,7	245,2	215,9	29,3	1,1	9,1	43,4	7,8	165,5	15,3	46,0	7,0	—
Nov.	3,1	0,4	242,9	212,4	30,5	0,7	9,2	48,9	7,8	156,3	15,2	29,7	7,2	1,0

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Ohne Bank betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ²⁾ Sonstige im In- und Ausland aufgenommene Gelder und Kredite; stellungsgrundschulden bedingt. ³⁾ Aus der Differenz der Spalten 56 und 57 ergibt sich die Höhe des DM-Eigenkapitals der neu gegründeten Institute (Kreditanstalt für Wiederaufbau, Landwirtschaftliche Rentenbank usw.). ⁴⁾ Rückgang z. T. bedingt durch Umwandlung in Schuldverschreibungen. ⁵⁾ Siehe

nach Bankengruppen
das westdeutsche Währungsgebiet*) 1)
Länder und der Landeszentralbanken
Mill. DM

Passiva

Nostroverpflichtungen ²⁾				eigene Akzepte im Umlauf	Anleihen		Herkunft der Darlehen und längerfristig aufgenommenen Gelder (Spalten 51 und 48)			durchlaufende Kredite - nur Treuhandschäfte	Eigenkapital		eigene Ziehungen im Umlauf	Verbindl. aus Bürgschaften, Wechsel-u. Scheckbürgschaften, Gewährleistungsverträgen	Indossamentsvb.		Betrag der verkauften eigenen Ausgleichsfordernungen	Stand am Monatsende 1949
insgesamt	darunter				gegen Schuldverreibungen	sonstige Darlehen	Herkunft				insgesamt ⁴⁾	darunter gem. Währungsgesetz (36. DVO z. UG) ⁴⁾			insgesamt	darunter weiterbegebene fremde Bankakzepte		
	Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit	Nostroverpflicht. aus Lombardierung von Ausleihforderungen	für länger als 6 Monate hereingenommene Gelder und Kredite				Geldinstitute	öffentl. Stellen	sonstige									
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	

Alle Banken

891,0	.	224,8	44,2	810,2	753,2	250,0	.	.	.	406,3	339,6	.	62,2	437,2	1 291,9	68,9	67,3	Juli
1 407,7 ⁵⁾	269,0	219,9	296,5 ⁵⁾	1 000,1 ⁵⁾	775,0	331,2 ⁵⁾	.	.	.	270,6 ³⁾	492,8 ⁵⁾	347,7	69,3	662,3 ⁵⁾	1 426,4 ⁵⁾	99,1	75,3	Aug.
1 489,3	282,2	183,3	406,4	1 191,9	807,0	389,1	.	.	.	302,3	681,4	534,4	71,1	878,1	1 518,3	133,8	82,4	Sept.
1 335,6 ⁶⁾	288,1	261,2	70,1 ⁶⁾	1 498,4	1 085,1 ⁷⁾	521,9	128,4	333,7	129,9	356,4	836,8	509,6	85,2	1 140,1	1 832,1	173,5	88,9	Okt.
1 601,0	295,7	358,9	157,2	1 781,1	1 108,6	587,6	230,4	383,5	130,9	418,5	857,5	540,7	101,2	1 128,6	1 952,9	226,9	108,7	Nov.

Kreditbanken

164,3	.	18,1	3,9	645,5	141,9	23,7	.	.	.	9,7	94,2	.	8,4	342,6	767,7	25,8	10,4	Juli
398,8 ²⁾	246,8	15,4	5,6	762,3	145,7	26,0	.	.	.	12,7	93,8	93,8	9,8	507,7	855,3	35,2	12,9	Aug.
409,2	262,4	18,0	10,1	925,5	153,3	28,7	.	.	.	16,3	155,0	155,0	10,5	712,3	908,4	58,3	14,0	Sept.
421,1	268,1	18,8	15,9	1 159,8	158,6	41,8	17,3	30,5	9,9	20,4	161,6	152,8	11,4	953,3	1 079,4	74,6	17,7	Okt.
557,2	275,5	51,1	17,2	1 386,7	161,4	52,4	24,4	34,2	11,0	15,6	170,0	164,5	14,9	912,4	1 156,8	104,7	21,6	Nov.

Hypothekenbanken u. Öff. - rechtl. Grundkreditanstalten

20,9	.	0,2	0,4	—	444,1	52,3	.	.	.	55,2	73,4	.	—	0,1	—	—	27,1	Juli
34,5 ²⁾	9,8	0,7	0,3	—	451,8	39,7	.	.	.	72,2	74,9	74,9	—	0,1	—	—	31,9	Aug.
36,7	9,8	0,2	0,4	—	461,6	57,1	.	.	.	81,4	88,8	88,8	—	0,1	0,0	—	36,7	Sept.
40,0	10,0	0,4	0,5	—	471,4	77,0	19,8	42,2	15,5	86,0	95,8	65,4	—	0,1	0,0	—	38,3	Okt.
41,6	9,8	0,2	1,3	—	477,0	92,9	25,6	52,5	16,1	125,4	96,5	66,2	—	0,1	—	—	44,6	Nov.

Girozentralen

163,9	.	1,5	—	1,0	124,2	106,8	.	.	.	159,2	30,3	.	0,5	17,8	9,7	3,6	2,3	Juli
174,7 ²⁾	0,9	—	0,1	0,6	134,5	168,1	.	.	.	99,4 ³⁾	30,3	30,3	0,5	20,8	30,4	6,0	2,5	Aug.
161,2	0,7	0,0	0,1	2,5	149,1	184,9	.	.	.	118,5	38,7	38,7	0,7	33,8	57,8	16,2	3,5	Sept.
182,0	1,3	26,0	7,1	17,2	153,4	202,2	36,4	160,3	12,6	144,5	47,4	26,5	0,4	49,5	89,4	19,8	3,6	Okt.
214,0	1,7	44,0	19,6	30,0	156,9	210,4	45,2	170,9	13,9	162,6	51,8	33,0	0,4	86,7	89,4	15,7	3,6	Nov.

Sparkassen

213,7	.	85,4	13,7	10,4	0,1	35,9	.	.	.	78,2	91,5	.	3,0	17,9	53,6	0,9	19,2	Juli
220,2 ²⁾	0,1	92,3	14,5	12,8	0,0	44,2	.	.	.	30,5 ³⁾	91,4	91,4	4,1	20,5	61,5	2,9	19,8	Aug.
201,4	0,1	80,2	13,2	14,9	0,1	57,4	.	.	.	27,8	159,3	159,3	4,6	21,0	63,7	2,3	19,5	Sept.
265,2	0,1	106,1	20,8	19,7	—	60,1	24,2	52,6	4,1	36,6	192,0	186,7	5,1	21,8	73,5	2,8	20,5	Okt.
304,0	0,1	117,8	27,2	28,1	—	71,6	33,8	61,9	3,1	44,6	194,2	192,4	5,8	23,6	91,6	8,4	28,7	Nov.

Zentralkassen

137,0	.	73,9	4,3	59,5	—	—	.	.	.	1,5	3,2	.	14,4	19,4	159,4	21,6	1,7	Juli
128,6 ²⁾	0,1	65,5	4,1	82,4	—	—	.	.	.	1,6	4,7	4,7	15,8	39,7	192,8	23,6	1,7	Aug.
114,0	0,0	42,1	4,1	95,0	—	—	.	.	.	1,6	8,5	8,3	13,0	32,8	204,2	29,2	1,7	Sept.
119,2	0,0	56,1	3,1	102,2	—	0,9	2,0	0,1	1,9	1,8	15,3	11,7	19,9	36,6	222,0	35,0	1,7	Okt.
139,5	0,0	85,6	2,2	122,4	—	0,2	0,9	1,1	0,4	1,9	15,6	13,1	24,6	44,0	229,3	47,5	1,7	Nov.

Kreditgenossenschaften

161,2 ²⁾	.	44,9	15,2	50,3	—	2,1	.	.	.	1,7	25,6	.	23,5	25,3	80,3	0,7	5,6	Juli
154,6 ²⁾	2,3	45,3	14,3	56,9	—	2,4	.	.	.	1,6 ³⁾	35,4	35,4	25,7	25,0	89,2	0,2	5,6	Aug.
148,7	0,1	42,2	11,2	61,0	0,0	2,3	.	.	.	2,1	55,0	54,2	28,1	34,3	96,5	0,2	5,9	Sept.
179,8	0,0	53,0	14,0	75,1	—	2,7	4,0	5,1	7,6	3,2	63,1	45,1	33,4	29,9	110,1	0,3	6,2	Okt.
200,9	0,0	59,6	13,7	89,5	—	3,3	4,5	4,6	7,9	3,2	67,8	47,4	40,3	28,8	128,6	0,2	7,7	Nov.

Postsparkassen — Postscheckämter

—	—	—	—	—	—	—	.	.	.	—	—	.	—	—	—	—	—	—	Juli
—	—	—	—	—	—	—	.	.	.	—	—	.	—	—	—	—	—	—	Aug.
—	—	—	—	—	—	—	.	.	.	—	—	.	—	—	—	—	—	—	Sept.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	.	—	—	—	—	—	—	Okt.
0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	.	—	—	—	—	—	—	Nov.

Sonstige Geldinstitute

29,8	.	0,7	6,7	43,6	42,9	29,2	.	.	.	100,9	21,4	.	12,4	16,0	221,1	16,2	1,0	Juli
296,5 ²⁾	9,1	0,8	257,7 ⁵⁾	85,1 ⁵⁾	42,9	50,8 ⁵⁾	.	.	.	52,7 ³⁾	162,3 ⁵⁾	17,2	13,6	48,5 ⁵⁾	197,2	31,3	1,0	Aug.
418,1	9,1	0,6	367,2	93,0	42,9	58,7	.	.	.	54,6	176,2	30,2	14,1	43,9	187,7	27,6	1,0	Sept.
128,4 ⁹⁾	8,6	0,9	8,7 ⁶⁾	124,5	301,6 ⁷⁾	137,1	24,6	43,0	78,2	64,0	261,5	21,4	15,0	48,9	257,7	41,1	1,0	Okt.
143,6	8,6	0,7	76,0	124,3	313,4	156,8	96,1	58,3	78,4	65,2	261,6	23,9	15,2	33,0	257,2	50,5	1,0	Nov.

deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM ab August 1949 sind Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit einbezogen. ³⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder verwalteten Um- und des von einzelnen Instituten bereits neu gebildeten Eigenkapitals. ⁵⁾ Veränderung z. T. beeinflusst durch Neuaufnahme mehrerer Spezialinstitute (z. B. Anmerkung 6). ⁸⁾ Im November-Bericht war diese Zahl durch ein drucktechnisches Versehen mit 616,2 angeben.

Bilanzzahlen:
Wöchentliche Bankenstatistik für
Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder
in

Aktiva

Stand am	Barreserve ¹⁾		Nostroguthaben		sonstige Bankguthaben ²⁾	Währungsguthaben bei der BdL f. gestellte Akkreditive	Wechsel		
	insgesamt	darunter LZB-Guthaben	insgesamt	darunter Postscheckguthaben			insgesamt (ohne eigene Akzepte)	davon Handelswechsel ⁴⁾	
									1
1948									
31. 10.	452,4	378,1	468,4	20,8	.	.	773,6	644,2	
30. 11.	700,4	628,0	621,5	25,4	.	.	639,4	493,5	
31. 12.	717,1	644,9	510,8	34,1	.	.	706,8	575,7	
1949									
31. 1.	670,8	607,6	619,0	19,7	.	.	716,4	636,2	
28. 2.	567,1	506,8	723,7	22,8	.	.	774,9	683,7	
31. 3.	638,4	577,4	705,3	17,9	.	.	792,6	693,8	
30. 4.	707,6	640,1	739,0	18,0	.	.	829,2	734,3	
31. 5.	642,3	577,7	864,8	15,5	.	.	993,9	870,8	
30. 6.	564,6	501,3	821,9	18,6	.	.	1079,5	921,2	
31. 7.	402,4	331,1	798,2	17,8	31,2	.	1164,1	948,6	
31. 8.	466,0	398,8	798,0	17,3	43,9	.	1080,1	872,8	
30. 9.	392,7	327,0	785,4 ⁵⁾	14,1	42,7	184,7	1097,4	918,9	
31. 10.	374,1	305,3	666,1	15,1	50,4	283,7	933,0	761,6	
30. 11.	402,3	326,5	637,5	14,6	131,6	360,1	777,3	649,8	
7. 12.	488,5	416,6	670,7	16,0	145,9	353,9	764,3	651,0	
15. 12.	456,3	384,1	682,0	13,6	128,7	355,8	760,4	654,8	
21. 12.	631,9	553,7	685,3	13,4	121,4	332,8	795,3	688,1	
31. 12.	563,1	488,6	642,3	31,4	104,4	315,7	893,7	758,5	

Passiva

Stand am	Einlagen								
	Einlagen auf Anlagekonto	Einlagen auf Festkonto	Einlagen auf Freikonto		von Spalte 19 entfallen auf				
			mit Einlagen von Geldinstituten	ohne Einlagen von Geldinstituten	Einlagen von Geldinstituten			Einlagen der öffentl. Hand	
					insgesamt	Währungsguthaben für gestellte Akkreditive	Termineinlag.	insgesamt	darunter Termineinlag.
17	18	19	20	21	22	23	24	25	
1948									
31. 10.	.	424,6	3 082,6	2 501,1	581,5	.	65,1	825,0	279,7
30. 11.	45,7	164,3	3 583,9	2 885,5	698,4	.	95,5	1 057,6	385,5
31. 12.	75,6	84,2	3 688,0	3 059,7	628,3	.	96,4	1 065,4	482,5
1949									
31. 1.	86,2	53,9	3 941,8	3 285,9	655,9	.	119,1	1 259,4	649,7
28. 2.	91,2	41,6	4 131,6	3 463,1	668,5	.	111,2	1 294,7	734,1
31. 3.	97,1	25,9	4 301,7	3 559,7	742,0	.	145,7	1 288,8	739,4
30. 4.	99,5	17,2	4 575,7	3 833,3	742,4	.	176,7	1 490,8	808,2
31. 5.	101,4	10,7	4 838,6	3 919,3	919,3	.	191,7	1 446,2	832,9
30. 6.	95,2	8,1	4 984,2	4 053,5	930,7	.	213,6	1 450,4	890,2
31. 7.	79,2	6,7	4 886,6	4 029,4	857,2	.	228,7	1 420,6	940,2
31. 8.	76,5	5,9	4 932,3	4 046,9	885,4	.	221,0	1 373,8	923,9
30. 9.	74,7	4,2	5 055,4	4 150,8	904,6	7,5	215,9	1 349,7	907,2
31. 10.	71,7	3,3	5 124,1	4 362,8	761,3	9,3	223,7	1 370,1	918,8
30. 11.	68,8	2,8	5 107,9	4 368,9	739,0	10,5	224,6	1 441,4	998,1
7. 12.	67,4	2,8	5 116,3	4 403,2	713,1	12,0	220,1	1 449,9	958,7
15. 12.	66,1	2,6	5 158,2	4 453,4	704,8	12,2	203,1	1 524,1	1 001,7
21. 12.	65,0	2,5	5 285,3	4 535,7	749,6	12,4	207,2	1 596,1	1 019,2
31. 12.	64,2	2,2	5 252,6	4 486,6	766,0	10,9	223,8	1 478,6	969,1

¹⁾ Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. nur Schatzwechsel erfaßt. ²⁾ Bis einschließlich 30. Juni 1949 sind noch geringfügige Beträge an sonstigen Wechseln enthalten. ³⁾ Ohne die Beträge der 11 Institute von Niedersachsen. ⁴⁾ Ab August 1949 sind Valutaverpflichtungen aus der RM-Zeit

112 Geldinstitute

das westdeutsche Währungsgebiet*)

und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten

Mill. DM

Aktiva

Wechsel			Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen ³⁾	Schuldner - nur kurzfristige Forderungen -			sonstige kurzfristige Forderung. - Report, Lombard, Waren vorschüsse-	Stand am
davon				Nichtbankenkundschaft		Geldinstitute		
fremde Bankakzepte	sonstige Wechsel			insgesamt	dar. Valutaford. aus d. RM-Zeit			
	insgesamt	darunter Debitorenzieh.	insgesamt			dar. Valutaford. aus d. RM-Zeit		
9	10	11	12	13	14	15	16	
								1948
129,4	.	.	.	768,3	.	166,2	22,1	31. 10.
110,5	.	35,4	.	942,9	.	204,2	35,4	30. 11.
95,6	.	35,5	0,5	996,4	.	230,8	29,1	31. 12.
								1949
62,4	.	17,8	5,3	1 078,6	.	248,5	43,3	31. 1.
74,1	.	17,1	5,7	1 213,9	.	238,7	51,1	28. 2.
81,0	.	17,8	8,5	1 309,1	.	238,9	64,2	31. 3.
77,4	.	17,5	9,7	1 400,8	.	275,1	73,0	30. 4.
103,1	.	20,0	10,8	1 436,9	.	243,7	70,9	31. 5.
134,6	.	23,7	9,7	1 538,7	.	245,2	65,5	30. 6.
176,8	38,7	32,1	9,6	1 748,2 ⁵⁾	85,9	269,9	64,5	31. 7.
166,7	40,6	30,5	35,9	1 911,7	114,6	276,0	95,6	31. 8.
140,9	37,6	31,0	33,7	2 040,3	122,3	258,8	86,1	30. 9.
139,5	31,9	27,3	55,5	2 341,6	119,7	330,7	91,2	31. 10.
96,1	31,4	23,6	110,3	2 493,2	120,5	353,2	118,0	30. 11.
82,5	30,8	24,7	84,1	2 397,3	121,2	361,5	115,5	7. 12.
75,3	30,3	25,3	84,2	2 467,0	121,9	385,0	115,9	15. 12.
77,2	30,0	25,0	84,6	2 428,6	121,2	398,4	122,4	21. 12.
102,3	32,9	24,1	95,8	2 489,1	122,0	338,5	121,9	31. 12.

Passiva

Einlagen				Nostroverpflichtungen ⁶⁾			eigene Akzepte im Umlauf	eigene Ziehungen im Umlauf	Eig. Indossamentsverb.		Betrag der verkauften eigenen Ausgleichsforderung.	Stand am
von Spalte 19 entfallen auf				insgesamt	darunter				insgesamt	darunter weiterbegebene fremd. Bankakzepte		
sonstige Gläubiger			Spar-einlagen		Valuta-verpflichtungen aus der RM-Zeit	Nostrover-pflicht. aus Lombard.v. Ausgleichs-forderung.						
insgesamt	darunter											
	Währungs-guthaben für gestellte Akkreditive	Termineinl.										
26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	
												1948
1 522,2	.	110,2	153,9	102,6	.	.	158,8 ⁷⁾	.	527,2	.	4,0	31. 10.
1 643,2	.	131,8	184,7	171,9	.	39,2	204,7	23,6	582,6	78,5	5,0	30. 11.
1 755,4	.	154,4	238,9	236,7	.	77,0	251,3	27,4	599,0	88,2	5,5	31. 12.
												1949
1 756,4	.	165,2	270,1	286,7	.	51,3	229,8	5,9	508,2	65,8	6,6	31. 1.
1 874,1	.	216,4	294,3	328,7	.	68,3	266,2	6,1	496,3	92,0	7,8	28. 2.
1 952,8	.	269,1	318,1	275,9	.	30,2	290,6	8,0	490,4	78,6	9,9	31. 3.
2 006,5	.	293,4	336,0	304,5	.	44,5	293,2	8,7	498,9	71,6	10,9	30. 4.
2 112,2	.	364,0	360,9	326,5	.	55,8	271,3	10,9	458,1	67,6	11,4	31. 5.
2 225,1	.	422,0	378,0	262,1	.	28,5	280,0	13,3	397,9	58,8	11,4	30. 6.
2 212,7	.	419,2	396,1	353,1	.	47,5	376,4	15,3	488,9	42,2	25,2	31. 7.
2 262,1	.	419,7	411,0	459,4 ⁸⁾	109,4	40,0	487,6	15,9	604,3	55,8	26,2	31. 8.
2 381,5	169,2	413,0	419,6	444,6	124,0	31,7	616,9	13,3	640,3	81,7	27,3	30. 9.
2 560,4	261,1	415,6	432,3	470,8	124,3	60,7	795,8	19,7	750,5	98,8	27,4	31. 10.
2 481,3	353,1	353,5	446,2	603,9	127,1	121,2	977,9	26,7	848,2	151,3	34,5	30. 11.
2 503,3	319,3	366,2	450,0	562,9	127,1	145,0	986,1	26,2	850,1	160,3	35,6	7. 12.
2 476,3	322,6	367,9	453,0	635,5	127,8	199,0	976,0	24,0	838,0	158,0	39,9	15. 12.
2 484,4	299,5	377,9	455,2	662,4	127,8	210,8	986,3	24,1	828,2	163,5	41,7	21. 12.
2 535,7	284,5	427,0	472,3	542,7	129,8	124,7	1 020,9	26,1	925,2	183,4	71,8	31. 12.

1) Kasse und Landeszentralbankguthaben. 2) Einschließlich mittel- und langfristiger Guthaben. 3) Bis einschließlich 30. Juni 1949 sind
6) Ab Juli 1949 sind Valutaforderungen aus der RM-Zeit einbezogen. 8) Sonstige im In- und Ausland aufgenommene Gelder und
einbezogen. 9) Ab September sind die Zahlen der Spalte 6 ausgliedert.

Volkswirtschaftliches Kreditvolumen:

in

Stand am Ende des Monats — der Woche	I. Kredite an die Nicht-														
	Kredite an die Nichtbankenkundenschaft										die Spalten 1-9				
	kurzfristige Kredite		davon								Wirtschaftsunternehmen				
	insgesamt	darunter Valutaforderungen aus der RM-Zeit	Schuldner - kurzfristige Forderungen -				sonstige kurzfristige Kredite ¹⁾	Wechsel ⁵⁾ obligo der Kundenschaft, Schatzwechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	mittel- und langfristige Kredite ²⁾	durchlaufende Kredite	insgesamt	darunter Valutaforderungen aus der RM-Zeit	Schuldner - kurzfristige Forderungen -		
			insgesamt	darunter									insgesamt	darunter	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		

Monatliche Bankenstatistik
Gesamterhebung der Bank deutscher

1948														
Juli	1 339,2	.	165,0	.	.	5,7	1 168,5	.	.	1 243,7	.	91,5	.	.
Aug.	2 378,3	.	826,5	.	.	20,5	1 531,3	.	.	2 243,8	.	751,2	.	.
Sept.	3 196,4	.	1 449,2	.	.	40,8	1 706,4	.	.	3 011,0	.	1 382,2	.	.
Okt.	3 818,6	.	1 979,3	.	.	53,8	1 785,5	.	.	3 549,8	.	1 904,1	.	.
Nov.	4 333,1	.	2 345,2	.	.	79,1	1 908,8	239,1	.	4 034,9	.	2 280,5	.	.
Dez.	4 684,3	.	2 466,7	.	.	81,8	2 135,8	473,3	.	4 388,8	.	2 418,2	.	.
1949														
Jan.	4 900,6	.	2 743,4	.	.	112,2	2 045,0	614,6	.	4 623,6	.	2 683,7	.	.
Febr.	5 264,7	.	3 062,8	.	.	134,0	2 067,9	646,0	.	4 951,7	.	2 980,3	.	.
März	5 551,2	.	3 206,4	.	.	161,9	2 182,9	705,3	.	5 234,9	.	3 141,3	.	.
April	5 886,9	.	3 464,2	.	.	187,7	2 235,0	744,4	.	5 577,5	.	3 400,2	.	.
Mai	6 123,6	.	3 636,4	.	.	193,1	2 294,1	790,4	.	5 769,4	.	3 511,3	.	.
Juni	6 406,7	.	3 928,4	.	1 082,2	160,0 ³⁾	2 318,3	1 018,1	.	6 017,1	.	3 773,5	.	1 081,4
Juli	6 823,1	.	4 290,1	.	1 184,8	131,2	2 401,8	1 117,6	.	6 447,0	.	4 138,6	.	1 179,2
Aug.	7 624,5 ⁷⁾	266,5	4 918,6 ⁷⁾	266,5	1 388,1	150,4	2 555,5	1 471,0 ¹¹⁾	168,9 ¹⁰⁾	7 238,4 ⁷⁾	264,2	4 793,3 ⁷⁾	264,2	1 387,7
Sept.	8 060,1	267,3	5 289,9	267,3	1 567,6	146,4	2 623,8	1 597,9	197,8	7 673,3	264,9	5 146,5	264,9	1 567,2
Okt.	8 871,9	268,8	5 913,0	268,8	1 868,1	201,0	2 757,9	1 826,5	240,9	8 468,8	267,6	5 760,8	267,6	1 865,2
Nov.	9 501,7	271,3	6 385,7	271,3	2 073,2	231,7	2 884,3	1 987,0	273,5	8 931,0	269,1	6 114,3	269,1	2 005,9

Wöchentliche Bankenstatistik
Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder
(kurzfristige)

1948														
31. 10.	1 429,5	.	768,3	.	.	14,6	646,6	.	.	1 376,6	.	723,4	.	.
30. 11.	1 642,8	.	942,9	.	.	22,7	677,2	.	.	1 600,0	.	908,7	.	.
31. 12.	1 818,1	.	996,4	.	.	16,2	805,5	.	.	1 787,5	.	966,7	.	.
1949														
31. 1.	1 882,2	.	1 078,6	.	.	32,0	771,6	.	.	1 843,4	.	1 048,2	.	.
28. 2.	2 000,0	.	1 213,9	.	.	37,1	749,0	.	.	1 962,6	.	1 183,3	.	.
31. 3.	2 088,0	.	1 309,1	.	.	46,2	732,7	.	.	2 039,8	.	1 270,6	.	.
30. 4.	2 209,1	.	1 400,8	.	.	53,8	754,5	.	.	2 160,4	.	1 363,9	.	.
31. 5.	2 290,5	.	1 436,9	.	.	54,2	799,4	.	.	2 226,5	.	1 386,8	.	.
30. 6.	2 380,7	.	1 538,7	.	.	48,4	793,6	.	.	2 311,0	.	1 482,0	.	.
31. 7.	2 607,7	85,9	1 748,2	85,9	608,6	59,0	800,5	.	.	2 531,0	85,9	1 683,4	85,9	608,3
31. 8.	2 848,3	114,6	1 911,7	114,6	689,0	93,3	843,3	.	.	2 739,0	114,6	1 840,5	114,6	689,0
30. 9.	2 997,6	122,3	2 040,3	122,3	764,3	83,9	873,4	.	.	2 877,3	122,3	1 957,2	122,3	764,3
31. 10.	3 338,7	119,7	2 341,6	119,7	957,2	87,1	910,0	.	.	3 190,9	119,7	2 251,2	119,7	957,2
30. 11.	3 597,6	120,5	2 493,2	120,5	1 053,6	114,0	990,4	.	.	3 353,5	120,5	2 364,2	120,5	1 049,1
31. 12.	3 688,0	122,0	2 489,1	122,0	1 040,9	117,4	1 081,5	.	.	3 364,5	122,0	2 265,4	122,0	1 036,4
7. 12.	3 481,9	121,2	2 397,3	121,2	1 028,8	111,5	973,1	.	.	3 269,7	121,2	2 273,9	121,2	1 024,3
15. 12.	3 559,5	121,9	2 467,0	121,9	1 058,2	111,6	980,9	.	.	3 336,6	121,9	2 333,0	121,9	1 053,7
21. 12.	3 536,2	121,2	2 428,6	121,2	1 073,2	117,5	990,1	.	.	3 328,6	121,2	2 309,9	121,2	1 068,7
31. 12.	3 688,0	122,0	2 489,1	122,0	1 040,9	117,4	1 081,5	.	.	3 364,5	122,0	2 265,4	122,0	1 036,4

¹⁾ Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ²⁾ For-schulden und Kommunaldarlehen. ³⁾ Einschließlich Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden. ⁴⁾ Einschließlich Kommunaldarlehen. ⁵⁾ Mo-Juni 1949 ohne unverzinsliche Schatzanweisungen. ⁶⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberück-institute ist nicht von Bedeutung. ⁷⁾ Die in der wöchentlichen Bankenstatistik ab Juli 1949 einbezogenen Valutaforderungen aus der RM-Zeit gewiesenen sonstigen kurzfristigen Kredite sind ab Juni 1949 in der Position Schuldner — kurzfristige Forderungen — mit enthalten, in der fristige Kredite ausgewiesenen Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren bis Mai 1949 einschließlich unter der Position Schuldner aus der RM-Zeit ab August 1949 mit aufgenommen. ¹⁰⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Länder verwalteten Umstellungsgrund-wirtschaftliche Rentenbank usw.).

Gesamtübersicht

Mill. DM

Bankenkundschaft										II. Kredite an Geldinstitute							Stand am Ende des Monats — der Woche
gliedern sich in Kredite an										davon							
und Private				Öffentliche Hand						kurzfristige Kredite insgesamt	Schuldner - kurzfristige Forderungen		sonstige kurzfristige Kredite ¹⁾	Wechselobligo der Kundschaft	mittel- und langfristige Kredite	durchlaufende Kredite	
davon				davon							insgesamt	darunter Akzeptkredite					
sonstige kurzfristige Kredite ¹⁾	Wechselobligo der Kundschaft	mittel- und langfristige Kredite ²⁾	durchlaufende Kredite	kurzfristige Kredite insgesamt	Schuldner - nur kurzfristige Forderungen	sonstige kurzfristige Kredite	Schatz- ³⁾ u. unverzinsliche Schatzanweisungen, sonstige Wechsel	mittel- und langfristige Kredite ⁴⁾	durchlaufende Kredite	insgesamt			darunter Akzeptkredite				
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	

für das westdeutsche Währungsgebiet⁶⁾)

Länder und der Landeszentralbanken

5,6	1 146,6	.	.	95,5	73,5	0,1	21,9	.	.	82,5	15,8	.	6,9	59,8	.	.	1948
19,3	1 473,3	.	.	134,5	75,3	1,2	58,0	.	.	372,5	78,8	.	12,7	281,0	.	.	Juli
34,2	1 594,6	.	.	185,4	67,0	6,6	111,8	.	.	763,4	133,2	.	14,1	616,1	.	.	Aug.
46,7	1 599,0	.	.	268,8	75,2	7,1	186,5	.	.	1 058,0	212,0	.	14,0	832,0	.	.	Sept.
73,5	1 680,9	210,1	.	298,2	64,7	5,6	227,9	29,0	.	1 056,7	284,2	.	22,4	750,1	36,6	.	Okt.
78,8	1 891,8	412,0	.	295,5	48,5	3,0	244,0	61,3	.	1 098,6	340,7	.	23,5	734,4	42,9	.	Nov.
																	Dez.
104,7	1 835,2	524,1	.	277,0	59,7	7,5	209,8	90,5	.	1 049,4	367,7	.	20,6	661,1	55,7	.	1949
130,4	1 841,0	550,9	.	313,0	82,5	3,6	226,9	95,1	.	1 120,4	366,5	.	25,5	728,4	59,9	.	Jan.
158,5	1 935,1	607,1	.	316,3	65,1	3,4	247,8	98,2	.	1 122,7	379,6	.	32,2	710,9	69,5	.	Febr.
182,7	1 994,6	650,6	.	309,4	64,0	5,0	240,4	93,8	.	1 219,9	446,1	.	36,9	736,9	71,9	.	März
187,9	2 070,2	695,6	.	354,2	125,1	5,2	223,9	94,8	.	1 304,2	431,9	.	32,4	839,9	88,6	.	April
159,1 ⁷⁾	2 084,5	888,4	.	389,6	154,9	0,9	233,8	129,7	.	1 375,1	472,9	9,0	5,9 ⁸⁾	896,3	70,2	.	Mai
130,8	2 177,6	953,4	297,1	376,1	151,5	0,4	224,2	164,2	20,8	1 543,3	503,4	11,4	3,4	1 036,5	70,4	63,1	Juni
150,1	2 295,0	1 279,8 ¹¹⁾	153,2 ¹⁰⁾	386,1 ⁹⁾	125,3 ³⁾	0,3	260,5	191,2	15,7 ¹⁰⁾	1 593,3 ⁹⁾	525,4 ⁸⁾	12,3	3,1	1 064,8	96,0 ¹¹⁾	72,3	Juli
146,3	2 380,5	1 394,2	180,9	386,8	143,4	0,1	243,3	203,7	16,9	1 560,5	492,9	15,0	3,0	1 064,6	141,0	86,8	Aug.
201,0	2 507,0	1 601,5	223,3	403,1	152,2	0,0	250,9	225,0	17,6	1 685,2	619,9	19,7	4,2	1 061,1	148,8	102,7	Sept.
231,7	2 585,0	1 759,7	255,4	570,7	271,4	0,0	299,3	227,3	18,1	1 638,6	670,8	20,1	4,2	963,6	180,2	108,5	Okt.
																	Nov.

für das westdeutsche Währungsgebiet⁷⁾)

und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten

Kredite)

13,4	639,8	.	.	52,9	44,9	1,2	6,8	.	.	787,7	166,2	.	7,5	614,0	.	.	1948
22,7	668,6	.	.	42,8	34,2	0,0	8,6	.	.	757,7	204,2	.	12,7	540,8	.	.	31. 10.
16,1	804,7	.	.	30,6	29,7	0,1	0,8	.	.	774,2	230,8	.	12,9	530,5	.	.	30. 11.
																	31. 12.
29,3	765,9	.	.	38,8	30,4	2,7	5,7	.	.	729,9	248,5	.	11,3	470,1	.	.	1949
36,7	742,6	.	.	37,4	30,6	0,4	6,4	.	.	772,1	238,7	.	14,0	519,4	.	.	31. 1.
45,8	723,4	.	.	48,2	38,5	0,4	9,3	.	.	812,7	238,9	.	18,0	555,8	.	.	28. 2.
53,1	743,4	.	.	48,7	36,9	0,7	11,1	.	.	883,4	275,1	.	19,2	589,1	.	.	31. 3.
53,5	786,2	.	.	64,0	50,1	0,7	13,2	.	.	927,6	243,7	.	16,7	667,2	.	.	30. 4.
47,7	781,3	.	.	69,7	56,7	0,7	12,3	.	.	950,5	245,2	.	17,1	688,2	.	.	31. 5.
58,9	788,7	.	.	76,7	64,8	0,1	11,8	.	.	1 066,7	269,9	10,8	5,5	791,3	.	.	30. 6.
93,2	805,3	.	.	109,3	71,2	0,1	38,0	.	.	1 065,4	276,0	11,3	2,3	787,1	.	.	31. 7.
83,8	836,3	.	.	120,3	83,1	0,1	37,1	.	.	1 036,1	258,8	14,1	2,2	775,1	.	.	31. 8.
87,0	852,7	.	.	147,8	90,4	0,1	57,3	.	.	1 072,9	330,7	14,7	4,1	738,1	.	.	30. 9.
114,0	875,3	.	.	244,1	129,0	—	115,1	.	.	994,4	353,2	13,6	4,0	637,2	.	.	31. 10.
117,4	981,7	.	.	323,5	223,7	—	99,8	.	.	995,5	338,5	12,9	4,5	652,5	.	.	30. 11.
																	31. 12.
111,5	884,3	.	.	212,2	123,4	—	88,8	.	.	994,2	361,5	13,3	4,0	628,7	.	.	7. 12.
111,6	892,0	.	.	222,9	134,0	—	88,9	.	.	971,5	385,0	14,0	4,3	582,2	.	.	15. 12.
117,5	901,2	.	.	207,6	118,7	—	88,9	.	.	983,5	398,4	11,9	4,9	580,2	.	.	21. 12.
117,4	981,7	.	.	323,5	223,7	—	99,8	.	.	995,5	338,5	12,9	4,5	652,5	.	.	31. 12.

derungen aus Report- und Lombardgeschäften, Warenvorschüssen (Rembourskredite). ²⁾ Einschließlich Hypotheken-, Grund- und Rentennatliche Bankenstatistik bis einschließlich Mai 1949 ohne unverzinsliche Schatzanweisungen; wöchentliche Bankenstatistik bis einschließlich sichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geld- sind in der monatlichen Bankenstatistik erst ab August aufgenommen. ³⁾ Alle außerdem noch bis Mai 1949 einschließlich in der Position aus- bis Mai nur Kontokorrent- und Akzeptkredite erfaßt wurden. Einzelne Institute haben die ab Juni 1949 unter der Position sonstige kurz- — kurzfristige Forderungen — gemeldet. ⁴⁾ Auch in die Zahlen der öffentlichen Hand und der Geldinstitute sind die Valutaforderungen schulden bedingt. ⁵⁾ Veränderung z. T. beeinflußt durch Neuaufnahme mehrerer Spezialinstitute (z. B. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Land-

Volkswirtschaftliches Kreditvolumen:
 Monatliche Bankenstatistik für
 Gesamterhebung der Bank deutscher
 in

I. Kredite an die Nicht-

Stand am Monats- ende 1949	Kredite an die Nichtbankenkundenschaft										Die Spalten 1-9			
	kurzfrist. Kredite ²⁾		d a v o n						kurzfrist. Kredite ²⁾		Wirtschaftsunternehmen			
	ins- gesamt	dar- unter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	Schuldner ²⁾			sonstige kurz- fristige Kredite ³⁾	Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- und lang- fristige Kredite ⁴⁾	durch- lau- fende Kredite	ins- gesamt	dar- unter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	Schuldner ²⁾		
			- kurzfristige Forderungen -									- kurzfristige Forderungen -		
			ins- gesamt	darunter								ins- gesamt	darunter	
Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	Akzept- kredite	Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit		Akzept- kredite										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	

Währungsgebiet

Juli	6823,1	.	4290,1	.	1184,8	131,2	2401,8	1117,6	317,9	6447,0	.	4138,6	.	1179,2
Aug.	7624,5	266,5	4918,6	266,5	1388,1	150,4	2555,5	1471,0 ⁸⁾	168,9 ⁸⁾	7238,4	264,2	4793,3	264,2	1387,7
Sept.	8060,1	267,3	5289,9	267,3	1507,6	146,4	2623,8	1597,9	197,8	7673,3	264,9	5146,5	264,9	1567,2
Okt.	8871,9	268,8	5913,0	268,8	1868,1	201,0	2757,9	1826,5	240,9	8468,8	267,6	5760,8	267,6	1865,2
Nov.	9501,7	271,3	6385,7	271,3	2073,2	231,7	2884,3	1987,0	273,5	8931,0	269,1	6114,3	269,1	2005,9

Bayern

Juli	1124,0	.	843,7	.	292,6	16,5	263,8	252,5	48,5	1103,0	.	824,5	.	292,2
Aug.	1206,3	7,3	930,2	7,3	347,3	3,3	272,8	266,7	34,2 ⁸⁾	1189,4	7,3	914,9	7,3	347,1
Sept.	1338,1	7,4	1046,0	7,4	403,3	3,5	288,6	287,3	38,3	1298,4	7,2	1007,7	7,2	403,2
Okt.	1422,1	7,4	1107,1	7,4	438,4	6,2	308,8	299,3	44,1	1395,4	7,1	1081,7	7,1	438,2
Nov.	1523,6	7,3	1190,0	7,3	472,2	6,2	327,4	309,2	56,5	1473,6	7,0	1142,0	7,0	472,1

Hessen

Juli	553,3	.	377,8	.	89,9	7,1	168,4	111,7	112,3	548,5	.	374,5	.	89,7
Aug.	620,2	17,0	431,8	17,0	109,1	7,2	181,2	122,6	28,7 ⁸⁾	606,7	16,8	424,4	16,8	108,9
Sept.	652,2	14,0	456,9	14,0	121,1	7,3	188,0	129,8	34,6	638,3	13,9	448,1	13,9	120,8
Okt.	726,2	14,0	513,0	14,0	142,1	8,5	204,7	136,4	38,9	711,9	13,9	504,8	13,9	141,9
Nov.	791,8	16,7	565,4	16,7	166,3	10,0	216,4	141,6	46,5	774,5	16,2	554,4	16,2	163,1

Württemberg-Baden

Juli	726,1	.	527,5	.	196,5	7,4	191,2	160,2	28,0	717,5	.	519,4	.	196,5
Aug.	796,7	9,2	580,8	9,2	210,7	8,9	207,0	183,4	33,0	787,5	9,2	572,7	9,2	210,7
Sept.	863,8	17,0	632,1	17,0	223,9	8,4	223,3	202,0	40,8	853,2	17,0	622,7	17,0	223,9
Okt.	948,1	16,9	704,7	16,9	250,7	11,3	232,1	227,3	47,8	922,6	16,9	682,2	16,9	250,7
Nov.	987,9	16,9	743,2	16,9	262,0	8,7	236,0	248,9	53,7	961,7	16,9	722,5	16,9	262,0

Bremen

Juli	201,0	.	153,4	.	24,9	4,8	42,8	18,6	2,2	198,0	.	152,4	.	24,9
Aug.	236,9	5,1	182,0	5,1	33,5	5,9	49,0	18,1	2,7	234,1	5,1	181,2	5,1	33,5
Sept.	249,4	4,7	190,7	4,7	39,3	6,7	52,0	19,2	3,3	246,6	4,7	189,9	4,7	39,3
Okt.	278,6	4,8	199,2	4,8	36,6	25,9	53,5	5,3	4,2	275,9	4,8	198,5	4,8	36,6
Nov.	316,1	4,7	228,2	4,7	56,7	31,8	56,1	27,7	4,7	309,7	4,7	225,0	4,7	56,7

Nordrhein-Westfalen

Juli	1845,2	.	911,9	.	214,9	7,4	925,9	309,7	50,6	1784,0	.	902,6	.	214,9
Aug.	2165,5	170,1	1145,7	170,1	234,8	8,9	1010,9	352,5	25,9 ⁸⁾	2042,2	169,3	1129,1	169,3	234,8
Sept.	2236,4	167,8	1200,2	167,8	258,6	2,8	1033,4	380,9	28,4	2125,7	167,1	1188,2	167,1	258,6
Okt.	2356,0	168,6	1311,3	168,6	291,3	2,0	1042,7	409,3	33,0	2235,5	167,8	1293,6	167,8	288,8
Nov.	2546,1	168,6	1418,2	168,6	316,3	5,0	1122,9	448,6	35,8	2363,6	167,6	1392,2	167,6	313,3

Niedersachsen

Juli	611,0	.	409,9	.	72,5	2,8	198,3	114,0	9,2	574,0	.	373,4	.	72,5
Aug.	652,2	5,0	441,9	5,0	83,5	3,9	206,4	124,2	9,8	612,8	5,0	404,1	5,0	83,5
Sept.	685,9	3,9	461,0	3,9	88,5	3,7	221,2	136,4	10,5	644,3	3,9	426,1	3,9	88,5
Okt.	732,0	4,0	499,6	4,0	96,0	3,9	228,5	155,0	16,9	688,4	4,0	463,8	4,0	96,0
Nov.	757,9	4,5	525,4	4,5	103,6	4,1	228,4	172,2	17,3	723,5	4,0	494,0	4,0	103,6

²⁾ Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Ohne Bank betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ²⁾ Die in der wöchentlichen Bankenstatistik ab Juli 1949 einbe- und Lombardgeschäften, Warenvorschüssen (Rembourskredite). ⁴⁾ Einschließlich Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden und Kommunalanleihen. Geldinstitute sind die Valutaforderungen aus der RM-Zeit ab August 1949 mit aufgenommen. ⁸⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der anstalt für Wiederaufbau, Landwirtschaftliche Rentenbank usw.).

nach Ländern
das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾)
Länder und der Landeszentralbanken
Mill. DM

bankenkundschaft										II. Kredite an Geldinstitute ²⁾							Stand am Mo- nats- ende 1949
gliedern sich in Kredite an										davon							
und Private				Öffentliche Hand ⁷⁾						kurz- fristige Kredite ins- gesamt 7)	Schuldner - kurzfristige Forderung.- ⁷⁾		sonst. kurz- fristige Kredite ³⁾	Wech- sel- obligo der Kund- schaft	mittel- und lang- fristige Kredite	durch- lau- fende Kre- dite	
davon		mittel- und lang- fristige Kredite ⁵⁾	durch- lau- fende Kredite	kurz- fristige Kredite ins- gesamt 7)	davon			mittel- und lang- fristige Kredite 6)	durch- lau- fende Kredite		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kre- dite					
sonstige kurz- fristige Kredite ³⁾	Wechsel- obligo der Kund- schaft				Schuld- ner - nur kurz- fristige Förde- rungen. 7)	son- stige kurz- frist. Kre- dite	Schatz- wechsel u. un- verzinsliche Schatzan- weisung. sonstige Wechsel										
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	

Währungsgebiet

130,8	2177,6	953,4	297,1	376,1	151,5	0,4	224,2	164,2	20,8	1543,3	503,4	11,4	3,4	1036,5	70,4	63,1	Juli
150,1	2295,0	1279,8 ⁹⁾	153,2 ⁸⁾	386,1	125,3	0,3	260,5	191,2	15,7 ⁸⁾	1593,3	525,4	12,3	3,1	1064,8	96,0 ⁹⁾	72,3	Aug.
146,3	2380,5	1394,2	180,9	386,8	143,4	0,1	243,3	203,7	16,9	1560,5	492,9	15,0	3,0	1064,6	141,0	86,8	Sept.
201,0	2507,0	1601,5	223,3	403,1	152,2	0,0	250,9	225,0	17,6	1685,2	619,9	19,7	4,2	1061,1	148,8	102,7	Okt.
231,7	2585,0	1759,7	255,4	570,7	271,4	0,0	299,3	227,3	18,1	1638,6	670,8	20,1	4,2	963,6	180,2	108,5	Nov.

Bayern

16,5	262,0	202,6	44,3	21,0	19,2	—	1,8	49,9	4,2	207,1	120,8	0,4	0,2	86,1	22,0	0,3	Juli
3,3	271,2	211,8	30,9 ⁸⁾	16,9	15,3	—	1,6	54,9	3,3 ⁸⁾	204,3	119,6	0,5	0,1	84,6	23,0	0,3	Aug.
3,5	287,2	236,1	33,5	39,7	38,3	—	1,4	51,2	4,8	190,0	104,1	0,5	0,2	85,7	39,9	0,3	Sept.
6,2	307,5	247,6	38,8	26,7	25,4	—	1,3	51,7	5,3	233,4	145,9	0,7	0,1	87,4	28,7	0,3	Okt.
6,2	325,4	274,9	49,9	50,0	48,0	—	2,0	34,3	6,6	244,6	137,1	0,9	0,1	107,4	42,9	0,3	Nov.

Hessen

7,1	166,9	91,7	105,3	4,8	3,3	—	1,5	20,0	7,0	170,1	51,8	6,5	0,0	118,3	0,9	1,0	Juli
7,2	175,1	97,0	26,4 ⁸⁾	13,5	7,4	—	6,1	25,6	2,3 ⁸⁾	183,7	57,9	5,7	0,0	125,8	0,9	1,0	Aug.
7,3	182,9	101,1	32,9	13,9	8,8	—	5,1	28,7	1,7	177,0	55,6	6,5	0,0	121,4	1,1	1,1	Sept.
8,5	198,6	108,1	37,0	14,3	8,2	—	6,1	28,3	1,9	207,1	68,1	12,6	0,0	139,0	1,9	1,1	Okt.
10,0	210,1	112,2	44,7	17,3	11,0	—	6,3	29,4	1,8	227,3	76,8	13,4	—	150,5	3,2	1,3	Nov.

Württemberg-Baden

7,4	190,7	140,6	25,7	8,6	8,1	—	0,5	19,6	2,3	187,3	33,1	0,7	3,0	151,2	8,1	0,3	Juli
8,9	205,9	154,7	30,5	9,2	8,1	—	1,1	28,7	2,5	176,5	31,6	1,0	2,1	142,8	0,7	0,6	Aug.
8,4	222,1	171,4	38,3	10,6	9,4	—	1,2	30,6	2,5	161,1	35,4	1,0	2,0	123,7	0,8	0,7	Sept.
11,3	229,1	195,0	45,3	25,5	22,5	—	3,0	32,3	2,5	165,8	46,3	1,3	3,9	115,6	1,5	0,6	Okt.
8,7	230,5	214,1	51,0	26,2	20,7	—	5,5	34,8	2,7	169,1	49,2	2,1	3,8	116,1	1,7	0,6	Nov.

Bremen

4,8	40,8	14,8	2,2	3,0	1,0	—	2,0	3,8	—	57,6	43,0	—	—	14,6	0,2	—	Juli
5,9	47,0	14,3	2,7	2,8	0,8	—	2,0	3,8	—	56,0	42,2	—	—	13,8	0,1	—	Aug.
6,7	50,0	15,2	3,3	2,8	0,8	—	2,0	4,0	—	61,2	41,4	—	—	19,8	0,1	—	Sept.
25,9	51,5	21,2	4,2	2,7	0,7	—	2,0	3,9	—	66,8	50,4	—	—	16,4	0,1	—	Okt.
31,8	52,9	23,8	4,7	6,4	3,2	—	3,2	3,9	—	63,0	52,7	—	—	10,3	0,1	—	Nov.

Nordrhein-Westfalen

7,0	874,4	282,6	50,5	61,2	9,3	0,4	51,5	27,1	0,1	551,5	66,6	—	—	484,9	10,5	46,5	Juli
8,6	904,5	321,8	25,8 ⁸⁾	123,3	16,6	0,3	106,4	30,7	0,1	555,4	74,4	—	0,7	480,3	10,6	54,6	Aug.
2,7	934,8	348,5	28,4	110,7	12,0	0,1	98,6	32,4	0,0	577,7	70,1	—	0,6	507,0	10,8	64,4	Sept.
2,0	939,9	374,3	31,9	120,5	17,7	—	102,8	35,0	1,1	580,7	87,4	0,1	—	493,3	11,0	76,4	Okt.
5,0	966,4	408,8	35,6	182,5	26,0	—	156,5	39,8	0,2	466,4	113,6	0,3	—	352,8	11,3	86,0	Nov.

Niedersachsen

2,8	197,8	87,8	9,0	37,0	36,5	—	0,5	26,2	0,2	110,7	52,1	0,0	—	58,6	26,4	13,1	Juli
3,9	204,8	95,8	9,6	39,4	37,8	—	1,6	28,4	0,2	107,9	51,9	0,0	—	56,0	27,6	13,2	Aug.
3,7	214,5	104,8	10,4	41,6	34,9	—	6,7	31,6	0,1	109,0	51,9	0,0	—	57,1	27,8	13,2	Sept.
3,9	220,7	119,2	16,8	43,6	35,8	—	7,8	35,8	0,1	125,3	61,7	0,0	—	63,6	29,3	13,5	Okt.
4,1	225,4	113,4	17,2	34,4	31,4	—	3,0	38,8	0,1	137,4	66,3	0,0	—	71,1	28,7	13,6	Nov.

deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM zogenen Valutaforderungen aus der RM-Zeit sind in der monatlichen Bankenstatistik erst ab August 1949 aufgenommen. ⁸⁾ Forderungen aus Report-
⁵⁾ Einschließlich Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden. ⁶⁾ Einschließlich Kommunaldarlehen. ⁷⁾ Auch in die Zahlen der öffentlichen Hand und der Länder verwalteten Umstellungsgrundschulden bedingt. ⁹⁾ Veränderung z. T. beeinflusst durch Neuaufnahme mehrerer Spezialinstitute (z. B. Kredit-

Volkswirtschaftliches Kreditvolumen:
 Monatliche Bankenstatistik für
 Gesamterhebung der Bank deutscher
 in

Stand am Monats- ende 1949	I. Kredite an die Nicht-														
	Kredite an die Nichtbankenkundschaft										Die Spalten 1-9				
	kurzfrist. Kredite ²⁾		d a v o n							Wirtschaftsunternehmen					
	ins- gesamt	dar- unter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	Schuldner ³⁾					Wechsel- obligo der Kund- schaft, Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisungen	mittel- und lang- fristige Kredite ⁴⁾	durch- lau- fende Kredite	kurzfrist. Kredite ²⁾		d a v o n		
			- kurzfristige Forderungen -		sonstige kurz- fristige Kredite ⁵⁾	Schuldner ³⁾					ins- gesamt	dar- unter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	Akzept- kredite	- kurzfristige Forderungen -	
ins- gesamt	dar- unter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	ins- gesamt	dar- unter	ins- gesamt		dar- unter									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		

Schleswig-Holstein

Juli	227,4	.	167,3	.	47,8	0,9	59,2	41,5	11,6	215,2	.	155,8	.	47,8
Aug.	241,7	0,1	179,4	0,1	51,5	2,3	60,0	41,2	13,9	229,3	0,1	167,8	0,1	51,5
Sept.	272,7	0,2	195,9	0,2	58,3	2,8	74,0	43,6	14,2	258,9	0,2	182,8	0,2	58,3
Okt.	289,0	0,2	213,9	0,2	61,3	3,2	71,9	46,5	18,7	270,0	0,2	195,5	0,2	61,3
Nov.	310,7	0,1	245,6	0,1	81,4	2,8	62,3	50,1	16,5	295,7	0,1	231,8	0,1	81,4

Hamburg

Juli	781,6	.	453,9	.	169,0	82,6	245,1	49,4	35,5	765,7	.	443,3	.	169,0
Aug.	883,8	42,2	530,2	42,2	191,2	108,8	244,8	58,3	11,1 ⁸⁾	871,6	42,2	523,3	42,2	191,2
Sept.	897,0	42,4	549,1	42,4	220,7	110,2	237,7	62,3	16,0	893,7	42,4	548,4	42,4	220,7
Okt.	1 115,0	44,4	717,6	44,4	354,9	139,3	258,1	73,9	20,1	1 111,4	44,4	716,6	44,4	354,9
Nov.	1 206,0	44,3	779,3	44,3	400,2	162,5	264,2	80,6	22,2	1 171,8	44,3	747,8	44,3	398,7

Rheinland-Pfalz

Juli	308,9	.	230,3	.	59,2	0,1	78,5	36,2	18,1	293,2	.	221,0	.	59,2
Aug.	333,2	8,2	247,1	8,2	65,1	0,1	86,0	38,3	7,2 ⁸⁾	316,3	6,9	237,7	6,9	65,1
Sept.	353,6	8,4	261,5	8,4	73,3	0,1	92,0	41,8	8,2	342,4	7,1	255,4	7,1	73,3
Okt.	393,1	6,9	289,5	6,9	82,0	0,1	103,5	46,6	9,1	377,5	6,9	280,3	6,9	82,0
Nov.	428,6	6,8	314,3	6,8	94,5	0,1	114,2	51,7	9,7	412,0	6,8	304,7	6,8	94,5

Baden

Juli	126,3	.	97,1	.	10,4	1,4	27,8	8,1	1,1	119,7	.	93,5	.	10,4
Aug.	135,5	1,3	107,3	1,3	14,1	0,9	27,3	9,3	0,9 ⁸⁾	129,8	1,3	103,8	1,3	14,1
Sept.	148,3	1,1	116,4	1,1	16,3	0,7	31,2	10,4	1,9	140,5	1,1	112,4	1,1	16,3
Okt.	181,9	1,0	146,1	1,0	19,0	0,6	35,2	12,3	6,1	171,7	1,0	141,4	1,0	19,0
Nov.	207,9	1,0	169,4	1,0	39,6	0,4	38,1	13,4	8,3	198,0	1,0	164,0	1,0	39,6

Württemberg-Hohenzollern

Juli	97,0	.	73,5	.	7,0	0,1	23,4	10,5	---	91,8	.	72,2	.	7,0
Aug.	108,6	1,1	84,8	1,1	9,3	---	23,8	11,6	0,0	103,5	1,1	83,4	1,1	9,3
Sept.	120,9	0,4	96,7	0,4	12,8	0,0	24,2	13,2	0,0	117,4	0,4	94,9	0,4	12,8
Okt.	132,6	0,4	108,9	0,4	14,3	0,0	23,7	14,9	0,0	130,2	0,4	106,6	0,4	14,3
Nov.	145,8	0,4	117,7	0,4	16,7	0,0	28,1	17,7	0,3	140,8	0,4	115,4	0,4	16,7

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

Juli	221,2	.	44,0	.	---	---	177,2	5,2	1,0	41,4	.	11,2	.	---
Aug.	243,8	---	57,4	---	38,1	0,1	186,3	244,6 ⁸⁾	1,5	115,1	---	50,8	---	38,1
Sept.	241,6	---	83,3	---	51,4	---	158,3	271,1	1,5	114,0	---	69,9	---	51,4
Okt.	297,7	---	102,5	---	81,5	---	195,2	380,0	2,0	178,4	---	96,0	---	81,5
Nov.	279,4	---	89,1	---	63,7	---	190,3	425,3	2,0	106,3	---	20,6	---	4,3

¹⁾ Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ²⁾ Ohne Bank betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ³⁾ Die in der wöchentlichen Bankenstatistik ab Juli 1949 einbe- und Lombardgeschäften, Warenvorschüssen (Rembourskredite). ⁴⁾ Einschließlich Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden und Kommunaldarlehen. der Geldinstitute sind die Valutaforderungen aus der RM-Zeit ab August 1949 mit aufgenommen. ⁵⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung anstatt für Wiederaufbau, Landwirtschaftliche Rentenbank usw.).

nach Ländern

das westdeutsche Währungsgebiet*) 1)
Länder und der Landeszentralbanken
Mill. DM

bankenkundschaft										II. Kredite an Geldinstitute ⁷⁾							Stand am Mo- nats- ende 1949
gliedern sich in Kredite an										davon							
und Private				Öffentliche Hand ⁷⁾						kurz- fristige Kredite ins- gesamt ⁷⁾	Schuldner - kurzfristige Forderung. ⁻⁷⁾		sonst. kurz- fristige Kre- dite ³⁾	Wech- sel- obligo der Kund- schaft	mittel- und lang- fristige Kre- dite	durch- lau- fende Kre- dite	
davon		mittel- und lang- fristige Kre- dite ⁵⁾	durch- lau- fende Kredite	kurz- fristige Kredite ins- gesamt ⁷⁾	davon			mittel- und lang- fristige Kre- dite ⁶⁾	durch- lau- fende Kredite		ins- gesamt	dar- unter Ak- zept- kredite					
sonstige kurz- fristige Kredite ⁸⁾	Wechsel- obligo der Kund- schaft				Schuld- ner - nur kurz- fristige Forde- rungen. ⁻⁷⁾	son- stige kurz- fristige Kre- dite	Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisung., sonstige Wechsel										
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	

Schleswig-Holstein

0,9	58,5	34,5	11,6	12,2	11,5	---	0,7	7,0	---	39,1	26,1	0,1	---	13,0	---	---	Juli
2,3	59,2	34,2	13,9	12,4	11,6	---	0,8	7,0	---	54,6	30,3	0,0	---	24,3	---	---	Aug.
2,8	73,3	36,2	14,2	13,8	13,1	---	0,7	7,4	---	53,6	25,2	0,1	---	28,4	---	---	Sept.
3,2	71,3	38,5	18,7	19,0	18,4	---	0,6	8,0	---	50,8	29,8	0,1	---	21,0	0,2	1,2	Okt.
2,8	61,1	41,1	16,5	15,0	13,8	---	1,2	9,0	---	51,4	31,2	0,1	---	20,2	0,2	1,2	Nov.

Hamburg

82,6	239,8	49,1	35,4	15,9	10,6	---	5,3	0,3	0,1	96,9	26,9	3,5	0,2	69,8	0,1	---	Juli
108,8	239,5	58,0	11,0 ⁸⁾	12,2	6,9	---	5,3	0,3	0,1	102,8	35,4	4,4	0,2	67,2	0,2	---	Aug.
110,2	235,1	62,0	15,9	3,3	0,7	---	2,6	0,3	0,1	85,0	35,4	6,3	0,3	49,3	0,2	2,7	Sept.
139,3	255,5	73,5	20,0	3,6	1,0	---	2,6	0,4	0,1	85,5	35,4	4,2	0,2	49,9	0,3	4,7	Okt.
162,5	261,5	80,2	22,1	34,2	31,5	---	2,7	0,4	0,1	94,2	38,0	2,3	0,2	56,0	0,3	0,5	Nov.

Rheinland-Pfalz

0,1	72,1	31,7	12,1	15,7	9,3	---	6,4	4,5	6,0	70,6	48,8	---	---	21,8	0,9	1,8	Juli
0,1	78,5	33,2	1,5 ⁸⁾	16,9	9,4	---	7,5	5,1	5,7 ⁸⁾	74,5	49,6	---	---	24,9	0,8	2,6	Aug.
0,1	86,9	36,2	2,3	11,2	6,1	---	5,1	5,6	5,9	76,3	49,4	---	---	26,9	1,1	4,5	Sept.
0,1	97,1	40,2	3,0	15,6	9,2	---	6,4	6,4	6,1	91,2	61,0	---	---	30,2	1,1	5,0	Okt.
0,1	107,2	43,7	3,5	16,6	9,6	---	7,0	8,0	6,2	99,4	67,0	0,1	---	32,4	1,1	5,1	Nov.

Baden

1,4	24,8	7,6	1,1	6,6	3,6	---	3,0	0,5	---	30,7	20,6	---	---	10,1	---	---	Juli
0,9	25,1	8,6	0,9 ⁸⁾	5,7	3,5	0,0	2,2	0,7	0,0	33,4	19,5	---	---	13,9	---	---	Aug.
0,7	27,4	9,4	1,8	7,8	4,0	0,0	3,8	1,0	0,1	23,2	12,0	---	---	11,2	---	---	Sept.
0,6	29,7	10,8	5,7	10,2	4,7	0,0	5,5	1,5	0,4	24,8	16,0	---	---	8,8	---	---	Okt.
0,4	33,6	11,5	7,8	9,9	5,4	0,0	4,5	1,9	0,5	30,2	19,5	---	---	10,7	---	---	Nov.

Württemberg-Hohenzollern

0,1	19,5	9,6	---	5,2	1,3	---	3,9	0,9	---	21,5	13,2	0,2	---	8,3	1,4	---	Juli
---	20,1	10,8	0,0	5,1	1,4	---	3,7	0,8	---	22,4	12,9	0,6	---	9,5	1,9	---	Aug.
0,0	22,5	12,2	0,0	3,5	1,8	---	1,7	1,0	---	23,0	12,2	0,6	---	10,8	2,3	---	Sept.
0,0	23,6	13,7	0,0	2,4	2,3	---	0,1	1,2	---	24,5	17,5	0,6	---	7,0	3,2	---	Okt.
0,0	25,4	15,7	0,3	5,0	2,3	---	2,7	2,0	---	26,5	19,3	0,9	---	7,2	4,3	---	Nov.

Ländermäßig nicht erfaßte Institute

---	30,2	0,7	---	179,8	32,8	---	147,0	4,5	1,0	0,2	0,2	---	---	---	---	---	Juli
0,1	64,2	239,5 ⁹⁾	---	128,7	6,6	---	122,1	5,1	1,5	21,7	0,0	---	---	21,7	30,4 ⁹⁾	---	Aug.
---	44,1	261,0	---	127,6	13,4	---	114,2	10,1	1,5	23,3	0,2	---	---	23,1	57,0	---	Sept.
---	82,4	359,6	2,0	119,3	6,5	---	112,8	20,4	---	29,3	0,3	---	---	29,0	71,5	---	Okt.
---	85,7	400,2	2,0	173,1	68,5	---	104,6	25,1	---	29,1	0,2	---	---	28,9	86,4	---	Nov.

deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM zogenen Valutaforderungen aus der RM-Zeit sind in der monatlichen Bankenstatistik erst ab August 1949 aufgenommen. ³⁾ Forderungen aus Report-
⁵⁾ Einschließlich Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden. ⁹⁾ Einschließlich Kommunaldarlehen. ⁷⁾ Auch in die Zahlen der öffentlichen Hand und der Länder verwalteten Umstellungsgrundschulden bedingt. ⁸⁾ Veränderung z. T. beeinflusst durch Neuaufnahme mehrerer Spezialinstitute (z. B. Kredit-

Volkswirtschaftliches Kreditvolumen:

Monatliche Bankenstatistik für
Gesamterhebung der Bank deutscher
in

Stand am Monats- ende 1949	I. Kredite an die Nicht-															
	Kredite an die Nichtbankenkundschaft									Die Spalten 1-9						
	kurzfr. Kredite ²⁾		d a v o n							kurzfr. Kredite ²⁾		d a v o n				
	ins- gesamt	dar- unter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	Schuldner ²⁾ - kurzfr. Forderung. -					Wechsel- obligo d. Kundschaft, Schatz- wechsel u. unverz. Schatz- an- weisung.	mittel- u. langfr. Kredite ⁴⁾	durch- lau- fende Kredite	ins- gesamt	dar- unter Valuta- forde- rungen aus der RM- Zeit	Schuldner ²⁾ - kurzfr. Forderung. -			sonstige kurzfrist. Kredite ³⁾
ins- gesamt			Valuta- ford. aus der RM- Zeit	Akzept- kredite	sonstige kurzfrist. Kredite ³⁾		ins- gesamt						Valuta- ford. aus der RM- Zeit	Akzept- kredite		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	

Alle Banken

Juli	6 823,1	.	4 290,1	.	1 184,8	131,2	2 401,8	1 117,6	317,9	6 447,0	.	4 138,6	.	1 179,2	130,8	2 177,6
Aug.	7 624,5	266,5	4 918,6	266,5	1 388,1	150,4	2 555,5	1 471,0 ^{b)}	168,9 ^{b)}	7 238,4	264,2	4 793,3	264,2	1 387,7	150,1	2 295,0
Sept.	8 060,1	267,3	5 289,9	267,3	1 567,6	146,4	2 623,8	1 597,9	197,8	7 673,3	264,9	5 146,5	264,9	1 567,2	146,3	2 380,5
Okt.	8 871,9	268,8	5 913,0	268,8	1 868,1	201,0	2 757,9	1 826,5	240,9	8 468,8	267,6	5 760,8	267,6	1 865,2	201,0	2 507,0
Nov.	9 501,7	271,3	6 385,7	271,3	2 073,2	231,7	2 884,3	1 987,0	273,5	8 931,0	269,1	6 114,3	269,1	2 005,9	231,7	2 585,0

Kreditbanken

Juli	4 108,1	.	2 553,7	.	1 006,2	105,7	1 448,7	134,6	9,6	4 064,8	.	2 518,0	.	1 000,8	105,3	1 441,5
Aug.	4 623,7	248,9	2 985,9	248,9	1 142,1	119,8	1 518,0	141,2	12,3	4 565,5	248,0	2 959,7	248,0	1 141,9	119,6	1 486,2
Sept.	4 897,0	255,6	3 207,9	255,6	1 288,5	117,4	1 571,7	154,7	13,3	4 840,1	254,5	3 173,9	254,5	1 288,4	117,3	1 548,9
Okt.	5 378,2	259,2	3 580,8	259,2	1 505,3	167,8	1 629,6	168,8	15,4	5 341,9	258,1	3 557,3	258,1	1 502,7	167,8	1 616,8
Nov.	5 677,3	261,0	3 809,8	261,0	1 669,5	189,0	1 678,5	192,8	14,8	5 622,3	259,6	3 763,7	259,6	1 662,0	189,0	1 669,6

Hypothekendarlehen u. Öff.-rechtl. Grundkreditanstalten

Juli	43,3	.	42,9	.	—	0,1	0,3	326,6	40,3	38,4	.	38,0	.	—	0,1	0,3
Aug.	43,3	—	43,0	—	—	0,0	0,3	350,4	52,9	43,2	—	42,9	—	—	0,0	0,3
Sept.	50,5	—	50,1	—	—	0,1	0,3	377,9	66,8	44,2	—	43,8	—	—	0,1	0,3
Okt.	47,1	—	46,7	—	—	0,1	0,3	410,3	73,4	41,9	—	41,5	—	—	0,1	0,3
Nov.	58,6	0,4	58,2	0,4	—	0,1	0,3	422,8	89,5	44,2	—	43,8	—	—	0,1	0,3

Girozentralen

Juli	477,8	.	246,9	.	16,9	3,8	227,1	226,2	109,7	365,2	.	193,5	.	16,9	3,8	167,9
Aug.	558,7	0,9	281,7	0,9	18,3	5,4	271,6	266,3	41,2 ^{b)}	400,8	0,8	216,6	0,8	18,3	5,4	178,8
Sept.	554,1	0,1	278,2	0,1	16,4	0,4	275,5	285,5	49,1	403,9	0,1	219,0	0,1	16,4	0,4	184,5
Okt.	605,7	0,1	324,5	0,1	28,5	0,8	280,4	313,2	62,6	426,2	0,1	254,1	0,1	28,5	0,8	171,3
Nov.	689,1	0,5	365,7	0,5	41,1	5,0	318,4	335,4	71,1	438,1	0,1	274,6	0,1	41,1	5,0	158,5

Sparkassen

Juli	987,4	.	770,9	.	16,9	1,7	214,8	350,4	67,4	957,5	.	749,2	.	16,7	1,7	206,6
Aug.	1 082,9	2,2	846,6	2,2	20,0	2,7	233,6	367,0	20,3 ^{b)}	1 048,2	2,1	822,8	2,1	19,8	2,7	222,7
Sept.	1 163,4	1,0	913,9	1,0	21,6	2,9	246,6	392,5	24,0	1 123,4	0,9	886,9	0,9	21,3	2,9	233,6
Okt.	1 292,5	0,7	1 031,9	0,7	25,9	2,6	258,0	424,6	34,4	1 234,9	0,7	989,1	0,7	25,6	2,6	243,2
Nov.	1 429,2	0,5	1 147,1	0,5	28,1	4,4	277,7	465,7	41,8	1 357,7	0,5	1 100,1	0,5	27,8	4,4	253,2

Zentralkassen

Juli	191,8	.	106,8	.	65,8	—	85,0	3,1	1,3	189,1	.	106,2	.	65,8	—	82,9
Aug.	225,7	0,3	139,1	0,3	83,2	0,2	86,4	4,8	1,4	222,8	0,3	138,6	0,3	83,2	0,2	84,0
Sept.	251,3	0,1	160,0	0,1	105,3	0,2	91,1	5,9	1,4	249,2	0,1	159,7	0,1	105,3	0,2	89,3
Okt.	247,1	0,1	158,2	0,1	111,0	0,2	88,7	6,9	1,5	245,3	0,1	157,5	0,1	111,0	0,2	87,6
Nov.	256,7	0,1	174,4	0,1	125,2	0,1	82,2	7,2	1,5	254,9	0,1	173,4	0,1	125,2	0,1	81,4

Kreditgenossenschaften

Juli	599,5	.	433,4	.	46,4	0,1	166,0	58,7	1,9	596,7	.	431,0	.	46,4	0,1	165,6
Aug.	646,7	7,0	466,6	7,0	52,3	0,5	179,6	63,2	1,4 ^{b)}	643,5	5,8	463,9	5,8	52,3	0,5	179,1
Sept.	696,7	3,5	501,8	3,5	57,4	0,8	194,1	68,0	1,9	693,3	2,3	498,7	2,3	57,4	0,8	193,8
Okt.	768,3	2,2	557,5	2,2	70,5	0,9	209,9	75,2	3,2	765,3	2,2	554,7	2,2	70,5	0,9	209,7
Nov.	843,5	2,2	611,9	2,2	87,6	0,4	231,2	79,1	3,1	840,3	2,2	608,9	2,2	87,6	0,4	231,0

Sonstige Geldinstitute

Juli	415,3	.	135,5	.	32,4	19,8	260,0	18,2	87,8	235,4	.	102,7	.	32,4	19,8	112,9
Aug.	443,3	7,4	155,7	7,4	72,1	21,6	266,0	278,0 ^{b)}	39,5 ^{b)}	314,4	7,4	148,9	7,4	72,1	21,6	143,9
Sept.	447,0	7,1	178,1	7,1	78,3	24,6	244,3	313,5	41,4	319,2	7,1	164,5	7,1	78,3	24,6	130,1
Okt.	532,8	6,6	213,3	6,6	126,9	28,5	291,0	427,5	50,5	413,3	6,6	206,6	6,6	126,9	28,5	178,2
Nov.	547,3	6,6	218,8	6,6	121,7	32,7	295,8	484,0	51,6	373,5	6,6	149,8	6,6	121,7	32,7	191,0

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. ¹⁾ Ohne Bank RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. ²⁾ Die in der wöchentlichen Bankenstatistik ab Juli 1949 und Lombardgeschäften, Wareneinschüssen (Rembourskredite). ³⁾ Einschließlich Hypothekendarlehen, Grund- und Rentenschulden und Kommunalanleihen. ⁴⁾ Eininstitute sind die Valutaforderungen aus der RM-Zeit ab August 1949 mit aufgenommen. ⁵⁾ Veränderung z. T. beeinflusst durch Neuaufnahme mehrerer der verwalteten Umstellungsgrundschulden bedingt.

nach Bankengruppen
das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾)
Länder und der Landeszentralbanken
Mill. DM

bankenkundschaft								II. Kredite an Geldinstitute ⁷⁾						Stand am Monats- ende 1949	
gliedern sich in Kredite an								davon							
Private		öffentliche Hand ⁷⁾						kurz- fristige Kredite ins- gesamt ⁷⁾	Schuldner ⁷⁾ kurzfr.Forderung.-		sonstige kurz- fristige Kredite ³⁾	Wechsel- obligo der Kundschaft	mittel- und lang- fristige Kredite		durch- lau- fende Kredite
mittel-u. langfr. Kredite ⁵⁾	durch- laufende Kredite	kurz- fristige Kredite ins- gesamt ⁷⁾	davon			mittel- und lang- fristige Kredite ⁶⁾	durch- lau- fende Kredite		ins- gesamt	darunter Akzept- kredite					
			Schuld- ner -nur kurz- fristige Forde- rungen- 7)	sonstige kurz- fristige Kredite	Schatz- wechsel u. unver- zinsliche Schatzan- weisung., sonstige Wechsel ⁸⁾										
17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	

Alle Banken

953,4	297,1	376,1	151,5	0,4	224,2	164,2	20,8	1 543,3	503,4	11,4	3,4	1 036,5	70,4	63,1	Juli
1 279,8 ⁹⁾	153,2 ⁹⁾	386,1	125,3	0,3	260,5	191,2	15,7 ⁷⁾	1 593,3	525,4	12,3	3,1	1 064,8	96,0 ⁹⁾	72,3	Aug.
1 394,2	180,9	386,8	143,4	0,1	243,3	203,7	16,9	1 560,5	492,9	15,0	3,0	1 064,6	141,0	86,8	Sept.
1 601,5	223,3	403,1	152,2	0,0	250,9	225,0	17,6	1 685,2	619,9	19,7	4,2	1 061,1	148,8	102,7	Okt.
1 759,7	255,4	570,7	271,4	0,0	299,3	227,3	18,1	1 638,6	670,8	20,1	4,2	963,6	180,2	108,5	Nov.

Kreditbanken

128,6	8,7	43,3	35,7	0,4	7,2	6,0	0,9	288,9	45,9	10,6	0,2	242,8	11,5	0,1	Juli
135,3	11,0	58,2	26,2	0,2	31,8	5,9	1,3	287,9	58,6	10,7	0,2	229,1	11,8	0,4	Aug.
148,6	11,8	56,9	34,0	0,1	22,8	6,1	1,5	272,0	52,5	13,2	0,2	219,3	13,0	3,1	Sept.
162,8	13,9	36,3	23,5	—	12,8	6,0	1,5	275,1	71,4	13,7	0,3	203,4	0,2	5,0	Okt.
186,2	13,1	55,0	46,1	—	8,9	6,6	1,7	320,9	74,5	10,7	0,3	246,1	0,5	0,8	Nov.

Hypothekenbanken u. Öff.-rechtl. Grundkreditanstalten

280,4	38,3	4,9	4,9	—	—	46,2	2,0	1,3	0,0	—	0,0	1,3	4,6	0,8	Juli
299,1	50,5	0,1	0,1	—	—	51,3	2,4	1,5	0,2	—	0,0	1,3	5,1	0,8	Aug.
328,7	63,0	6,3	6,3	—	—	49,2	3,8	0,3	0,2	—	0,0	0,1	5,1	0,8	Sept.
360,9	69,2	5,2	5,2	—	—	49,4	4,2	0,1	0,1	—	0,0	0,0	6,8	2,0	Okt.
391,3	84,6	14,4	14,4	—	—	31,5	4,9	0,1	0,1	—	—	0,0	7,1	2,0	Nov.

Girozentralen

144,5	101,9	112,6	53,4	—	59,2	81,7	7,8	876,0	277,3	0,7	3,0	595,7	19,3	48,9	Juli
165,3	38,1 ⁹⁾	157,9	65,1	—	92,8	101,0	3,1 ⁹⁾	854,6	276,7	1,4	2,1	575,8	12,6	57,6	Aug.
177,0	46,0	150,2	59,2	—	91,0	108,5	3,1	835,9	252,7	1,4	2,0	581,2	28,9	69,4	Sept.
195,9	58,4	179,5	70,4	—	109,1	117,3	4,2	881,9	322,4	1,2	3,9	555,6	31,6	81,9	Okt.
207,5	67,8	251,0	91,1	—	159,9	127,9	3,3	749,2	349,3	1,9	3,8	396,1	46,7	91,5	Nov.

Sparkassen

325,2	64,2	29,9	21,7	—	8,2	25,2	3,2	48,1	6,0	—	—	42,1	14,0	0,0	Juli
340,2	18,6 ⁹⁾	34,7	23,8	0,0	10,9	26,8	1,7 ⁹⁾	47,1	7,2	—	—	39,9	15,2	—	Aug.
363,8	22,7	40,0	27,0	0,0	13,0	28,7	1,3	44,4	9,0	—	—	35,4	15,8	—	Sept.
394,2	32,5	57,6	42,8	0,0	14,8	30,4	1,9	51,1	9,5	—	—	41,6	15,9	0,0	Okt.
431,4	39,5	71,5	47,0	0,0	24,5	34,3	2,3	38,9	7,9	—	—	31,0	15,9	0,2	Nov.

Zentralkassen

3,1	1,3	2,7	0,6	—	2,1	—	—	311,0	171,7	0,1	0,2	139,1	0,5	0,2	Juli
4,8	1,4	2,9	0,5	—	2,4	—	—	343,9	173,3	0,1	0,2	170,4	0,4	0,2	Aug.
5,9	1,4	2,1	0,3	—	1,8	—	—	348,0	167,8	0,2	0,2	180,0	0,4	0,2	Sept.
6,9	1,5	1,8	0,7	—	1,1	—	—	389,7	196,3	0,3	0,1	193,3	0,6	0,3	Okt.
7,2	1,5	1,8	1,0	—	0,8	—	—	428,4	214,7	0,7	0,1	213,6	1,2	0,4	Nov.

Kreditgenossenschaften

58,2	1,6	2,8	2,4	—	0,4	0,5	0,3	1,2	0,7	—	—	0,5	0,5	—	Juli
62,6	1,4 ⁹⁾	3,2	2,7	—	0,5	0,6	0,0 ⁹⁾	5,8	4,1	—	—	1,7	0,6	—	Aug.
67,0	1,8	3,4	3,1	—	0,3	1,0	0,1	5,7	4,1	—	—	1,6	0,5	—	Sept.
74,0	3,1	3,0	2,8	—	0,2	1,2	0,1	7,7	5,3	—	—	2,4	0,5	—	Okt.
77,8	2,8	3,2	3,0	—	0,2	1,3	0,3	10,5	6,1	—	—	4,4	0,6	—	Nov.

Sonstige Geldinstitute

13,3	81,1	179,9	32,8	—	147,1	4,9	6,7	16,7	1,8	0,1	—	14,9	20,0	13,1	Juli
272,4 ⁹⁾	32,3 ⁹⁾	128,9	6,8	—	122,1	5,6	7,2	52,5	5,3	0,1	0,7	46,5	50,4 ⁹⁾	13,2	Aug.
303,1	34,3	127,8	13,6	—	114,2	10,4	7,1	54,2	6,5	0,3	0,6	47,1	77,3	13,2	Sept.
406,8	44,8	119,5	6,7	—	112,8	20,7	5,7	79,7	15,1	4,5	—	64,6	93,0	13,5	Okt.
458,4	45,9	173,8	69,0	—	104,8	25,6	5,7	90,5	18,1	6,8	—	72,4	108,3	13,6	Nov.

deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. einbezogenen Valutaforderungen aus der RM-Zeit sind in der monatlichen Bankenstatistik erst ab August 1949 aufgenommen. ²⁾ Forderungen aus Report-schließlich Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden. ³⁾ Einschließlich Kommunaldarlehen. ⁷⁾ Auch in die Zahlen der öffentlichen Hand und der Geld-Spezialinstitute (z. B. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Landwirtschaftliche Rentenbank usw.). ⁹⁾ Abnahme durch Ausbuchung der für Rechnung der Län-

Umsätze im Sparverkehr
(nur Freikonto)

Datum	Spareinlagenbestand zu Beginn des Berichtszeitraums	Zugänge aus		Einzahlungen		Auszahlungen		Saldo der Ein- und Auszahlungen	Spareinlagenbestand am Ende des Berichtszeitraums	
		Umstellung	Zinsen	insgesamt	darunter Bareinzahlungen	insgesamt	darunter Barauszahlungen		insgesamt	dar. steuerbegünstigte Einlagen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*) 1) 2)
(Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken)
in Mill. DM

1948										
Juli	312,6	.
August	312,6	686,7	.
September	686,7	.	.	.	59,1	.	290,5	.	957,9	.
Oktober	957,9	.	.	.	49,8	.	259,8	.	1 152,1	.
November	1 152,1	.	.	.	48,1	.	169,9	.	1 353,8	.
Dezember	1 353,8	.	.	.	58,4	.	151,9	.	1 598,9	.
1949										
Januar	1 598,9	.	.	.	74,6	.	98,5	.	1 767,4	.
Februar	1 767,4	.	.	.	77,5	.	100,9	.	1 925,7	.
März	1 925,7	.	.	.	89,1	.	112,2	.	2 097,0	.
April	2 097,0	.	.	.	93,9	.	110,1	.	2 215,6	.
Mai	2 215,6	.	.	.	109,3	.	115,0	.	2 362,5	.
Juni	2 366,2 ³⁾	41,1	0,8	216,0	103,0	154,9	102,1	+ 61,1	2 469,2	13,8
Juli	2 469,6 ³⁾	26,5	1,3	248,3	127,7	161,3	107,9	+ 87,0	2 584,4	20,6
August	2 584,4	17,3	0,5	234,1	127,8	151,7	109,2	+ 82,4	2 684,6	25,1
September	2 684,5 ³⁾	13,5	0,4	234,1	131,7	181,2	134,5	+ 52,9	2 751,3	32,8
Oktober	2 751,0 ³⁾	10,1	0,3	235,0	121,8	175,3	124,9	+ 59,7	2 821,1	48,2
November	2 821,1	8,7	0,4	242,9	126,2	171,6	112,1	+ 71,3	2 901,5	60,4

Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*) 4)
Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten
in Mill. DM

1948										
1. - 31. 10.	127,4	.	.	.	7,5	.	42,3	.	153,9	.
1. - 30. 11.	153,9	.	.	.	7,7	.	27,4	.	184,7	.
1. - 31. 12.	184,7	.	.	.	9,9	.	25,1	.	238,9	.
1949										
1. - 31. 1.	238,9	.	.	.	12,8	.	14,9	.	270,1	.
1. - 28. 2.	270,1	.	.	.	13,3	.	14,8	.	294,3	.
1. - 31. 3.	294,3	.	.	.	15,1	.	16,7	.	318,1	.
1. - 30. 4.	318,1	.	.	.	15,9	.	16,8	.	336,0	.
1. - 31. 5.	336,0	.	.	.	18,5	.	17,9	.	360,9	.
1. - 30. 6.	360,9	.	.	.	19,5	.	18,0	.	378,0	.
1. - 31. 7.	377,8 ³⁾	4,2	0,6	37,5	21,8	24,0	16,8	+ 13,5	396,1	.
1. - 31. 8.	396,1	2,2	0,0	36,0	21,4	23,3	17,5	+ 12,7	411,0	.
1. - 30. 9.	411,0	1,2	0,0	34,3	21,2	26,9	20,8	+ 7,4	419,6	.
1. - 31. 10.	419,6	1,3	0,0	36,8	21,2	25,4	19,2	+ 11,4	432,3	11,8
1. - 30. 11.	432,0 ³⁾	1,1	0,1	37,6	21,7	24,6	18,2	+ 13,0	446,2	14,9
1. - 31. 12.	445,8 ³⁾	1,3	6,3	49,5	30,2	30,6	22,8	+ 18,9	472,3	20,1
1. - 7. 12.	446,2	0,2	0,0	10,5	6,3	6,9	5,5	+ 3,6	450,0	15,7
8. - 15. 12.	450,0	0,3	0,6	11,1	6,4	9,0	6,2	+ 2,1	453,0	16,3
16. - 21. 12.	453,0	0,3	0,1	7,6	5,0	5,8	4,8	+ 1,8	455,2	17,0
22. - 31. 12.	454,8 ³⁾	0,5	5,6	20,3	12,5	8,9	6,3	+ 11,4	472,3	20,1

*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen.
1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. 2) Bis Dezember 1948 liegen von den Postsparkassenämtern nur Bestandszahlen vor, die in den Spareinlagenbestand einbezogen wurden. Ab Januar 1949 sind auch die Umsätze der Postsparkassenämter, jedoch bis einschl. Mai 1949 ohne München, mit erfaßt. 3) Differenz gegenüber dem Endbestand des Vormonats bzw. der Vorwoche beruht auf Berichtigungen verschiedener Institute. 4) Im oberen Teil der Tabelle sind jeweils alle Wochen des Monats zusammengefaßt; d. h. die Bestandszahlen beziehen sich auf die Höhe der Spareinlagen am Anfang bzw. Ende des Monats, die Zu- und Abgänge umfassen die gesamten Kontenbewegungen von jeweils 4 Wochen.

Mindestreserven der Geldinstitute im Währungsgebiet, aufgegliedert nach Bankengruppen *)
(Monatliche Reserve-Meldungen der Geldinstitute an die Landeszentralbanken)

Bankengruppen	Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll) in Mill. DM					Überschußreserven (Reservefehlbeträge —) in Mill. DM				
	1949					1949				
	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
1. Nachfolgeinstitute von Großbankfilialen	261,5	217,0	221,4	222,4	222,2	22,4	19,4	19,0	12,9	18,5
2. Regionalbanken	140,4	116,6	118,7	117,0	113,7	8,6	19,4	11,8	9,9	19,0
3. Privatbanken	29,6	25,5	25,9	27,2	29,1	2,2	2,6	4,2	4,3	4,4
4. Girozentralen	110,4	94,1	92,4	92,2	86,6	62,3	82,4	37,0	32,8	77,2
5. Sparkassen	338,4	291,2	295,4	295,0	293,1	14,1	24,6	13,8	13,5	13,5
6. Hypothekenbanken	1,1	0,9	1,2	0,4	0,3	0,5	1,0	0,9	1,2	1,1
7. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kreditgenossenschaften	74,0	64,7	67,8	69,7	68,2	2,6	5,2	2,9	2,5	3,1
8. Gewerbl. Zentralkassen	1,7	1,3	1,2	1,2	1,1	0,8	0,8	0,6	0,6	1,0
9. Gewerbl. Kreditgenossenschaften	64,0	55,3	55,7	54,5	55,3	1,7	5,3	2,6	1,8	3,3
10. Sonstige Geldinstitute	89,9	74,7	78,5	79,7	79,3	12,1	9,1	9,7	7,6	13,6
Bankengruppen insgesamt	1 111,0	941,3	958,2	959,3	948,9	127,3	169,8	102,5	87,1	154,7

Bankengruppen	Überschußreserven in v. H.									
	der gesetzlichen Mindestreserven (Reserve-Soll)					der Gesamtsumme der Überschußreserven aller Bankengruppen				
	1949					1949				
	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
1. Nachfolgeinstitute von Großbankfilialen	8,6	8,9	8,6	5,8	8,3	17,6	11,4	18,5	14,8	12,0
2. Regionalbanken	6,1	16,6	9,9	8,5	16,7	6,8	11,4	11,5	11,3	12,3
3. Privatbanken	7,4	10,2	16,2	15,8	15,1	1,7	1,5	4,1	4,9	2,9
4. Girozentralen	56,4	87,6	40,0	35,6	89,1	48,9	48,5	36,1	37,7	49,9
5. Sparkassen	4,2	8,4	4,7	4,6	4,6	11,1	14,5	13,5	15,5	8,7
6. Hypothekenbanken	45,5	111,1	75,0	300,0	366,7	0,4	0,6	0,9	1,4	0,7
7. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kreditgenossenschaften	3,5	8,0	4,3	3,6	4,5	2,0	3,1	2,8	2,9	2,0
8. Gewerbl. Zentralkassen	47,1	61,5	50,0	50,0	90,9	0,6	0,5	0,6	0,7	0,6
9. Gewerbl. Kreditgenossenschaften	2,7	9,6	4,7	3,3	6,0	1,3	3,1	2,5	2,1	2,1
10. Sonstige Geldinstitute	13,5	12,2	12,4	9,5	17,2	9,6	5,4	9,5	8,7	8,8
Bankengruppen insgesamt	11,5	18,0	10,7	9,1	16,3	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Differenzen in der Kommastelle gegenüber den gleichen Zahlen in anderen Tabellen sind auf Abrundungen zurückzuführen.

Mindestreservesätze
(in v. H. der reservspflichtigen Einlagen¹⁾)

Gültig ab	Sichteinlagen		Termineinlagen (einschließlich Spareinlagen)
	an Bankplätzen ²⁾	an Nichtbankplätzen	
1. Juli 1948	10	10	5
1. Dez. 1948	15	10	5
1. Juni 1949	12	9	5
1. Sept. 1949	10	8	4

¹⁾ Reservspflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto. Abgesetzt werden die Einlagen solcher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landeszentralbanken oder bei der Berliner Zentralbank verpflichtet sind. Als Termineinlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat, alle Spareinlagen und die Einlagen auf Anlagekonto. Sichteinlagen sind alle übrigen Einlagen.

²⁾ Bankplätze sind Orte mit Landeszentralbank-Niederlassungen.

III. Das Geldvolumen im Währungsgebiet

Entwicklung und Struktur des Geldvolumens ¹⁾
in Mill. DM

Stand Ende	Insgesamt	Struktur		
		Bargeldumlauf ²⁾	Bankeinlagen ³⁾	Intolge zeitweiliger Anlage in Ausgleichsforderungen der BdL und der LZB nicht ausgewiesene öffentl. Giro Guthaben beim Zentralbanksystem
1948				
Juli	11 495	3 831	7 664	—
August	14 197	4 178	10 019	—
September	16 882	5 358	11 524	—
Oktober	17 013	5 885	11 128	—
November	17 343	6 018	11 325	—
Dezember	18 054	6 319	11 535	200
1949				
Januar	18 199	6 167	11 863	169
Februar	18 665	6 216	12 359	90
März	19 027	6 187	12 750	90
April	19 768	6 333	13 331	104
Mai	20 162	6 362	13 687	113
Juni	20 520	6 553	13 776	191
Juli	20 944	6 688	13 931	325
August	21 218	6 815	14 040	363
September	21 480	7 029	14 040	411
Oktober	22 298 ⁴⁾	7 060	14 830 ⁴⁾	408
November	22 528	6 978	14 940	610

¹⁾ Ausschließlich der counterpart funds und der sonstigen auf den Passivkonten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts verbuchten Guthaben von Nichtbanken.

²⁾ Ohne „B“-Noten.

³⁾ Ohne Einlagen von Geldinstituten sowie ohne Währungsguthaben bei den Geschäftsbanken für durch die BdL gestellte Akkreditive.

⁴⁾ Hierin enthalten eine statistisch bedingte Korrektur von (+) 310 Mill. DM. Vgl. Anmerkung 4) in Tabelle „Bankeinlagen“.

Erstausrüstungen ¹⁾

in Mill. DM

Anlage 1 zur Tabelle „Entwicklung und Struktur des Geldvolumens“

Stand Ende	Okt. 1948	Nov. 1948	Dez. 1948	Jan. 1949	Febr. 1949	März 1949	April 1949	Mai 1949	Juni 1949	Juli 1949	Aug. 1949	Sept. 1949	Okt. 1949	Nov. 1949
Militärregierungen	772	772	772	772	772	772	772	772	772	772	772	772	772	772
Länder u. Gemeinden	2 354	2 351	2 348	2 348	2 350	2 350	2 350	2 350	2 350	2 350	2 351	2 351	2 369	2 369
Bahn und Post	315	315	315	315	315	315	315	315	316	316	316	316	316	316
Geschäftsbeträge	468	473	472	472	472	472	474	474	474	474	474	474	474	473
1. und 2. Rate des Kopfgeldes	2 793	2 780	2 782	2 782	2 782	2 781	2 782	2 781	2 782	2 782	2 782	2 783	2 783	2 783
Insgesamt	6 702	6 691	6 689	6 689	6 691	6 690	6 693	6 692	6 694	6 694	6 695	6 696	6 714	6 713

¹⁾ Die Beträge sind errechnet nach der Aufgliederung der Positionen „Vorläufige Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand“ und „Interimsforderungen gegen die Landeszentralbanken“ im jeweiligen Status der Bank deutscher Länder. Die Beträge unterliegen noch gewissen geringfügigen Veränderungen.

Bankeinlagen¹⁾

in Mill. DM

Anlage 2 zur Tabelle „Entwicklung und Struktur des Geldvolumens“

Stand Ende	bei den Geschäftsbanken							im Zentralbanksystem (BdL und LZ ⁴⁾)	Insgesamt	
	nach der monatlichen Bankenstatistik					Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung ²⁾)	Insgesamt		mit Währungsguthaben bei den Geschäftsbanken für durch die BdL gest. Akkreditive	ohne Währungsguthaben bei den Geschäftsbanken für durch die BdL gest. Akkreditive
	Sichteinlagen		Befristete Einlagen		Anlage- und Festkonten					
	Insgesamt	darunter Währungsguth. f. gest. Akkredit. durch BdL	Spar-einlagen	Termin-einlagen						
1948										
Juli	3 604	—	313	84	1 533	59	5 593	2 071	7 664	.
August	4 631	—	687	192	2 353 ³⁾	82	7 945	2 074	10 019	.
September	5 339	—	958	365	2 828 ³⁾	99	9 589	1 935	11 524	.
Oktober	5 794	—	1 152	530	1 742 ³⁾	111	9 319	1 809	11 128	.
November	6 408	—	1 354	691	927 ³⁾	125	9 505	1 820	11 325	.
Dezember	6 650	—	1 599	845	746 ³⁾	135	9 975	1 560	11 535	.
1949										
Januar	6 599	—	1 767	1 051	663 ³⁾	139	10 219	1 644	11 863	.
Februar	6 731	—	1 926 ³⁾	1 238	602 ³⁾	147	10 644	1 715	12 359	.
März	6 875	—	2 097 ³⁾	1 357	545	153	11 027	1 723	12 750	.
April	7 075	—	2 216 ³⁾	1 478	515	160	11 444	1 887	13 331	.
Mai	7 240	—	2 363 ³⁾	1 632	485	166	11 886	1 801	13 687	.
Juni	7 258	—	2 469 ³⁾	1 775	450	170	12 122	1 654	13 776	.
Juli	7 160	—	2 584	1 902	407	172	12 225	1 706	13 931	.
August	7 440	146	2 685	1 940	305	175	12 635	1 551	14 186	14 040
September	7 643	250	2 751	1 937	384	182	12 897	1 393	14 290	14 040
Oktober	7 966	408	2 821	2 010	371	500 ⁴⁾	13 668 ⁵⁾	1 570 ⁶⁾	15 238 ⁵⁾	14 830 ⁵⁾
November	7 980	488	2 902	2 040	359	500	13 781	1 647 ⁷⁾	15 428	14 940

¹⁾ Ohne die Einlagen von Geldinstituten. ²⁾ Statistisch nicht erfaßt sind lediglich diejenigen Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. ³⁾ Nachträglich berichtigte Zahlen. ⁴⁾ Auf Grund neuer Erhebungen über den Anteil der statistisch nicht erfaßten Institute, unter die insbesondere eine große Zahl ländlicher Kreditgenossenschaften fallen, mußte der bisherige Zuschlag bedeutend erhöht werden. Dabei ist davon abgesehen worden, die in den zurückliegenden Monaten gemachten Zuschläge nachträglich zu berichtigen. ⁵⁾ Hierin enthalten eine statistisch bedingte Korrektur von (+) 310 Mill. DM. Vergl. Anmerkung 4). ⁶⁾ Darunter bei den LZB für Importanträge hinterlegte Bardepots: 103 Mill. DM. ⁷⁾ Darunter bei den LZB für Importanträge hinterlegte Bardepots: 213 Mill. DM.

Die kurzfristigen Kredite¹⁾ der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems

in Mill. DM

Anlage 3 zur Tabelle „Entwicklung und Struktur des Geldvolumens“

Stand Ende	der Geschäftsbanken ²⁾				des Zentralbanksystems (BdL und LZB): Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen, Kassenvorschüsse und Direktkredite ⁴⁾ an Wirtschaft und Private.	Insgesamt
	nach der monatlichen Bankenstatistik		Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung ³⁾)	Insgesamt		
	Insgesamt	darunter Valutaforderungen aus der RM-Zeit				
1948						
Juli	1 339	Bis einschl. Juli 1949 statistisch nicht erfaßt	12	1 351	4	1 355
August	2 378		22	2 400	40	2 440
September	3 196		30	3 226	44	3 270
Oktober	3 819		33	3 852	42	3 894
November	4 333		35	4 368	113	4 481
Dezember	4 684		40	4 724	114	4 838
1949						
Januar	4 901 ⁵⁾	Bis einschl. Juli 1949 statistisch nicht erfaßt	45	4 946	87	5 033
Februar	5 265		48	5 313	69	5 382
März	5 551		51	5 602	172	5 774
April	5 887		54	5 941	342	6 283
Mai	6 124		56	6 180	311	6 491
Juni	6 407 ⁶⁾		59	6 466 ⁶⁾	401	6 867
Juli	6 823 ⁶⁾		62	6 885 ⁶⁾	314	7 199
August	7 625 ^{7,8)}		267	7 692 ⁸⁾	239	7 931
September	8 060 ⁸⁾		267	8 132 ⁸⁾	241	8 373
Oktober	8 872 ⁸⁾		269	9 022 ¹⁰⁾	228	9 250 ⁹⁾
November	9 502		271	9 657	211	9 868

¹⁾ Ohne Kredite an Geldinstitute. ²⁾ Kontokorrent-, Akzept-, Wechsel- und sonstige kurzfristige Kredite. ³⁾ Vgl. Anmerkung 2) in Tabelle „Bankeinlagen“. ⁴⁾ Diese Kredite dürfen nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone gewährt werden. ⁵⁾ Ab Januar einschließlich Schatzwechsel. ⁶⁾ Ab Juni einschließlich unverzinsliche Schatzanweisungen. ⁷⁾ Ab August einschließlich Valutaforderungen aus der RM-Zeit. ⁸⁾ Nachträglich berichtigte Zahlen. ⁹⁾ Vgl. Anmerkung 4) in Tabelle „Bankeinlagen“. ¹⁰⁾ Hierin enthalten eine statistisch bedingte Korrektur von (+) 70 Mill. DM. Vgl. vorhergehende Anmerkung.

IV. Sonstige Geld-
Zusammenstellung der im Währungs-
in Prozenten

	Bayern ²⁾		Hessen ³⁾		Württemberg-Baden ³⁾		Bremen ³⁾		Nordrhein-Westfalen ⁴⁾	
	Sollzinsen									
Zinssätze der Landeszentralbanken, gültig ab 14. 7. 1949	4		4		4		4		4	
Diskontsatz	5		5		5		5		5	
Lombardsatz	Kreditkosten		Kreditkosten		Kreditkosten		Kreditkosten		Kreditkosten	
Gültig ab:	14. 7. 1949		1. 9. 1949		1. 9. 1949		14. 7. 1949		14. 7. 1949	
	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung										
a) zugesagte Kredite										
Zinsen	Lombardsatz + 1 1/2%		Lombardsatz + 1/2%		Lombardsatz + 1%		Lombardsatz + 1/2%		Lombardsatz + 1/2%	
Kreditprovision	1/6% p. M.	8 1/2	1/4% p. M.	8 1/2	1/5% p. M.	8 2/5	1/4% p. M.	8 1/2	1/4% p. M.	8 1/2
b) Kontoüberziehungen										
Zinsen	Lombardsatz + 1 1/2%		Lombardsatz + 1/2%		Lombardsatz + 1%		Lombardsatz + 1/2%		Lombardsatz + 1/2%	
Überziehungsprovision	1/8% p. T.	11	1/8% p. T.	10	1/8% p. T.	10 1/2	1/8% p. T.	10	1/8% p. T.	10
2. Akzeptkredite (Normal-konditionen)										
Zinsen	Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1/2%	
Akzeptprovision	1/6% p. M.	7	1/4% p. M.	7 1/2	1/4% p. M.	7 1/2	1/4% p. M.	7 1/2	1/4% p. M.	7 1/2
3. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von DM 20.000 und höher										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2% - 1%		Diskontsatz + 1 1/2%	
Diskontprovision	1/10% p. M.	6 7/10	1/8% p. M.	6	1/12% p. M.	6	1/8% p. M.	6 - 6 1/2	1/4% p. M.	6
b) Abschnitte von DM 5.000 bis unter 20.000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1/2%		Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2% - 1%		Diskontsatz + 1 1/2%	
Diskontprovision	1/10% p. M.	6 7/11	1/6% p. M.	6 1/2	1/12% p. M.	6	1/8% p. M.	6 - 6 1/2	1/12% p. M.	6 1/2
c) Abschnitte von DM 1.000 bis unter 5.000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2% - 1%		Diskontsatz + 1 1/2%	
Diskontprovision	1/8% p. M.	7	1/8% p. M.	7	1/8% p. M. ¹¹⁾	6 1/2	1/6% p. M.	6 1/2 - 7	1/8% p. M.	7
d) Abschnitte unter DM 1.000										
Zinsen	Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1 1/2%		Diskontsatz + 1%		Diskontsatz + 1/2% - 1%		Diskontsatz + 1 1/2%	
Diskontprovision	1/6% p. M.	7 1/2	1/8% p. M.	7	1/6% p. M. ¹¹⁾	7	1/4% p. M.	7 1/2 - 8	1/8% p. M.	7 ⁷⁾
4. Ziehungen auf Kundschaft										
Zinsen	keine Vereinbarung		Lombardsatz + 1/2%		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung	
Kreditprovision			1/4% p. M.	8 1/2						
Umsatzprovision	1/8% pr. Semester, minst. v. 3fachen des Höchst-Soll-Saldos		1/8% mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal		keine Angabe		1/2% d. größeren Seite abzüglich Saldovortrag, mindestens 1/2% pro Semest. a. Kreditbetrag		1/8% pro Semester	
Mindestdiskontspesen	DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
Domizilprovision	1/2% min. DM - 50		1/2% min. DM - 50		1/2% min. DM - 50		1/2% min. DM - 50		1/2% min. DM - 50	

¹⁾ Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. Diskont- und Lombardsatz sind aus den Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. ²⁾ Höchstsätze. ³⁾ Normalsätze. Überschreitungen hängig von den Diskontspesen je nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von DM 1.— bis DM 2.— in Ansatz zu bringen. ⁴⁾ 1/8% einheitlich und nicht verbindlich geregelt. ¹¹⁾ Einreichern aus kleingewerblichen und landwirtschaftlichen Kreisen gegenüber kann die Provision

und Kreditstatistik

gebiet geltenden Zinskonditionen¹⁾
jährlich

Niedersachsen		Schleswig-Holstein ⁶⁾		Hamburg ²⁾		Rheinland-Pfalz ³⁾		Baden ⁵⁾		Württemberg- ³⁾ Hohenzollern	
Sollzinsen											
4 5 Kreditkosten 14. 7. 1949		4 5 Kreditkosten 27. 8. 1949		4 5 Kreditkosten 1. 10. 1949		4 5 Kreditkosten 14. 7. 1949		4 5 Kreditkosten 14. 7. 1949		4 5 Kreditkosten 14. 7. 1949	
im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	ins- gesamt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt	im einzelnen	insge- samt
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 1/2	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 1/2	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 1/2	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 1/2	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M. ⁸⁾	8 1/2	Lombardsatz 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 ⁹⁾
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	10	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	10	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	10	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	10	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	10	Lombardsatz 1/8 ⁰ / ₀₀ p. T.	9 1/2
Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6 1/2
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/24 ⁰ / ₀ p. M.	6	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ - 1 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6-7	Diskontsatz + -1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ / ₀ 1/24 ⁰ / ₀ p. M.	6	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6	Diskontsatz 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	5 1/2
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/12 ⁰ / ₀ p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ - 1 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6-7	Diskontsatz + -1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ / ₀ 1/24 ⁰ / ₀ - 1/12 ⁰ / ₀ p. M.	6-6 1/2	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	6	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/12 ⁰ / ₀ p. M.	6
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	7	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M.	7 1/2	Diskontsatz + -1 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M.	7 min. DM 2.-	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	7	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M.	6 1/2	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M. ⁴⁾	6 1/2
Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 1/2	Diskontsatz + -1 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 min. DM 2.-	Diskontsatz + 1 1/2 ⁰ / ₀ 1/8 ⁰ / ₀ p. M.	7 ⁷⁾	Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	7 1/2	Diskontsatz + 1 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ p. M. ⁴⁾	7
keine Vereinbarung		Diskontsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/6 ⁰ / ₀ - 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	6 1/2 - 7 1/2	keine Vereinbarung		Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M.	8 1/2	Lombardsatz + 1/2 ⁰ / ₀ 1/4 ⁰ / ₀ p. M. ⁸⁾	8 1/2	nicht einheitlich geregelt	
keine Vereinbarung		1 1/2 ⁰ / ₀₀ vom Um- satz der größ. Seite		Berechnung hat nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Ver- bindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kre- ditwesen über die Erhebung und Berechnung der Umsatzprovision (Umsatzgebühr) bei debitorischen Konten vom 5. 3. 1942 zu erfolgen		1/8 ⁰ / ₀ v. d. größ. Seite mindest. a. d. zweifache Höchstschuld p. Quartal		1 ⁰ / ₀₀ a. d. größeren Seite, mindest. a. d. 2 1/2 fachen Höchstsoll per Quartal		1 ⁰ / ₀₀ vom dreifachen Kreditlimit pro Halbjahr ¹⁰⁾	
DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀₀ min. DM - 50		DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀₀ min. DM - 50		DM 2.— nicht festgesetzt		DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀₀ min. DM - 50		DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀₀ min. DM - 50		DM 2.— 1/2 ⁰ / ₀₀ min. DM - 50	

aufgeführten Zinssätzen der Landeszentralbanken zu ersehen. Sondersätze oder Vergünstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen in begründeten Fällen zulässig. ⁴⁾ Richtsätze. ⁵⁾ Mindestsätze. ⁶⁾ Sätze nur für Lübeck gültig. ⁷⁾ Bei Abschnitten unter DM 1000.— ist unabh. per Monat für Kredite an Bauherren für Bauvorhaben von Wohn- und Geschäftsgebäuden. ⁸⁾ Kredite bis DM 5000.— netto 7 1/2—9⁰/₀. ¹⁰⁾ Nicht unabhängig von der Größe des Abschnittes auf 1/12⁰/₀ p. M. festgesetzt werden.

**Zusammenstellung der im Währungs-
in Prozenten**

	Bayern ²⁾	Hessen ²⁾	Württemberg-Baden ²⁾	Bremen ²⁾	Nordrhein-Westfalen ²⁾
	Habenzinsen				
Gültig ab:	1. 10. 1948	1. 9. 1949	1. 9. 1949	14. 7. 1949	14. 7. 1949
1. für täglich fällige Gelder					
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1	1	1	1
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2
2. Spareinlagen					
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist					
b 1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	3	3	3	3	3
b 2) von 12 Monaten und darüber	4	4	4	4	4
3. für Kündigungsgelder		ab DM 50 000 Einlagebetrag		ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag
a) 1 und weniger als 3 Monate	2 1/4	2 1/4	2 5/8	2 1/4	2 1/4
b) 3 und weniger als 6 Monate	2 1/2	2 1/2	2 5/8	2 1/2	2 1/2
c) 6 und weniger als 12 Monate	2 3/4	2 7/8 ¹⁰⁾ 3 1/2 ¹⁰⁾	2 7/8 ¹⁰⁾	2 7/8 ¹⁰⁾ 3 1/2 ¹⁰⁾	2 7/8 3 1/2
d) 12 Monate und darüber	3 3/4	3 3/4 ¹⁰⁾ 4 ¹⁰⁾	3 3/8 ¹⁰⁾	3 3/4 ¹⁰⁾ 4 ¹⁰⁾	3 3/4 4
4. für Festgelder					
a) 30—89 Tage	2	2 1/4	2 1/4 ⁹⁾	2 1/4	2 1/4
b) 90—179 Tage	2 1/4	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
c) 180—359 Tage	2 1/2	2 3/4 3 1/4	2 3/4	2 3/4 3 1/4	2 3/4 3 1/4
d) 360 Tage und darüber	3 1/2	3 1/2 3 3/4	3 1/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4
Zinsvoraus bei Genossenschaften und Privatbanken	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940 nebst Änderungen vom 4. 3. 1941 und 15. 11. 1941.	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind.	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus vom 23. 4. 1940. Bei der Horeinnahme von Festgeldern im Betrage von DM 100 000.- und darüber darf ein Zinsvoraus nicht vergütet werden.	1/4 höchstens	1/4 Durch seine Inanspruchnahme darf jedoch der derzeitige Höchstsatz von 4 0/0 nicht überschritten werden.

1) Zusammengestellt auf Grund von Angaben der Landeszentralbanken in den einzelnen Ländern. 2) Höchstsätze. 3) Normalsätze. 4) Sätze nur aus anderen Ländern in die in dem betr. Land festgesetzten Höchstsätze eintreten. 5) Der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Ham- zu c) und d) dürfen nur gewährt werden, wenn von der Kündigung bei c) mindestens für 3 Monate, bei d) mindestens für 6 Monate vom 11) Bei Festgeldbeträgen von DM 100 000.— und mehr kann in besonderen Fällen von den festgesetzten Höchstzinssätzen abgewichen werden. institute a) gegenüber Kunden mit Sitz außerhalb des Landes Hamburg die Höchstsätze anwenden, die im Land des Sitzes des Kunden gelten. Höchstsätzen eintreten, sofern der Kunde nachweist, daß ihm solche über den Höchstsätzen des eigenen Landes liegende Angebote vorliegen.

gebiet geltenden Zinskonditionen ¹⁾
jährlich

Niedersachsen	Schleswig-Holstein ⁴⁾	Hamburg ²⁾¹²⁾	Rheinland-Pfalz ³⁾	Baden ²⁾	Württemberg- ²⁾ Hohenzollern
Haben zinsen					
14. 7. 1949	1. 1. 1949	1. 10. 1949	14. 7. 1949	1. 11. 1948	1. 8. 1949
1	1	1 ⁶⁾	1 ⁷⁾	1 ⁹⁾	1
1 1/2	1	1 1/2	1 1/2 ⁸⁾	1 1/2	1 1/2
2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
3	3	3	3	3	3
4	4	4	4	4	4
ab DM 50 000 Einlagebetrag		ab DM 50 000 Einlagebetrag	ab DM 50 000 Einlagebetrag		
2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2
2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/4
2 7/8 ¹⁰⁾ 3 1/2 ¹⁰⁾	2 7/8	2 7/8 ¹⁰⁾ 3 1/2 ¹⁰⁾	2 7/8 ¹⁰⁾ 3 1/2 ¹⁰⁾	2 7/8 ¹⁰⁾ 3 1/2 ¹⁰⁾	2 1/2
3 3/4 ¹⁰⁾ 4 ¹⁰⁾	3 3/4	3 3/4 ¹⁰⁾ 4 ¹⁰⁾	3 3/4 ¹⁰⁾ 4 ¹⁰⁾	3 3/4 ¹⁰⁾	3
2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 } 2 1/4 } ¹¹⁾ 2 1/2 } 3 }
2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	
2 3/4 3 1/4	2 3/4	2 3/4 3 1/4	2 3/4 3 1/4	2 3/4	
3 1/2 3 3/4	3 1/2	3 1/2 3 3/4	3 1/2 3 3/4	3 1/2	
1/4	besondere Festsätze	Der Zinsvoraus darf mit höchstens 1/4 % von denjenigen Privatbankfirmen und Kreditgenossenschaften gewährt werden, deren gesamte Kundschaftseinlagen (im Sinne des § 2 (2) der Anweisung über Mindestreserven der Landeszentralbank der Hansestadt Hamburg vom 23. 12. 1946) am 31. 12. 1948 den Betrag von DM 1 000 000.- nicht überschritten haben	Abkommen gemäß Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 23. 4. 1940 zum Habenzinsabkommen vom 22. 12. 1936 mit der Einschränkung, daß die dort genannten, die Höhe des Zinsvoraus begrenzenden Bilanzsummen auf 1/10 ermäßigt werden. Bei Einlagen mit 4 %iger Verzinsung kein Zinsvoraus.	Grundsätze für die Gewährung des Zinsvoraus in der Fassung vom 4. 3. 1941 (Reichsanzeiger Nr. 54)	1/4 höchstens Der Zinsvoraus darf von denjenigen Kreditinstituten gewährt werden, die unter Zugrundelegung der Bilanz vom 31. 12. 1947 nach den „Grundsätzen für die Gewährung des Zinsvoraus“ hierzu berechtigt sind. Bei Hereinnahmen von Festgeldern im Betrage von DM 100 000.- und mehr darf ein Zinsvoraus nicht gewährt werden

für Lübeck gültig. ⁵⁾ Bei Festgeldbeträgen von DM 100 000.- und mehr können die Kreditinstitute bei Vorliegen höherer Konkurrenzangebote burger Ortsbereichs 1 1/4 %/o. ⁷⁾ Der Bankierkundschaft 1 1/4 %/o. ⁸⁾ Der Bankierkundschaft 1 3/4 %/o. ⁹⁾ Der Bankierkundschaft 1 1/4 %/o. ¹⁰⁾ Die Sätze Tage der Vereinbarung ab kein Gebrauch gemacht wird. Andernfalls dürfen nur die Sätze für feste Gelder (4 c bzw. 4 d) vergütet werden. ¹²⁾ Um ein Abfließen von Geldern in andere Länder auf Grund unterschiedlicher Habenzinsfestsetzungen zu verhindern, können die Kredit- b) unabhängig von dem Sitz des Kunden in Gebote von Kreditinstituten eines anderen Landes bis zu den für dieses andere Land festgesetzten

Festverzinsliche Wertpapiere
Durchschnittskurse und Indices
(4. Quartal 1948 = 100)

Monat	Gesamt- index	darunter 4 ⁰ / _n ige Schuldverschreibungen					
		Pfandbriefe		Kommunal- obligationen einschl. Stadtanleihen		Industrie- obligationen	
		Durchschnitts- kurse	Index- ziffern	Durchschnitts- kurse	Index- ziffern	Durchschnitts- kurse	Index- ziffern
1948							
Juli	123,5	9,25	123,2	8,55	120,4	7,85	127,4
August	123,0	9,29	123,6	8,23	115,8	7,70	124,9
September	118,1	8,97	119,3	8,00	112,6	7,16	116,3
Oktober	105,4	7,90	105,1	7,43	104,6	6,64	107,8
November	98,9	7,39	98,4	7,06	99,4	6,26	101,6
Dezember	95,7	7,25	96,5	6,84	96,2	5,60	90,8
1949							
Januar	102,5	7,76	103,3	7,15	100,7	6,25	99,8
Februar	109,1	8,22	109,4	7,73	108,7	6,71	108,9
März	104,4	7,86	104,6	7,54	106,2	6,32	102,6
April	104,4	7,89	105,1	7,54	106,1	6,13	99,5
Mai	101,7	7,58	100,9	7,50	105,6	6,36	103,2
Juni	102,5	7,61	101,3	7,51	105,7	6,50	105,6
Juli	103,3	7,66	101,9	7,58	106,7	6,56	106,5
August	106,3	7,85	104,5	7,80	109,8	6,94	112,7
September	107,2	7,91	105,3	7,84	110,3	7,07	114,8
Oktober	107,0	7,89	105,0	7,82	110,1	7,13	115,7
November	107,3	7,89	105,0	7,84	110,3	7,24	117,5
Dezember	107,1	7,89	105,0	7,82	110,1	7,17	116,4

Emissionen von langfristigen Schuldverschreibungen und Aktien
(Bundesgebiet)
in Mill. DM

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere						Aktien		Seit der Währungs- reform insgesamt	
	h i e r v o n					Monatlich insgesamt	Seit der Währungs- reform insgesamt (bis Ende des jeweiligen Monats)	Monatlich		Seit der Währungs- reform insgesamt
	Pfand- briefe	Kommunal- obli- gationen	Industrie- obli- gationen	Schuldver- schreibungen von Kredit- Instituten	Anleihen der öffentl. Hand					
1948										
Seit der Währungs- reform bis Dezember	32,5	4,0	10,0	—	—	46,5	46,5	—	—	46,5
1949										
Januar	—	—	40,0	—	—	40,0	86,5	—	—	86,5
Februar	44,5	3,5	25,0	—	—	73,0	159,5	—	—	159,5
März	92,5	30,0	10,0	—	—	132,5	292,0	13,5	13,5	305,5
April	45,0	17,0	—	—	—	62,0	354,0	12,0	25,5	379,5
Mai	7,0	3,0	10,0	—	—	20,0	374,0	12,9	38,7	412,7
Juni	—	—	68,0	—	64,0 ¹⁾	132,0	506,0	3,1	41,5	547,7
Juli	64,5	22,0	88,5	—	276,4 ¹⁾	451,4	957,4	3,8	45,3	1 002,7
August	14,5	4,0	36,5	—	—	55,0	1 012,4	1,7	47,0	1 059,4
September	64,5	26,0	21,0	150,0	—	261,5	1 273,9	3,0	50,0	1 323,9
Oktober	—	—	1,5	—	—	1,5	1 275,4	1,0	51,0	1 326,4
November	—	5,0	—	—	—	5,0	1 280,4	1,5	52,5	1 332,9
Dezember	15,0	20,0	—	—	—	35,0	1 315,4	1,6	54,1	1 369,5
zusammen:	380,0	134,5	310,5 ²⁾	150,0	340,4 ¹⁾	1 315,4	1 315,4	54,1	54,1	1 369,5
Davon waren am 31. Dezember 1949 untergebracht:	209,6	35,6	120,7 ³⁾	—	340,4 ¹⁾	—	706,3	—	53,4	759,7

Von den festverzinslichen Papieren sind 468 Mill. DM mit 5⁰/₀, 150 Mill. DM mit 5¹/₂⁰/₀, 411,9 Mill. DM mit 6⁰/₀, 285,5 Mill. DM mit 6¹/₂⁰/₀ verzinslich.

¹⁾ Reichsbahnleihe. ²⁾ Hiervon sind 160,8 Mill. DM zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehen. ³⁾ Die zur Sicherung von Krediten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehenen Emissionsbeträge sind hierin nicht enthalten.

V. Öffentliche Finanzen
Steueraufkommen der Länder im Bundesgebiet nach Steuerarten
in Mill. DM

	DM-Abschnitt des Rechnungs- jahres 1948/49 (21. 6. 1948 - 31. 3. 1949)	Rechnungsjahr 1949/50						
		April - Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember ⁶⁾
I. Besitz- und Verkehrssteuern								
Insgesamt	6 942,9	2 696,7	1 026,9	835,4	726,5	1 054,4	882,3	839,2
darunter								
Lohnsteuer	1 363,6	493,8	173,8	175,6	177,4	181,0	176,0	169,0
Veranlagte Einkommensteuer	1 946,7	690,3	285,2	163,5	135,7	274,1	166,5	130,6
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	9,7	1,4	0,7	0,2	-0,3	0,4	0,1	.
Körperschaftsteuer	859,1	385,5	177,8	97,1	85,0	179,8	100,3	88,9
Vermögenssteuer	158,4	31,3	14,5	18,4	3,0	3,4	18,7	.
Erbschaftsteuer	8,0	3,4	1,3	1,4	1,8	1,5	1,8	.
Umsatzsteuer	2 199,0	924,1	317,6	323,3	271,7 ⁵⁾	356,1	360,7	360,4
Kapitalverkehrssteuer	5,9	2,4	1,1	1,2	1,1	1,1	1,1	.
Kraftfahrzeugsteuer	164,7	50,0	30,5	14,4	14,3	21,0	14,6	.
Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer	8,4	1,6	0,4	0,3	0,2	0,2	0,1	.
Wechselsteuer	15,6	6,7	2,3	2,3	2,7	2,8	3,2	.
Beförderungssteuer	116,8	64,6	8,9	25,7	23,4	18,4	22,4	.
II. Verbrauchssteuern und Zölle								
Insgesamt ¹⁾	1 925,5	962,4	307,9	367,4	343,0	361,4	392,8	.
darunter								
Tabaksteuer	1 090,5	549,2	161,7	204,4	180,2	175,0	196,5	.
Kaffeesteuer ²⁾	129,7	74,6	21,9	22,7	18,3	23,8	24,0	.
Zuckersteuer	228,2	82,7	28,2	32,2	30,0	29,9	44,8	.
Salzsteuer	23,5	6,2	3,1	2,7	3,0	3,5	3,6	.
Biersteuer	121,7	54,4	21,8	30,1	38,0	36,6	27,9	.
Aus dem Spiritusmonopol	126,3	95,4	34,5	36,8	37,5	43,5	47,5	.
Schaumweinsteuer	20,7	3,2	0,9	1,0	1,0	2,1	1,5	.
Zündwarensteuer	40,6	12,5	3,2	2,0	4,2	8,1	4,0	.
Ausgleichssteuer auf Mineralöle	17,4	10,1	4,9	5,3	4,9	4,7	3,8	.
Zölle ³⁾	99,2	63,8	24,0	25,7	21,9	29,6	34,1	.
Insgesamt (I u. II)	8 868,5⁴⁾	3 659,1	1 334,8	1 202,7⁴⁾	1 069,5	1 415,8	1 275,1	.
davon an das Vereinigte Wirtschafts- gebiet bzw. den Bund abzuführen:	80,2	91,0	31,5	72,5	89,0	57,5	66,6	.

¹⁾ Einschließlich Kriegszuschläge.

²⁾ Von den Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebiets an die Verwaltung für Finanzen bzw. den Bund abzuführen, soweit die Steuerschuld nach dem 31. 10. 1948 entstanden ist.

³⁾ Von den Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebiets an die Verwaltung für Finanzen bzw. den Bund abzuführen, soweit die Steuerschuld nach dem 31. 3. 1949 entstanden ist.

⁴⁾ Differenzen durch Abrundung.

⁵⁾ Rückgang um 47,6 Mill. DM durch Ausfuhrhändler- und Ausfuhrvergütung.

⁶⁾ Vorläufige Zahlen

Quelle: Bundesfinanzministerium

VI. Außenhandel des Vereinigten

- Spezial-

Einfuhr (kommerziell und nicht kommerziell)								
Monat	Insgesamt	Ernährungs- wirtschaft		Gewerbliche Wirtschaft				
		Zusammen	Zusammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Zusammen	Fertigwaren	
							Vorerzeug- nisse	Enderzeug- nisse
Werte in Mill. RM bzw. DM								Vereinigtes
1948								
Januar	116,3	71,7	44,7	23,6	15,5	5,6	4,1	1,5
Februar	145,1	94,7	50,3	24,5	20,3	5,5	4,6	0,9
März	148,2	89,8	58,4	35,9	16,2	6,3	2,4	3,9
April	204,6	126,3	78,3	43,4	24,6	10,3	4,9	5,4
Mai	226,5	145,0	81,4	45,4	31,9	4,1	2,4	1,7
Juni	330,1	219,7	110,4	62,5	37,1	10,8	7,7	3,1
Juli	290,9	177,8	113,2	67,6	33,3	12,3	6,4	5,9
August	331,4	188,8	142,6	80,8	48,5	13,3	9,6	3,7
September	364,2	228,3	135,9	72,7	43,0	20,2	14,9	5,3
Oktober	218,3	108,3	110,0	50,0	42,1	17,9	10,4	7,5
November	302,7	149,4	153,3	80,0	50,-	23,3	10,4	12,9
Dezember	485,5	227,0	258,5	145,1	88,0	25,4	13,5	11,9
Insgesamt	3163,8	1826,8	1337,0	731,5	450,5	155,0	91,3	63,7
1949								
Januar	315,3	147,0	168,3	75,6	65,3	27,4	11,9	15,5
Februar	476,4	219,0	257,4	154,6	67,2	35,6	19,0	16,6
März	445,0	174,8	270,2	146,6	67,5	56,1	34,5	21,6
April	452,4	187,7	264,7	143,2	64,0	57,5	21,6	35,9
Mai	704,9 ²⁾	314,2 ²⁾	390,7 ²⁾	203,4	102,0	85,3	32,6	52,7
Juni	656,6	310,3	346,3	177,7	94,6	74,0	30,3	43,7
Juli	541,4	220,7	320,7	152,5	93,4	74,8	36,3	38,5
August	700,4	326,8	373,6	167,0	85,4	121,2	29,1	92,1
September	543,6	264,6	279,0	146,5	79,2	53,3	26,7	26,6
Oktober	768,6	464,2	304,4	166,4	81,7	56,3	23,7	32,6
November	643,9	364,6	279,3	143,9	77,5	57,9	29,1	28,8
								Bundes-
Oktober	796,1	477,7	318,4	171,5	86,2	60,7	26,1	34,6
November	694,1	388,3	305,8	153,9	85,8	66,1	33,2	32,9
Werte in Mill. \$								Vereinigtes
1948								
Januar
Februar
März
April
Mai
Juni
Juli
August
September
Oktober
November
Dezember
Insgesamt
1949								
Januar	104,9	52,8	52,1	23,6	20,2	8,3	4,0	4,3
Februar	155,5	78,1	77,4	46,2	20,1	11,1	6,1	5,0
März	151,1	67,5	83,6	45,5	20,9	17,2	10,8	6,4
April	148,1	65,1	83,0	45,7	20,0	17,3	6,5	10,8
Mai	208,7	91,7	117,0	60,9	30,5	25,6	9,8	15,8
Juni	196,6	93,1	103,5	53,0	28,3	22,2	9,1	13,1
Juli	161,2	65,2	96,0	45,7	28,0	22,3	10,8	11,5
August	210,0	97,9	112,1	50,2	25,6	36,3	8,7	27,6
September	150,5	73,5	77,0	40,2	22,1	14,7	7,5	7,2
Oktober	184,1	111,4	72,7	39,7	19,6	13,4	5,6	7,8
November	156,0	87,6	68,4	35,3	19,1	14,0	7,0	7,0
								Bundes-
Oktober	190,6	114,6	76,0	40,8	20,7	14,5	6,2	8,3
November	169,0	94,1	74,9	37,8	21,1	16,0	8,0	8,0

¹⁾ Die Ein- und Ausfuhrwerte in RM bzw. DM sind nicht miteinander vergleichbar, da die Bewertung zum Teil nach
²⁾ Werte geändert (Zugrundelegung der Weltmarktpreise) — Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschafts-

Wirtschaftsgebiets bzw. Bundesgebiets¹⁾

handel-

Insgesamt	Ausfuhr							Monat
	Ernährungs- wirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					Fertigwaren	
		Zusammen	Zusammen	Roh- stoffe	Halb- waren	Zusammen		
Wirtschaftsgebiet Werte in Mill. RM bzw. DM								
								1948
43,0	1,9	41,1	14,7	15,4	11,0	4,7	6,3	Januar
67,7	10,8	56,9	17,8	16,3	22,8	14,0	8,8	Februar
77,4	7,3	70,1	20,1	21,4	28,6	16,0	12,6	März
97,2	2,9	94,3	26,8	29,7	37,8	21,3	16,5	April
89,6	3,5	86,1	20,3	26,7	39,1	18,7	20,4	Mai
109,6	1,0	108,6	31,4	32,0	45,2	25,6	19,6	Juni
170,5	0,5	170,0	59,6	53,5	56,9	29,2	27,7	Juli
223,5	1,4	222,1	57,4	69,8	94,9	50,2	44,7	August
205,8	0,4	205,3	57,6	63,7	84,0	42,9	41,1	September
216,5	1,1	215,4	52,1	68,6	94,7	51,5	43,2	Oktober
225,8	4,3	221,6	51,7	66,9	103,0	50,9	52,1	November
290,2	13,5	276,7	47,9	78,3	150,5	81,7	68,8	Dezember
1816,8	48,6	1768,2	457,4	542,3	768,5	406,7	361,8	Insgesamt
1949								
253,9	12,4	241,5	55,5	81,2	104,8	57,2	47,6	Januar
276,5	8,8	267,7	51,4	96,1	120,2	59,4	60,8	Februar
309,2	8,2	301,0	62,9	106,2	131,9	64,9	67,0	März
288,0	6,3	281,7	57,1	94,5	130,1	61,6	68,5	April
331,6	2,8	328,8	63,5	106,0	159,3	69,4	89,9	Mai
296,9	2,0	294,9	61,2	90,3	143,4	61,6	81,8	Juni
309,1	2,3	306,8	69,2	84,4	153,2	70,4	82,8	Juli
303,4	2,4	301,0	66,0	76,4	158,6	74,1	84,5	August
335,2	2,0	333,2	69,3	92,6	171,3	70,9	100,4	September
315,7	8,0	307,7	67,0	73,7	167,0	58,8	108,2	Oktober
340,8	13,0	327,8	73,3	86,6	167,9	53,5	114,4	November
gebiet								
342,3	9,0	333,3	73,4	77,0	182,9	63,6	119,3	Oktober
370,2	15,9	354,3	78,9	90,2	185,2	60,1	125,1	November
Wirtschaftsgebiet Werte in Mill. \$								
								1948
25,1	0,4	24,7	11,5	9,4	3,8	1,7	2,1	Januar
35,0	2,4	32,6	14,5	10,6	7,5	4,5	3,0	Februar
40,5	1,7	38,8	16,6	12,9	9,3	5,2	4,1	März
40,9	0,7	40,2	14,9	13,4	11,9	6,7	5,2	April
36,5	0,7	35,8	11,1	12,8	11,9	5,6	6,3	Mai
47,1	0,2	46,9	17,4	15,4	14,1	8,0	6,1	Juni
49,0	0,2	48,8	17,8	15,7	15,3	7,8	7,5	Juli
63,0	0,4	62,6	17,2	20,1	25,3	13,1	12,2	August
57,0	0,1	56,9	17,2	18,7	21,0	10,1	10,9	September
59,3	0,3	59,0	15,5	19,6	23,9	12,3	11,6	Oktober
61,0	1,2	59,8	15,2	18,8	25,8	12,2	13,6	November
77,6	3,5	74,1	14,2	22,5	37,4	19,0	18,4	Dezember
592,0	11,8	580,2	183,1	189,9	207,2	106,2	101,0	Insgesamt
1949								
70,8	3,4	67,4	16,5	23,7	27,2	14,2	13,0	Januar
78,7	2,5	76,2	15,4	28,4	32,4	15,1	17,3	Februar
86,8	2,4	84,4	18,9	29,5	36,0	16,8	19,2	März
82,1	1,8	80,3	17,1	27,3	35,9	16,5	19,4	April
94,2	0,8	93,4	19,0	30,0	44,4	18,6	25,8	Mai
84,9	0,6	84,3	18,3	25,8	40,2	17,0	23,2	Juni
90,0	0,6	89,4	20,8	25,2	43,4	19,5	23,9	Juli
88,2	0,7	87,5	19,8	22,8	44,9	20,4	24,5	August
93,1	0,5	92,6	19,3	26,5	46,8	19,1	27,7	September
74,6	1,9	72,7	16,0	17,8	38,9	13,2	25,7	Oktober
80,9	3,1	77,8	17,6	21,1	39,1	12,2	26,9	November
gebiet								
80,9	2,1	78,8	17,6	18,6	42,6	14,3	28,3	Oktober
87,9	3,8	84,1	18,9	22,0	43,2	13,8	29,4	November

Weltmarkt-, zum Teil nach Inlandspreisen erfolgt gebietes.

Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß
(Bundesgebiet in 1000 t)

Zeit	Steinkohlenförderung		Ausfuhrüberschuß	
	im Monat	arbeitsrätiglich	Steinkohle	Koks
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.
1947 „	5 927	234,7	.	.
1948 „	7 253	285,1	.	.
1948 Januar	6 624	254,8	4 208	2 656
Februar	6 423	267,6		
März	7 203	288,1		
April	6 980	268,5		
Mai	5 931	265,8		
Juni	7 412	285,1		
Juli	7 761	287,4	786	675
August	7 456	286,8	627	662
September	7 567	291,0	743	631
Oktober	7 865	302,5	733	620
November	7 715	308,6	697	628
Dezember	8 096	311,4	632	626
1949 Januar	8 204	328,2	852	683
Februar	7 871	328,0	777	667
März	8 893	329,4	947	759
April	7 898	329,1	810	815
Mai	8 377	335,1	865	818
Juni	8 107	333,4	930	745
Juli	8 749	336,5	1023	670
August	9 047	335,1	966	601
September	8 776	337,5	941	453
Oktober	8 990	345,8	956	402
November	9 199	368,0	958	541
Dezember	9 125	351,0	.	.

Quelle: Deutsche Kohlenbergbauleitung

Eisen- und Stahlerzeugung
(Bundesgebiet in 1000 t)

Zeit	Roheisen einschl. Ferrolegierungen	Rohstahl	Walzwerk- fertigerzeugnisse
1949 Januar	551	665	453
Februar	531	679	470
März	602	768	545
April	575	719	496
Mai	619	782	539
Juni	603	767	539
Juli	636	795	551
August	651	834	582
September	598	760	535
Oktober	557	693	518
November	584	754	555
Dezember ¹⁾	634	801	566

¹⁾ Vorläufig

Quelle: Fachstelle Stahl und Eisen

Arbeitsmarkt (Bundesgebiet)

Zeit	Beschäftigte in 1000	Arbeitslose in 1000	Offene Stellen in 1000	Arbeitslosen- und Arbeitslosen- fürsorgeunterstützungsempfänger in 1000
1948 31. März	.	471,8	757,0	18
30. April	.	469,4	794,4	15
31. Mai	.	448,2	802,9	13
30. Juni	13 468,1	451,1	677,1	13
31. Juli	.	665,0	285,1	79
31. August	.	784,2	271,1	194
30. September	13 463,1	784,1	297,2	263
31. Oktober	.	739,4	305,5	287
30. November	.	715,1	276,2	310
31. Dezember	13 702,8	759,6	225,8	380
1949 31. Januar	.	962,9	216,9	521
28. Februar	.	1 068,9	212,3	650
31. März	13 447,3	1 168,1	197,2	749
30. April	.	1 232,4	183,6	771
31. Mai	.	1 256,9	157,1	827
30. Juni	13 488,7	1 283,3	144,6	887
31. Juli	.	1 302,9	135,7	931
31. August	.	1 308,1	125,7	963
30. September	13 604,4	1 313,7	127,9	963
31. Oktober	.	1 316,6	119,7	969
30. November	.	1 383,8	99,5	1030
31. Dezember	13 555,5	1 558,5	75,4	1203

Quelle: Verwaltung für Arbeit

Verkehrsentwicklung (Bundesgebiet)

Zeit	Eisenbahn						
	Durchschnittliche arbeits-tägliche Güterwagen-gestellung in 1000	Umlaufzeit der Güterwagen in Tagen ²⁾	Güterverkehr (ohne Expresgut) in 1000 t	beförderte Personen in 1000	betriebs-fähige Güterwagen in 1000	betriebs-fähige Dampf-lokomotiven in 1000	
1948 M.-D.	43,7	6,1	17 757	137 314	263,7	7,9	
1948 Januar	35,1	7,6	14 977	147 664	260,0	7,3	
Februar	36,8	7,2	14 258	145 080	264,3	7,3	
März	39,1	7,1	15 761	161 993	267,9	7,4	
April	39,6	6,6	17 000	157 822	260,1	7,5	
Mai	41,3	6,9	15 322	174 890	256,4	7,6	
Juni	40,0	6,2	16 456	161 566	263,9	7,7	
Juli	44,0	5,7	19 347	98 255	258,7	7,9	
August	47,0	5,6	19 053	114 513	261,7	8,1	
September	48,9	5,2	19 521	113 430	262,5	8,3	
Oktober	50,2	5,2	20 797	123 605	262,9	8,5	
November	53,1	5,1	20 707	126 745	271,1	8,7	
Dezember	49,2	5,5	19 889	122 206	274,7	8,9	
1949 Januar	49,9	5,4	19 697	133 010	268,6	8,8	
Februar	51,4	5,1	18 546	113 382	270,6	8,9	
März	50,7	4,8	20 515	115 877	261,1	8,9	
April	51,8	5,0	18 794	114 120	256,6	8,9	
Mai	51,2	4,8	19 258	118 274	250,4	8,9	
Juni	50,0	4,8	18 084	106 922	261,6	9,0	
Juli	51,1	4,5	19 480	107 839	261,3	9,0	
August	50,3	4,4	17 860	107 936	260,4	9,0	
September	53,2	4,4	19 704	104 325	265,4	9,0	
Oktober	56,6	4,7	21 269	115 778	264,0	8,9	
November	57,3	4,6	21 677	110 635	259,7	8,9	
Zeit	Schifffahrt und Post						
	Binnen-schifffahrt beförderte Güter Ver.Wi.Gebiet in 1000 t	See-schifffahrt Gesamt-güter-umschlag in 1000 t	Deutsche Post ²⁾				
			Briefsendg. einschl. Einschreibesdg. in Mill.	Gewöhnl. Paket-sendungen in 1000	Tele-gramme in 1000	Orts-gespräche in Mill.	Fern-gespräche einschließlich Schnellgespr. in Mill.
1938 M.-D.	.	4 166 ¹⁾	279,4	13 234	1 168	103,6	15,0
1947 „	2 367	1 424	277,2	5 906	3 282	124,2	21,4
1948 „	4 072	1 886	280,1	6 387	2 577	124,8	22,0
1948 Januar	2 281	1 282	289,9	6 113	2 955	128,4	21,6
Februar	2 982	1 420	286,6	6 004	2 890	125,6	21,7
März	3 899	1 608	325,4	6 586	3 655	132,7	24,0
April	4 460	1 997	297,6	6 692	3 627	138,9	25,1
Mai	3 816	1 964	289,1	5 733	4 030	132,7	24,0
Juni	4 743	2 071	299,0	5 131	3 484	137,5	23,7
Juli	4 755	2 146	228,3	4 715	1 233	111,7	18,1
August	4 755	2 508	251,6	5 443	1 518	108,6	19,1
September	4 898	2 325	265,4	6 482	1 752	114,3	20,9
Oktober	4 528	1 818	246,3	6 849	1 874	119,8	22,1
November	4 245	1 726	267,1	7 291	1 813	121,8	21,9
Dezember	3 506	1 761	315,1	9 606	2 128	127,6	22,0
1949 Januar	3 903	1 968	237,8	6 798	1 556	114,9	20,4
Februar	3 859	1 795	234,3	7 108	1 499	111,3	19,8
März	4 718	2 005	252,3	8 288	1 705	119,9	21,8
April	4 595	2 029	255,7	7 614	1 742	112,0	20,5
Mai	5 107	2 010	246,0	8 030	1 805	113,4	21,6
Juni	5 240	2 113	234,4	7 353	1 733	111,0	21,1
Juli	5 567	2 200	242,7	7 713	1 783	114,6	22,5
August	5 340	2 330	258,7	7 891	1 844	115,9	23,0
September	5 052	2 233	250,3	8 390	1 851	116,8	23,0
Oktober	4 592	2 085	282,2	9 329	1 915	132,1	26,7
November	4 343	2 122	318,3	13 065	2 003	.	25,7

¹⁾ Nur wichtige Häfen. ²⁾ Bis einschl. Sept. 1949 nur Vereinigtes Wirtschaftsgebiet.

Quellen: Hauptverwaltung der Bundesbahn. Betriebsvereinigung der Südwestdeutschen Eisenbahn. Hauptverwaltung der Binnenschifffahrt. Deutsche Post (Posttechnisches Zentralamt).

Index der Grundstoffpreise
1938 = 100

Zeit	insgesamt	davon	
		Nahrungsmittel	Industriestoffe (Rohstoffe und Halbzeuge)
1948 Juni ¹⁾	154,8	123,5	175,6
Juli	158,6	127,2	179,3
August	171,9	129,2	200,3
September	178,8	132,2	209,9
Oktober	187,7	148,6	213,7
November	190,1	150,6	216,5
Dezember	192,6	154,4	218,0
1949 Januar	191,6	154,8	216,2
Februar	189,7	155,5	212,5
März	188,5	155,8	210,3
April	186,1	152,7	208,4
Mai	189,2	167,6	203,6
Juni	187,1	163,7	202,7
Juli	187,1	166,2	201,1
August	187,0	166,9	200,4
September	185,4	165,3	198,8
Oktober	190,1	166,5	205,9
November	193,9 ²⁾	176,7 ²⁾	205,3 ²⁾
Dezember	194,5 ²⁾	179,6 ²⁾	204,5 ²⁾

¹⁾ Monatsmitte

²⁾ Vorläufige Zahl

Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

Indexziffer der Lebenshaltungskosten
für eine 4 köpfige Arbeiterfamilie ¹⁾ (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)
1938 = 100 (Neuberechnung)

Zeit	Lebenshaltung insgesamt	Ernährung	Genußmittel	Miete	Heizung und Beleuchtung	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung und Unterhaltung	Hausrat	Verkehr
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1948										
Juni	151	140	394	100	108	202	140	138	187	137
Juli	159	157	394	100	108	213	141	140	192	140
August	157	147	392	100	113	230	143	142	195	133
September	159	147	393	100	115	242	145	139	198	134
Oktober	165	155	395	100	116	258	146	140	203	136
November	165	162	286	100	117	269	150	143	208	134
Dezember	168	168	288	100	118	269	153	145	211	137
1949										
Januar	167	169	289	100	118	258	155	145	206	139
Februar	168	173	290	100	119	247	156	146	203	138
März	167	174	291	100	120	238	156	145	198	137
April	164	170	290	100	120	230	158	145	192	136
Mai	161	165	288	100	120	220	159	145	187	135
Juni	159	164	286	100	120	212	158	144	183	135
Juli	159	167	282	100	120	206	158	144	179	135
August	157	162	281	102	120	204	157	144	175	135
September	155	158	284	102	120	201	155	148	173	134
Oktober	155	160	285	102	119	200	154	147	172	134
November	156	162	287	102	119	199	152	146	171	134

¹⁾ Darunter 2 Verdienner und 1 Kind unter 14 Jahren.

Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

VIII. Internationale

Wechselkurse

(für je 1 Einheit)

Land	Währungseinheit	Kursarten ³⁾	Paritäten (in US-cents für je 1 Einheit der Landeswährung) ⁴⁾		Verkaufskurse in den			
			vor Abwertung	nach Abwertung	1937	1948	1949	
							Jan./März	April/Juni
ERP-Länder								
Belgien	Franc		2,28167 *)	2,0000 *)	3,375	2,275	2,275	2,275
Dänemark	Krone		20,8376 *)	14,4778 *)	22,03	20,79	20,79	20,79
Frankreich	Franc ⁵⁾	offiziell	0,4664 ^{5a)}	0,4664 ^{5a)}	3,978	0,4837	0,4657	0,4657
"	"	frei	0,3675 ^{5b)}	0,2857 ^{5c)}	.	0,3238	0,3139	0,3056
Griechenland	Drachme	A ⁶⁾			0,9009	0,0199	0,0199	0,0199
"	"	B ⁶⁾	0,0100	0,00666	.	0,0103	0,0100	0,0100
Großbritannien	£		403,000 *)	280,000 *)	494,4	402,75	402,75	402,75
Italien	Lira	offiziell	0,1739 ⁷⁾		5,263	0,1739	0,1739	0,1739
"	"	frei	0,1739 ⁷⁾		.	0,1739	0,1739	0,1739
"	"	curb			.	0,1616	0,1472	0,1584
Niederlande	Gulden		37,6953 *)	26,3158 *)	55,04	37,59	37,61	37,62
Norwegen	Krone		20,1500 *)	14,0000 *)	24,75	20,12	20,12	20,12
Österreich	Schilling		10,0000	6,94444 ¹⁵⁾	18,587	9,862	9,862	9,862
Portugal	Escudo		3,9896	3,4596	4,486	3,990	3,990	3,990
Schweden	Krone		27,8218	19,3303	25,43	27,78	27,78	27,78
Schweiz	Franc	offiziell	23,2288	22,8685	22,94	23,17	23,17	23,17
"	"	frei			.	24,88	25,15	25,27
Türkei	türk. £		35,7143 *)	35,7143 *)	79,37	35,40	35,40	35,40
Sonst. europäische Länder								
Bulgarien	Leva		0,34904	0,34904	1,186	0,3472	0,3472	0,3472
Finnland	Mark		0,6250	0,4329	2,171	0,7353	0,7353	0,7353
Jugoslawien	Dinar		2,000 *)	2,000 *)	2,304	2,00	2,00	2,00
Spanien	Peseta	offiziell ⁹⁾	8,91266	8,91266	11,67	8,913	8,913	8,913
"	"	bevorzugt ¹⁰⁾			9,328	5,949	4,621	3,957
Tschechoslowak.	Krone		2,000 *)	2,000 *)	3,486	1,994	1,994	1,994
Ungarn	Forint		8,51789	8,51789	29,44 ¹¹⁾	8,455	8,455	8,455
Übersee								
Kanada	kan. Dollar	offiziell	100,000 *)	90,9091 *)	100,0	99,50	99,50	99,50
"	"	frei (New York)			.	91,67 ¹²⁾	92,79 ¹²⁾	94,80 ¹²⁾
Argentinien	Peso	bevorzugt ¹³⁾			30,96	26,81	26,81	26,81
"	"	Basis (offiz.) ¹³⁾			30,96	23,64	23,64	23,64
"	"	frei ¹³⁾			30,03	22,47	20,72	20,79
"	"	curb			.	10,81	10,59	9,92
Brasilien	Cruzeiro		5,40541 *)	5,40541 *)	6,238	5,342	5,342	5,342
Chile	Peso	Regierung ¹⁴⁾			5,163	5,136	5,136	5,136
"	"	offiziell ¹⁴⁾	3,22581 *)	3,22581 *)	3,578	3,215	3,215	3,215
"	"	frei ¹⁴⁾			.	2,320	2,320	2,320
"	"	curb			3,792	1,653	1,544	1,533
Australien	austr. £		322,400 *)	224,000 *)	392,9	320,15	320,55	320,55
Indien	Rupie		30,2250 *)	21,000 *)	37,22	30,14	30,14	30,14
Südafrika	S.A. £		403,000 *)	280,000 *)	487,4	400,75	400,75	400,75

¹⁾ Monatsdurchschnitte. Quelle: „Monthly Bulletin of Statistics“ des Statistischen Amtes der Vereinten Nationen. Da in den meisten Länderschnitten auf Grund von in den „Nachrichten für Außenhandel“ veröffentlichten Notierungen. ²⁾ Offiziell = amtlich festgesetzt; frei = mit verschiedenartigen Kursen noch nicht abgeschlossen. ³⁾ Die mit einem Stern (*) bezeichneten Paritäten sind mit dem Internationalen ⁴⁾ Für den französischen Franc wurden seit dem 26. 1. 1948 keine Paritäten mit dem Währungsfonds festgesetzt. An Stelle der früheren Parität den US-Dollar). ^{5a)} Richtkurs von zuletzt ffrs. 272,096 für den US-Dollar. Errechnung und Festsetzung dieses Richtkurses erfolgte an Hand in den letzten Monaten lag der Kurs auf dem Pariser „freien“ Markt bei 330,- ffrs. = 1 US-Dollar. (= 0,303 US-cents für den ffr.). Diese freien Markt. Notiz bei ca. 350 ffrs. = 1 US-Dollar (1 ffr. = 0,2857 US-cents) für nicht frei handelbare Devisen. Monatliche Festsetzung ist auf 350,00 ffrs. = 1 US-Dollar (1 ffr. = 0,2857 US-cents) festgesetzt worden. ⁶⁾ Die Devisenabgabe erfolgte bisher zwar zum offiziellen derlich ist, die die Importeure von den Exporteuren am freien Markt oder unter Umständen auch von der Notenbank kaufen können, liegt Nach der Abwertung sind praktisch 15 000 Drachmen je Dollar zu zahlen; dem entspricht auch die neue New Yorker Notierung. ⁷⁾ Fluktieren-solche, sondern lediglich um eine Korrektur der den verschiedenen bilateralen Abkommen der Schweiz zugrundeliegenden Kurse im Sinne einer entspricht. ⁸⁾ Parität unverändert; jedoch eine Reihe von Spezialkursen. ⁹⁾ Für den Reiseverkehr. ¹⁰⁾ US-Cents für 1 Pengö (Währungsumstellung Kurs“ (Verkaufsrate) wurde um ca. 47 v. H. (bisher: 1 Peso = 20,79 US-cents — jetzt: 1 Peso = 11,11 US-cents) herabgesetzt. Dieser Kurs wichtiger Güter (Verkaufsrate) — 1 Peso = 26,81 US-cents — auch weiterhin gilt und daneben ein neuer „Vorzugskurs“ — 1 Peso = 18,62 cents — jetzt: 1 Peso = 16,43 US-cents) ebenfalls heruntergesetzt. Da der bisherige Grundkurs (Kaufrate) — 29,76 US-cents = 1 Peso — bei-Importdevisen in Erscheinung. ¹¹⁾ Regierungssatz: für Regierungseinfuhren sowie für bestimmte bedeutsame Ausfuhren; offizieller Kurs: für die ¹²⁾ Der Grundkurs wurde am 22. 11. um 30,5 % abgewertet; daneben bestehen Agio-Kurse für den Außenhandel. ¹³⁾ Juli-August. ¹⁴⁾ Juli-Sept.

Übersichten

in US-Cents

der Landeswährung)

einzelnen Ländern ¹⁾				Mittelkurse in New York ²⁾				
Juli-Sept. vor Abwertung	Ab- wertung am:	September nach Abwertung	Oktober	Juli-September vor Abwertung	September nach Abwertung	Oktober	November	Dezember
2,275	22. 9.	1,994	1,994	2,28	2,00	1,9978	1,9959	1,9999
20,79	19. 9.	14,45	14,45	20,90	14,48	14,48	14,48	14,48
0,4657		0,4657	0,4657	0,4657	0,4657	0,4657	0,4657	0,4657
0,3026 ¹⁶⁾	20. 9.	0,2857	0,2864	0,3027	0,286875	0,286458	0,2865	0,28667
0,0199		0,0199	0,0199					
0,0099	22. 9.	0,0067	0,0067		0,006	0,006	0,006	0,006
402,75	19. 9.	279,88	279,88	403,—	280,—	280,—	280,0156	280,0625
0,1739	19. 9.	0,1583	0,1593	0,1739	0,158228	0,159349	0,1602	0,16020
0,1739	19. 9.	0,1583	0,1593	0,1739	0,158228	0,159349	0,1602	0,16020
0,16195 ¹⁶⁾		0,1446	0,1478					
37,62	21. 9.	26,28	26,28	37,69	26,32	26,32	26,32	26,32
20,12	20. 9.	13,99	13,99	20,20	14,00	14,00	14,00	14,00
9,862	22.11.	9,862	9,862					
3,983	22. 9.	3,460	3,460	4,025	3,48	3,48	3,48	3,4822
27,78	20. 9.	19,31	19,31	27,84	19,30	19,30	19,30	19,30
23,17	26. 9.	23,09	23,09	23,40	23,40 ⁸⁾	23,065 ⁸⁾	23,0538	23,05
25,19 ¹⁶⁾	26. 9.	23,09	23,09	25,1718	23,32	23,1161	23,1763	23,2950
35,40		35,40	35,40	35,75	35,75	35,75	35,75	35,75
0,3472		0,3472	0,3472	0,35	0,35	0,35	0,35	0,35
0,6250	19. 9.	0,4329	0,4329	0,646	0,431	0,431	0,431	0,431
2,00		2,00	2,00					
8,913		8,913	8,913	9,16	9,16	9,16	9,16	9,16
3,957		3,957						
1,994		1,994	1,994	2,03	2,03	2,03	2,03	2,03
8,455		8,455	8,455	8,61	8,61	8,61	8,61	8,61
99,50	20. 9.	90,50	90,50					
93,187 ¹²⁾ ¹⁷⁾		— ¹⁸⁾	90,43 ¹²⁾	95,0208	90,1094	90,4375	90,375	88,5278
26,81	3. 10.	26,81	26,81 u. 18,62	26,81	26,81	26,81 u. 18,62	26,81 u. 18,62	26,81 u. 18,62
23,64	3. 10.	23,64	16,42	23,64	23,64	16,43	16,43	16,43
20,79	3. 10.	20,79	11,09	20,9092	20,90	11,20	11,20	11,20
8,606 ¹⁷⁾		— ¹⁸⁾	7,41	8,61				
5,342		5,342	5,342	5,45	5,45	5,45		5,46
5,136		5,136	5,136	5,16	5,16	5,16	5,16	5,16
3,215		3,215	3,215	3,215	3,215	3,23	3,23	3,23
2,320		2,320	2,320	2,320	2,320	2,320	2,320	2,320
1,189 ¹⁷⁾		— ¹⁸⁾	1,037	1,189				
320,55	19. 9.	222,75	222,75	323,50	224,—	224,—	224,—	224,—
30,14	22. 9.	20,94	20,94	30,22	21,—	21,—	21,—	21,—
400,75	19. 9.	278,38	278,38	403,25	280,—	280,—	280,—	280,—

dem noch Devisenbewirtschaftung besteht, wird unter Verkaufskurs in der Regel der Abgabekurs der Notenbank verstanden. ²⁾ Monatsdurchbörsen- oder Marktkurs; curb = „Schwarzmarkt“-Kurs. Die Neubildung der Kursarten im Zuge der Abwertung ist bei einigen Währungen Währungsfonds vereinbart und von diesem nach dem Stande vom 1. 8. 1949 bzw. 15. 10. 1949 (vor bzw. nach Abwertung) veröffentlicht. wurden in Frankreich zwei Verrechnungskurse eingeführt. 5a) Offizieller Kurs des französischen Devisen-Stabilisierungsfonds (ffrs. 214,392 für des arithmetischen Mittels zwischen dem offiziellen Kurs (siehe 5a) und dem Kurse des US-Dollars auf dem Pariser „freien“ Devisenmarkt. Verrechnungskurse (5a + 5b) galten bis 18. 9. 49. 5c) Abschaffung der differenzierten Kurse (5a + 5b). Notierung des US-Dollars nur noch am eines Dollar-Richtkurses auf Grund der Notierungen des US-Dollars am freien Markt. Der Richtkurs für die Zeit vom 21. 9. — 31. 1. 1950 Satz (A) von rd. 5 000 Drachmen je Dollar. Da aber zum Devisenerwerb zunächst noch der Besitz von entsprechenden Devisenzertifikaten erforderlich tatsächliche Kurs (B) um den Marktpreis dieser Zertifikate höher; er stellte sich vor der Abwertung auf 10 000 Drachmen für den Dollar. der Kurs. ⁸⁾ Am 11. Oktober wurde eine kleine Kursberichtigung vorgenommen; dabei handelt es sich jedoch nicht um eine Abwertung als Ausrichtung auf die mittlere Goldparität von sfrs. 4 920,63 für 1 kg Feingold, was einer Parität von nunmehr sfrs. 4,37282 für den Dollar 1. 8. 1946: 470 000 Quadrillionen Pengö = 1 Forint). ¹²⁾ Kaufkurse in New York. ¹³⁾ Am 3. 10. 49 wertete Argentinien ab. Der „Freimarktgilt für alle Auslandszahlungen, die nicht direkt im Zusammenhang mit Einfuhren stehen. Während der bisherige „Vorzugskurs“ für die Einfuhr US-cents — geschaffen worden ist, wurde der „Basis-Kurs“ für zweitwichtigste Einfuhren (Verkaufsrate) um ca. 30 v. H. (bisher: 1 Peso = 23,64 behalten worden ist, tritt die Abwertung des argentinischen Pesos nur in der Vielzahl der geschaffenen differenzierten Kurse für Export- und Einfuhr wichtiger Güter sowie für eine Reihe weniger bedeutender Ausfuhrwaren; freier („Banking“-)Kurs: für alle anderen Importe und Exporte. (vor und nach Abwertung). ¹⁶⁾ Vgl. Anmerkung 17).

Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder 1938 = 100

Zeit	Vereinigte Staaten (Bureau of Labor)	Großbritannien (Economist)	Frankreich (Offiziel)	Schweiz (Monatsbericht der Schweizerischen Nationalbank)	Italien (Economist)	Schweden (Economist)
1945 M.-D.	135	166	375	206	.	.
1946 ..	154	176	648	200	2883	.
1947 ..	194	204	989	209	5157	180
1948 ..	210	225	1712	217	5442	194
1948						
Januar	211	217	1463	218	5371	188
Februar	205	220	1537	218	5350	189
März	205	224	1536	218	5316	190
April	207	223	1555	218	5238	193
Mai	209	226	1653	218	5182	194
Juni	211	228	1691	218	5140	195
Juli	215	226	1698	217	5137	195
August	216	225	1783	216	5704	196
September	215	227	1791	215	5769	196
Oktober	210	227	1887	215	5724	196
November	209	228	1977	217	5667	196
Dezember	206	231	1974	216	5697	196
1949						
Januar	204	232	1946	215	5698	196
Februar	201	231	1898	214	5656	196
März	202	231	1872	212	5556	195
April	200	230	1846	209	5393	195
Mai	198	235	1890	206	5278	195
Juni	196	233	1812	205	5215	195
Juli	195	229	1854	205	5034	195
August	194	230	1918	205	4889	194
September	195	241	1958	204	4912	.
Oktober	194	244	2002	201	.	.
November	.	245	2005	201	.	.

Moody's Index für USA-Rohstoffpreise

Wochendurchschnitte

31. Dezember 1931 = 100

Monat		Monat		Woche	
1948		1949		1949	
Juni	431,3	Januar	390,5	30. 10. — 5. 11.	341,7
Juli	433,1	Februar	375,9	6. 11. — 12. 11.	343,3
August	427,2	März	372,0	13. 11. — 19. 11.	343,9
September	419,7	April	351,6	20. 11. — 26. 11.	344,0
Oktober	404,6	Mai	344,2	27. 11. — 3. 12.	346,7
November	401,0	Juni	338,8	4. 12. — 10. 12.	345,3
Dezember	395,9	Juli	338,9	11. 12. — 17. 12.	345,7
		August	340,7 ¹⁾	18. 12. — 24. 12.	345,7
		September	346,6 ¹⁾	25. 12. — 31. 12.	347,3
		Oktober	338,4 ¹⁾	1950	
		November	344,1 ¹⁾	1. 1. — 7. 1.	348,5
		Dezember	345,8 ¹⁾	8. 1. — 14. 1.	350,0

¹⁾ Vorläufige Zahlen

Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren

(Durchschnittspreise)

Zeit	Weizen	Mais	Kaffee	Zucker	Schweine	Baumwolle	Kautschuk	Kupfer	Zinn	Blei	Zink	Erdöl, roh	Häute
	Chikago 1 Bushel = 60 lbs. \$	Chikago 1 Bushel = 56 lbs. \$	NewYork 1 lb. \$ cents	NewYork 1 lb. \$ cents	Chikago 100 lb. \$	New Orleans 1 lb. \$ cents	New York 1 lb. \$	NewYork 1 lb. \$ cents	NewYork 1 lb. \$ cents	NewYork 1 lb. \$ cents	NewYork 1 lb. \$ cents	St. Louis 1 lb. \$ cents	Pensylvan. 1 Barrel = 1,59 hl \$
1946	1,98	1,64	17,61	4,43	18,69	29,58	0,23	13,06	52,00	7,69	8,81	3,15	18,38
1947	2,62	2,17	26,63	6,21	24,85	32,39	0,21	21,04	78,33	14,67	10,50	4,29	29,29
1948	2,45	2,08	26,77	5,52	23,65	31,51	0,22	22,21	99,25	18,04	13,38	5,00	27,00
1949	2,18	1,32	31,03	5,74	18,51	30,09	0,18	19,41	99,32	15,34	12,03	3,59	21,36
1948 Januar	3,20	2,81	26,50	5,60	27,50	33,70	0,22	21,38	94,00	15,00	10,50	5,00	30,00
Februar	2,54	2,07	26,25	5,50	22,45	30,20	0,21	21,38	94,00	15,00	12,00	5,00	25,00
März	2,57	2,37	26,25	5,45	23,05	31,65	0,20	21,38	94,00	15,00	12,00	5,00	21,00
April	2,62	2,42	26,50	5,37	20,45	35,35	0,23	21,38	94,00	17,50	12,00	5,00	25,00
Mai	2,49	2,37	27,00	5,15	19,20	35,65	0,24	21,38	94,00	17,50	12,00	5,00	27,50
Juni	2,40	2,33	27,00	5,20	23,35	35,15	0,23	21,38	103,00	17,50	12,00	5,00	28,00
Juli	2,30	2,20	27,00	5,70	25,65	30,50	0,23	21,38	103,00	17,50	12,00	5,00	29,50
August	2,21	2,07	27,00	5,78	27,40	28,05	0,23	23,38	103,00	19,50	15,00	5,00	28,50
September	2,26	1,95	26,50	5,65	27,50	31,15	0,28	23,38	103,00	19,50	15,00	5,00	28,50
Oktober	2,26	1,55	27,00	5,60	25,50	27,85	0,23	23,38	103,00	19,50	15,00	5,00	26,50
November	2,27	1,39	27,25	5,68	21,25	29,05	0,20	23,38	103,00	21,50	15,50	5,00	29,50
Dezember	2,27	1,45	27,00	5,60	20,55	29,80	0,18	23,38	103,00	21,50	17,50	5,00	25,00
1949 Januar	2,34	1,44	27,00	5,70	19,90	30,30	0,19	23,38	103,00	21,50	17,50	4,50	27,00
Februar	2,25	1,30	26,50	5,65	20,00	30,50	0,18	23,38	103,00	21,50	17,50	4,00	20,00
März	2,20	1,32	26,50	5,65	20,25	30,35	0,19	23,38	103,00	18,00	17,50	4,00	18,50
April	2,40	1,38	26,00	5,70	18,70	31,00	0,18	21,38	103,00	15,00	14,00	3,55	19,00
Mai	2,39	1,39	26,75	5,85	18,35	30,95	0,18	17,88	103,00	14,00	12,00	3,40	20,00
Juni	2,17	1,38	27,25	5,85	19,40	30,85	0,16	16,38	103,00	12,00	9,00	3,27	19,50
Juli	1,94	1,42	27,75	5,85	17,50	29,25	0,17	17,50	103,00	14,00	9,00	3,40	19,50
August	1,91	1,23	28,50	5,90	18,05	29,20	0,17	17,50	103,00	15,00	10,00	3,40	23,00
September	2,09	1,23	30,19	6,01	20,92	29,94	0,18	17,63	102,13	15,06	10,00	3,40	24,56
Oktober	2,13	1,17	36,12	6,03	18,22	29,30	0,16	17,63	95,73	13,48	9,31	3,40	24,50
November	2,12	1,23	45,11	5,40	15,98	29,48	0,17	18,39	91,09	12,53	9,26	3,40	21,37
Dezember	2,20	1,30	44,70	5,24	14,87	29,97	0,18	18,50	78,93	12,00	9,26	3,40	19,37

Quelle: DBD (Deutscher Börsen-Dienst).

